



STÖRENFRIED KUNDE

Vom König
zum Bittsteller



INTERVIEW MIT
Mick Jagger und
Keith Richards

Produced in Germany

Abonnementpreise: Einzelhefte 5,00 DM, 12 Hefte 55,00 DM, 24 Hefte 105,00 DM, 48 Hefte 205,00 DM, 96 Hefte 405,00 DM, 180 Hefte 795,00 DM, 360 Hefte 1585,00 DM. Ausland: 12 Hefte 65,00 DM, 24 Hefte 125,00 DM, 48 Hefte 245,00 DM, 96 Hefte 485,00 DM, 180 Hefte 965,00 DM, 360 Hefte 1935,00 DM. Postgebühren sind in den Preisen enthalten. Die Abonnementpreise sind für den Bundesgebiet. In den anderen Bundesländern sind die Postgebühren zu zahlen. Die Abonnementpreise sind für den Bundesgebiet. In den anderen Bundesländern sind die Postgebühren zu zahlen. Die Abonnementpreise sind für den Bundesgebiet. In den anderen Bundesländern sind die Postgebühren zu zahlen.

"Geht nicht", "kenn' ich nicht", "ham' wir nicht" - das sind, so fanden die Titel-Autoren Jan Fleischhauer und Hans-Jörg Vehlewald heraus, die Schlüsselworte des deutschen Dienstleistungsgewerbes im Umgang mit dem zahlenden Bürger. Ob Banken oder Versicherungen, die alle ihr Bestes wollen, Staatsbetriebe, die überwiegend sich selbst betreuen, oder Handwerker, die freiherzig über jedermanns Zeit verfügen: Vom König Kunden haben sie irgendwie schon gehört, aber sie kennen ihn nicht.



Vehlewald, Fleischhauer im ICE

Belege lieferte der gewöhnliche Alltag. Eine geschlagene Viertelstunde lang ließ zum Beispiel das Bistro-Personal eines ICE Vehlewald am Tresen stehen, ohne aufzusehen. Der Mann wollte nur einen Kaffee, aber die Dienstleister zelebrierten in Ruhe die Inventur. Nur eben Ärgernisse für den Normalver-

braucher, Allerweltskram sozusagen? Keineswegs: Durch die rüde oder schlampige Behandlung der Kundschaft entgehen deutschen Unternehmen jedes Jahr Milliardengewinne (Seite 68).

Sie sind die Stars der Star-Band Rolling Stones, Mick Jagger und Keith Richards, und am 1. August gehen sie wieder auf Welttournee. Aber ein gemeinsames Interview wollten sie wegen ihrer ausgeprägten Haßliebe füreinander nicht mehr geben. Deshalb konnte SPIEGEL-Redakteur Thomas Huetlin beide nur in getrennten Sitzungen befragen: Jagger in London, Richards in New York. Im Einverständnis mit beiden vereinigte Huetlin dann die Protokolle zu einem Stück. Ein herkömmliches "Gespräch" war das wohl nicht, aber die abschließende - getrennte - Genehmigung gibt dem Produkt doch Gesprächs-Authentizität. Richards war mit der üblichen Verspätung von mehreren Stunden erschienen, mit einem riesigen Glas Wodka-Orange und einer originellen Ausrede: "Ich bin schon um zwölf Uhr mittags aufgestanden, aber ein Sturm hat jede Menge Bäume auf die Straße geworfen, ich mußte mir den Weg erst freisägen" (Seite 150).

TITEL

Der ungeliebte Kunde	68
Vorbildlicher Service in den USA	73

KOMMENTAR

Rudolf Augstein: Ein Flop? Nein.	124
---------------------------------------	-----

DEUTSCHLAND

Panorama	14
Parteien: PDS auf Erfolgskurs	16
PDS-Hilfe für die CDU	18
Berlin: Skandal-Senator Heckelmann	19
SPD: Der Streit geht weiter	20
Hartmut Palmer über Kanzlerkandidat und Kanzler in Halle	21
Bundespräsident: SPIEGEL-Gespräch mit Richard von Weizsäcker über seine Amtszeit und die deutsche Gegenwart	23
Europa: Brüssel unterläuft deutsche Öko-Normen	30
Bürokratie: Was ist ein Hühnerschenkel?	33
Grundgesetz: Interview mit dem Düsseldorfer SPD-Innenminister Herbert Schnoor über das Scheitern der Verfassungsreform	34
Asyl: Selbstmorde in der Abschiebehaft	35
Arbeitslosigkeit: Wer hilft den Joblosen?	36
Kirche: SED-Seilschaft kontrolliert Vergangenheitsbewältigung	38
Umfragen: Mogelei bei der Meinungsforschung ..	41
Wie Interviewer schummeln	43
Lösegeld: Oetker fahndet nach Tausendmarkscheinen	47
Katholiken: SPIEGEL-Gespräch mit dem Limburger Bischof Franz Kamphaus über Moral, Politik und Kirche	50
Forum	58
Kriminalität: Jagd auf die Hongkong- Triaden	61
Umwelt: Drachenflieger sät Mammutbäume	65
Gegendarstellung	77
Journalisten: Leihpanzerwagen für Kriegseinsätze	80

WIRTSCHAFT

Trends	81
Umwelt: Öko-Technik wird zum Geschäft	82
Zinsen: Bauherren müssen neu kalkulieren	84
Währungen: Interview mit der amerikanischen Analystin Gail Fosler über den Dollar	85
Manager: Dietmar Hawranek über den künftigen Daimler-Chef Jürgen Schrempp	86
Unternehmen: Aufstand der Benetton-Händler ..	88
Berlin: Gehaltsgefälle zwischen West und Ost	90
Kommentar: Peter Bölke über die verlogenen Argumente zum Transrapid	91
Arbeitnehmer: SPIEGEL-Gespräch mit Sket-Arbeitern über die Privatisierung ihres Unternehmens	94
Luftfahrt: Neuer Einheitstarif bei der Lufthansa	106

GESELLSCHAFT

Frauen: Lesben entdecken das Mutterglück	108
Familie: Die Rituale häuslicher Tischgespräche	111
Fußball: WM-Zockerfieber in Wettbüros und an Stammtischen	116
Werbung: Autofirma verspottet Hutträger	117

INHALT

Die neue Macht im Osten

Seite 16

Die Berliner Große Koalition legte ihren Streit um Innensenator Heckelmann bei – aus Furcht vor der PDS. Die ostdeutsche Aufsteigerpartei bringt seit ihrem Überraschungserfolg bei der Europawahl die politische Szene durcheinander. CDU und SPD kommen am neuen Machtfaktor im Osten nicht mehr vorbei. Ob sie mit der Gysi-Truppe zusammenarbeiten oder sich gegen sie verbünden – die PDS profitiert so oder so davon.



Gysi

Umfragen: Tricksen und betrügen

Seiten 41, 43



Interviewer bei Befragung

Ein Insider berichtet über die Praktiken der deutschen Demoskopien: In der Branche, die auf jede Frage eine Antwort liefert, gehört Schummelei weithin zum Prinzip. Viele Umfragenresultate sind nachlässig ermittelt, Interviewer tricksen und betrügen, die Kontrollen durch die Institute sind lax. Strenge Qualitätsstandards sind überfällig.

Der Bischof und das Kirchenasyl

Seite 50

Daß die Armen in Deutschland immer ärmer werden, hält der Limburger Bischof Franz Kamphaus für einen Skandal, das Kirchenasyl für gebotenen zivilen Ungehorsam, und zur Geburtenkontrolle sagt er: „Verhüten ist besser als abtreiben.“

Der Neue bei Daimler-Benz

Seite 86

Er ist keiner der Glatten, die sonst oft Karriere machen: Jürgen Schrempp sagt unverschämt direkt, was er meint. Als Mercedes-Chef in Südafrika kritisierte er die Apartheid und bekam dafür „eins auf die Nase“. Als Chef der Deutschen Aerospace diskutierte er mit Rüstungsgegnern und mußte sich in der eigenen Firma verspotten lassen. Nun wird er Daimler-Benz-Chef und sagt: „Mich reizen Jobs, die auch schiefgehen können.“



Schrempp

Gute Geschäfte mit Öko-Technik

Seite 82



Autorecycling

Mittelständler kooperieren, um Umwelttechnik zu produzieren; Großunternehmen steigen in die Zukunftsbranche ein. In den Betrieben wächst das Umweltbewußtsein, während es bei den Politikern schwindet. Öko-Technik wird zum guten Geschäft, mit dem immer mehr Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen.

Schlacht um Mallorca

Seite 136

Zu voll, zu laut, zu wild – auf der spanischen Ferieninsel Mallorca balgen in diesem Jahr sieben Millionen Europäer um Hotelzimmer und Sonnenliegen. Die Urlauber leiden unter Überbuchungen, drohendem Wassermangel, Dichtestreß, vor allem aber unter den unbekannteren Nachbarn: Wo sich die Völker zu nahe kommen, blüht archaisches Stammesdenken.



Deutsche Urlauber an der Playa de Palma

Dame mit Unterleib

Seite 169



Ziegler-Erotikfilm

Vollweiber in der Badewanne, Sex vor dem Kaminfeuer, Lustspiele mit Maiskolben und Senfwürstchen als Alternative zum Jodelsex unterm Dirndlrock: Regina Ziegler, Deutschlands erfolgreichste Filmproduzentin, läßt bekannte Regisseure jene Sinnlichkeit und Erotik inszenieren, die mehr anmachen soll als der Stoßdämpfer-Sex üblicher Pornoproduktionen.

Kehren die Seuchen zurück?

Seite 180

Lungenentzündungen sprechen nicht mehr auf Penicillin an, Tuberkulose widersetzt sich jeder Therapie: Immer öfter stehen Ärzte wehrlos vor resistenten Mikroben. Manche fürchten, daß die Dämme brechen könnten und die Seuchen wiederkehren.

Panorama Ausland	118
Ruanda: Frankreichs riskante Operation „Türkis“	122
USA: Der Coup der Christen	125
Belorußland: Triumph eines Scharlatans	126
Italien: Interview mit Senatspräsident Carlo Scognamiglio über die Regierung Berlusconi und den Faschismus	128
Schweiz: Wird der eidgenössische Schindler rehabilitiert?	130
Diplomatie: Carlos Widmann über den freischaffenden Krisenmanager Jimmy Carter	133
Mallorca: Ferienkrieg der Nationen	136
Südafrika: Bulldozer gegen wilde Siedler	140
Albanien: Konfrontation mit den Griechen	142
Bücherspiegel	146
Großbritannien: Handel mit Schmuttelgeschichten	148

KULTUR

Pop: Mick Jagger und Keith Richards über drei Jahrzehnte Rolling Stones	150
Autoren: Immer unterwegs – Aldous Huxley als Essayist	156
Bestseller	158
Literatur: Die „Akte Solschenizyn“ und das ratlose Politbüro	160
Szene	164
Kino: „Tatjana“ von Aki Kaurismäki	166
Film: Das Erotik-Projekt der Filmproduzentin Regina Ziegler	169
Kritiker: Stasi-Suche nach Reich-Ranicki	174
Fernsehen: „Klatschmohn“ – ein Triumph des Banalen	175
Zigaretten: Eine Kulturtheorie des Rauchens	176
Fernseh-Vorausschau	202

WISSENSCHAFT

Prisma	178
Medizin: Antibiotika – die Wunderwaffen werden stumpf	180
Psychiatrie: Der Erfinder des „Autogenen Trainings“ diente den Nazis	183
Aids: Therapie durch Dämpfung des Immunsystems?	186
Brustimplantate: Milliarden-Entschädigungen ohne Schadensnachweis	187
Tiere: Panische Flucht vor Heißluftballons	188

SPORT

Fußball-WM: Jürgen Leinemann über den deutschen Nationalspieler Matthias Sammer	190
Wie Vogts den Machtkampf gewann	190
Vermarktung: Amerika hat die WM adoptiert	193
Italien: Matthias Matussek über Fußballfieber in New York	195

Briefe	7
Impressum	12
Personalien	198
Register	200
Hohlspiegel/Rückspiegel	206

Homöopathische Dosis

(Nr. 24/1994, Frauen: Die Illusion Gleichberechtigung)

Seit langem ist bekannt: Reine Absichtserklärungen, man wolle Frauen fördern und ihnen die gleichen Chancen wie Männern ermöglichen, zeigen keine Wirkung. Immer mehr Frauen fordern deshalb die Festsetzung von verbindlichen Quoten, wie sie die SPD schon seit langem kennt. Erst verbindliche Regelungen werden die männliche Dominanz aufbrechen.

Bonn DR. MARLIESE DOBBERTHIEN
MdB/SPD

möopathische Dosis von den Spitzenverbänden der Industrie schon als Gefahr für unsere globale wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit angesehen wird, muß die Angst der Männer vor dem beruflichen Aufstieg von Frauen ja riesig sein.

Köln KAROLA DIETZEL, S. DÖLZ
Bundesverband der Frau im freien Beruf und Management e. V.

Von 0,52 Prozent Frauenanteil an Führungspositionen zu sprechen, wird nicht richtiger, je öfter man diese Zahl nennt. Führungspositionen fangen nicht erst auf Vorstandsebene an, und im unteren und mittleren Management sind Frauen viel stärker vertreten.

München

T. BECKER



Die Tageszeitung

Schade, daß nicht mehr Frauen dem Beispiel der Dagmar Warnken folgen, aus den Männer-Parteien austreten und sich vielleicht trotz aller Differenzen zu einer Frauenpartei zusammenschließen.

Gelsenkirchen

JOHANNA MARIA KLAPHECK-HUDA

Die Frauen sind mitschuldig, denn sie wehren sich angeblich zu wenig. Wehrt sich eine Frau dann doch, fordert sie Macht, setzt sich durch und sichert ihren politischen Einfluß genauso ab wie ein Mann in einer politischen Führungsposition, dann ist es auch nicht recht. Wie man an dem Artikel über Heidi Wiczorek-Zeul sehen kann, wo der SPIEGEL genau in das von den Konservativen bevorzugte Horn bläst: Frauen bleibt schön still – Widerstand lohnt sich nicht.

Neuzelle (Brandenburg) SABINE BRÜNIG

Ein wahrlich beeindruckender Anteil von 0,52 Prozent aller Frauen hat es bis in die Führungsetagen der deutschen Wirtschaft geschafft. Wenn diese ho-

Von Schuld kann sicherlich bei den Frauen keine Rede sein. Frauen sind jedoch an ihrem Dilemma mitbeteiligt durch Unterschätzung des männlichen Macht- und Dominanzstrebens, Verknennung der Wirkung ihrer weiblichen Sprache und Verhaltensweisen, Unkenntnis der männlichen Spielregeln, Treu und Glauben an die Sache und durch die Arroganz mancher erfolgreichen Frau, die kontraproduktiv wirkt.

Köln

DR. SYBILLE KREMER
She Consult –
Management mit Frauen

In der gleichen Gasse

(Nr. 24/1994, Titel: Der Fall Mannesmann – Selbstbedienung in der Chefetage)

Einem gewissen cleveren Unternehmungsgeist sei aller Respekt gezollt. Aber manche Dinge tut man halt nicht, auch wenn's Verzicht auf Mammon und Macht bedeutet. Tut man's doch, darf

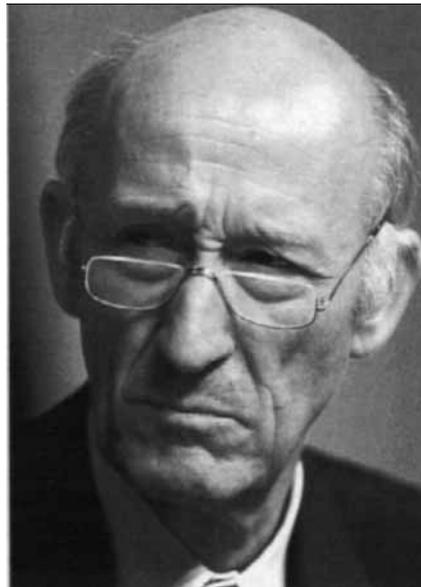
man nicht klagen, wenn die Öffentlichkeit mobilisiert wird.

Braunschweig MANFRED ROSSA

Soviel zu unserer vielgerühmten und traditionsreichen Industrie-Kultur. Die Feinsten der Feinen, wie Metallgesellschaft, Siemens und Mannesmann, finden sich durch die Bestechungs-, Betrugs-, Korruptions- und Verschleierungstaten ihrer geld- und geltungssüchtigen Bosse in der gleichen Gosse, in der Ganoven wie Schneider und Balsam schwimmen.

Saint Laurent des Arbres (Frankreich)
DR. HANS-ULRICH STORZ

Als ehemaliger Einkaufsleiter in der Mannesmann-Gruppe und zuletzt Chefeinkäufer bei der Dieter-Firma Hydac staune ich über Ihre detaillierten Insiderkenntnisse im Zusammenhang mit



Mannesmann-Manager Dieter

Hart, direkt und schroff

Mannesmann-Unternehmen einerseits und Hydac andererseits. Es gab zwar schon immer zum Teil heftige interne Auseinandersetzungen zwischen Herrn Dieter und seinen Managern über die eigenwilligen Geschäftspraktiken und den patriarchalischen Führungsstil dieses Mannes; jedoch kam bisher kaum etwas an die Öffentlichkeit.

Rielasingen-Worblingen (Bad.-Württ.)
HEINER KÜPER

Der herrschsüchtige und geldgierige Mannesmann-Chef ist im sozialen Sinne Bulimiker. Er führt ein Leben, das man nicht bewundern, sondern therapeutisch einregeln sollte.

Düsseldorf ULRICH BENNO JUNG

Werner Dieter wurde mir immer wieder als Mensch mit Charisma und Charme beschrieben, aber hart und direkt und

oft schroff in seiner Kritik, auch Pannen mit schneidender Schärfe geißelnd, wenn er sich mit Inkompetenz, Mittelmaß und ängstlichem Ausweichen konfrontiert sah. Manche verkrafteten es sicher nicht, wenn sie sich von ihm auf ihr tatsächliches Maß reduziert fanden.

Lohr am Main DIETRICH JAHNS

Schmerzgrenze überschritten

(Nr. 24/1994, Medizin: Sind „Hirntote“ wirklich tot?)

Wenn Sie die im Grunde phantastische Möglichkeit, mit Organen Verstorbener Leben retten zu können, in die Nähe des Kriminellen rücken, kostet das in diesem Jahr mehrere hundert Menschen das Leben. Die Ablehnung von Angehörigen Hirntoter bei der Frage nach Organspende ist von zirka 20 Prozent auf teilweise 50 Prozent gestiegen, und in manchen Bereichen versterben mehr als 30 Prozent der Patienten während der Wartezeit. 1993 konnten noch zirka 3000 Transplantationen in der Bundesrepublik durchgeführt werden, in diesem Jahr sind es im Vergleichszeitraum deutlich weniger.

Hannover DR. G. GUBERNATIS

Gehören wir selbst im Tod nicht uns selbst? Der Eingriff in die Würde des Menschen und der Angehörigen geht einfach zu weit. Es sollte jedem selbst oder den Angehörigen überlassen bleiben, ob und wann jemand zur Organspende freigegeben wird.

Mexiko-Stadt MARGIT SCHLOESSER

Daß so krampfhaft nach naturwissenschaftlichen Fixpunkten gesucht wird, hat auch einen Grund. Man hat Angst vor der Beliebigkeit der ethischen Definition.

Wiesbaden CHRISTIAN BICKEL

Mit der nicht zu haltenden Spekulation, daß der nach den zur Zeit verbindlichen Richtlinien dokumentierte Hirntod nicht den Tod des menschlichen Individuums darstellt und daß die Transplantationsmediziner darüber hinaus an einer Aufweichung der Regularien arbeiten, wird das Vertrauen in die ethische Verantwortung der Ärzte zur Organspende zutiefst erschüttert. Es wird, zumindest in bundesdeutschen Transplantationszentren, keine Organentnahme bei anenzephalen oder teilhirntoten Spendern geben.

Lübeck PROF. DR. J. HOYER
Universität Lübeck

Was passiert, wenn man bei einem Hirntoten die Beatmungsmaschine abstellt? Der Hirntote hört augenblicklich auf zu atmen, und in kürzester Zeit gehen alle Organe zugrunde. Wer kann ernsthaft einen enthaupteten Körper als lebend bezeichnen?

Bonn INGO LANDECK

Die bewußte und selbstbestimmte Entscheidung, im Falle des Todes seine Organe für die Transplantation zu spenden, bedeutet für uns eine Entscheidung über den eigenen Tod hinaus für das Leben anderer Menschen. Dies hat unter seriösen Bedingungen nichts gemeinsam mit dem Ausschachten von Menschen. Wer aus weltanschaulichen Gründen jede Organentnahme bei einem Hirntoten einen Eingriff bei lebendigem Leib nennt, verhindert die freiwillige Spende

sten Gerichts, über den Fernsehjournalisten Tilman Jens sagt, qualifiziert ihn als Aufseher eines KZs für Söhne namhafter Väter.

Wien DR. WERNER SCHNEYDER
Kabarettist

Auf dieses infame Stück Sippenhaftung gegen Walter Jens sollte Wolf Biermann seinen Büchner-Preis anstandshalber zurückgeben.

München WOLFGANG EBERT



Organspenderin für Herztransplantation: Vertrauen erschüttert

aus humanitären Gründen ebenso wie eine gesetzliche Regelung der Transplantation in Deutschland.

Berlin ULRICH TÜNSMEYER
Humanistischer Verband Deutschlands

Gebunden und signiert

(Nr. 24/1994, Comics: SPIEGEL-Gespräch mit dem Disney-Starzeichner Carl Barks über Donald Duck und seine Entenhausener Freunde)

Auf dem Foto blättern Carl Barks und Redakteur Helmut Sorge in dem Bildband „Wer ist Carl Barks“ von Gottfried Helnwein. Leider haben Sie versäumt zu erwähnen, daß dieses Buch (39,80 Mark) im Neff Verlag, Rastatt, erschienen ist und zugleich als Begleitbuch zur Ausstellung „Donald – Die Ente ist Mensch geworden“ – Das zeichnerische Werk von Carl Barks“ dient.

Rastatt GERTRUD E. WARNECKE
VPM-Buchverlage

Mit göttlicher Gewißheit

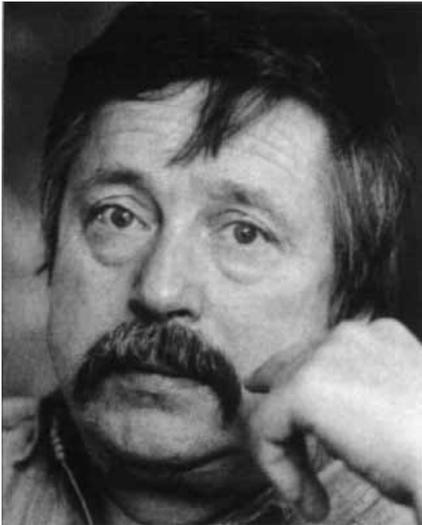
(Nr. 24/1994, Kritiker: Wolf Biermann über den Fall Marcel Reich-Ranicki)

Was Wolf Biermann, der chronische Bescheidwisser vom Dienst, der vorweggenommene Vorsitzende jeglichen Jüng-

Es lebe die deutsche Heuchelei! Bravo, Wolf Biermann! Da erdreistet sich ein Kulturmagazin, die Kultfigur Marcel Reich-Ranicki anzukratzen, und schon wittern Sie Antisemitismus. Ein bißchen kleiner haben Sie's nicht? Hand aufs Herz – hätten wir in unserem Film über MRR seine Leidenszeit im Warschauer Ghetto nicht erwähnt, man hätte uns – mit Recht – vorgeworfen, diese wichtige Phase unterschlagen zu haben. Aus dem Gegenteil nun Infamie zu konstruieren ist schon mutig. Was hat Vater Jens mit Sohn Jens' Arbeit zu tun? Was ist los, daß Sie eine Recherche runtermachen, weil sich der Autor derselben vor zehn Jahren zu einer Straftat hat hinreißen lassen, die ich auch verurteile, sie aber nicht lebenslang vorzuwerfen gedenke. Das Theater um MRR im Nachgang zu unserer Sendung zeigt doch nur eines: Es ist alles eine Frage der Interessen und der Macht. Ich dachte, Sie wüßten das.

Köln DR. GABRIELE KRONE-SCHMALZ
Kulturweltspiegel-Moderatorin

Ein Mensch hat doch Recht auf eine Entwicklung, auf eine Änderung seiner Ansichten, auf eine Bekehrung, und dies tat Reich-Ranicki von sich aus, von keinen äußeren Mächten dazu gezwungen, und zwar nach einer kurzen Zeit der Zugehörigkeit zum Regime. Es ist schon eigenartig, daß die Kampagne ge-



Kritiker Biermann

Bescheidwiser vom Dienst

gen MRR in einer Zeit stattfindet, in der er im Zenit seiner Popularität steht, da drängt sich der Verdacht auf, daß man dem Juden, noch dazu aus Polen stammend, es nicht gönnt.

Hannover

ANNA KASPERSKA

Woher weiß der wortzynische und MRR-liebesbelastete Wolf Biermann mit göttlicher Gewißheit, daß alles nur Verleumdung ist?

München

SIEGMUND JESKE

Ich frage mich, was außer Lust am Skandal hat den SPIEGEL veranlaßt, eine solche Polemik zu drucken. Der SPIEGEL leistet hiermit einen Beitrag zur verbalen Verrohung und tut auch Biermann keinen Gefallen damit, daß er ihm die Gelegenheit bietet, sich zu blamieren, nicht zuletzt dadurch, daß er, dessen Vater in Auschwitz ermordet wurde, die Nazi-Methode der Sippenhaft auf die Familie Jens anwendet.

Hamburg

DR. LOTHAR ZIESKE

Biermanns Behauptungen über Hubert Orłowski sind nicht nur perfide, sondern auch erlogen: Orłowski hat seinen „Karrieresprung“ bereits 1977 gemacht, nachdem er durch Promotion 1967 und Habilitation 1971 und zahlreiche Übersetzungstätigkeiten außerordentlicher Professor geworden ist. Orłowski hat während seines Prorektorsates 1982 bis 1984 zusammen mit anderen Kollegen aus dem Kreis der Universitätsleitung es durch Rücktrittsdrohung gegenüber dem

Militärregime verhindert, daß unter Dozenten und Studenten der Posener Universität Relegationen vorgenommen wurden.

Hannover

ALBRECHT RIECHERS
Deutsch-Polnische Gesellschaft
Hannover e. V.

Lösung nur für wenige

(Nr. 24/1994, Wohnen: Rentner-WG werden als Alternative zum Altersheim immer populärer)

Die selbstorganisierte Alten-WG ist bei nüchterner Betrachtung eine gute Lösung nur für die wenigen, die über die dafür erforderliche soziale Kompetenz verfügen. Sie sollten sich darüber hinaus mal der Mühe unterziehen, zu hinterfragen, warum die einen Altenheime so (gut) geworden, während andere so (schlecht) geblieben sind, denn die Trennlinie verläuft keineswegs so simpel zwischen Arm und Reich.

München

GÜNTHER-FRITZ HÄBERLE
Sozialgerontologe

Es liegt mir fern, unseren Pflegealltag in rosaroten Farben darzustellen, weil mir die Grenzen unseres Handelns täglich bewußt sind, aber ich wehre mich gegen die Behauptung, in unserem Altenwohncentrum lebten entmündigte Heiminsassen.

Norden (Nieders.)

BISERKA HERLT-BODALEC

Ich arbeite seit 15 Jahren in der Altenpflege, und wenn das stimmen würde, womit die Presse ältere Menschen regelmäßig in Panik versetzt, müßten meine Kollegen und ich uns wohl aufhängen.

München

HEIKE HERRMANN

Mit Sicherheit sollte die Diskussion über menschenwürdiges Altwerden und die dafür notwendigen Lebens- und Wohnformen eines der vorrangigen Themen der nächsten Jahre werden. Leider steht aber wieder einmal das Gegenteil zu befürchten.

Tokio

THOMAS KOHLMAYER



Altersheimbewohner in Hannover*: Regelmäßig Panik

* In DRK-Altenheim.

20457 Hamburg, Brandstwierte 19, Telefon (040) 3007-0, Telefax (040) 3007 2247, Telex 2 162 477
CompuServe: 74431.736 (Internet: 74431, 736 compuserve.com)

HERAUSGEBER: Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION: Dr. Wolfgang Kaden, Hans Werner Kitz

REDAKTION: Karen Andersen, Ariane Barth, Dieter Bednarz, Wolfgang Bickerich, Wilhelm Bittorf, Peter Böike, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Klaus Brinkbäumer, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Dr. Thomas Darmstadt, Hans-Dieter Degler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Rüdiger Falksohn, Nikolaus von Festenberg, Jan Fleischhauer, Uly Foerster, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Angela Gatterburg, Henry Glass, Rudolf Gilsman, Johann Grolle, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Hans Hielscher, Wolfgang Höbel, Heinz Höfl, Clemens Höges, Joachim Hoelzgen, Jürgen Hofgrefe, Dr. Jürgen Hohmeyer, Carsten Holm, Hans Hoynig, Thomas Huetlin, Rainer Hupe, Dr. Olaf Ihlau, Ulrich Jaeger, Hans-Jürgen Jakobs, Urs Jenny, Dr. Hellmuth Karasek, Sabine Kärte-Fährler, Klaus-Peter Kerbusch, Ralf Klassen, Petra Kleinau, Sebastian Knauer, Dr. Walter Knips, Susanne Koelbl, Christiane Kohl, Dr. Joachim Kronsbain, Karl Heinz Krüger, Bernd Kühnl, Dr. Romain Leick, Heinz P. Lohfeldt, Udo Ludwig, Klaus Madzia, Armin Mahler, Dr. Hans-Peter Martin, Georg Mascolo, Gerhard Mauz, Walter Mayr, Gerd Meißner, Fritjof Meyer, Dr. Werner Meyer-Larsen, Joachim Mohr, Mathias Müller von Blumencron, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Dr. Jürgen Neffe, Dr. Renate Nimitz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Rainer Paul, Christoph Pauly, Jürgen Petermann, Joachim Preuß, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Fritz Rumler, Dr. Johannes Seitzwedel, Karl-H. Schaper, Marie-Luise Scherer, Heiner Schimmöller, Roland Schleicher, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps, Dr. Mathias Schreiber, Bruno Schrep, Helmut Schümann, Matthias Schulz, Hajo Schumacher, Birgit Schwarz, Ulrich Schwarz, Claudius Seidl, Mareike Spiess-Hohnhold, Dr. Gerhard Spörl, Olaf Stampf, Hans Gerhard Stephani, Günther Stockinger, Hans-Ulrich Stoldt, Peter Stolle, Barbara Supp, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hans-Jörg Vehlewald, Dr. Manfred Weber, Susanne Weingarten, Alfred Weinzler, Marianne Wellershoff, Peter Wensierski, Carlos Widmann, Erich Wiedemann, Dr. Dieter Wild, Christian Wüst, Dr. Peter Zolling, Helene Zuber

REDAKTIONSVERTRETUNG BONN: Winfried Ditzoleit, Manfred Ertel, Dirk Koch, Ursula Kossler, Dr. Paul Lersch, Elisabeth Niejahr, Olaf Petersen, Rainer Pörtner, Hans-Jürgen Schiamp, Gabor Steingart, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 53113 Bonn, Tel. (0228) 26 70 3-0, Telefax 21 51 10

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND: Berlin: Wolfgang Bayer, Petra Bornhöft, Christian Habbe, Dieter Kampe, Uwe Klufmann, Jürgen Leinenmann, Claudia Pai, Hartmut Palmer, Norbert F. Pötzl, Michael Schmidt-Klingenberg, Harald Schumann, Kurfürstenstraße 72 - 74, 10787 Berlin, Tel. (030) 25 40 91-0, Telefax 25 40 91 10; Dresden: Sebastian Borge, Dietmar Pieper, Detlef Pykpe, Königsbrücker Str. 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 567 0271, Telefax 567 0275 - Düsseldorf: Ulrich Bieger, Georg Bönsch, Hans Leyendecker, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Oststraße 10, 40211 Düsseldorf, Tel. (0211) 93 601-01, Telefax 35 83 44 - Erfurt: Felix Kurz, Claus Christian Malzahn, Dalbergsweg 6, 99084 Erfurt, Tel. (0361) 642 2696, Telefax 566 7459 - Frankfurt a. M.: Peter Adam, Wolfgang Bittner, Annette Großbongardt, Annette Littmann, Ulrich Manz, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt a. M., Tel. (069) 71 71 81, Telefax 72 17 02 - Hannover: Ansbert Kneip, Rathenaustraße 16, 30159 Hannover, Tel. (0511) 32 69 39, Telefax 32 85 92 - Karlsruhe: Dr. Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 225 14, Telefax 276 12 - Mainz: Birgit Loff, Wilfried Voigt, Weißbühlengasse 10, 55116 Mainz, Tel. (0631) 23 24 40, Telefax 23 47 68 - München: Dinah Deckstein, Annette Ramelsberger, Dr. Joachim Reimann, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 41 80 04-0, Telefax 41 80 0425 - Schwerte: Bert Gamerschiag, Spielordamm 9, 19055 Schwerin, Tel. (0385) 557 44 42, Telefax 56 99 19 - Stuttgart: Dr. Hans-Ulrich Grimm, Sylvia Schreiber, Kriegsbergstraße 11, 70174 Stuttgart, Tel. (0711) 22 15 31, Telefax 29 77 65

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND: Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. (004161) 271 6363, Telefax 271 6344 - Belgrad: Renate Flottau, Teodora Dražera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 66 99 87, Telefax 66 01 60 - Brüssel: Heiko Martens, Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1040 Brüssel, Tel. (00322) 230 61 08, Telefax 231 1436 - Jerusalem: Dr. Stefan Simons, 1, Bet Eshel, Old Katamon, Jerusalem 93227, Tel. (009722) 61 09 36, Telefax 61 76 40 - Johannesburg: Almut Hielscher, Royal St. Mary's, 4th Floor, 85 Eloff Street, Johannesburg 2000, Tel. (002711) 333 1864, Telefax 29 40 57 - Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 360 4944, Telefax 360 7655 - Kiew: Martina Helmerich, ul. Kostjolinaja 8, kw. 24, 252001 Kiew, Tel. (007044) 228 63 87 - London: Bernd Dörler, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PS, Tel. (004471) 379 8550, Telefax 379 8599 - Moskau: Jörg R. Mettke, Dr. Christian Neef, Krutizkij Wal 3, Korp. 2, kw. 36, 109 044 Moskau, Tel. (007502) 220 4624, Telefax 220 4818 - Neu-Delhi: Dr. Tiziano Terzani, 6A Sujjan Singh Park, New Delhi 110003, Tel. (009111) 469 7273, Telefax 469 7273 - New York: Matthias Matussek, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. (001212) 221 7583, Telefax 302 6258 - Paris: Lutz Krusche, Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. (00331) 4256 1211, Telefax 4256 1972 - Peking: Jürgen Kremb, Qijiyuan-Hel 7, 2. 31, Peking, Tel. (00861) 532 3541, Telefax 532 5453 - Prag: Jiříká 8, 11 000 Prag, Tel. (00422) 24 22 0138, Telefax

24 22 0138 - Rio de Janeiro: Jens Glüsing, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 275 1204, Telefax 542 6583 - Rom: Valeska von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (00396) 679 7522, Telefax 679 7768 - Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, 11 223 Stockholm, Tel. (00468) 650 82 41, Telefax 652 99 97 - Tokio: Wulf Küster, 5-12, Minami-Azabu, 3-chome, Minato-Ku, Tokio 106, Tel. (00813) 3442 9381, Telefax 3442 8259 - Warschau: Andreas Lorenz, Ul. Polna 44/24, 00-635 Warschau, Tel. (004822) 25 49 96, Telefax 25 49 96 - Washington: Karl-Heinz Büsche, Siegesmund von Ilsemann, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20 045, Tel. (001202) 347 5222, Telefax 347 3194 - Wien: Dr. Martin Pollack, Schönbrunner Straße 26/2, 1050 Wien, Tel. (00431) 587 4141, Telefax 587 4242

ILLUSTRATION: Renata Biendarra, Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Martin Brinker, Manuela Cramer, Josef Csallós, Volker Fensky, Ralf Geilhufe, Rüdiger Heinrich, Tiina Hurme, Antje Klein, Ursula Morschhäuser, Cornelia Pfauter, Monika Rick, Chris Riwerts, Julia Saur, Detlev Scheerbarth, Claus-Dieter Schmidt, Manfred Schriedenhalm, Frank Schumann, Rainer Sennewald, Dietmar Suchalla, Karin Weinberg, Matthias Welker, Rainer Wörtmann, Monika Zucht

Schlussredaktion: Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Sabine Bodenhausen, Lutz Diedrichs, Dieter Gellrich, Hermann Hams, Bianca Hunekeuhl, Rolf Jochum, Karl-Heinz Körner, Inga Lembecke, Christa Lücken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Andreas M. Peets, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Hans-Jürgen Vogt, Kirsten Wiedner, Holger Wolters, Peter Zobel

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR dieser Ausgabe für Panorama, Parteien (S. 16), Berlin (S. 19), SPD, Bundespräsident, Grundgesetz: Dr. Thomas Darmstadt; für Parteien (S. 18), Bürokratie, Asyl, Kirche, Umfragen, Lösegeld, Katholiken, Forum, Kriminalität, Umwelt (S. 65), Titelgeschichte, Journalisten, Berlin (S. 90), Werbung: Jochen Bölsche; für Trends, Umwelt (S. 82), Zinsen, Währungs, Unternehmen, Arbeitnehmer, Luftfahrt: Rainer Hupe; für Frauen, Familie, Fußball, Pop, Film, Fernsehen, Fernseh-Voranschau: Wolfgang Höbel; für Panorama Ausland, Ruanda, USA, Belorussland, Italien, Schweiz, Mallorca, Südafrika, Albanien, Bücherspiegel, Großbritannien: Dr. Romain Leick; für Autoren, Best-seller, Literatur, Szene, Kino, Kritiker, Zigaretten: Dr. Mathias Schreiber; für Europa, Prisma, Medizin, Psychiatrie, AIDS, Brust-implantate, Tiere: Jürgen Petermann; für Sport: Alfred Weinzler; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Rainer Wörtmann; für Gestaltung: Dietmar Suchalla; für Hausmitteilung: Hans Joachim Schöps (sämtlich Brandstwierte 19, 20457 Hamburg)

DOKUMENTATION: Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Ulrich Booms, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Heinz Egle, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Dr. Karen Eriksen, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Hellendorff, Dr. Dieter Gessner, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppler, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Hauke Janssen, Günter Johannes, Angela Köllisch, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Janet-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambang, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Constanze Sanders, Rolf G. Schierhorn, Eckehard Schmidt, Marianne Schüssler, Andrea Schumann, Claudia Siewert, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Stefan Storz, Monika Tänzer, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpe-Hamel, Carsten Voigt, Horst Wachholz, Ursula Wamser, Dieter Wassendorf, Andrea Wilkens, Karl-Henning Wiedelband

BÜRO DES HERAUSGEBERS: Irma Nelles

NACHRICHTENDIENSTE: ADN, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, Newsweek, New York Times, Reuters, Time

SPiegel-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Abonnenten-Service: Tel. 0130-863006, Telefax (040) 30072898 Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg

Abonnementspreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 130,00, zwölf Monate DM 260,00, für Studenten (nur Inland) DM 182,00. Normalpost Europa: sechs Monate DM 184,60, zwölf Monate DM 369,20; Seepost Übersee: sechs Monate DM 189,80, zwölf Monate DM 379,60; Luftpostpreise auf Anfrage. Verlagsgeschäftsstellen: Berlin: Kurfürstenstraße 72 - 74, 10787 Berlin, Tel. (030) 25 40 91 25/26, Telefax 25 40 9130; Düsseldorf: Oststraße 10, 40211 Düsseldorf, Tel. (0211) 936 01 02, Telefax 36 42 95; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 60323 Frankfurt a. M., Tel. (069) 72 03 91, Telefax 72 43 32; Hamburg: Brandstwierte 19, 20457 Hamburg, Tel. (040) 3007 2545, Telefax 3007 2797; München: Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 41 80 04-0, Telefax 41 80 0425; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 70174 Stuttgart, Tel. (0711) 226 30 35, Telefax 29 77 65

Verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 48 vom 1. Januar 1994

Postgiro-Konto Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20

Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul berser, Nürnberg

VERLAGSLEITUNG: Fried von Bismarck, Burkhard Voges

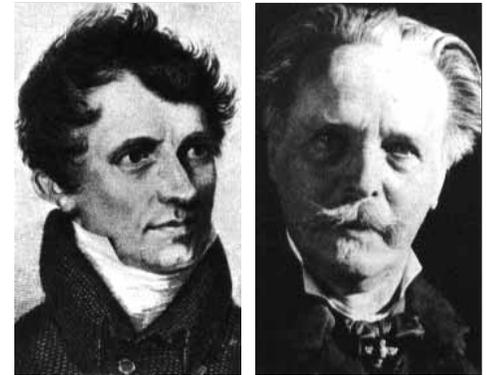
Geschäftsführung: Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is \$280,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., P.O. Box 9868, Englewood, NJ 07631-1123.

Erst lesen

(Nr. 24/1994, Fernseh-Voranschau)

Lästern ist schön. Aber man sollte schon wissen, über was man herzieht. Denn nicht jede Geschichte, in der ein Indianer vorkommt, stammt von Karl May. „Lederstrumpf“ ist von James Fenimore Cooper, entstand um 1830,



Cooper, May: Halbes Jahrhundert zuvor

mehr als ein halbes Jahrhundert, bevor uns Karl May „Winnetou“ und „Old Shatterhand“ bescherte. Und ein „spröder Tugendbold“ ist der Coopersche Held keineswegs. Erst lesen, dann lästern.

Hofheim/Taunus

ELENA GEUS

Gegen Schwarzmalerei

(Nr. 24/1994, Wahlkampf: Ein illustrierter Verein macht Stimmung für den Kanzler)

Sie diffamieren die Initiative „Wir für Deutschland“, für die sich Dr. Jens Odewald einsetzt und bei der auch ich mitmache. Das Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland zum gemeinsamen Vaterland ist doch gewiß nicht nur ein Anliegen des Bundeskanzlers, sondern deutscher Patrioten (die gewiß keine Nationalisten sind!) aus allen politischen Lagern. Die Initiative wird über den Wahltag am 16. Oktober hinaus fortgesetzt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die SPD, von der sich wichtige Repräsentanten der Initiative spontan angeschlossen haben, weniger die innere Vereinigung wünscht als Mitglieder der CDU. Beim Aufbau Ost geht es nun wirklich nicht um Parteipolitik. Wir sind gegen Schwarzmalerei und gegen die Herabwürdigung der großen Leistungen des gesamten deutschen Volkes nach der Wiedervereinigung.

Aachen

PROF. DR. PETER LUDWIG

Einer Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe ist eine Warenprobe der Firma Givenchy, Wiesbaden, beige klebt.

Eine Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage der DBP Telekom, Darmstadt.

Bundestag

Privileg für Polit-Rentner

Die Bundestagspräsidenten sollen nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt wieder lebenslang Anspruch auf Büro, Sekretärin, Dienstwagen und Freifahrtschein der Bahn haben. Das Privileg war 1991 abgeschafft worden. Annemarie Renger (SPD), Kai-Uwe von Hassel (CDU) und Richard Stücklen (CSU) sollten die Vergünstigung nur noch bis Ende dieses Jahres bekommen. Sie kostet pro Jahr und Person rund 100 000



Renger

Mark. Bei der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1995 soll kurz vor Ende der Beratungen, in der sogenannten Bereinigungssitzung, nun doch jener Satz geändert werden, der die Leistungen an die Ex-Präsidenten auf vier Jahre nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt begrenzt.

Begegnungsstätte

Bonn geizt in Sachsen

Die Errichtung einer internationalen Begegnungsstätte im Park von Bad Muskau an der deutsch-polnischen Grenze droht zu scheitern. Eigentümerin des Geländes, das zum Großteil in Polen liegt, ist auf deutscher Seite eine Stiftung, die zur Hälfte vom Bund und vom Land Sachsen finanziert werden soll. Während das Land 3,5 Millionen Mark bereitstellt, steht eine entsprechende Überweisung aus



Schürmann-Baustelle

Wasserschäden

Noch mehr Pannen

Die Serie von Pannen beim Schürmann-Bau im Bonner Parlamentsviertel reißt nicht ab. Die Bundesbaudirektion (BBD) hat die Sanierungskosten für den Bau, der im Dezember durch Hochwasser beschädigt worden war, offenbar falsch berechnet. Das ergibt sich aus einem Vermerk des Bauministeriums, der vorige Woche im Haushaltsausschuß des Bundestages auftauchte. Die BBD, heißt es, habe wegen „technischer Systemfehler“ und „falscher Berechnungsansätze“ die Kosten für eine Sanierung „wesentlich zu niedrig“ berechnet. So seien

die üblichen 20 Prozent an Baunebenkosten vergessen worden. Bei der Berechnung einer neuen Bodenplatte sei den Beamten ein „Komma verrutscht“. Die Baudirektion habe 15 Millionen für die neue Platte veranschlagt, tatsächlich seien Kosten von mindestens 36,6 Millionen Mark zu erwarten. Im Begleitschreiben bat Ministerialdirektor Günter Schäffel die BBD, „dafür Sorge zu tragen“, daß ihr Rechenwerk außerhalb des Hauses „nicht bekannt wird, um nicht zusätzliche Zweifel an der Kompetenz der Bundesbaudirektion aufkommen zu lassen“.

Der Haushaltsausschuß beschloß, die Deutsche Welle, die ihren Sitz in Köln hat, auf das Gelände des Schürmann-Baus umzusiedeln. Die Entscheidung, ob der Rohbau abgerissen oder saniert werden soll, fällt erst, wenn Bauministerin Irmgard Schwaetzer (FDP) konkrete Angebote vorgelegt hat. Offen ist auch, wer Bauherr wird. Die Ministerin setzt sich für eine privatwirtschaftliche Lösung ein. Unter den Anbietern ist der Heidelberger Bauunternehmer Roland Ernst, der für einen Neubau der Deutschen Welle auf dem zuvor „komplett geräumten Gelände“ 380 Millionen Mark kalkuliert. Zur Gruppe Ernst gehört das holländische Unternehmen HBW, das als einer der Hauptverantwortlichen für die undichten Stellen am Schürmann-Bau gilt.

Bonn aus. Die Beteuerung des sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU), er werde „diese Stiftung weiterführen“, wird von Fachleuten in seiner Regierung angezweifelt. Sollte Bonn nicht den vollen Anteil zahlen, „müßte die Genehmigung der Stiftung zurückgezogen werden“, heißt es in einem internen Vermerk des Dresdner Finanzministeriums.

Post

Neues Deutschland

Über die Aufschriften auf Briefmarken droht Streit zwischen Bund und Ländern. Postminister Wolfgang Böttch (CSU) kündigte in einem Brief an die Ministerpräsidenten an, auf den Postwertzeichen solle künftig der Aufdruck „Deutschland“ ste-

hen. Der Text „Deutsche Bundespost“ kann nicht mehr verwendet werden, wenn die Post privatisiert wird; das kurze Wort „Deutschland“, so Böttch, sei „im Hinblick auf die oft kleinen Briefmarken prägnanter und deutlicher lesbar“ als die amtliche Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“. Die nordrhein-westfälische Landesregierung sieht einen Versuch, das föderalistische Prinzip auszuhebeln: „Mit uns nicht zu machen.“

SED-Vermögen

Geld-Suche ohne Erfolg

Die medienwirksam angekündigte Suche nach verschwundenem SED-Vermögen, für die Treuhänder und Unabhängige Kommission Parteivermögen in Anzeigen bis zu fünf Millionen Mark Finderlohn ausgelobt haben, erweist sich als Fehlschlag. Ein Vertreter der Kommission räumte intern ein, daß von rund 200 eingegangenen



Schloß in Bad Muskau

Hinweisen „nahezu sämtliche unbrauchbar sind“. Zu Beginn der Aktion hatte die Kommission voller Optimismus erklärt, daß „Hunderte von Millionen“ Mark aus dem früheren Vermögen der Staatspartei ausfindig gemacht werden könnten.

Bundeswehr

Die FDP ausgetrickst

Mit einem Trick hat Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) den Versuch der FDP unterlaufen, im Koalitionsstreit um ein neues Konzept für die Bundeswehr kritische Stimmen aus der Spitze der Streitkräfte einzuholen. Die Bundestagsfraktion der FDP hatte die Inspekture von Heer, Luftwaffe und Marine für diesen Montag zu einer Anhörung über „die Bundeswehr auf dem Weg ins näch-



Rühle, Naumann

ste Jahrtausend“ eingeladen. Sie sollten dort neben renommierten Fachleuten sprechen. Rühle lehnte den Wunsch der Liberalen ab; statt dessen soll nun Generalinspekteur Klaus Naumann den Parlamentariern vortragen: der sei kompetenter und für die Bundeswehrplanungen verantwortlich. Am Entwurf der umstrittenen Planungsleitlinien waren die Chefs der Teilstreitkräfte nicht förmlich beteiligt worden – und Naumann ist Hauptautor von Rühles Bundeswehrplanung. Der Verteidigungsminister will den Wehrdienst von einem Jahr auf zehn Monate verkürzen. Die FDP fordert neun Monate, die Union dagegen weiterhin zwölf.

Parteien

AUFERSTANDEN AUS RUINEN

Der verblüffende Erfolg der PDS bringt die großen Parteien in Berlin und Ostdeutschland in Schwierigkeiten: Entweder sie müssen mit den SED-Erben zusammenarbeiten – oder sich in großen Koalitionen gegen sie verbünden. Das eine wie das andere aber verspricht der PDS neue Wähler.



PDS-Wortführer Gysi: Neues Lächeln und aufrechter Gang nach den Zeiten stillen Grams im Osten

Berlin spielte mal wieder Frontstadt. Emphatisch verteidigte CDU-Fraktionschef Klaus-Rüdiger Landowsky die „Würde meiner anti-kommunistischen Partei“.

West-Berlin habe 40 Jahre der kommunistischen Bedrohung standgehalten, schimpfte er. Nun wolle der Koalitionspartner von der SPD ausgerechnet die erste gemeinsame Regierung der einst geteilten Stadt und einen „demokratisch gewählten christdemokratischen Innensenator mit Hilfe der Kommunisten stürzen“.

Anlaß für den Wutausbruch in der vergangenen Woche: Erstmals seit ihrer Bildung im Jahr 1991 stand die Große Koalition auf der Kippe. Die SPD warf dem Innensenator Dieter Heckelmann (CDU) allzu große Toleranz gegenüber

den Rechten vor. Heckelmann hatte Kontakte seines Pressesprechers zu Rechtsradikalen als Petitesse abgetan (siehe Seite 19).

Doch um den Affären-Senator abzuwählen und damit das Regierungsbündnis aufzukündigen, hätte die SPD auch die Stimmen der oppositionellen PDS benötigt, die ihre Unterstützung bereitwillig anbot. Landowsky trumpfte auf, West-Berlins legendärer Bürgermeister nach dem Kriege, der Sozialdemokrat Ernst Reuter, „würde sich im Grabe umdrehen, wenn er von diesem Verrat seiner Genossen wüßte“.

Siegesgewiß drohte der CDU-Politiker dem Koalitionspartner, wenn auch Berlin am „Kanzlerwahltag“, dem 16. Oktober, ein neues Parlament wählen müsse, werde der Wahlkampf fürchterlich: Die

Union werde „die PDS-Hilfe für die SPD in jeder Wahlkampfrede“ geißeln.

Diese Idee nun wieder gefiel Helmut Kohl. Der CDU-Chef empfahl seinem Parteifreund, dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, die Koalition ruhig platzen zu lassen. Schon feixte Landowsky, der Kohl-Herausforderer „Rudolf Scharping müßte sich bei dieser Nummer seiner Berliner Freunde erschießen“.

Es ging dann doch ohne Blutvergießen. Die verkrachten Koalitionäre Diepgen (CDU) und Ditmar Staffelt (SPD) einigten sich, Heckelmann fürs erste zu halten. Zumindest die SPD hätte bei Neuwahlen Stimmverluste an die PDS fürchten müssen.

Die Berliner Klamotte muß im Karl-Liebnecht-Haus nahe dem Alexander-



Berliner Verbündete Staffelt, Diepgen: Wahlkampf mit der Volksfront-Geißel

platz ein Wohlgefühl der Macht verbreitet haben: Dort ist die Zentrale der PDS. Über die Erbgemeinschaft aus Honeckers SED-Staat zerstreiten sich die Strategen der westdeutschen Volksparteien. Aber sie kommen nicht an ihr vorbei.

Bei der Europawahl am 12. Juni gelang der neuen Kraft ein ungeahnter Durchbruch. Im Land, das die Honecker-Zentralisten einst mit Wahlbetrug und Willkürherrschaft unterdrückt hatten, fanden die demokratischen Linksnachfolger Zulauf von Altgenossen wie Jungbürgern: 23,5 Prozent für die PDS in den neuen Ländern, einschließlich Ost-Berlin.

Eine Emnid-Umfrage von Mitte Juni sagt den Demokratischen Sozialisten fünf Prozent in Gesamtdeutschland voraus, in Ostdeutschland können sie mit 20 Prozent rechnen – nur 10 Prozent weniger als die Sozialdemokraten.

Die Rückkehr in den Bundestag scheint Gregor Gysi, dem Chef der PDS-Bundestagsgruppe, und seinen Leuten gewiß. Selbst wenn sie die Fünf-Prozent-Hürde knapp verfehlt, genügen der PDS drei Direktmandate – und die könnte sie allein schon in Ost-Berlin (Europawahl-Ergebnis: 40 Prozent) holen.

Unionspolitiker ließen ihrem Zorn über die Undankbarkeit der Ostbürger, die von Bund und West-Ländern bisher mit über 500 Milliarden Mark Aufbauhilfe bedacht worden sind, freien Lauf. Bayerns Innenminister Günther Beckstein würde das neue Gespenst, auferstanden aus Ruinen, gern „über einen Verbotsantrag“ verschwinden lassen. Die Fraktionschefs der Union in Bund und Ländern warnen vor der „großen Gefahr für unsere Demokratie“.

Eine Gefahr ist die PDS jedenfalls für die SPD. In Ostdeutschland ist die Gysi-Truppe zum ernststen Konkurrenten aufgestiegen, mit dem die Sozialdemokraten dennoch mancherorts notgedrungen zusammenarbeiten werden.

Das bringt Scharpings Wahlkampfstrategen in ein schweres Dilemma: Sie müssen die Gysi-Sozialisten bekämpfen; und

sie müssen sie zugleich umwerben – aber doch nicht so, daß sie in Verdacht der Kollaboration geraten.

Die PDS kann mit harter Opposition auftrumpfen, während Rudolf Scharping mit maßvollem Einsatz die Mitte umwirbt und dadurch Linkswähler verprellt. Und die Union, die selber schon ihre ersten Ost-Bürgermeister und Landräte von PDS-Helfern mitwählen ließ (siehe Seite 18), wird nach Berliner Vorbild jede Gelegenheit nutzen, vor der angeblichen Gefahr einer neuen Volksfront von Sozialdemokraten und Kommunisten zu warnen.

Dabei bleibt den großen Parteien gar nichts anderes übrig, als sich im Osten mit der PDS nach demokratischen Regeln zu arrangieren. Zu erfolgreich ist sie in der Ex-DDR.

In der Bonner SPD-Spitze galt die Zusammenarbeit mit den Verwesern des real nicht mehr existierenden Sozialismus bisher als Tabu. Parteivize Wolfgang Thierse durchbrach es am vorletzten Wochenende als erster. Er folgte einer Einladung zum Pressefest des PDS-Jubiläumblattes *Neues Deutschland*.

Ergriffen klatschte das Publikum Beifall, als einer der vielen anwesenden Senioren große Worte fand: „Daß der stellvertretende SPD-Vorsitzende hier ist, ist schon was Neues in der Geschichte der linken Arbeiterbewegung.“

Thierse erntete zwar Buhrufe für seinen Vorwurf, die PDS gefährde sein eigenes Ost-Berliner Direktmandat und überdies die Ablösung Helmut Kohls. Aber er hat die Zeichen der neuen Zeit erkannt: Der Versuch, die PDS unter politische Quarantäne zu stellen, führt – Beispiel Berlin – meist zu demokratischen Notlösungen: großen Koalitionen.

Das Dilemma erkennt auch der sächsische SPD-Landeschef Karl-Heinz Kunckel: „Wenn wir mit der CDU koalieren, wird die PDS noch stärker.“

Sozialdemokraten vom linken Parteiflügel und Jusos in Dresden brüsteten sich damit, ihre Stimme bei der Oberbürgermeister-Stichwahl am vorigen Sonntag der PDS-Kandidatin Christine Ostrowski, 48, zu geben. Bei der Kommunalwahl hatte die SPD mit 14,7 Prozent deutlich schwächer abgeschnitten als die PDS mit 22,2 Prozent.

So hätten es Gysis Leute gern: eine Sozialistenfront gegen Kohl.

Der CDU, im Osten selber aus der Blockpartei CDU hervorgegangen, gefällt das nicht schlecht. Überall kann sie sich als unbeirrte Kämpferin wider alle Kollaboration mit den Kommunisten präsentieren. CDU-Bundesvize und Sachsen-Innenminister Heinz Eggert hält mit Blick auf den Bundestagswahlkampf „selbst eine punktuelle Kooperation“ für ausgeschlossen: „Wer die Einheitsfront will, soll dies den Wählern auch deutlich sagen.“

Die neue Macht aus dem Osten muß die Bonner Parteien über den Wahltag hinaus irritieren: Sie signalisiert ein neues Lebensgefühl in der alten DDR. Da ist eine Art ostdeutscher Eigensinn entstanden.

Das gesellschaftliche Klima in der anderen Hälfte der Nation hat sich verändert. Die Psychologin Gabriele Oettingen vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung beobachtete die Körpersprache der Ost-Berliner: Der alte Ossi-Trübsinn mit herabgezogenen Mundwinkeln ist vielfach frohem Lächeln und aufrechtem Gang gewi-



PDS-Wahlkampf in Magdeburg
„Echte, starke, linke Opposition“

Von unten aufgeweicht

Auch Christdemokraten paktieren mit der PDS

Angela Merkel, 39, CDU-Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, sah den politischen Konsens der Republik in Gefahr: Die SPD verlasse „die Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien“. Anlaß zur Wehklage war der Bonner Ministerin für Frauen und Jugend ein Vorstoß des Schweriner SPD-Landesvorstandes: Die Sozialdemokraten erwägen nach den enttäuschenden Kommunalwahlergebnissen vom 12. Juni, ihre Bürgermeister- und Landratskandidaten notfalls auch mit den Stimmen der PDS wählen zu lassen.

Nur durch die Wahl von Sozialdemokraten, argumentieren die SPD-Vorständler, lasse sich Schlimmes verhüten: daß alte Blockparteimitglieder, die sich in der CDU nur scheinbar geläutert haben, für weitere sieben bis neun Jahre als Landräte wirken können.

Kaum hatte SPD-Landeschef Harald Ringstorff diese Überlegungen publik gemacht, heulte die vom Machtverlust bedrohte Landes-CDU auf. Die Vorsitzende Merkel gab vor, „plötzlich wieder die Einheitsfront von 1946“ entstehen zu sehen.

Der Verweis auf die Geschichte ist böseartig: Die in der damaligen Ostzone vollzogene Vereinigung von SPD und KPD war mit Polizeigewalt und Terrorandrohung durch die sowjetische Armee erzwungen worden. Die so entstandene Sozialistische Einheitspartei Deutschlands unterdrückte bis zum Schluß jeden Ansatz zu einer Sozialdemokratisierung der Par-



Sozialdemokrat Ringstorff
„Haltet den Dieb“

tei. SPD-Verdächtige wie der Regimekritiker Walter Janka wurden eingekerkert und geächtet.

Die Merkel-Warnung vor der „Einheitsfront“ kommt Sozialdemokraten vor, als rufe ein Räuber „Haltet den Dieb“. Denn die CDU-Leute selber haben offenbar keinerlei Bedenken gegen einen Pakt mit



Christdemokratin Merkel
„Plötzlich die Einheitsfront“

der PDS, wenn es um die Sicherung der eigenen Macht geht. So wurden erst vor einem halben Jahr in Brandenburg in den Kreisen Prignitz und Uckermark CDU-Politiker mit – entscheidenden – Stimmen der PDS ins Landratsamt gewählt. Kein Wort des Bedenkens kam damals von CDU-Landeschefin Merkel, die zugleich stellvertretende Bundesvorsitzende der Kohl-Partei ist.

Schon 1990 hatte sich die CDU in Mecklenburg-Vorpommern nicht gezielt, Güstrows CDU-Bürgermeister mit Stimmen der PDS wählen zu lassen. Auch heute, so Landtagsfraktionsprecherin Constanze Steinke, werde die Kontaktsperre zur PDS von Unionspolitikern „kommunal von unten aufgeweicht“.

Greifswalds Oberbürgermeister Joachim von der Wense etwa kündigte „Gespräche mit allen Parteien“ an, als sich herausstellte, daß die CDU-Stimmen im Stadtparlament für seine Wiederwahl nicht reichen würden.

SPD-Landeschef Ringstorff würdigte vorige Woche die „guten Ratschläge“ der Union an seine Partei knapp: „Unehrlich und heuchlerisch.“

chen. Verkehrte Welt. Während die Westparteien in Verdruß sinken, trägt die PDS zum Optimismus bei. „Gysis bunte Truppe“ (Wahlwerbung) wendet stillen Gram über Vergangenes und Enttäuschungen der Nachwendzeit in forschende Sprüche und Gemeinschaftsgeist.

So erwuchs, gegenüber dem als kalt empfundenen Überlegenheitsgehabe der Westdeutschen, ostdeutscher Gruppengeist aus einer Gemeinsamkeit, die den anderen fremd blieb: der Erinnerung an Blauhemd-Abende, Trabi-Reparaturen, Einkaufsschlängen und vollbeschäftigte Arbeitskollektive. Die PDS hat sich zu einer ostdeutschen Milieupartei entwickelt.

Ihre 130 000 Aktivisten haben ein Ohr für Sorgen und Nöte der Mieter, Kleingärtner, Rentner oder Arbeitslosen. Sie organisieren eine brave außerparlamentarische Opposition oder schlichte Lebenshilfe im Bürokraten-dschungel.

Es ist die Psychologie des Alltags, die sich in den PDS-Wahlergebnissen spiegelt, nicht die Solidarität der Zukurzgekommenen. 54 Prozent der Ostdeutschen äußerten Mitte Juni in der Emnid-Umfrage, es gehe ihnen gut oder sehr gut (63 Prozent der Westdeutschen). Und immerhin 44 Prozent der PDS-Anhänger beurteilten ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut (gegenüber nur 22 Prozent etwa bei den Republikanern).

Überraschend und ärgerlich ist die Renaissance der PDS für die anderen Parteien vor allem, weil sie die Erben der Honecker-Diktatur schon abgeschrieben hatten. Allein das Etikett der „SED-Nachfolgepartei“, glaubten Bonner Parteistrategen, werde die Epi-

44 Prozent der PDS-Wähler erklären: Es geht uns gut

gonen des Staatssozialismus ein für allemal niederdrücken.

Doch die Parteiplaner übersahen, daß die gedankliche Schubkraft politischer Bewegungen oft weit über den Zusammenbruch ihrer organisierten Systeme hinausreicht. Die aufgefächerte Reformpartei zieht nun Altstalinisten und junge Linke, Stasis, Punks und Protestwähler an.

Auch die westdeutschen Nachkriegsparteien hatten nicht bei Null angefangen. Sie führten ihre geistigen Wurzeln in die Weimarer Republik und ins Kaiserreich zurück: Die SPD berief sich auf die Arbeiterbewegung, Union und FDP auf bürgerliche, christliche, liberale Traditionen.

Ähnlich werden, nach dem Schock der Wende, in Intellektuellenzirkeln der

Immer dienstags

Berlins CDU-Innensenator Heckelmann ist bisher nur durch Affären aufgefallen. Jetzt hat er wieder eine überstanden.

Einige Damen trugen Abendkleider. Bei den Herren, so beobachtete Tilman Fichter, Referent für Bildung beim Bundesvorstand der Bonner SPD, „fehlte nur noch das Monokel“. Zur Begrüßung trank man sich und dem „deutschen Vaterland“ zu. Einer der Gastredner, Jörg Haider, erhielt jede Menge „spontanen Applaus“.

Die Herrschaften, die sich seit 1993 regelmäßig beim „Dienstags-Gespräch“ meist im Berliner Hilton Hotel trafen, erweckten auch die Aufmerksamkeit der Polizei.

In wechselnder Eigenschaft waren Beamte der Einheit PMS 5, die auf rechte Umtriebe spezialisiert ist, immer dienstags dabei. Mal als Personenschützer, mal als operative Beobachter fanden sie „Kapital und Intelligenz der rechten Szene“ versammelt. „Deutsch-national-patriotisch-rechts“ denkende Honoratioren seien darunter, notierten sie, etwa der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl oder der national-konservative *Welt*-Redakteur Rainer Zitelmann; als Dauergast gehörte Hans-Chri-



DDR-Politiker Gysi beim SED-Parteitag*: „Chance zum Wandel“

früheren DDR linke Theoriedebatten wiederbelebt, die weit hinter die Moskauer Diktatur und das Regime der verstorbenen Greise zurückgreifen: Marxismus als postkapitalistischer Reifeprozess, Sozialismus als Freiheit auch der Andersdenkenden.

Daher rühren die befremdlichen Allianzen zwischen einst von der SED unterdrückten Geistesschaffenden und damals vom System lebenden Apparatschiks. So begründete Schriftsteller Stefan Heym, 81, seine PDS-Kandidatur zur Bundestagswahl, die Partei müsse „gegen den Alleinvertretungsanspruch der westdeutschen Politikerkaste“ zu einer „echten, starken linken Opposition“ aufgebaut werden. Mehr als 30 alte und junge Künstler und Wissenschaftler werben für die PDS, etwa Hanne Hiob, Werner Mittenzwei, Barbara Thalheim.

Die Leitfigur vieler Hoffnungen ist der pfiffige Jurist Gysi, der mit freundlicher Schlagfertigkeit zum Medienstar auch in westdeutschen Talk-Shows aufstieg. Sein Nachfolger als Parteichef, der Kommunikations-Professor Lothar Bisky, 52, bleibt da blaß im Hintergrund. Als Sozialdemokrat Scharping nach dem Europa-Wahlerfolg der PDS wettete, die Partei begünstige indirekt Helmut Kohl, konterte Gysi vor der Kamera grinsend, Scharping begünstige Kohl direkt.

Der Sohn des einstigen DDR-Kulturministers Klaus Gysi verkörpert glaubhaft Altes und Neues in der Partei. Autor Heym, erklärt er listig, sei nicht deswegen mit der SED in Konflikt geraten, „weil er kein Sozialist war, sondern gerade, weil er einer war“. Alles anders bei der PDS, so Gysis Signal.

Die Konzentration der PDS-Wählerschaft auf Wohnzentren der einstigen

DDR-Bürokratie, etwa in den Berliner Bezirken Hohenschönhausen, Marzahn oder Lichtenberg, weist allerdings auf eine altbekannte Klientel. Dort ist die PDS, wie SPD-Vize Wolfgang Thierse beklagte, zur „Partei der Ausbeutung von Ressentiments“ gediehen.

Doch die These, vor allem die früheren Funktionäre der SED seien der Partei treu geblieben, ist offenbar falsch. Springers *Hamburger Abendblatt* rechnete nach: 34 Prozent der Schweriner Bürger wählten PDS, „so viele alte SED-Aktivisten gibt es in Schwerin nicht“.

Nach Feststellungen des Infas-Instituts zog die PDS bei der Europawahl 55 Prozent ihrer Wähler von anderen Parteien sowie von Nicht- und Erstwählern zu sich herüber – „ein klarer Beleg dafür, daß sie Protestpotentiale binden konnte“, so Infas. Einen überdurchschnittlich hohen PDS-Anteil stellten dabei Wähler mit Abitur.

Da die PDS in Ostdeutschland noch immer fünfmal so viele Mitglieder hat wie die SPD, warnt der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler davor, „auf die Dauer so viele Menschen ausgrenzen“ zu wollen.

Koalitionen mit der „Nachfolgepartei der Kommunisten“ lehne er strikt ab, so der Christdemokrat, aber: „Auch ein früherer Kommunist muß die Chance haben, sich zu einem Demokraten wandeln zu können und in der Demokratie mitzuarbeiten.“



CDU-Innensenator Heckelmann
„Dinge, die ich weiß“

* Im Dezember 1989 in Ost-Berlin.

stoph Bonfert, 31, dazu, der Pressereferent des Berliner Innensenators Dieter Heckelmann (CDU).

Der Organisator der illustren Runde ist Hans-Ulrich Pieper, 46, heute Chef einer „Agentur für integrierte Kommunikation“ und auch nicht unbekannt. Er war Stadtrats- und Bundestagskandidat der Republikaner und engagierte sich schon als Student bei den rechtsradikalen „Nationalrevolutionären“.

Die Polizeiprotokolle über die „Dienstags-Gespräche“ stammen vom Februar. Vorige Woche lösten sie eine Koalitionskrise in Berlin aus. Eine Veröffentlichung im *Tagesspiegel* machte den Fall gerade noch rechtzeitig öffentlich. Wenige Tage danach wären die Dienstags-Dossiers weisungsgemäß im Landesamt für Verfassungsschutz vernichtet worden.

Als ob die Hauptstadt nicht andere Sorgen hätte, jagten sich die „Szenen aus dem Drehbuch einer Selbsterstörung“ (*Die Welt*). Am vergangenen Montag forderte die SPD wegen „Verletzung der Dienstpflicht“ den Rücktritt von Innensenator Heckelmann, der seinen Pressesprecher lediglich wegen seiner „Dienstags-Gespräche“ ermahnt hatte. Der Partner in der Großen Koalition drohte mit einem Mißtrauensantrag; der hätte Aussicht auf Erfolg gehabt, weil ihm auch die PDS zustimmen wollte.

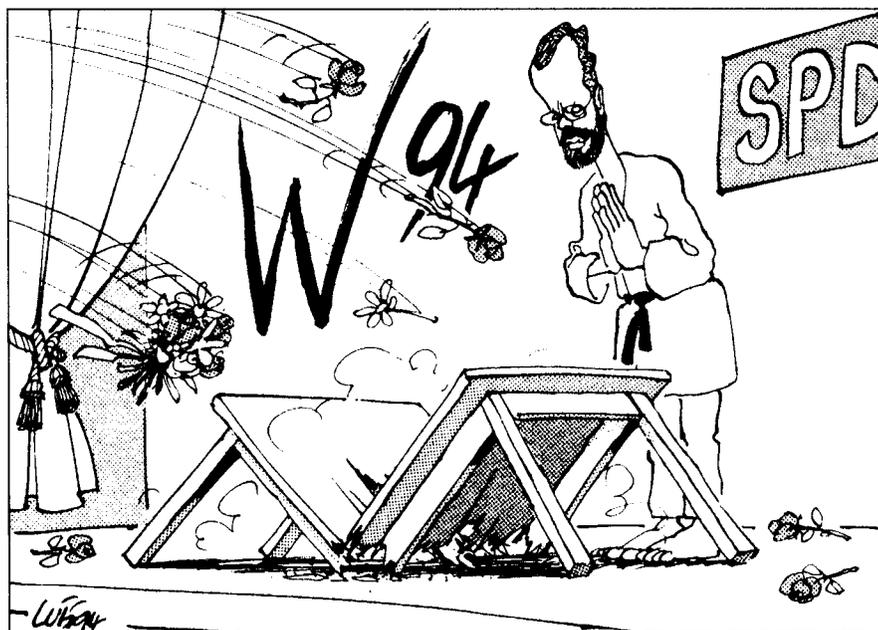
Die Querelen hatte SPD-Fraktionschef Ditmar Staffelt zum Politikum erhoben. Beim Mißtrauensantrag gegen Heckelmann wollten selbst eigene Abgeordnete aus dem Ostteil der Stadt nicht recht mitmachen – oder nur unter Zwang.

Allein in der Einschätzung des Delinquenten herrschte Eintracht. Heckelmann sorgt für Skandale – und in den Augen vieler ist er selbst zum Skandal geworden. Seine bislang gut dreijährige Amtszeit brachte ihm zwei Untersuchungsausschüsse im Parlament ein.

Der eine soll klären, wieso die Freiwillige Polizei-Reserve, eine Art amtlicher Bürgerwehr, von Rechtsextremisten unterwandert werden konnte. Der andere beschäftigt sich mit dem Versagen der Sicherheitsbehörden vor dem Mord an vier Kurden im Berliner Lokal Mykonos im September 1992. Das Landesamt für Verfassungsschutz hatte es nicht fertiggebracht, den späteren Hauptverdächtigen zu überwachen.

Heckelmann will davon erst nach dem Attentat erfahren haben und fühlt sich unschuldig: „Ich übernehme die politische Verantwortung nur für Dinge, die ich weiß.“ Der Berliner Verfassungsschutzchef Heinz Annußek kommentierte das so: Für ihn sei von Anfang an klar geworden, „daß der Senator selbst sich nicht näher mit dem Amt beschäftigen wollte“.

Dennoch darf Heckelmann Innensenator bleiben. In einem Kompromiß nach



Der Hallenser Tischhieb

Stuttgarter Zeitung

Berliner Art ist ihm lediglich die Zuständigkeit für den Verfassungsschutz genommen worden. Und auch dem Presseschef geht es weiter gut: Bonfert wurde nicht gefeuert, sondern lediglich versetzt.

Für die Dossiers über die „Dienstags-Gespräche“ muß sich jetzt der Regierende Bürgermeister persönlich interessieren. Er ist nun zugleich Berlins oberster Verfassungsschützer.

SPD

Bilanz Sonderzug

Die SPD streitet um den Weg zur Macht: Soll die Partei als Juniorpartner in eine Große Koalition?

Auf dem Parteitag von Halle gelobte der Kandidat Besserung. „Ab heute“, verkündete Rudolf Scharping, „herrscht Klarheit über die sozialdemokratische Politik in den nächsten Jahren.“

Der Beifall war, wie stets am Mittwoch vergangener Woche, frenetisch. Doch offenbar hat der SPD-Chef zuviel versprochen.

Nichts ist klar.

Die Aussicht auf eine „Mehrheit für den Wechsel“, von der Helmut Kohls Herausforderer auf der Bühne mit Blick auf den 16. Oktober schwärmte, war bereits in Halle getrübt. Sobald Spitzengenosser aus dem Scheinwerferlicht der Eissporthalle heraustraten und auf Gre-

miensitzungen in den Wandelgängen zur Sache kamen, wurde deutlich, wie schwer die „Kohl muß weg“-Losung ihres Vornannes umzusetzen ist.

Unsicherheit, Ratlosigkeit oder Diszens herrschen auch nach dem Jubelfest über

die von Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen schon seit einigen Wochen für die Zeit nach Halle avisierte „Zuspitzung“ des unhandlichen Programms zu griffigen Streitthemen, die von Oskar Lafontaine geforderte Änderung des Kampagnenstils nach einem mißlungenen „hanebüchenen“ Europawahlkampf, die „Machtperspektive“ (Gerhard Schröder): Welche Koalition soll die SPD nach der Wahl suchen?

Es ging bereits los, bevor sich die Delegierten zur offiziellen Kür ihres Kanzlerkandidaten versammelten. Im Parteirat, dem höchsten SPD-Gremium zwischen den Parteitagen, übernahm Vize Lafontaine am Vorabend des roten Konvents die Regie.

Der Saarländer, der schon früher angekündigt hatte, jedem „eins auf die Rübe“ zu geben, der den Chef Scharping noch mal anmache, diktierte den Genossen, wie das „KoKo-System“ (Bonner Jargon für die Kohl-Koalition) zu knacken sei: durch eine konsequente Baisse-Strategie in der Steuerpolitik. Opposition anstelle von Schmusekurs.

Die Regierenden müßten erst zu Offenbarungseid und Konkurs getrieben werden, ehe die Opposition ihre Sanierungsvorschläge unterbreite, ordnete Lafontaine an.

Das kann noch dauern. CDU und CSU drücken sich seit Monaten, endlich ein gemeinsames Wahlprogramm vorzulegen. Finanzminister Theo Waigel fürch-

tet, noch einmal der Steuerlüge wie im vorigen Wahlkampf geziehen zu werden, wenn er sich jetzt festlegt.

Bevor Waigel „die Hosen nicht runterläßt“, so Lafontaine, hätten „abenteuerliche Vorschläge“ des Steuerexperten der SPD-Fraktion, Joachim Poß, oder des nordrhein-westfälischen Finanzministers Heinz Schleußer unter Verschuß zu bleiben, wie die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Anhebung des steuerfreien Existenzminimums (Kosten: 40 Milliarden Mark) zu finanzieren sei. „Ich bin doch nicht besoffen“, klärte der Saarländer auf, „wir holen doch denen nicht die Kastanien aus dem Feuer.“

Der Schatten-Finanzminister bekam Beifall für seine Strategie. Doch das Konzept des Abwartens behindert die versprochenen Zuspitzungen des Programms.

Die Ungeduld in der Partei wächst. Nach der Sommerpause muß die SPD ihr Programm für die ersten hundert Tage nach dem vielbeschworenen Wechsel mit präzisen Aussagen spicken. In der Fraktion werden bereits Listen mit Wahlversprechen gehandelt.

Die Vorschläge reichen von dem Tausendmarkschein, den jeder Käufer eines Benzinsparautos vom Staat erhält, bis zur Verpflichtung, sofort eine Million neuer Arbeitsplätze mit Hilfe von Lohnkostenzuschüssen zu schaffen.

Eine So-nicht-Strategie allein, warnt Günter Verheugen, reiche eben nicht: „Viele wollen auch wissen, wie wir die Zukunft gestalten wollen.“

„Keine erkennbare politische Botschaft“, lautete die Kritik an einer aufwendigen Euro-Wahlreise Scharpings im Sonderzug durch die neuen Länder. Die Exkursion sei „für die SPD und den Spitzenkandidaten kontraproduktiv: Die SPD traut sich keine großen Events zu, der Spitzenkandidat zieht – im Gegensatz zu Kohl – keine Leute“.

Der Verriß stammt nicht vom politischen Gegner, sondern aus der Pressestelle des SPD-Parteivorstands. Den dreiseitigen Text („Bilanz Sonderzug und Vorschläge zur Verbesserung im Bundestagswahlkampf“) nahmen am vorigen Montag Rudolf Scharping und seine engsten Berater in Empfang.

Die Kritik beflügelte offenbar den Auftritt des Kandidaten in Halle. Jedenfalls haben die begeisterten „Jetzt geht's los“-Chöre sogar die Gegner im Regierungslager beeindruckt.

Verteidigungsminister Volker Rühle, der als CDU-Generalsekretär Erfahrungen mit der SPD sammelte, warnte bereits davor, „die Disziplin dieser großen Traditionspartei“ zu unterschätzen. Noch habe der Kampf nicht wirklich begonnen. „Lange Zeit ist die CDU trotz Kohl gewählt worden“, befand ein Unionspräsident, „jetzt wird man erleben, daß die SPD trotz Scharping gewählt wird.“

Fragt sich nur, was nach der Wahl passiert. Gibt es eine Große Koalition?

Zwar wiederholten der Vorsitzende Scharping und Manager Verheugen am Dienstag im Parteivorstand in Halle noch einmal, daß die SPD keine Große Koalition „will“. Aber Lafontaine ging am Rande des Parteitages vorsichtshalber noch einen Schritt weiter – trotz der Chef-Order, keiner dürfe fortan über Koalitionen reden.

Für den Fall, daß die SPD ihr Ziel verfehle, stärkste Partei zu werden, und keine der großen Parteien eine ausreichende Koalitionsmehrheit finde, werde er jeden Versuch boykottieren, die SPD als Juniorpartner in ein Bündnis mit den Konservativen zu lotsen.

Der Saarländer kann sich auf wichtige Verbündete stützen: die nordrhein-

westfälischen Sozialdemokraten. Ministerpräsident Johannes Rau visiert bei der Landtagswahl im nächsten Frühjahr noch einmal eine absolute Mehrheit an, will sich allenfalls auf ein Bündnis mit der FDP einlassen. Seine Wahlkampfexperten haben auf einer Klausur am vorletzten Wochenende die schlechteste Voraussetzung für den SPD-Wahlkampf zwischen Rhein und Weser definiert: eine Große Koalition in Bonn.

Notfalls will daher Lafontaine auf einem Sonderparteitag erzwingen, daß die SPD dann als zweitstärkste Partei eine Minderheitsregierung tolerieren würde, mit dem Ziel späterer Neuwahlen.

Die „Mehrheit für den Wechsel“, die Scharping in Halle versprochen hat, gibt es dann erst bei der übernächsten Wahl – vielleicht.

Helmut Kohl ist immer schon da

Hartmut Palmer über Kanzlerkandidat und Kanzler in Halle

Dieses Wahl-Wunder von Halle hat niemand erwartet. Selbst der Bundeskanzler ist beeindruckt.

Daß einer es schafft, einen Verein von ausgewiesenen Individualisten geschlossen hinter sich zu bringen und in geheimer Abstimmung ein solches Votum einzufahren, nötigt Helmut Kohl Achtung ab.

„Dieses Ergebnis“, gibt er neidlos zu, „ist so imposant, daß man davon träumen könnte.“

Soll das ein Witz sein? Hat sich der CDU-Kanzler vergangene Woche in Halle in der Tür geirrt? Ist er aus Versehen beim benachbarten Parteitag der SPD gelandet, die das ersehnte Comeback des Herausforderers Rudolf Scharping wie ein Geschenk des Himmels feiert?

Nichts von alledem. Kohl redet gar nicht über Scharpings Erfolg, weder vorher noch nachher. Er ignoriert ihn weiterhin. Des Kanzlers unverhohlene Bewunderung gilt dem Germanisten Wolfgang Frühwald, 58, dem gerade wiedergewählten Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Frühwald hat geschafft, von Politiker nur träumen dür-



Kohl-Propaganda in Halle
Bejubeln, anfassen, ansehen

fen: Ohne Gegenstimmen und Enthaltungen ist er im Amt bestätigt worden – so hochprozentig fällt nicht einmal das Delegiertenvotum für den Herausforderer Scharping aus.

Nur 500 Meter Luftlinie trennen den Amtsinhaber Kohl am vergangenen Dienstag von dem Hotel, in dem der Kandidat von Sitzung zu Sitzung hetzt, um den heikelsten und riskantesten Auftritt seiner Karriere einzuüben. Der Kanzler macht sich ein Vergnügen daraus, den Sozialdemokraten über die Medien zu zeigen, daß ihm mit einer großen Rede in Wahlkampfzeiten noch lange nicht beizukommen ist.

Da kommt die Jahreshauptversammlung der Wissenschaftler gerade recht: Wie sonst könnte der CDU-Chef das Kunststück fertigbringen, innerhalb von 24 Stunden gleich zweimal leibhaftig an dem Ort zu erscheinen, den die SPD für sich allein reservieren wollte.

Wohin die Sozialdemokraten auch kommen und blicken: Helmut Kohl oder sein Konterfei sind schon da, überall schiebt der Kanzler sich wichtig ins Bild.

Mal als Volkstribun auf dem Marktplatz, wo ihn – bei strahlendem Wetter – mindestens 10 000 Menschen bejubeln, anfassen, ansehen möchten. Dann wieder in präsidialer Attitüde und den Parteigrenzen scheinbar entückt, wenn er den Magnifizenzen und Spektabilitäten der DFG – gewissermaßen als Gleicher unter Gleichen – eine Vorlesung über Eliten und den Staatsmann und Historiker Kohl hält.

Und immer ist die Botschaft gleich: Nicht das Volk der DDR hat die deut-

sche Einheit geschaffen, und schon gar nicht die vaterlandslose SPD. Daß man auf den ostdeutschen Plätzen und Straßen überhaupt wieder frei seine Meinung sagen und Wahlkampf führen darf, ist eigentlich allein das Verdienst des Kanzlers Kohl.

Natürlich regt sich, bei den selbstgefälligen Freiland-Auftritten des Amtsinhabers, auch Widerstand im Volk.

Was aber sind ein paar hundert Trillerpfeifen der Punks gegen die ergriffenen „Helmut, Helmut“-Chöre, die – zum erstenmal seit dem Wahlkampf

„Nur wer sich selbst vertraut, kann Vertrauen erwarten“

1990 – ausgerechnet in Halle wieder zu hören sind?

Was ist ein rohes Ei, das irgendwo weit vor der Absperrung aufs Pflaster titscht, gegen das hitzige, schwitzige Bad in der Menge? Es sieht ja im Fernsehen niemand, daß Kohl immer durch einen zweifach eingezäunten Streifen vom normalen Publikum abgegrenzt ist. Näher an den Kanzler darf nur ausgewähltes Volk.

An den Zahlenverhältnissen freilich ändert das nichts: Bei Kohl ist der große Marktplatz schwarz von Menschen. Rudolf Scharping kann am nächsten Abend froh sein, daß wenigstens ein paar hundert Leute zum „Kulturabend“ in das „neue theater“ gekommen sind.

Es fehlt aber auch an professioneller Routine. Die CDU bringt für ihre Kanzlerauftritte immer die gleiche Kulisse in

Stellung: Bühne, Slogans, Absperrgitter, das Tonband zum Abspielen der Nationalhymne und die furchterregende Lautsprecherbatterie, die jeden Störer übertönt, gehören zur Grundausrüstung. Waghalsige Experimente gibt es nicht.

In Halle wird vor dem Auftritt des SPD-Kandidaten nicht einmal der Raum inspiziert, in den er unter Fernsehbegleitung einmarschieren soll. Erst in letzter Minute und eher zufällig entdeckt ein SPD-Helfer, welche optische Falle da droht: Der ganze Theaterraum samt Bühne ist als Parteitagsplenum für eine Satire „Revue '60“ dekoriert, die das Ensemble auf dem Spielplan hat, originalgetreu bis ins Detail mit den alten Requisiten der einst allmächtigen SED. Ringsum an den Wänden hängen die Konterfeis der verschwundenen Eliten des Arbeiter-und-Bauern-Staates – von Wilhelm Pieck bis zu Erich Honecker.

Und auf der Bühne, hinter dem Rednerpult, weht das unvermeidliche Banner, aus Pappmaché geklebt, mit Marx und Engels, Lenin und sogar noch Stalin.

Wenigstens dieses Kulissenstück wird auf Scharpings Betreiben am Schnürboden hochgezogen. Mit Stalin im Rücken will sich der SPD-Kandidat nicht filmen lassen.

Kann einer, den die Kameras und Mikrofone überall hin verfolgen, überhaupt unverkrampft und fröhlich sein? Kann man entspannen, wenn auch noch ein harmloser Kommentar zum gerade laufenden Fußball-Länderspiel Deutschland gegen Spanien wie eine Regierungserklärung aufgezeichnet wird?

Selbst das „Tooor“-Geschrei des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten beim 1:1-Ausgleich wirkt unter diesen Umständen wie eine Pressekonferenz.

Klar freut er sich, daß die Deutschen endlich den Ausgleich schießen. Aber unter den Blitzlichtern der Fotografen und vor laufender Kamera fällt die Freude eine Spur zu übertrieben aus: Als müsse er immer wieder dementieren, daß er den Deutschen und dem Kohl-Anhänger Berti Vogts die Niederlage gönne, so angestrengt wirkt der SPD-Vorsitzende, wenn er mal spontan sein will.

* Am Mittwoch vergangener Woche mit Oskar Lafontaine, Johannes Rau und dem Spitzenkandidaten für die Landtagswahl, Reinhard Höppner.



Wahlkämpfer Scharping, Genossen in Halle*: „Was haben die mir alles draufgepackt“

„Wir waren oft zu bequem“

Bundespräsident Richard von Weizsäcker über seine Amtszeit

Irgendwann zwischen Nacht und Morgen in Halle hat Rudolf Scharping die einzig richtige Entscheidung getroffen: Er hat sich von dem Redetext für den Parteitag getrennt, den er seit Wochen und Monaten wie Blei mit sich herumschleppt. Seitdem wirkt der SPD-Chef befreit von einer großen Last: „Was haben die mir alles auf diese Rede draufgepackt.“

Was dann in der Eissporthalle folgt, ist ein lehrreiches und spannendes Stück wechselseitiger Suggestion. Der Redner bestärkt sein Publikum, und dieses bestärkt den Redner. Und es ist nicht immer klar, wer eigentlich wen mit sich zieht – am Ende aber sind alle von sich hingerissen.

Selbst Springers *Welt*, der SPD durchaus nicht wohlgesinnt, verbucht die Nummer als „beste Rede seit Brandts Zeiten“.

Hat nicht auch Helmut Kohl sein Tief im Februar dadurch überwunden, daß er sich und die CDU auf dem Parteitag in Hamburg durch schiere Siegeszuversicht aus dem Sumpf zu reden begann?

„Nur wer sich selbst vertraut“, hofft der Vorsitzende Scharping, „kann Vertrauen von anderen erwarten.“ Es klingt immer noch wie eine strenge Mahnung an sich selbst. „Nur wer sich selber imponiert, imponiert auch anderen.“ So hat Heiner Geißler seinen Feind-Freund nach dessen Rede in Hamburg korrekt interpretiert.

Scharping muß keiner mehr erzählen, wie leicht eine Stimmung verfliegen, wie schnell aus hochgespannter Zuversicht tiefe Depression erwachsen kann. Das hat er zur Genüge in den letzten Wochen erlebt.

Könnte nicht schon die nächste Wahlschlappe das ganze Gebäude wie ein Kartenhaus zum Einsturz bringen?

Manchmal flieht Rudolf Scharping vor den Selbstzweifeln in die Einsamkeit des Radrennfahrers.

Der Tourmalet-Paß (2115 Meter) in den Pyrenäen gehört zu den schwierigsten Strecken bei der Tour de France. Und der Hobbyradfahrer Scharping hat diesen Paß schon mehr als einmal geschafft.

War es nicht immer so, daß man ihn ewig unterschätzte? Hat er nicht in seinem politischen Leben fast alle Ziele gerade deshalb erreicht, weil andere sie ihm nicht zutrauten? Noch vor einer Woche schien der Kanzlerkandidat am Ende. Halle hat er mit erhobenem Haupt verlassen.

Mißtrauisch und zäh will er aber auch künftig bleiben, den Demoskopien sowenig glauben wie der ewig siegestrunkenen Kohl. Dessen Willen zur Macht traut er sich ohnehin schon lange zu.

„Was ich mir vorgenommen habe, das pflege ich zu erreichen“, verspricht der Kandidat, „ob das der Tourmalet ist oder das Kanzleramt.“



Weizsäcker, SPIEGEL-Redakteure*: „Die festen Fronten sind nicht mehr da“

SPIEGEL: Herr Bundespräsident, sind Sie ein Querdenker?

Weizsäcker: Ich weiß nicht, was ein Querdenker ist. Der Ausdruck wird verwendet, als gebe es nur die Alternative zwischen Denken und Gehorchen. Wer nicht gehorcht, ist dann ein Querdenker. Ich halte diesen Gegensatz für wenig hilfreich.

SPIEGEL: In der Definition des Bundeskanzlers ist ein Querdenker „ein sehr gut getarnter Konformist“.

Weizsäcker: Danach wäre dann ein Querdenker etwas anderes als ein Denker.

SPIEGEL: Sie haben die Äußerung des Bundeskanzlers nicht als an Ihre Adresse gerichtet verstanden?

Weizsäcker: Warum sollte ich?

SPIEGEL: Weil sie so gemeint sein könnten.

Weizsäcker: Dafür gibt es keinen Grund. Wir sind alle beide nicht aufeinander fixiert. Der gemeinsamen Verantwortung gehen wir mit verteilten Rollen nach, wie es unsere Pflicht ist.

SPIEGEL: Sie haben sich in Ihrer Amtszeit mit mancherlei Gedanken und Reden quergelegt.

Weizsäcker: Denken und Anpassung gehören nicht zusammen. Es kann sich einer anpassen oder ständig widersprechen, ohne eigene Gedanken zu haben. Denken ist die Aufforderung, selbstständig zu sein und zu bleiben.

SPIEGEL: Bundespräsidenten reden vor allem – sollten sie künftig mehr Befugnisse haben?

Weizsäcker: Diese Frage halte ich nicht für zentral. Wir sind in einer Zeit des

* Gerhard Spörl und Dirk Koch im Schloß Bellevue, dem Berliner Amtssitz des Bundespräsidenten.



„Wir sind in einer Zeit des Übergangs, Orientierung wird gesucht“

Übergangs nicht nur in Deutschland, sondern eigentlich in der ganzen Welt nach dem Ende des Kalten Krieges. Die ehemals vorgegebenen festen Fronten für das Denken und Handeln sind nicht mehr da. Orientierung wird gesucht. Wer dazu etwas beizutragen hat, möge es tun, und es wird sich auswirken, ohne Rücksicht darauf, welche verfassungsmäßigen Befugnisse er hat.

SPIEGEL: Treten Sie für eine Aufwertung des Amtes ein?

Weizsäcker: Es wäre nicht schlecht, das überparteiliche Gewicht in unserer Verfassung noch mehr zu stärken. Dazu könnte dieses Amt, zum Beispiel bei Vorschlägen zu Wahlen in die höchsten Gerichte, einen Beitrag leisten. Nützlich wäre es, dem Präsidenten Mittel zur Verfügung zu geben, um Orientierungsfragen der liberalen Demokratie gemeinsam mit unabhängigen Personen des öffentlichen Lebens zu beraten und Vorschläge zu unterbreiten, selbstverständlich ohne die Verantwortung und Zuständigkeit der anderen Verfassungsorgane zu beschneiden.

SPIEGEL: Bei aller Melancholie des Abschieds – wird Ihnen mulmig zumute, wenn Sie auf den Zustand des Landes sehen?

Weizsäcker: Wir befinden uns insgesamt – in jedem der beiden Teile Deutschlands, im vereinigten

sentlichen geschlossen, außer im Rahmen der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft. Das hat sich vollkommen geändert. Da findet eine Umkehrung der Gewohnheiten unseres Landes statt. Die Umgewöhnung kann ja nicht von heute auf morgen gehen, aber Fortschritte macht sie schon.

SPIEGEL: Gehört zum notwendigen Fortschritt, daß Ausländer das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft bekommen?

Weizsäcker: Aus meiner Zeit als Berliner Bürgermeister ist mir ein exemplari-

Deutschland, in Europa und darüber hinaus – in einer Übergangsphase. Wir haben neue Chancen, aber auch Schwierigkeiten, unseren Weg zu finden. Das ist eine große Herausforderung.

SPIEGEL: Die Klage über allzuviel Enge und Reformunwilligkeit ist ja weit verbreitet. Sie gilt zum Beispiel dem Verhältnis der Deutschen zu den hier lebenden Ausländern, denen die Einbürgerung erschwert und das Wahlrecht vorenthalten wird.

Weizsäcker: Auch da befinden wir uns im Übergang. In der Zeit des Kalten Krieges waren die Grenzen für Zuwanderer im wesentlichen

schon in Erinnerung geblieben, an dem sich die Tragweite des Problems ermes- sen läßt.

Wenn junge Türkinnen in Berlin geboren werden, sich hier für einen Beruf und ein Leben ausbilden und weder die Absicht noch die praktische Möglichkeit haben, nach Anatolien zurückzukehren, werden sie früher oder später den Wunsch haben, nicht nur an den Pflichten, sondern auch an den Rechten eines hier lebenden Bürgers teilzunehmen. Zugleich leben sie mit Eltern oder Großeltern zusammen, die die alte Heimat noch kennen, an ihr mit allen Fasern hängen und sich über den Weg ihrer Töchter oft sorgenvolle Gedanken machen. Ihnen würden die Töchter einen Schmerz zufügen, wenn sie die Staatsangehörigkeit ihrer Vorfahren einfach preisgäben. Das will man sich ersparen.

Ist das nicht menschlich verständlich? Schadet es uns, wenn solche jungen Türkinnen beide Staatsangehörigkeiten besitzen? Ich behaupte nicht, daß dieser Fall zu verallgemeinern ist. Aber wir sollten neben einer generalisierenden, starren, administrativen Tradition die konkreten menschlichen Schicksale sehen und uns mit unseren Regeln an ihnen besser als bisher orientieren.

SPIEGEL: Sind Sie mit dem Stand der Asylgesetzgebung zufrieden?

Weizsäcker: Wichtig war insbesondere, die Frage der Zuwanderung nicht auf das Asyl zuzuspitzen und zu beschränken, wie wir es allzulange getan haben. Zuwanderer können Asylsuchende, Bürgerkriegsflüchtlinge, Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion oder anders

motiviert Menschen sein. Sie kann man nicht allesamt durch das Nadelohr des Asyls treiben. Die Diskussion darüber ist im Gange. Wir werden zu einer Regelung kommen, die dem Ziel dient, die Zuwanderung nach unseren Interessen und Verpflichtungen verständlich zu regeln. So halten es andere, uns nahe befreundete Länder aufgrund ihrer Erfahrung seit langer Zeit.

SPIEGEL: Sie hatten sich dafür eingesetzt, daß sich am Asylrecht nichts ändert. Nun mußten Sie ein Asylrecht unterschreiben, mit dem das Grundrecht auf Asyl faktisch aufgehoben wird. Ein Makel Ihrer Amtszeit?

Weizsäcker: Die Asylregelung wird ihre Verfassungsidee besser verwirklichen können, wenn sie Bestandteil einer Gesamt-



„Schadet es uns, wenn junge Türkinnen beide Staatsangehörigkeiten besitzen?“

zuwanderungsregelung wird. Auf diesem Wege sind wir, aber wir haben sie noch nicht.

SPIEGEL: Warum nicht?

Weizsäcker: In keinem Volk der Welt hat sich innerhalb so kurzer Zeit das Verhältnis von Abwanderung und Zuwanderung so rasch geändert. Wir haben mehr aufgenommen als alle anderen. Wir sind deshalb mitten in einer längeren öffentlichen Diskussion, zu der auch ich beitrage.

SPIEGEL: Sind die Deutschen auch dabei, von ihren Nachbarn zu lernen, wie sich eine unverkrampfte Nation verhält, wie es sich Ihr Nachfolger Roman Herzog wünscht?

Weizsäcker: Nach meiner Überzeugung ist dieses Thema nicht so schwer, wie es in der Diskussion oft erscheint. Jede Nation hat ihre Besonderheiten. Die unsrigen liegen einerseits darin, daß wir mitten in einem Kontinent umgeben sind von weit mehr Nachbarn als alle anderen europäischen Nationen, und andererseits darin, daß wir zahlenmäßig größer sind als jeder einzelne unserer Nachbarn. Aber wir sind keine anderen Menschen als die Menschen in anderen Nationen.

Die Nation wird auf absehbare Zeit weiterbestehen und gebraucht, zum Beispiel zur demokratischen Kontrolle des Weges nach Europa, auf dem wir unterwegs sind. Dieser Weg führt uns zu rechtlich gesicherten gemeinsamen Institutionen der europäischen Zusammenarbeit.

Dies widerspricht nicht den Belangen unserer Nation. Im Gegenteil: Es ist unser nationales Interesse, daß dieser Prozeß vorangeht. Gerade weil wir mitten im Kontinent liegen, ist es für uns Deutsche näherliegend und einfacher als für andere, das Wohl unserer eigenen Nation im Fortschritt der europäischen Einigung zu sehen.

SPIEGEL: Soll die starke Betonung des Nationalen Bindewirkung entfalten, wie es mancher in Ihrer Partei will? Kann damit die auseinanderstrebende Gesellschaft zusammengehalten werden?

Weizsäcker: Da muß ich verschiedenes auseinanderhalten. Erstens: Im Verhältnis des Bürgers zum Staat gibt es ohne Zweifel einen Prozeß der Distanzierung, die Privatisierung. Zweitens: Was die Befugnisse der Bundesländer gegenüber dem Bund angeht, ist der Föderalismus völlig unbestrittener und gesunder Bestandteil unserer Staatlichkeit. Drittens: Gefährlich wäre nur der Appell an ein Nationalgefühl mit dem Ziel, sich vom Außen abzuschließen und aus unserer geographischen Mittel-lage eine politische Sonderrolle der nationalen Isolierung anzustreben. Aber solche Gedanken haben zum Glück keine Aussicht auf Erfolg.

SPIEGEL: Wie definieren Sie Nation?

Weizsäcker: Als die gemeinsame Verantwortung für die Vergangenheit und den gemeinsamen Lebenswillen, die Probleme der Gegenwart und Zukunft anzupacken. Es sind geistige Gründe, die die Nation bilden, und nicht äußere Merkmale wie Hautfarbe und noch nicht einmal die Sprache.

SPIEGEL: Herr Bundespräsident, über die gemeinsamen Grundlagen im vereinten Deutschland gehen die Auffassungen weit auseinander. Vor kurzem gab es im Bundestag eine heftige Kontroverse, als die Enquetekommission zur SED-Diktatur ihren Bericht vorleg-

rückkehrten und mit aufrichtiger Überzeugung den Neuanfang zunächst auf dem Boden der alten DDR suchten. Nehmen Sie jemanden wie Hans Mayer oder Stefan Heym.

SPIEGEL: Meinen Sie, wie Friedrich Schorlemmer, daß die Dämonisierung der DDR zur Ostalgie führt?

Weizsäcker: Wer die ganze Zeit im Westen gelebt hat, tut gut daran, sorgfältig auf Friedrich Schorlemmer zu hören. Er wird dabei immer etwas lernen.

SPIEGEL: Ihr zentrales Thema ist in zehn Amtsjahren die deutsche Vergangenheit gewesen. Ihre Gedanken kreisten um Schuld, Scham und Verantwortung. Da-

bei schwingt immer – und vielleicht liegt darin der Grund für das positive Echo – ein stark persönlicher Ton mit. Sie waren, Jahrgang 1920, seit 1938 Soldat, Sie kannten einige der Attentäter vom 20. Juli 1944. Haben Sie sich im nachhinein mutiger gewünscht?

Weizsäcker: Wir saßen an keinen Schalthebeln. Wir wurden ständig einseitiger Propaganda ausgesetzt. Aber da waren wir oft zu bequem, nicht mutig genug, die Augen wirklich aufzumachen und den Anzeichen von Unrecht nachzugehen. Am meisten Eindruck gemacht haben mir die Studenten der Weißen Rose in München oder der Arbeiter Quangel in Berlin-Wedding, die nichts anderes taten, als die Spuren von Nazi-Verbrechen beim Namen zu nennen, für die Wahrheit zu zeugen und dafür das eigene Leben einzusetzen.

SPIEGEL: Haben Sie sich schuldig gefühlt, weil Sie überlebt haben?

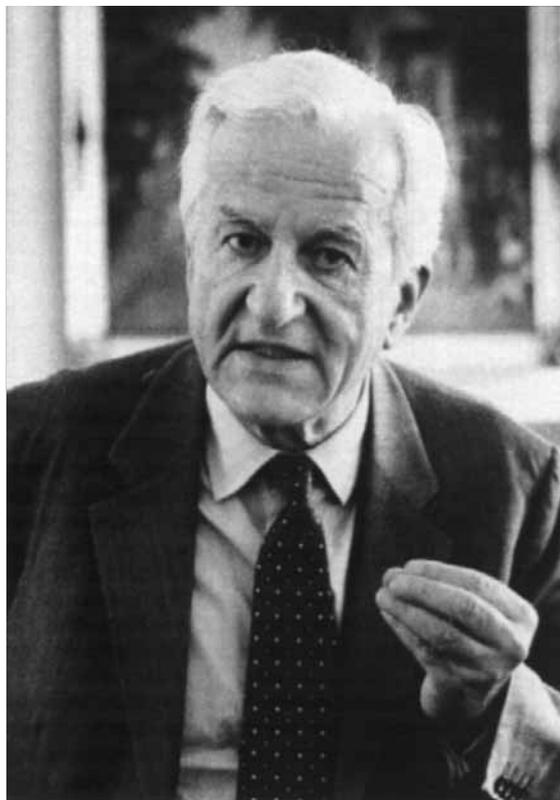
Weizsäcker: Es gab solche Momente. Aber dann will

man weiterleben, so anständig wie möglich.

SPIEGEL: Herr Bundespräsident, am Ende Ihrer Amtszeit denken Politiker gemeinhin darüber nach, was in den Geschichtsbüchern über sie stehen wird. Willy Brandt sagte gern über sich: „Man hat sich bemüht.“ Helmut Schmidt meint nicht weniger spröde, er wolle über sich lesen: „Er hat seine Sache anständig gemacht.“ Was sollen die Historiker über Sie schreiben?

Weizsäcker: Wenn Historiker sich dafür interessieren, dann will ich ihnen die Arbeit nicht abnehmen.

SPIEGEL: Herr Bundespräsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



„Wir waren nicht mutig genug, den Anzeichen von Unrecht nachzugehen“

te. Sie entspann sich, weil ein PDS-Abgeordneter vom Antifaschismus in den Anfängen der DDR sprach, der die Widerstandskämpfer und Emigranten beseelte. Hat er nicht einfach recht?

Weizsäcker: Jedenfalls sind solche Debatten höchst notwendig und heilsam. Jeder möge seine Biographie erzählen. Dann lernen wir die notwendigen Unterscheidungen zu machen. Sicher gab es hartgesottene Stalinisten, deren Antifaschismus kein Freibrief für eine fortgesetzte Unterdrückung der Freiheit mit anderen Mitteln sein durfte. Auf der anderen Seite gab es Emigranten, die in das geteilte Deutschland zu-

Krimi hinter den Kulissen

Die Brüsseler Eurokraten vereinheitlichen die Umweltgesetze. Für die Deutschen heißt das häufig: Das Öko-Recht wird lascher. Jüngstes Beispiel hierfür sind die in der letzten Woche vom europäischen Ministerrat verabschiedeten Zulassungsbestimmungen für Pestizide, die das Trinkwasser trüben.



Entnahme von Wasserproben (an der Elbe): Künftig stärker belastet mit giftigen Pestiziden?

Die italienische Tageszeitung *il Giornale* fand die Angelegenheit „typisch, ja tragisch deutsch“.

Da habe man den Deutschen vor einiger Zeit vier bunte Tonnen vor die Häuser gestellt. Mit der Maßnahme, „Grüner Punkt“ genannt, hätten die Behörden den Müll reduzieren wollen, denn die sortierten Abfälle sollten verwertet und weiterverarbeitet werden.

Statt dessen aber seien die Müllberge ins Unendliche gewachsen: „Die Organisatoren“, so *il Giornale*, „haben gewisse Eigenschaften ihrer Landsleute fatal unterschätzt“ – die blindwütige Sammel- und Sortiersucht der Deutschen.

Mangels ausreichender Recyclingkapazitäten stünden die Grünpunkt-Aktivistinnen nun hilflos „wie die Zauberlehrlinge“ vor der ständig anschwellenden Müll-Lawine; nichts helfe, die Bundesbürger seien einfach „zu ordentlich“.

Dem Mißstand wird begegnet werden. Die europäischen Umweltminister planen eine neue Verpackungsrichtli-

nie, die noch in diesem Jahr für alle Mitgliedstaaten verbindlich werden könnte.

Danach sollen künftig sehr viel weniger Bierdosen, Milchtüten und Blisterschachteln vom gewöhnlichen Müll abgetrennt werden. Gegen Sammler und Sortierer setzt die Europäische Union eine altbewährte Methode: Ex und hopp.

Vom deutschen Ressortkollegen Klaus Töpfer (CDU) wird die geplante EU-Richtlinie als „umweltpolitisch verheerend“ betrachtet. Doch das Verfahren entspricht gängiger Euro-Praxis: Wann immer ein Einzelstaat sich neuerdings (durchweg maßvolle) Öko-Anforderungen stellt, setzen die Euro-Politiker und -Beamten ein eigenes Verordnungswerk hinzu. Darin gelingt es ihnen meist mühelos, eine schlechtere Lösung auszutüfteln.

So war es auch vergangene Woche, als die europäischen Agrarminister über neue Leitlinien zur Zulassung von Pilztötern und Insektenvertilgern verhandelten. Was bei dem Treffen in Luxem-

burg beschlossen wurde, gilt deutschen Wasserschützern als „Öko-Skandal ohnegleichen“, wie Michaela Schmitz, Abteilungsleiterin Wasser des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW), formulierte.

Mit der Beschlussvorlage sollten vorgeblich nur ein paar noch offene Details einer bereits vor drei Jahren verabschiedeten Pestizid-Richtlinie präzisiert werden. In Wahrheit zielten die Bauernvertreter auf ein Kernstück des geltenden Wasserrechts.

Nach der Entscheidung können europaweit selbst Pflanzenschutzmittel wie Atrazin und DDT wieder in den Handel geraten – gefährliche Pestizide,

die in Deutschland längst verboten sind. Denn entgegen dem derzeit gültigen strengen Grenzwert für Trinkwasser (0,1 Mikrogramm pro Liter) sollen für einen Zeitraum von fünf Jahren auch Mittel erlaubt sein, die, weil sie leicht in den Boden sickern, sehr viel höhere Rückstände im Grundwasser hinterlassen.

Die Entscheidung, in aller Stille vorbereitet, war trickreich terminiert: So kurz vor dem Wechsel der griechischen an die deutsche Ratspräsidentschaft, die im Juli beginnt, fehlt ein rechter Adressat für Vorwürfe. Und vom neuen Europaparlament ist derzeit nichts zu befürchten – es hat sich noch gar nicht konstituiert.

Ob mit oder ohne Trickerei: Immer stärker greift die Europäische Union auch auf dem Umweltbereich in nationales Recht ein. Und statt sich bei neuen Richtlinien an den fortschrittlichsten Mitgliedstaaten Dänemark, Deutschland oder den Niederlanden zu orientieren, nehmen die Euro-Regler stets bei

umweltpolitisch eher rückständigen Ländern wie England, Italien oder Griechenland Maß – heraus kommt Öko-Politik auf niedrigstem Niveau.

Da werden die Bedingungen, unter denen neue Industrieanlagen gebaut werden können, zwischen Kopenhagen und Athen angeglichen. Von Aarhus bis Lissabon gelten bald dieselben Grenzwerte für Giftstoffe in Autoabgasen, Trinkwasser oder Babykost.

Durch EU-Regelung können komplizierte, in vielen Jahrzehnten gewachsene Gesetze einzelner Länder über Nacht ausgehebelt werden – das Euro-Recht ist oftmals stärker als die Landesgesetze. Die fleißigen Brüsseler Beamten sind kaum zu bremsen: Rund 200 Öko-Richtlinien und Verordnungen hat die Gemeinschaft in den vergangenen zehn Jahren verabschiedet; hinzu kommen ungezählte Vorschriften über Materialnormen sowie Sanierungs- und Strukturprogramme mit teils erheblichen Öko-Auswirkungen.

So werden in Normierungsausschüssen, die keinerlei Kontrolle unterliegen, Höchstmengen für Chemikaliensätze in Baustoffen, Kleidungsstücken und Kinderspielzeug festgelegt – weiterreichende Vorsorgebemühungen einzelner Mitgliedsländer können mit einer Fußnote erledigt werden.

Aus ihren Finanzmitteln – über 65 Milliarden Ecu allein im letzten Jahr – spendieren die Öko-Beamten fragwürdige Investitionen wie etwa über die Sanierung der Hafengebäude im griechischen Saloniki: Nachdem der giftige Hafenschlick ausgekoffert war, wurde der Dreck nach einem Bericht des Europäi-



Ausbringen von Pestiziden: Industrievertreter saßen mit am Tisch

schen Rechnungshofes einfach auf die umliegenden Felder verteilt.

Mühevoll gesammelte Umweltdaten lagern seit Jahren nutzlos in den Archiven. Bis die neugegründete Europäische Umwelt-Agentur in Kopenhagen endlich ihre Arbeit aufnimmt, könnten sie längst wertlos sein. Das Gremium, das als europäische Kontrollinstanz fungieren soll, wird ohnehin wenig ausrichten können, wenn es gilt, notorische Umweltverschmutzer unter den EU-Mitgliedern auszumachen – Meldungen an die Agentur, dafür hat die Industrielobby gesorgt, sind freiwillig.

Meist werden die Euro-Verordnungen hinter verschlossenen Türen ausgekugelt. Von demokratischen Kontrollen, wie auf nationaler Ebene üblich, sind die Gesetzesmacher kaum behelligt: Um den Brüsseler Beamten auf die Finger zu schauen, ist das Parlament in Straßburg zu schwach an Befugnissen und zu dürrig besetzt.

„Wer sollte mich kontrollieren?“ fragt der Brüsseler Spitzenbeamte Ludwig Krämer, Chef der Rechtsabteilung in der Umweltsektion. „Ich weiß doch mehr über die Umweltprobleme als die meisten Parlamentarier hier.“ Eine Mitarbeiterin der Umweltsektion im Ministerrat vermerkt abfällig, viele Abgeordnete wüßten ja nicht einmal, wohin sie ihre Anfragen adressieren sollten.

Besser kennen sich die Lobbyisten der Industrie aus, von denen sich allein in Brüssel an die 8000 tummeln. Ob im exklusiven Herrenklub „Cercle Gaulois“, wo sich Botschafter und hohe Beamte mit an-

spruchsvoller Literatur berieseln lassen, ob beim Tennis oder auf dem Golfplatz – es gibt viele Gelegenheiten, diskret auf die Eurokraten einzuwirken.

So kommt es vor, daß manche Vorlagen für Verordnungen oder Richtlinien auf ihren verschlungenen Wegen durch die Gesetzgebungsmaschinerie der EU wundersame Veränderungen erfahren. Andere Entwürfe tauchen, keiner weiß warum, trotz mehrfacher Anmahnungen gar nicht erst auf.

Eine Vorlage über Qualitätsstandards von Müllverbrennungsanlagen, die ursprünglich Grenzwerte für das Supergift Dioxin enthielt, war plötzlich von derlei

„500 Beamte wie die Mäuse im Käfig“

Regelungsballast befreit. Dioxine können bei der Verbrennung von PVC entstehen; möglich, daß sich die Kunststoffindustrie zu Wort gemeldet hatte.

Auf den Entwurf einer neuartigen Kraftfahrzeugsteuer, mit der die Kohlendioxidabgabe der Autos reduziert werden sollen, warten die Experten schon seit zwei Jahren. Das Vorhaben war von den europäischen Umweltministern angekündigt worden. Doch die Beamten tun sich offenbar schwer, einen konkreten Vorschlag auszuarbeiten. „Sicher findet die Automobilindustrie eine solche Steuer nicht witzig“, sinniert ein Beamter im Ministerrat.

Für Außenstehende sind die verschachtelten Gebäude der europäischen Gesetzgebung nachgerade undurchschaubar. Die Lobbyisten aber kennen sich bestens in den diversen Häusern aus.

In einem gelben Backsteinbau am Brüsseler Stadtrand residiert die Gene-



Autoabgase: Die Lobby bremsst die neue Steuer

raldirektion Umwelt in der Kommission. Dort sitzen die rund 500 Beamten „wie die Mäuse im Käfig“, meint Carola Taschner vom Europäischen Umweltbüro, einem Dachverband von Öko-Gruppen in der Union. Taschner beobachtet: „Die dürfen über Umweltpolitik reden, aber verwirklichen können sie ihre schönen Pläne nicht.“

Schon zur Ausarbeitung von Vorschlägen fehlt es in der Umweltdirektion häufig an Personal. Deshalb müssen

Fragen des Wasserrechts ab. Den Schutz des Trinkwassers hatte die Kommission bereits 1980 europaweit geregelt, seinerzeit vorbildlich: Nach dieser Richtlinie darf das Trinkwasser in der Union pro Liter nur 0,1 Mikrogramm eines bestimmten Pflanzenschutzmittels enthalten – praktisch nichts.

Durch den Pestizideinsatz in der Landwirtschaft aber geraten fast allerorten Gifte ins Grundwasser. Um das Trinkwasser entsprechend der Richtli-

Industriewünsche, die klaren Trinkwasserbestimmungen durch allerlei Einzelgrenzwerte zu trüben. Indes haben die Kollegen vom Agrarsektor ein Schlupfloch in die Zulassungskriterien für Pflanzenschutzmittel gewebt: Über die jetzt in Luxemburg verabschiedeten Bestimmungen wird erlaubt, was nach der Wasserrichtlinie (noch) verboten ist – eine stärkere Belastung des kostbaren Gutes Wasser durch giftige Pestizide.

Morgens gegen fünf Uhr fiel die Entscheidung. Der deutsche Agrarminister blieb ablehnend bis zum Schluß, hingegen hatten sich die Dänen mit einem vagen Zugeständnis umstimmen lassen. Danach sollen, ausnahmsweise, nationale Alleingänge möglich sein: Ein Mitgliedstaat *muß* nicht jeden Giftstoff ins Land lassen, den der Nachbar auf seinen Feldern versprüht – aber er *kann*.

Ob der Passus vor dem Europäischen Gerichtshof Bestand haben wird, wo stets auf Gleichbehandlung gepocht wird, ist fraglich. Überdies erwartet die BGW-Abteilungsleiterin Schmitz nach diesem ersten Coup neue Anschläge auf den Wasserschutz: „Da wird weiter gebohrt.“

Nicht immer arbeiten Industrievertreter so einträchtig zusammen. Über die zur Zeit in Arbeit befindliche Richtlinie zur Genehmigung neuer Produktionsanlagen sind sich auch die Lobbyisten uneins. Doch es gilt wie stets: Der schlechtere Standard siegt.

Erstmals einheitliche Vorschriften für Luft-, Wasser- und Bodenverunreinigungen durch Industrieanlagen hatte die Kommission vorlegen wollen. Gemeinsame Grenzwerte jedoch, mit denen eine solche Regelung überhaupt nur Sinn machen könnte, wurden in der EU-Runde als zu heikel ausgeschlossen.

Darüber hinaus nahmen die Beamten eine Klausel auf, die in noch unbelasteten Gebieten sehr viel mehr Dreck in Luft, Wasser und Boden erlaubt, als dank moderner Rückhaltetechniken nötig wäre, ein Zugeständnis an britische Industrieverbände und eine „Einladung zum Öko-Dumping“, wie der Deutsche Töpfer meint: Fortan könnten auch noch relativ unberührte Landstriche stärker verschmutzt werden.

Da machen selbst Industrievertreter nicht mehr mit, die bislang stets als Öko-Bremser galten. Bei der Frankfurter Hoechst AG etwa, die sich, gedrängt durch strenge Umweltauflagen, in den letzten Jahren mühsam an höhere Standards gewöhnte, lehnt der für Umwelt verantwortliche Vorstandsmann Ernst Schadow die Regelung empört ab: „Das ist doch innovationsfeindlich, ein völlig falsches Konzept.“

Ärger über die EU gab es bei Hoechst schon im Frühjahr. Damals



Industrieanlage*: „Einladung zum Öko-Dumping“

Aufträge für Gesetzesvorhaben oftmals nach draußen vergeben werden, etwa an Consulting-Büros. Die haben meist noch andere, zahlungskräftigere Kundschaft – aus der Industrie.

Fertige Entwürfe werden an den Ministerrat weitergereicht. Jetzt dürfen, im Rahmen der Diskussionen innerhalb der einzelnen Länderfraktionen, die Industrievertreter auch offiziell mitreden. Umweltgruppen hingegen bekommen einen neuen Gesetzentwurf erst zu Gesicht, wenn er, sehr viel später, dem Parlament zugeleitet wird.

Aber auch die vermeintlich unabhängigen Abgeordneten haben ein Ohr für die Geschäftsinteressen der in ihrem Herkunftsland tätigen Firmen. Wenn etwa im Euro-Parlament Fragen des Flugverkehrs behandelt werden, verlaufen die Fronten nicht zwischen Sozialisten und Christdemokraten.

„Dann heißen die Fraktionen British Airways, Lufthansa und KLM“, berichtet ein Parlamentsmitarbeiter, „einige Abgeordnete tragen sogar das Zeichen ihrer Fluggesellschaft am Revers.“

Doch solcherart Interessenwerbung ist noch harmlos. Ein wahrer Krimi spielt sich hinter den EU-Kulissen um

nie rein zu halten, müßten die Pestizidmengen drastisch verringert werden – schlechte Nachricht für die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln.

Deshalb setzte die Agro-Industrie ihre Lobbyisten an. Bald gab es Meetings ohne Ende, diskrete Sitzungen und exklusive Konferenzen. Wie zufällig kamen zeitgleich auch die Zulassungsbedingungen für Pestizide neu ins Gespräch. Während sich die Beamten der Umweltdirektion noch um unabhängige

„Entscheidungen unter dem Druck der Kälteindustrie“

Fachleute mühten, saßen die Industrievertreter auch ohne offizielles Mandat allenthalben längst mit am Tisch.

„Wir hatten“, plaudert ein Insider aus, „schnell in den anderen Generaldirektionen Freunde gewonnen: Die Bereiche Forschung, Wettbewerb und Binnenmarkt waren auf unserer Seite.“ Am stärksten aber wurden die Agrarminister beackert – und die Feldarbeit zeigte Wirkung.

Die aufrechten Beamten der Öko-Direktion stemmen sich bis heute gegen

* Thyssen-Hütte bei Duisburg.

hatte der Konzern die Produktionsanlagen für Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW), die die Ozonschicht zerstören, auf öffentlichen Druck hin abgeschaltet. Kaum standen die Rührkessel in Frankfurt still, da erlaubte die Union plötzlich neue FCKW-Importe nach Europa.

Diesmal, vermuten die Hoechster, habe Brüssel „unter dem Druck der Hersteller aus der Kälteindustrie“ entschieden, die FCKW als Kühlmittel einzusetzen. „Wie kann die Kommission“, fragt Hoechst-Vorstand Schadow entrüstet, „eine von allen getragene Umweltmaßnahme nur derart unterlaufen?“

Sie kann nicht nur, sie muß zuweilen sogar. So im Fall des hochgefährlichen Chemiegiftes Pentachlorphenol, das in Deutschland bis vor einigen Jahren als

Wirkstoff in Holzschutzmitteln oder beim Imprägnieren von Lederjacken und Schuhen verwendet wurde. Die Bundesrepublik hatte das Teufelszeug vor knapp fünf Jahren verboten.

In der EU hingegen wird der Giftstoff nach einem 1991 verabschiedeten Erlaß noch geduldet. Weil die Bundesrepublik gegen eine Übernahme der Europa-Regelung protestierte, hatte Brüssel später ausdrücklich auch die schärferen deutschen Bestimmungen billigend zur Kenntnis genommen.

Dagegen klagten die Franzosen vor dem Europäischen Gerichtshof – im nationalen Interesse. Der französische Chemie-Gigant Rhône-Poulenc stellte noch bis vor kurzem beträchtliche Mengen des Pilzgifts PCP her.

Vor einigen Wochen kam der Richterspruch, er könnte von großer Trag-

weite sein – auch für die jetzt in Brüssel getroffenen Entscheidungen zum Wasserschutz. Nach Meinung des Euro-Gerichts hätte die Kommission den deutschen Sonderweg nicht zulassen dürfen, weil die entsprechende EU-Entscheidung „gegen wesentliche Formvorschriften“ verstoße.

Die Bundesregierung wollte mit ihrem Alleingang vorsorgenden Umwelt- und Gesundheitsschutz betreiben. Der Euro-Gerichtshof aber entschied aus übergeordneten Gründen. Die Richter, so Ulrich Schlottmann, Beamter aus dem Bonner Umweltministerium, suchten „nationale Alleingänge“ stets zu unterbinden.

Aus Gründen des Wettbewerbs, wie Schlottmann vermutet: „Bei denen ist doch der Binnenmarkt die heilige Kuh.“

Bürokratie

Europa und die Pipistrelli

Wie EU-Juristen versuchen, das Wesen des Hühnerschenkels zu ergründen

Um „den Lesern eine rasche Information über die Arbeit“ des Europäischen Gerichtshofes zu geben, dokumentiert dessen Bulletin in seiner Ausgabe 10/1994 unter anderem die „Schlußanträge“ eines Generalanwalts zu der Frage, wie der Begriff „Hühnerschenkel mit einem Teil des Rückens, Teil des Rückens mit Flügel („pipistrelli“) zu definieren sei. Auszüge:

1.1 Ein Hühnerschenkel mit (einem Teil des) Rücken(s) (ohne Sterz) stellt kein „Viertel“ im Sinne der Tarifposition 02.02.B.II a) 1 des Verzeichnisses im Anhang zur Verordnung (EWG) Nr. 1151/87 der Kommission vom 27. April 1987, im Anhang zur Verordnung (EWG) Nr. 2303/87 vom 30. Juli 1987 und im Anhang zur Verordnung (EWG) Nr. 2800/87 der Kommission vom 18. September 1987 dar.

1.2 Ein solches Erzeugnis ist – was den Zeitraum vom 1. Januar 1988 bis zum 1. Oktober 1988 betrifft – ein „Viertel, ohne Sterze“ im Sinne der Tarifposition 0207.41.71.100 des Verzeichnisses im Anhang zur Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission vom 17. Dezember 1987, wenn es als Hinterviertel, bestehend aus Unter-



Geflügelschlachterei: „Viertel, ohne Sterze“

schenkel, Oberschenkel und hinterem Rückenteil angesehen werden kann. Die Feststellung, ob das streitige Erzeugnis dieser Definition entspricht, ist Sache des nationalen Gerichts.

2.1 Es ist Sache des nationalen Gerichts, anhand der im betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Methode für das Zerlegen von Hühnerkörpern den Teil des Huhns anatomisch genau abzugrenzen, der in der Tarifposition 02.02.B.II. b)

des Verzeichnisses in den Anhängen zu den Verordnungen Nrn. 267/87, 1151/87, 2303/87 und 2800/87 und in der Tarifposition 0207.41.21.000 im Anhang der Verordnung Nr. 3846/87 als „ganze Flügel, auch ohne Flügelspitzen“ bezeichnet wird.

2.2 Gelangt das nationale Gericht zu der Ansicht, daß es sich bei vorderen Rückenteilen mit Flügeln um mit einem Stück des Rückens verbundene „ganze Flügel, auch ohne Flügelspitzen“ im Sinne der unter Ziffer 2.1 ge-

gebenen Antwort handelt, so fällt das betreffende Erzeugnis unter die in Ziffer 2.1 genannten Tarifpositionen, wenn der Anteil dieses Rückenstücks am gesamten Erzeugnis unter Berücksichtigung der Gewohnheiten der Verbraucher und des Handels sowie der in dem betreffenden Mitgliedstaat oder der betreffenden Region gebräuchlichen Methoden für das Zerlegen eines Huhns für das Erzeugnis nicht charakterbestimmend ist.

„So ein Trauerspiel“

Interview mit dem Düsseldorfer SPD-Innenminister Herbert Schnoor über das Scheitern der Verfassungsreform

SPIEGEL: Was der Bundestag am Donnerstag als Minimalkonsens der Fraktionen zur Grundgesetz-Reform beschließen soll, hat mit den Vorschlägen in der Gemeinsamen Verfassungskommission nicht mehr viel zu tun. Ist die Reform gescheitert?

Schnoor: Wir haben in der Verfassungskommission zwei Jahre mit der Bonner Koalition gerungen, was dabei herausgekommen ist, war ein magerer Kompromiß. Was jetzt daraus werden soll, ist nicht mehr verantwortlich.

SPIEGEL: Werden Sie im Bundesrat dagegen stimmen?

Schnoor: Wenn die CDU/CSU bei der Erweiterung der Kompetenzen der Länder und der Einführung eines Minderheitenschutzes nicht nachgibt, dann werde ich diesem Stückwerk nicht zustimmen.

SPIEGEL: Den Anstoß zur Reform haben Ideen der ostdeutschen Bürgerrechtler gegeben. Nun scheint es um die Prestige-Interessen westdeutscher Landesminister zu gehen.

Schnoor: Unsere Bemühungen, das föderative Prinzip der Verfassung zu stärken, waren zugleich der Versuch, auch die Identität der neuen Länder zu stärken. Das soll nun kassiert werden.

SPIEGEL: Das interessiert die Menschen in Ostdeutschland allenfalls am Rande.

Mehr Rechte

für die Länder zu Lasten des Bundes – das war einer der Vorschläge der Gemeinsamen Verfassungskommission (GVK). Die Reformer empfahlen zudem, Arbeit und Wohnen als Verfassungsziel aufzunehmen, ebenso den Schutz ethnischer Minderheiten und ein Diskriminierungsverbot eheähnlicher Lebensgemeinschaften. Teile der CDU wollten vorige Woche jedoch von den Anfang des Jahres beschlossenen Reformideen nichts mehr wissen – bis auf ein Diskriminierungsverbot für Behinderte. Am kommenden Donnerstag soll die Grundgesetz-Änderung im Bundestag verabschiedet werden. Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Schnoor (SPD), Mitglied der Verfassungskommission, hält die Reform wegen des Parteienstreits für gescheitert.



Verfassungsreformer Schnoor
„Ich werde nicht zustimmen“

Schnoor: Die Stabilisierung des Föderalismus ist für mich von zentraler Bedeutung. Das hat etwas mit der ausgeklügelten Machtbalance zwischen Bund und Ländern zu tun . . .

SPIEGEL: . . . also geht es Ihnen doch um Ihre Macht?

Schnoor: Es geht um die Identität von Ländern und Landsmannschaften, um die Rechte von Landesparlamenten. Die Bürger würden es spätestens dann erkennen, wenn es die Länder nicht mehr gäbe, was es bedeutet, Macht in einem Staate zu verteilen.

SPIEGEL: Wer will denn die Länder abschaffen?

Schnoor: Das ist ein schleichender Aushöhlungsprozeß seit 1949. Da sind etwa die Bestrebungen des Bundes, den Bundesgrenzschutz zu einer Bundespolizei zu machen. Mit der Verfassungsreform ist nun vorgesehen, zusätzliche Kompetenzen für die Regelung der Staatshaftung und der Gentechnologie auf den Bund zu übertragen, was Sinn macht. Es bedeutet aber noch mehr Zentralismus. Zum Ausgleich müssen strengere Voraussetzungen für die konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes eingeführt werden.

SPIEGEL: Forderungen ostdeutscher Bürgerrechtler, Wähler per Volksentscheid an der Politik zu beteiligen, ha-

ben sich die SPD-Vertreter in der Verfassungskommission schnell abhandeln lassen.

Schnoor: Die notwendige Zweidrittelmehrheit erforderte Kompromisse. Und es galt ja, so wichtige Forderungen wie die Staatsziele Arbeit und Wohnen, den Minderheitenschutz, ein Diskriminierungsverbot für Behinderte, den Schutz nichtehelicher Lebensgemeinschaften und die sexuelle Selbstbestimmung ins Grundgesetz einzuführen . . .

SPIEGEL: . . . was Ihnen letztlich auch nicht gelungen ist – von den meisten Beschlüssen der Kommission haben die Fraktionen sich wieder verabschiedet.

Schnoor: Wir haben in der Kommission unsere Anträge zu Volksbegehren und Volksentscheid gestellt und sind damit gescheitert, und jetzt will

die CDU/CSU das, was wir gemeinsam mit Zweidrittelmehrheit in der Gemeinsamen Verfassungskommission beschlossen haben, auch noch kippen.

SPIEGEL: Hans-Jochen Vogel hat der SPD die Zustimmung zum Reform-Torso empfohlen. Bekommen Sie mit dem Oberjuristen der SPD jetzt Krach?

Schnoor: Es gibt jedenfalls unterschiedliche Auffassungen. Wir haben im Bundesrat die Fragen aus Sicht der Länder zu beurteilen, nicht aus Sicht der jeweiligen Bundestagsopposition.

SPIEGEL: Und die Länder?

Schnoor: Ich glaube, daß die SPD-Kollegen in den Ländern das ähnlich sehen wie ich, und auch Teile der unionsregierten Länder, zumindest aber die Bayern, sehe ich auf meiner Seite.

SPIEGEL: Liefern Sie mit Ihrer Haltung der zerstrittenen Koalition nicht überflüssigerweise einen Schuldigen für ein Scheitern der Reform?

Schnoor: Wenn sich nicht alle Beteiligten bis Donnerstag auf die Beschlüsse der Verfassungskommission besinnen, dann sollte die Abstimmung verschoben werden. Ich will mich nicht verbiegen und hinterher so tun müssen, als ob so ein Trauerspiel ein Anlaß zum Feiern wäre. Es geht um die deutsche Einheit, da nehme ich lieber in Kauf, daß man mir was anhängt.

Per Turbo in den Tod

Nach einer Reihe von Selbstmorden unter abgewiesenen Asylbewerbern fordern Flüchtlingshelfer eine Änderung des Asylrechts.

Während sich seine Mitgefangenen im Fernseher einen Krimi anschauten, knotete Zhou Zhe Gun, 43, im Tischtennisraum seine Socken zu einem Strick zusammen und strangulierte sich. Als ihn die anderen Abschiebehäftlinge, am 2. Juni um 21.10 Uhr, schließlich fanden, war der Chinese bereits tot.

Erst am frühen Morgen des darauffolgenden Tages konnten die Justizvollzugsbeamten die anschließende Randalie befrieden: Zhou's Leidensgenossen im Gefängnis von Volkstedt (Sachsen-Anhalt) hatten Fensterscheiben und Mobiliar zertrümmert und sich in den Freizeiträumen des Knastes verbarrikadiert – Protest, weil sie als Asylbewerber wie Kriminelle behandelt werden.

Die entwürdigende Abschiebehaft, die mancherorts ein Jahr andauert, wird nicht das einzige Motiv für die Verzweiflungstat gewesen sein: Zhou war vor politischer Verfolgung aus China geflohen, seine drohende Abschiebung in die kommunistische Heimat hatte ihm „immense Angst“ eingejagt, wie auch das Anstaltspersonal merkte.

Ende Januar übergoß sich der Vietnameser Son Ha Hoang, 27, im Münchner Ostpark mit Benzin und zündete sich an – offenbar ebenfalls aus Angst vor politischer Verfolgung in der Heimat. Er sollte, nachdem sein Asylantrag abschlägig beschieden worden war, nach Hanoi abgeschoben werden.

Dort hatte Son Ha Hoang jedoch vor zwei Jahren schon im Gefängnis gesessen, weil er auf Flugblättern für Demokratie eingetreten war. Während er in Deutschland auf seinen Asylbescheid wartete, erfuhr er, daß seine Familie daheim drangsaliert wurde.

Seit die Bundesregierung im Juli vergangenen Jahres das Asylrecht verschärft hat, werden fast doppelt so viele Asylbewerber in ihre Heimatländer abgeschoben wie zuvor. Knapp 20 000 waren es 1992, 1993 bereits mehr als 37 000. Mittlerweile hat sich die Zahl derer, die gegen ihren Willen in ihr Heimatland zurückgebracht werden, bei rund 3000 im Monat eingependelt.



Abschiebe-Haftanstalt*: „In Teilen unmenschlich“



Singh-Leichnam: „Offensichtlich unbegründet“

Asylgruppen und Flüchtlingsräte beklagen seit Monaten „eine wachsende Selbstmordneigung“ bei Asylbewerbern. Sechs Selbsttötungen sind seit Juli 1993 bekannt geworden; hinzu kommt eine nicht registrierte Zahl von Suizidversuchen.

Emanuel Thomas Tout, 25, etwa brachte sich um, weil er um keinen Preis wieder in den Sudan zurücktransportiert werden wollte, wo er aus einem Bürgerkriegsgebiet in das scheinbar sichere Deutschland geflohen war. Er hatte als Christ zusätzlich unter der Willkür des islamischen Militärregimes zu leiden gehabt. Tout legte sich kurz vor Weihnachten letzten Jahres im Gefängnis von Herne eine Schlinge um den Hals.

Nicht immer freilich ist drohende politische Verfolgung als Motiv erkennbar. Der Nigerianer Emmanuel Ehi, 26, erhängte sich mit seinem Bettlaken am Fensterkreuz seiner Zelle im Regensburger

Gefängnis, weil er sich offenbar vor einer ungewissen Zukunft in seiner Heimat ängstigte.

Der junge Mann hatte sich auf Deutschland gefreut und nun keine Perspektive mehr gesehen. „Die Angst vor der Abschiebung war größer als die Angst vor dem schrecklichen Tod durch Erhängen“, schrieb eine Bürgerinitiative in einem Nachruf.

Mit einer Schnur am Lampenhaken erhängte sich in einem Münchner Asylbewerberheim der evangelische Pfarrer Kwaku Agyei, 35, aus Ghana. Er hatte sich, um die Schlepperorganisation bezahlen zu können, bei seiner Sippe sowie bei Freunden und Geldverleihern schwer verschuldet.

Agyei fürchtete sich offenbar vor einer Rückführung in die Heimat. Dort drohte ihm nicht nur die Rache seiner Gläubiger, sondern auch Ansehensverlust in seinem Clan. In seiner Manteltasche fand sich ein Asyl-Ablehnungsbescheid mit der „Androhung der Abschiebung“ binnen

* In Norderstedt (Schleswig-Holstein).

eines Monats. Die Zustände in Abschiebe-Haftanstalten, die sich von normalen Knästen kaum unterscheiden, treiben viele Asylbewerber in die Depression. „Nahezu jeden Tag“, berichten Vollzugsbedienstete aus dem westfälischen Büren, „nimmt einer der Abschiebehäftlinge eine Selbstbeschädigung vor.“ Ebensooft müßten selbstmordgefährdete Gefangene in einen besonders gesicherten Haftraum gebracht werden.

Die Arbeitsgemeinschaft „Pro Asyl“ forderte nach einer Klausurtagung Ende letzter Woche eine Änderung des knapp ein Jahr alten Asylrechtes, das sich „in Teilen als unmenschlich herausgestellt“ habe. Vor allem die „Turboverfahren“, die eine Abschiebung 14 Tage nach der Einreise ermöglichen, sollten „schleunigst abgeschafft“ werden, verlangt Pro-Asyl-Sprecher Herbert Leuninger.

Flüchtlinge und ihre Anwälte müßten mehr Zeit bekommen, sich auf ihre Klage gegen einen Ablehnungsbescheid vorzubereiten. Auch eine Einreise über sichere Drittländer sollte wieder erlaubt sein. Andernfalls würde sich, so Leuninger, der illegale Einwanderer als vorherrschender Flüchtlingstyp etablieren.

Die Praxis zeigt, daß die Abschiebung in bestimmte Länder, etwa die Türkei, nach wie vor problematisch ist. Ein junger Kurde schlitzte sich unmittelbar vor seinem Abschiebeflug Richtung Heimat mit einer Rasierklinge den Bauch auf. Ein Arzt entdeckte erst bei der Wundversorgung auf dem Rücken des Kurden Narben früherer Folterungen.

Einmal konnte bisher nachgewiesen werden, daß ein abgewiesener Asylbewerber von den Behörden in den Tod geschickt wurde: Der Inder Kuldeep Singh, 21, der bereits 1990 einen ersten Asylantrag gestellt hatte, war Anfang Mai beim Verkauf von Rosen in Langenfeld (Nordrhein-Westfalen) mit falschen Papieren festgenommen worden. Sein Antrag war schon vorher als „offensichtlich un begründet“ abgewiesen worden.

Er werde eine Rückführung in seine Heimat nicht überleben, teilte Singh den deutschen Beamten und auch seiner Familie in Neu-Delhi mit. Am 28. Mai wurde er in einer Maschine der russischen Aeroflot abgeschoben. In der Nacht zum 30. Mai starb der junge Inder, ohne das Polizeigewahrsam in Neu-Delhi verlassen zu haben. Offenbar war Singh von indischen Sicherheitsbeamten auf der Flughafenwache gepeinigt worden, weil sie den Rosenverkäufer für einen reichen Heimkehrer hielten. Singhs Vater berichtet, Flughafenpolizisten hätten von ihm zuvor 10 000 Rupien, umgerechnet 500 Mark, für die Freilassung des Sohnes gefordert – andernfalls würden sie ihn umbringen.

Der Vater sah seinen Sohn nie wieder – auch Singh senior ist ein armer Mann.

Wer stoppt die Autonomen?

SPIEGEL-Redakteur Gabor Steingart über die Tabus der Ökonomen

Die Zeit, die noch zum Gegenstern bleibt, ist knapp. Knapper als Politiker, Gewerkschafter und Unternehmer es wahrhaben wollen.

So sehen es die linken Professoren Jan Prieue und Rudolf Hickel*. So sieht es auch Horst Siebert**, der Konservative aus Kiel. Mit jedem Arbeitsplatz, so die gemeinsame Angst, verliert die deutsche Nachkriegsdemokratie ein Stück ihrer Legitimation.

Ungeduldig, fast zornig, schreiben die Ökonomen an gegen den stillen Abschied vom Ziel der Vollbeschäftigung. Ihre neuesten Werke haben Erbauliches nicht zu bieten – statt dessen viel Groll und Düsternis.

Siebert gehört als Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zum Sachverständigenrat der Bun-

desregierung. Die Hochschullehrer Prieue und Hickel, aus Darmstadt der eine, der andere aus Bremen, sind normalerweise seine Opponenten. In einem Gegengutachten widersprechen sie regelmäßig dem offiziellen Bericht zur Wirtschaftsfrage im Lande.

Beim Thema Arbeitslosigkeit sind die Fakten mittlerweile unbestritten: Knapp sechs Millionen Menschen sind ohne regulären Job, weil man ihnen die Arbeit, „das Heiligste, wo der Deutsche hat“ (Kurt Tucholsky), genommen hat.

Aus Arbeitslosigkeit wird fast automatisch Armut. In Frankfurt gibt es heute mehr Sozialhilfeempfänger als Bankangestellte. Die bundesdeutsche Gesellschaft, schreiben Prieue und Hickel, zerfalle in ihre Fragmente. Die politische Stabilität ist bedroht, sekundiert Siebert.

Der nun einsetzende Konjunkturaufschwung mag Helmut Kohl erneut ins Kanzleramt tragen, an den Arbeitslosen schwingt er zielsicher vorbei. Selbst bei einer jährlichen Wachstumsrate von 2,7 Prozent, die



Konservativer Siebert
Viel Groll und Düsternis

* Rudolf Hickel/Jan Prieue: „Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung“. S. Fischer Verlag, Frankfurt; 224 Seiten; 29,80 Mark.

** Horst Siebert: „Geht den Deutschen die Arbeit aus? Neue Wege zu mehr Beschäftigung“. C. Bertelsmann Verlag, München; 240 Seiten; 38 Mark.



Schlange vor dem Arbeitsamt: Schmerzhafte Prozedur des Teilens

Priewe und Hickel zu Recht als „ökologisch riskant“ einstufen, entstünden nur 115 000 neue Jobs pro Jahr. Das Heer der Arbeitslosen würde den Abgang kaum spüren.

Wenn Wachstum die Probleme nicht löst und kaum lindert, nützt eine staatliche Wachstumsförderungs politik nicht viel. Von der Realität auf dem Arbeitsmarkt, der allein in Ostdeutschland ein Viertel der Arbeitswilligen ausschließt,

deutlich unter der deutschen. Immerhin. Hierzulande, halten Priewe und Hickel dagegen, entstanden Arbeitsplätze immer durch kürzeres Arbeiten.

Routiniert zeigen die Ökonomen ihre Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit her. Offen bleibt nur, wer sie wie benutzen darf. Die Experten haben die Gebrauchsanweisung vergessen.

Wenn Siebert recht hat, dann muß einer den Lohnverzicht organisieren – und

zwar zügig. Wenn das linke Duo richtig liegt, muß einer die Arbeitszeit neu verteilen – in deutlich kleinere Portionen. Die Frage an beide bleibt: Wer soll die Grausamkeit begehen?

Die Politik kann bislang nicht viel tun. Die entscheidenden Variablen, um die es hier geht, Lohnsumme und Arbeitszeit, sind ihr weitgehend entzogen.

Das Grundgesetz hat die Verteilungsfrage an Gewerkschaften und Arbeitgeber delegiert. Tarifautonomie heißt das Zauberwort.

Doch die Arbeitgeber fühlen sich nicht zuständig. Es gibt nur wenige Wirtschaftsgrößen, die wie Bahn-Chef Heinz Dürr das „Unternehmen als gesellschaftliche Veranstaltung“ begreifen.

Die Gewerkschaften funktionieren als Lobbyisten der Arbeitsplatz-Besitzer. Mit allerlei Schutzvorschriften und Lohnzuschlägen machen sie ihnen die tägliche Rackerei so angenehm und sicher wie möglich. Das ist gut so – aber nur für die, die sich abrackern dürfen.

Für die Arbeitslosen ist diese Tarifautonomie längst zum Fluch geworden. Sie tauchen in dem nächtelangen Prozentpoker der Funktionäre, wenn überhaupt, nur als Statisten auf. Ihr Anliegen hat am Tariftisch hier weder Sitz noch Stimme.

Das Hin und Her der autonomen Partner, das im spektakulärsten Fall mit der



Linke Priewe, Hickel: Wer soll die Grausamkeit begehen?

wurden bisher noch alle Kabinettsbeschlüsse blamiert.

Natürlich wünscht sich das linke Duo ein staatliches Investitionsprogramm. Doch Priewe und Hickel wissen, daß die Beschäftigungswirkung eines solchen Programms „relativ schwach“ ausfällt.

Natürlich sehnt sich der Konservative nach mehr Flexibilisierung überall im Arbeitsleben. Doch seine Vorschläge kommen ihm selbst wie „kleinste Rinnale“ vor, die bestenfalls gebündelt einen Strom ergeben.

Wer Arbeitslosigkeit bekämpfen will, darin besteht Einigkeit, muß einen schmerzhaften Prozeß des Teilens in Gang setzen. Prompt geraten die Experten bei der Frage „Wer teilt was mit wem?“ aneinander. In alter Schlachtordnung, bewaffnet mit den ideologisch scharf gemachten Argumenten der siebziger Jahre, gehen sie aufeinander los.

Der Konservative will die Löhne schwungvoll unter den Produktivitätsfortschritt senken. Siebert sagt: Lohnzurückhaltung bringt Arbeitsplätze, für mehrere Jahre ist ein Abschlag erforderlich.

Die Linken wollen die Arbeitszeit aller Beschäftigten radikal zusammenstreichen. Um sechs Millionen Arbeitsplätze zu schaffen, müßte morgen die 30-Stunden-Woche eingeführt werden, so ihre Rechnung.

Niedrige Löhne, zum Beispiel für Berufseinsteiger, halfen schon in den USA, sagt Siebert. Die Arbeitslosenquote liegt dort

Zu wenig Jobs Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit

	WEST-	OSTDEUTSCHLAND
Arbeitslose	2 505 932	1 159 537
Kurzarbeiter	325 799	118 130
Berufliche Weiterbildung	312 768	251 588
Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	53 854	272 943
Bezieher von Altersübergangsgeld	2 792	522 484
Gesamt	3 201 145	2 324 682

Stand Mai 1994

DER SPIEGEL

Kirche

Absicherung aller Noch-Beschäftigten endet, muß ihnen als organisierte Verantwortungslosigkeit erscheinen. Nach einem Jahrzehnt Massenarbeitslosigkeit können sie sicher sein: Wenn niemand die Autonomen stoppt, wird ihr Leiden nicht gelindert.

Nur zögernd schreiben sich die Autoren an die Problemlage ran. Siebert registriert, daß es unter der Regie der Tarifpartner zu „groben Zielverfehlungen“ kommt. Er vermißt „zwingende institutionelle Mechanismen“, die es den autonomen Partnern untersagen, immer neue Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit zu entlassen.

Es lohne sich, über solche Mechanismen nachzudenken, schreibt er – und stellt das Nachdenken wenige Seiten später ein. Eine „Änderung des institutionellen Rahmenwerkes“ hält er für nötig, doch alles bleibt im Nebel des Diffusen. Warum so verzagt?

Priewe und Hickel mogeln sich ähnlich verschämt am Konfliktthema vorbei. An der im Grundgesetz festgezurrten Tarifautonomie, von den Gründungsvätern der Republik auch als Reaktion auf Hitlers Lohndiktate in die Verfassung geschrieben, wollen sie nicht rühren.

Dabei fragen sich auch die Gegengutachter, warum eigentlich die Verkürzung der Arbeitszeit nie groß genug ausfällt, um wirklich massenhaft neue Jobs zu schaffen. Die Schuld, so die leise Erkenntnis, liege „auch an einem Tabu bei den Gewerkschaften“. Reallohnsicherung sei ihnen wichtiger als die Schaffung neuer Stellen.

Warum sollte die Runde der Tarifpartner nicht um einen dritten Partner, den demokratisch gewählten Vertreter der Arbeitslosen, ergänzt werden?

Vielleicht genügt es, den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit als Anwalt der Joblosen mit an den Tisch zu setzen?

Womöglich müßten Tarifverträge, wenn sich Gemeinwohl nicht anders organisieren läßt, eine Zeitlang unter den Vorbehalt des Parlaments gestellt werden?

An die Stelle der Instrumentendebatte, die auf hohem Niveau folgenlos bleibt, gehört eine Grundsatzdebatte über den Defekt des Arbeitsmarktes. In dem Mechanismus, der ihn reguliert, muß für die Interessen der Arbeitslosen ein Rädchen installiert werden. Sonst produziert der Mechanismus vor allem eines: sozialen Sprengstoff.

„Radikal andere Ansätze“ fordert Siebert und bleibt sie schuldig. „Neue strategische Weichenstellungen“ mahnen die Professoren aus Bremen und Darmstadt an, ohne sich als Weichensteller zu versuchen. Das Denken der Ökonomen bleibt dem Status quo verhaftet. Ein Denken im Ausnahmezustand wäre nötig.

Lieber kungeln

SED-Altkader und Christenfunktionäre kontrollieren die Vergangenheitsbewältigung der DDR-Kirche.

Der frühere Ost-Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann, 51, erregte sich über seinen ehemaligen Arbeitgeber. Ausgerechnet zwei frühere SED-Funktionäre, klagte Eppelmann in einem Brief an den Chef des EKD-Kirchenamtes in Hannover, Otto von Campenhausen, seien auserwählt, die Vergangenheit der evangelischen Kirche in der DDR aufzuhellen. Eppelmann: „Da weiß man nicht mehr, ob man lachen oder weinen soll.“

Was den CDU-Abgeordneten und Vorsitzenden der Bonner Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit erzählt: zwei einheitssozialistische Altkader erarbeiten derzeit ein Standardwerk über „SED und Kirche“.

Der eine, Horst Dohle, war lange Jahre im DDR-Staatssekretariat für Kirchenfragen tätig; der andere, Joachim Heise, beriet als stellvertretender Institutsdirektor an der SED-Akademie für Gesellschaftswissenschaften die DDR-Staatspartei in Sachen Kirchenpolitik. Dohle half zudem im Nebenjob als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) „Horst“ dem Ministerium für Staatssicherheit, Einblick in Kircheninterna zu gewinnen.



Buchautor Dohle*: Interna von IM „Horst“

Tatkräftig gefördert wird das Gemeinschaftswerk der früheren Genossen von ehemaligen Funktionären des aufgelösten DDR-Kirchenbundes, die heute in der Berliner Außenstelle der EKD arbeiten. Dohles und Heises Buch soll demnächst im kirchennahen Neukirchener Verlag erscheinen.

Ein Konkurrenzprojekt des Berliner Soziologieprofessors Manfred Wilke vom „Forschungsverbund SED-Staat“ der Freien Universität Berlin lehnten die Neukirchener Verleger dagegen ab. Begründung: Das geplante Buch über Kirche in der DDR könne wegen „nachlassendem Interesse“ am Thema nicht erscheinen. Wilke, Mitglied in Eppelmanns Enquete-Kommission, war zuvor als Gutachter im Stolpe-Untersuchungsausschuß aufgefallen, als er dort die Beziehungen zwischen Kirchenbund und SED-Staat kritisch analysierte.

„Da verkommt die Aufarbeitung in der Kirche zur Satire,“ schimpft Eppelmann: „Es ist schwer zu ertragen, daß einige Kirchenleute – heute genauso wie früher – lieber mit solchen Leuten kungeln und andere, unliebsame ins Abseits drücken.“

Ex-SED-Funktionär Heise erfreut sich auch sonst kirchlichen Wohlwollens. Heise ist seit einem halben Jahr stellvertretender Direktor eines „Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung über die DDR und andere ehemals realsozialistische Staaten“.

Zu dessen Förderern zählen laut institutseigenem *Informationsbulletin* namhafte Kirchenfunktionäre, darunter der ehemalige Ost-Berliner Konsistorialpräsident und heutige Ministerpräsident in Brandenburg, Manfred Stolpe, sowie EKD-Amtsleiter von Campenhausen.

Als Vorsitzender des Trägervereins für das Heise-Institut amtiert der ehemalige Ost-Berliner Generalsuperintendent Günter Krusche, bei der Stasi als Inoffizieller Mitarbeiter „Günther“ registriert, der wegen seiner Nähe zum Regime 1993 vorzeitig in Rente ging.

EKD-Campenhausen sucht jetzt, aufgeschreckt durch Eppelmanns Brief, vorsichtig Distanz: Der Mitarbeiterkreis, schrieb Campenhausen an die Institutsleitung, bereite ihm „zunehmende Besorgnis“. Im „Förderkreis“ könne und wolle er daher nicht länger Mitglied sein. Campenhausen: „Da liegt wohl noch einiges im dunkeln.“

EKD-Campenhausen sucht jetzt, aufgeschreckt durch Eppelmanns Brief, vorsichtig Distanz: Der Mitarbeiterkreis, schrieb Campenhausen an die Institutsleitung, bereite ihm „zunehmende Besorgnis“. Im „Förderkreis“ könne und wolle er daher nicht länger Mitglied sein. Campenhausen: „Da liegt wohl noch einiges im dunkeln.“

* Im November 1992 als Zeuge vor dem Stolpe-Untersuchungsausschuß.

Ohrfeige an der Haustür

Der Bericht eines Insiders erschüttert die Glaubwürdigkeit der Demoskopien: Schummelei bei der Datenerhebung ist weit verbreitet, viele Umfrageergebnisse sind nachlässig ermittelt, die Zahlen dubios.

Führende Meinungsforscher fordern für ihre Branche strengere Qualitätskontrollen und gewissenhaftere Arbeit.

Wenn sich auf dem Schreibtisch von Heiner Dorroch, 60, mal wieder die Fragebogen der Demoskopien stapeln, greift der Mann zu bewährtem Handwerkszeug: Bleistift und Würfel.

Welche Partei seine Nachbarn wählen, schätzt der Bochumer nach Zeitungslektüre und Kneipengespräch. Auf fünf von zehn Bogen malt er für die CDU ein Kreuz, auf den nächsten vier erhält die SPD den Zuschlag.

Über das Schicksal der kleinen Parteien läßt Dorroch das Würfelglück entscheiden. Ein, zwei oder drei Augen bedeuten eine Stimme für die Grünen. Fällt eine höhere Zahl, gewinnen die Liberalen hinzu und gelegentlich die Republikaner.

Heiner Dorroch arbeitet als Interviewer. Im Auftrag renommierter Meinungsforschungsinstitute soll er die Stimmungslage der Deutschen erkunden: was sie kaufen, wie sie abstimmen, wann sie lieben. Die Fragebogen, die jeden Monat über seinen Schreibtisch gehen, sind der Rohstoff, aus dem die Demoskopien Politprognosen, Marktanalysen oder Sozialstudien erstellen.

Um die Weisungen seiner Auftraggeber schert sich Dorroch wenig. Nach einem ausgeklügeltem System soll er eigentlich von Haushalt zu Haushalt ziehen und an der Tür seine Fragen stellen. „Dienst nach Vorschrift kann ich mir nicht leisten“, sagt der Abfrage-Profi. Der Mann schafft lieber zu Hause – das spart Zeit und bringt mehr Geld.

Nur ein kleiner Betrüger? Ein Einzelfall ohne Auswirkung auf die Glaubwürdigkeit der Markt- und Meinungsforscher? So sehen es die Demoskopien.

Rund 30 000 Interviewer schicken sie im Jahr durch die Republik, meist Studenten, Rentner oder Hausfrauen, die sich etwas hinzuverdienen wollen. Mit Daten aus 6 Millionen Fragebogen füttern die Volksbeschauer ihre Computer, die dann ein Abbild der Sehnsüchte und Obsessionen der Bundesbürger auswerfen. Ihre Zahlen halten die Demoskopien für repräsentativ.

Nichts bleibt unerforscht. Die Meinungsforscher benennen den beliebtesten Gartenzwerg („Der fröhliche Gärtner“) und geben Auskunft, worüber sich

Frauen am meisten aufregen: die schmutzige Wäsche des Ehemanns.

Doch die Zahlenwerke haben mit der Wirklichkeit weniger zu tun als bislang angenommen. In der Branche, die auf jede Frage eine Antwort liefert, wird mächtig geschlampt.

Vor allem bei der Datenerhebung gehört Schummelei offenbar zum Prinzip. Unsinnige Fragebogen, faule Interviewer und laxe Kontrollen machen das Material aus der Feldforschung teilweise schon vor der Auswertung unbrauchbar – verwendet wird es dennoch.

view ist gefälscht“, sagt Wolfgang Gibowski, der bis 1991 Chef der Forschungsgruppe Wahlen war und heute im Bundespresseamt für Demoskopie zuständig ist. Gibowski: „Da fließt viel Blut im Feld.“

Auch die bekannteste deutsche Meinungsforscherin, die Gründerin des Allensbacher Instituts für Demoskopie, Elisabeth Noelle-Neumann, 77, fällt ein vernichtendes Urteil über ihre Kollegen: „90 Prozent der Umfragen haben Woolworth-Qualität“, sagt sie – seien also minderwertige Ware.



Meinungsforscher beim Interview: „Tragen Sie ein, was Sie wollen“

Wie unseriös es bei Umfragen mitunter zugeht, zeigt der Fall Dorroch. Der gelernte Maschinenschlosser arbeitete 19 Jahre lang hauptberuflich für führende deutsche Meinungsforscher, darunter Infas, Emnid, GfM-Getas, Marplan und die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK). In einem jetzt erscheinenden Buch verrät der Insider, mit welchen Tricks professionelle Befragter ihre Arbeit erledigen und die Regeln der Demoskopien unterlaufen*.

Daß der Mann kein Einzelfall ist, bestätigen Experten. „Jedes dritte Inter-

Dem Geschäft mit der Meinung hat das bislang kaum Abbruch getan, es läuft so gut wie nie zuvor. Über 1,3 Milliarden Mark nahm die Branche allein 1993 ein, trotz Rezession fünf Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Kaum ein Unternehmen wagt noch, ein neues Produkt anzubieten, ohne vorher die Marktforscher konsultiert zu haben. Jede Staatskanzlei sichert mitt-

* Heiner Dorroch: „Meinungsmacher-Report. Wie Umfrageergebnisse entstehen“. Steidl-Verlag, Göttingen; 180 Seiten; 24 Mark.

lerweile ihre Entscheidungen durch Umfragen ab. Mit ihren Prognosen lenken die Institute Millionenetats und beeinflussen Parteiprogramme.

In der Theorie klingt alles ganz wissenschaftlich. Die meisten Institute schicken ihre Hilfskräfte nach dem sogenannten Random-Verfahren auf die Tour. Sie schreiben dem Interviewer genau vor, wo er klingeln und wen er in einer Wohnung befragen soll.

Die Route legen die Meinungsforscher nach einem Zufallsschlüssel fest. Damit wollen sie sicherstellen, daß die gesammelten Daten repräsentativ sind und selbst eine kleine Stichprobe von etwa 1000 Befragten ausreicht, um Kaufgewohnheiten oder Wahlverhalten von Millionen exakt zu bestimmen.

Doch immer weniger Bürger sind bereit, den Demoskopern zu antworten, gut ein Drittel winkt dankend ab. Wenn sie überhaupt die Wohnungstür öffnen, lautet die erste Frage meist: „Wie lange dauert's denn?“

Nicht selten kalkulieren die Institute mit einer Gesprächsdauer von mehr als einer Stunde, einige hundert Fragen stehen auf den Auskunftsbogen. Um dennoch zum Erfolg zu kommen, rafften viele Interviewer eigenmächtig die Fragebogen. In wenigen Minuten ermitteln sie Name, Alter, Beruf und einige zentrale Angaben, etwa zur bevorzugten Automarke oder zum Lieblingskaffee.

Aus diesen sogenannten Kernfragen lassen findige Rechercheure dann zu Hause eine fiktive Persönlichkeit entstehen – der Rest des Auskunftsbogens wird in Heimarbeit ausgefüllt.

„Ich habe in meiner gesamten Karriere noch nie einen Profi getroffen, der

Mal firmiert die Freundin als Apothekerin, mal als Kassiererin

bei schwierigen Aufträgen nicht verkürzt hat“, berichtet Heiner Dorroch. Vielen gehe es nur darum, „Kontakte zu reißen“. Bei späteren Kontrollen können die Fälscher zumindest nachweisen, daß sie tatsächlich einige Frageopfer gefunden und die Zufallsadressen abgearbeitet haben.

Daß es in der Feldforschung nicht immer mit rechten Dingen zugeht, ist den Instituten bekannt. Emnid hat sich kürzlich die Mühe gemacht, die eigenen Interviewer zu interviewen.

Gruppendiskussionen hätten ergeben, heißt es in einem internen Bericht, „daß die Interviewer die Erfüllung des Auftrags im vollen Umfang für nicht möglich halten“.

Es bestehe „der begründete Verdacht“, so das Fazit, „daß die Interviewer sich zum großen Teil nicht an die Be-

Antwort vom Gespenst

Der Interviewer Heiner Dorroch über Schwindel in der Demoskopie

Anfang 1989 bewarb ich mich unter dem Pseudonym Helga Wachtel offiziell bei der Frankfurter Basisresearch-Meinungsforschungsgesellschaft, im April nahm mich das Institut als freiberuflichen Interviewer in seinem Stab auf.

Basisresearch unterschied sich nicht von anderen Unternehmen der Branche: Die Honorare waren gering, die Studien zu knapp terminiert, die Fragebogen überfrachtet.

Ich erledigte meine Aufträge nach bewährter Methode. Auf der Straße und an der Haustür stellte ich nur Kernfragen und notierte die Adressen. Zum Abschied bat ich meine Gesprächspartner eindringlich, mich bei Kontrollanrufen durch das Institut nicht zu verleugnen. Den Rest der Fragebogen füllte ich zu Hause aus, oft gemeinsam mit Kollegen. Tag für Tag saßen wir bis Mitternacht am Schreibtisch.

Um Kritik und einer möglichen Kündigung zuvorzukommen, führte unsere Gruppe die Funktion eines „Plausibilitätsüberwachers“ ein: Während die anderen die Bogen ausfüllten, prüfte ich die Antworten.

Ich achtete dann beispielsweise darauf, daß jemand, den wir als CDU-Wähler ausgaben, nicht für die Legalisierung von Haschisch plädierte. Oder Serben, Moslems und Kroaten nicht gleichzeitig als Hauptschuldige im Balkan-Bürgerkrieg bezeichnet wurden.

Selbst mit gutem Willen waren wir häufig gezwungen, Meinungen zu simulieren. Oft verloren die Befragten nach einer halben Stunde die Lust und brachen das Gespräch ab, obwohl wir erst den halben Bogen abgearbeitet hatten. „Noch warme Interviews“ nannten wir diese Gesprächsfragmente, die wir dann zu Hause vollendeten. Denn für abgebrochene Interviews zahlten die Gesellschaften nichts.

Im Auftrag des Bonner Familienministeriums sollten wir die Sexualgewohnheiten der Deutschen erkunden. Da wurden 13 Praktiken aufgezählt, zu jeder sollten sich die Befragten äußern: Wie oft praktizieren Sie „Lek-

ken des Afters“? Oder „Mundmassage des männlichen Gliedes“? Mit oder ohne Kondom? Für solche Studien suchten wir oft vergeblich nach Antwortwilligen.

Doch wer als Profi in dem Geschäft bestehen will, wer sich und seine Familie von den schmalen Honoraren ernähren will, gibt Aufträge nicht zurück. Der beginnt irgendwann zu schummeln. Zwangsläufig.

Oft verwendete ich zusammen mit meinen Kollegen „kalte Adressen“. Das sind Haushalte, die wir Wochen vorher schon besucht hatten, allerdings für ein anderes Forschungsinstitut. Jetzt ließen wir die gleichen Leute wieder antworten, freilich ohne sie nochmals befragt zu haben.

Ein verzweifelter Kollege sammelte sogar Adressen auf dem Friedhof, weil niemand ihm Auskunft geben wollte: Er schrieb die Namen von den Grabsteinen ab, verpaßte ihnen Straßen und Hausnummern und ließ die Gespenster auf seine Fragen antworten. Er hatte Glück: Die Kontrolleure übergingen ihn.

Das Ifak-Institut, für das ich zuletzt unter dem Namen Marianne Dorroch gearbeitet habe, baut gern offene Fragen in die Untersuchungen ein. Für den Interviewer ist das immer mit erheblichem Arbeitsaufwand verbunden, denn hier muß er die Urteile und Meinungen der Befragten wortwörtlich notieren.

Tagelang saß ich über meinen Bogen und hoffte auf glaubwürdige Einfälle. Dazu hatte ich mir im Laufe der Jahre eine Sammlung mit Standardantworten angelegt, die ich immer zu Rate zog. Daneben bewährte sich die Arbeit in der Gruppe, gemeinsam waren wir kreativ.

In unserer Phantasie entwickelten wir Personen und Charaktere, mit denen wir fiktiv zu plaudern begannen. Das war nicht einfach. Manche Bogen, die sich an bestimmte Berufsgruppen richteten, mußten wir sehr sachverständig ausfüllen, um nicht aufzufallen. Doch wie sollte ich mich in die Psyche eines Posaunenbläses einarbeiten? Ich war noch keinem begegnet.



Dorroch



Interviewer bei Telefon-Recherche: Kontrolle durch den Supervisor

gebungsvorschrift halten und dank mangelnder Sanktionsmöglichkeiten auch damit durchkommen“.

Einfach läßt sich auch das Quota-Verfahren unterlaufen, die zweite repräsentative Erhebungsmethode. Das Forschungsinstitut gibt keine Anschriften vor, sondern bittet den Befragten, bestimmte Personen ausfindig zu machen – Ärzte beispielsweise.

Um die mitunter langwierige Suche abzukürzen, führen viele Interviewer eine Adressenkartei mit Namen von Bekannten, die sie nach Gutdünken zum Einsatz bringen. Mal firmiert die Freundin als 40 Jahre alte Apothekerin, mal als 10 Jahre jüngere Kassiererin. „Die Versuchung, bei Quota zu tricksen, ist groß“, räumt Infas-Chef Klaus Liepelt ein: „Statt durch die Gegend zu fahren, setzt sich der Interviewer einfach in die Kneipe und verbindet das Angenehme mit dem Nützlichen.“

Nach eigenen Angaben kontrollieren die Institute im Schnitt jedes zehnte Interview. Sie erkundigen sich telefonisch oder per Postkarte bei den Befragten, ob und wie lange sich ein Mitarbeiter bei ihnen aufgehalten hat. „Wer fälscht, fällt auf“, sagt Erich Wiegand, Geschäftsführer des Arbeitskreises Deutscher Marktforschungsinstitute (ADM), „und wer negativ auffällt, fliegt.“

Dennoch gelingt es Tricksern wie Dorroch, im Geschäft zu bleiben. 6 Jahre arbeitete der Mann mit Unterbrechungen für Infas, 8 Jahre für die GfK, fast 18 Jahre für das Ifak-Institut.

Auf Unregelmäßigkeiten reagierten Kontrolleure nachsichtig. Vor fünf Jahren war Dorroch den Ifak-Leuten aufgefallen, weil die von ihm abgelieferten Studien merkwürdige Übereinstimmungen aufwiesen. „Sollten Sie die Interviews weiterhin unkorrekt durchführen“, drohte Ifak, „werden wir auf Ihre

weitere Mitarbeit verzichten müssen.“ Mit einer fadenscheinigen Erklärung zog sich Dorroch aus der Affäre. Er habe die Fragebogen immer selbst ausfüllen müssen, „weil die Befragten keinen Schreibstift in die Hand nehmen“.

Kündigte ihm ein Institut schließlich doch mal, war er bald wieder engagiert: Er hatte sich einfach unter einem Pseudonym erneut beworben. Weil die Institute ihre Hilfsarbeiter in der Regel nicht einmal zu einem persönlichen Vorstellungsgespräch laden, fiel ihnen oft auch nicht auf, daß ihr Ex-Mitarbeiter unter dem Namen Pär von Reth, Werner Schmidt, Lars Wanter oder Helga Wachtel fleißig weiter fälschte.

Wie weit die Studien der Markt- und Meinungsforscher neben der Wirklichkeit liegen, wird nur selten offenbar.

„Teppichböden werden sorgfältiger geprüft als Umfrageergebnisse“

Nicht einmal fünf Prozent der Umfragen dienen zu Politprognosen und müssen sich am Wahlergebnis messen lassen.

Auftraggebern aus der Industrie fehlt die Möglichkeit zum Vergleich. Zweifel an der Seriosität kommen den Marketingstrategen der Unternehmen oft nur dann, wenn die Ergebnisse nicht den Erwartungen entsprechen. Die Firmen sind an der Misere nicht unschuldig. Sie wollen oft zuviel für zuwenig Geld und am liebsten alles auf einmal. Die Fragebogen gleichen häufig Kompendien.

Eine typische Marktstudie der GFM-Getas, „Omnibus“ genannt, umfaßt 59 Seiten mit über 500 Fragen und Unterfragen zu Themen wie Frischkäse und Monatsbinden, Freizeitvergnügen und Schlafmittelkonsum. Manche Aufträge

fordern zum Mausekeln geradezu heraus. Ifak verlangte von seinen Interviewern im Februar, für eine Studie über „Gynäkologische Antimykotika“ Frauen „zwischen 18 und 50 Jahren“ ausfindig zu machen, „die wenigstens einmal an einer (Pilz-)Infektion im Genitalbereich erkrankt sind“.

„Stellst du an der Haustür so eine Frage“, berichtet ein Interviewer aus Köln, „fliegst du entweder raus, bekommst eine Ohrfeige, oder sie hetzen dir den Hund hinterher.“

Eine Diskussion über Grundsätze und Qualitätsmaßstäbe des Gewerbes ist nach Ansicht von Fachleuten überfällig. Kritiker wie Elisabeth Noelle-Neumann fordern strenge Kontrollen und gewissenhafte Arbeitsweise.

„Jeder Teppichboden wird sorgfältiger geprüft als Ergebnisse der Meinungsforschung“, schimpft die große alte Dame der Demoskopie. „Unser Berufszweig geht unter“, fürchtet sie, „wenn wir ihn nicht reformieren.“

Wie sich die Arbeitsmoral der Interviewer heben und damit die Aussagekraft von Umfragen verbessern ließe, ist in den Chefetagen der Meinungsforschung längst bekannt. So empfiehlt eine Emnid-Arbeitsgruppe, die Honorare aufzubessern. Wer sich streng an die Vorgaben hält, schafft oftmals kaum einen Stundenlohn von zehn Mark.

Vor allem aber, so haben die Forscher erkannt, müssen sie die Fragebogen kürzer halten und verständlicher formulieren. „Die Zielpersonen haben schon nach 30 Minuten keine Lust mehr, die Fragen gewissenhaft zu beantworten“, analysiert Emnid. „Sie fordern den Interviewer regelrecht auf: Tragen Sie doch ein, was Sie wollen.“

Immer mehr Meinungsforscher lassen ihre Mitarbeiter im eigenen Institut am Telefon recherchieren. Bei dieser Methode, die zum Beispiel die Forschungsgruppe Wahlen, aber auch Emnid für den SPIEGEL bei aktuellen Umfragen anwendet, ist Fälschung nahezu ausgeschlossen. Die Rufnummern werden automatisch angewählt, ein Supervisor kann sich jederzeit in die Gespräche einschalten und so überprüfen, ob das Personal gewissenhaft arbeitet.

Das Telefonverfahren eignet sich allerdings nur für knappe Interviews. Die Rechercheure können etwa keine Symbole vorlegen, anhand deren sich die Bekanntheit von Marken testen ließe.

Zumindest die Marktforscher können deshalb nicht auf die fälschungsanfällige Abfragerei an der Haustür verzichten. Kritik an den Mängeln der Feldforschung halten sie für überzogen.

„Der Interviewerstab ist ein verkleinertes Abbild der Bevölkerung“, erklärt ADM-Sprecher Wiegand. „Wenn also mal jemand schummelt, dann schummelt er repräsentativ.“

Lösegeld

Sieben Hellseher

Die Familie Oetker setzt Belohnung für alte Tausendmarkscheine aus: Die Noten sollen zu einst gezahlten Lösegeld-Millionen führen.

Josef Wild hat nun schon 30 Tips aus der Bevölkerung bekommen, doch nach oben kann der Kriminalhauptkommissar im Bayerischen Landeskriminalamt bislang nur Fehlanzeige melden: „Keine heiße Spur.“

Auch seinen Wiesbadener Kollegen Winfried Preuss, Geldexperte im Bundeskriminalamt (BKA), läßt der Posteingang kühl: „Da sind mindestens 7 Hellseher, 3 Wüschelrutengänger und 20 Trittbrettfahrer zugange.“

Die Briefschreiber wollen sich mit vermeintlich heißen Tips eine Belohnung verdienen, die der Bielefelder Lebensmittel-Clan Oetker vor kurzem ausgesetzt hat: Wer die 21 Millionen Mark wieder auftreibt, die 1976 nach der Entführung des Millionärssohns Richard Oetker in München gezahlt wurden, soll 15 Prozent davon bekommen – 3,14 Millionen Mark.

Kleine Hinweise will die Familie Oetker ebenfalls belohnen, um das Lösegeld, einst gezahlt in Tausendmarkscheinen, wiederzufinden: „Angesagt ist das einzige Glücksspiel“, sagt BKA-Mann Preuss, „bei dem man ohne Einsatz was gewinnen kann.“

Die Scheine sind damals registriert worden – die Liste war fast 20 Meter lang. Wer zu Hause eine der gesuchten Noten entdeckt, zu erkennen am Buchstaben W vor den Ziffern der Registriernummer und den Buchstaben A oder B am Schluß, erhält eine Prämie von 500 Mark.

Das gilt allerdings nur für die ersten 50 Finder, die sich melden. „Natürlich dürfen die ihren Tausender behalten“, verspricht der Münchner Oberstaatsanwalt Rüdiger Hödl. Die Ermittler wollen bloß wissen, woher die Note stammt.

Münchner Polizisten, die einst in den Sonderkommissionen Oetker mitwirkten, glauben freilich kaum an den Erfolg der Suchaktion. Sie vermuten die Millionen in einem Bergversteck oder auf dem Grund eines Sees.

BKA-Mann Preuss nimmt indessen Hinweise der internationalen Polizeiorganisation Interpol ernst, wonach die

Oetker-Scheine unerkannt in Osteuropa kursieren sollen. Heißes und lange gebunkertes Geld, das einst Geiselnnehmer, Erpresser oder Bankräuber kassiert haben, kann dort, anders als Falschgeld, kaum entdeckt werden.

Während westliche Bankkassierer ein BKA-Buch mit 22 800 Geldscheinziffern, den „Deutschen Sachfahndungsnachweis über 500-DM- und 1000-DM-Banknoten“ für diskrete Kontrollen am Tresen bereithalten, wird ihren Kollegen in Moskau, Kiew, Warschau oder Prag das Zahlenwerk (BKA-Hinweis: „Vor unbefugter Benutzung schützen“) vorenthalten.



Registriernummern des Oetker-Lösegeldes
Diskrete Kontrollen am Banktresen

Von den 2,4 Milliarden Scheinen, die in Umlauf sind, kommt in Deutschland, statistisch gesehen, jedes Exemplar gut dreimal im Jahr in eine der Landeszentralbanken zurück. Jede siebte Note wird dort von Maschinen aussortiert, die pro Sekunde 8 bis 40 Noten sichten: Scheine, die Risse oder Eselsohren haben, beschrieben oder verschmutzt sind, landen sofort im Häcksler.

Doch anders als etwa in den Niederlanden sind die Prüfgeräte in Deutschland nicht in der Lage, auch registrierte Geldscheine zu entdecken. So können Lösegeld-Tausender der vergangenen Jahrzehnte immer wieder unbenutzt durchschlüpfen.

Wie gering die Chancen sind, in den Altbeständen heiße Spuren zu finden, wurde besonders im Fall Anton Schlecker offenbar. Die gekidnappten Kinder des Drogerie-Königs waren 1987 gegen 9,6 Millionen Mark freigelassen worden.

Von 5000 der 9600 Tausendmarkscheine waren die Seriennummern bekannt (zum Beispiel W 959 8000 D bis W 959 8999 D). 181 Scheine sind bisher aufgetaucht, doch in keinem Fall konnte die Polizei den Weg der Noten über mehr als drei Stationen rekonstruieren.

Eine Chance, über registriertes Geld Kidnapper zu fangen, rechnen sich Experten der Kriminalpolizei nur dann aus, wenn mehrere der gesuchten Scheine auf einmal eingezahlt werden.

Nach der Oetker-Entführung etwa erschien bei dem Inhaber einer Kufsteiner Wechselstube ein Kunde mit sechs deutschen Tausendern. Der Fremde erzählte ihm eine ungewöhnliche Geschichte: Als Vertrauensmann von vier Urlauberfamilien wolle er in Österreich je 1500 Mark in Schillinge wechseln.

Arglos tauschte der Wechsler das Geld und gab die deutschen Scheine zwei Tage später einem bayerischen Grenzpolizisten mit, der die sechs Braunen auf einer bayerischen Bank einzahlen sollte. Am Nachmittag noch rief der Polizist bei dem Geldwechsler an: „Jetzt bin ich verhaftet, weil das Geld registriert ist.“

Ein Schein aus derselben Serie wurde später bei einer Münchner Filiale der Deutschen Bank eingezahlt – von dem Betriebswirt Dieter Zlof. Der Geld-

wechsler identifizierte den festgenommenen Münchner als seinen obskuren Kunden: „Er war's, nach bestem Wissen.“

In einem sechsmonatigen Indizienprozeß wurde Zlof 1980 als einer der Oetker-Entführer zu 15 Jahren Haft verurteilt. Im Januar wurde er entlassen. Die Ermittler glauben, daß er über den Verbleib der Oetker-Millionen Bescheid weiß und noch Kontakte zu einstigen Mittätern hat – was Zlof bestreitet.

Mit der Millionen-Belohnung will die Familie Oetker nun verschwiegene Mitwisser locken. Firmensprecher Rolf Mühlmann: „Wir hoffen, daß sich jemand meldet, und zahlen an jeden – außer Herrn Zlof.“

SPIEGEL-Gespräch

„Verhüten ist besser als abtreiben“

Der Limburger Bischof Franz Kamphaus über Moral, Politik und Kirche



Kamphaus (M.), SPIEGEL-Redakteure*: „Böse Briefe an den Kanakenbischof“

SPIEGEL: Herr Bischof, die katholische Kirche ist im Abwind. Die Zahl der Kirchengaustritte wächst von Jahr zu Jahr, ihr politischer Einfluß sinkt. Ängstigt Sie das?

Kamphaus: Das trifft für die westdeutschen und die europäischen Kirchen zu, aber nicht anderenorts, etwa in Afrika, Korea oder Lateinamerika.

SPIEGEL: Aber eine blühende Kirche in Korea hilft Ihnen nicht so recht auf die Beine.

Kamphaus: Aber es freut mich, daß es in vielen Ländern ganz anders aussieht als bei uns. Katholische Kirche ist immer Weltkirche, und Deutschland ist nicht der Nabel der Welt.

SPIEGEL: Und wie ist es bei Ihnen?

Kamphaus: Ich verhehle nicht, daß mir auch die Situation der deutschen Kirche zu schaffen macht. Die Zahlen schrumpfen; wir stehen eindeutig in einer Umbruchsituation. Vielleicht ist unser Hauptproblem, daß wir nicht dicht ge-

Franz Kamphaus

fügt sich nicht in das landläufige Klischee eines katholischen Bischofs. Der Bauernsohn aus dem westfälischen Lüdinghausen hat, seit er 1982 zum Oberhirten des Bistums Limburg ernannt wurde, immer wieder Amtsbrüder, Gläubige und Ungläubige überrascht. Er überließ sein Bischofshaus einer Familie aus Eritrea und gab demonstrativ Empfänge für Asylsuchende und Flüchtlinge. 1991 wandte er sich öffentlich gegen den Golfkrieg, weil „die Lehre vom gerechten Krieg heute nicht mehr gelten kann“. Das Anwachsen der Armut in der Bundesrepublik nennt Kamphaus, 62, einen Skandal. In seinem Sprengel bemüht sich der Bischof, den Laien mehr Mitspracherechte bei der Leitung der Kirche zu verschaffen – nach seiner Devise: „Die Zeit der einsamen Beschlüsse ist vorbei.“

nug bei den Menschen sind. Da gibt es Gräben.

SPIEGEL: Zum Beispiel die Kirchensteuer. Die ist der häufigste Grund zum Kirchengaustritt.

Kamphaus: Ich bin nicht der Meinung, daß Leute vorrangig wegen der Kirchensteuer austreten. Die ist letzter Anstoß am Ende eines langen Entfremdungsprozesses.

SPIEGEL: Was ist denn der Hauptgrund?

Kamphaus: Glaube und Kirche sind für viele Menschen so weit weggerückt, daß sie am Ende sagen: Warum gehöre ich noch dazu?

SPIEGEL: Die FDP hat die Abschaffung der Kirchensteuer in ihr Wahlprogramm geschrieben. Immerhin geht es allein für die katholische Kirche um jährlich fast neun Milliarden Mark. Warum hält die Kirche daran fest, dieses Geld vom Staat eintreiben zu lassen?

Kamphaus: Das bestehende Kirchensteuersystem soll man nicht heiligsprechen, aber es hat manche Vorteile. Die FDP hat von Kommunalpolitik wenig Ahnung, deswegen kann sie so reden. Wenn ich mit Bürgermeistern zusammen bin, dann beschwören sie mich immer, daß wir doch noch stärker in Kindergärten und andere soziale Einrichtungen investieren. Die Vielfalt unseres Engagements ist weltweit genauso ein Sonderfall wie unser Kirchensteuersystem. Da hängt eines vom anderen ab. Zehn Prozent des Kirchensteueraufkommens im Bistum Limburg fließen zum Beispiel in die Kindergärten.

SPIEGEL: Herr Bischof, einen der tiefsten Gräben zwischen Kirche und Gesellschaft kennzeichnet die Auseinandersetzung um die Abtreibung. Die Kirche kann ihre bedingungslose Ablehnung jedes Schwangerschaftsabbruchs kaum noch vermitteln, weil sie nur auf das werdende Leben fixiert ist, die Frauen, die es um jeden Preis austragen sollen, aber einfach ignoriert. Die Kirche ist in dieser Frage völlig isoliert.

Kamphaus: Das sehe ich anders. Einmal gibt es Essentials, von denen wir nicht abrücken können. Dazu gehört der Schutz des Lebens vom ersten bis zum letzten Augenblick. Es ist zwar problematisch, wenn man diesen Schutz nur auf den Anfang des Lebens bezieht und nicht in gleicher Weise auch auf die ganze Lebensspanne; aber der Schutz gilt an den Nahtstellen Anfang und Ende besonders. Da gibt es keinen Spielraum.

SPIEGEL: Und die betroffenen Frauen?

Kamphaus: Das Nein zur Abtreibung ist ein Ja zum Leben. Wenn's um Leben und Tod geht, treten andere Rechte zurück, auch das Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Wer sagt denn, daß nur die Frauen verantwortlich sind? Zu jedem Kind gehört auch ein Vater. Der hat die gleiche Verantwortung wie die Mutter. Unsere Gesellschaft hat mit dafür zu

* Ulrich Schwarz, Peter Wensierski vor dem Priesterseminar in Limburg.



Katholischer Sonntagsgottesdienst

„Vielleicht ist unser Hauptproblem, daß wir nicht dicht genug bei den Menschen sind. Da gibt es Gräben“

sorgen, daß Kind, Mutter und Vater leben können. Der Skandal ist doch, daß wir eine kinder- und familienfeindliche Gesellschaft geworden sind.

SPIEGEL: Das sind fromme Sprüche. Bischöfe und Papst sind ja nicht nur gegen Abtreibung, sondern auch gegen Verhütung.

Kamphaus: Für katholische Eheleute sind verantwortete Elternschaft und Familienplanung nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht.

SPIEGEL: Aber nicht mit Pille, trotz Aids ohne Kondom. Der Papst setzt immer noch ausschließlich auf die von vielen als „vatikanisches Roulette“ bezeichnete natürliche Familienplanung.

Kamphaus: „Natürliche Familienplanung“ ist eine wissenschaftlich gesicherte Methode, die auch deutsche Frauengesundheitszentren propagieren. Richtig ist, daß wir seitens der Kirche die verschiedenen Methoden ethisch unterschiedlich bewerten und die natürliche Methode absoluten Vorrang hat. Dabei ist klar: Verhüten ist allemal besser als abtreiben. Das gilt nicht zuletzt im Blick auf das Bevölkerungswachstum im Süden.

SPIEGEL: Selbst gestandene katholische Politikerinnen wie die CDU-Frau Rita Süßmuth verweigern ihrer Kirche in der Abtreibungsfrage den Gehorsam.

Kamphaus: Ich habe die Gewissensentscheidung von Frau Süßmuth zu respektieren. Aber ich teile ihre Position nicht. Es ist etwas anderes, ob ich als Politikerin das Ganze des Staates im Auge habe und auch das Zusammenleben verschiedener

Meinungs- und Überzeugungsgruppen mit bedenken muß oder ob ich einen kirchlichen Standpunkt vertrete. Dieser Unterschied ist wichtig. Daß wir mit manchen Auffassungen fremd sind in dieser Gesellschaft, muß uns nicht wundern. Wir tun der Gesellschaft keinen Dienst, wenn wir den Leuten nach dem Mund reden.

SPIEGEL: Erwachst die starre Haltung der Kirchenoberen zur Abtreibung nicht doch aus einer tiefen Frauenfeindlichkeit? Der Papst hat eben erst ein

neues Beispiel dieser Frauenverachtung gegeben, indem er die eine Hälfte der Gläubigen kategorisch und auf ewig vom Priesteramt ausgeschlossen hat.

Kamphaus: Man kann doch Abtreibung und Stellung der Frau nicht so zusammenwerfen. Sicher müssen Frauen in der Kirche mehr in verantwortliche Positionen kommen. Aber da bewegt sich auch einiges.

SPIEGEL: Aber in die falsche Richtung.

Kamphaus: Es geht nicht nur um das Priesteramt. Frauen können viele Leitungsaufgaben übernehmen, ohne daß sie geweihte Amtsträgerinnen sind.

SPIEGEL: Aber die Beteiligung am Priesteramt, also an der Hierarchie, ist eine Machtfrage: Indem die Kirchenmänner die Kirchenfrauen vom Priestertum ausschließen, verwehren sie ihnen, an ent-

scheidender Stelle in der Kirche mitzubestimmen und mitzuregieren.

Kamphaus: Nein. In der Behörde meines Bistums, und nicht nur hier, gibt es Frauen als Abteilungsleiterinnen, Caritas-Direktorinnen. Die Vorsitzende des Kirchensteuerrates, unseres obersten Finanzgremiums, ist eine Frau. Noch sind es zu wenige. Ich versuche, die Laien insgesamt stärker über die synodalen Gremien an der Leitung der Diözese zu beteiligen. Diese Gremien der Mitverantwortung sind bei uns nicht bloß eine demokratische Spielwiese.

SPIEGEL: Aber Priesterinnen oder gar Bischöfinnen halten Sie wie der Papst für ausgeschlossen?

Kamphaus: Der Papst hat etwas nicht gesagt, und ich finde es ganz wichtig, daß er's nicht gesagt hat: Er hat über das Amt der Diakonin geschwiegen. Der Diakonat ist ein sehr altes, eigenständiges Weiheamt und nicht nur Vorstufe zum Priesteramt. Die Deutsche Bischofskonferenz hat sich schon vor Jahren an Rom gewandt mit der Bitte, den Frauen den Zugang zum Diakonenamt zu eröffnen. Ich fände das einen mutigen Schritt.

SPIEGEL: Einen mutigen ersten oder einen letzten Schritt?

Kamphaus: Ich weiß nicht, welche Schritte folgen. Die Kirchengeschichte kann noch lang dauern. Was die Zeit nach der Jahrtausendwende bringt, bleibt abzuwarten.

SPIEGEL: Herr Bischof, zurück in die Gegenwart. Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel hat sich unlängst über Ihre Mitbrüder lustig gemacht: „Bei einer Staatsverschuldung von 660 Milliarden Mark“ hätten die deutschen Bischöfe an Kanzler Helmut

Schmidt 1980 einen Mahnbrief geschrieben. „Jetzt stehen wir vor einer Verschuldung von zwei Billionen Mark in der Bundesrepublik. Da wäre doch eigentlich eine Enzyklika des Papstes fällig.“

Kamphaus: Das ist völlig neu, daß die SPD auf Enzykliken scharf ist. Ich meine, der Papst sollte sich da raushalten.

SPIEGEL: Steht denn ein Mahnbrief der Bischöfe an den CDU-Kanzler Helmut Kohl bevor?

Kamphaus: Ich habe schon den Brief an Helmut Schmidt für falsch gehalten. Aber 1980 war ich noch nicht Bischof. Heute würde ich mich einer offiziellen Stellungnahme der Bischofskonferenz zur Staatsverschuldung widersetzen, das ist nicht unsere Sache. Als



Schwangerschaftsabbruch in einer Arztpraxis

„Wenn's um Leben und Tod geht, treten andere Rechte zurück, auch das Selbstbestimmungsrecht der Frauen“

Bürger bin ich allerdings der Meinung, daß die Staatsverschuldung in der Bundesrepublik ein schlimmes Ausmaß erreicht hat.

Im übrigen arbeiten derzeit die evangelische und die katholische Kirche an einer gemeinsamen Stellungnahme zur wirtschaftlichen und sozialen Situation in Deutschland, da wird das Thema sicher angesprochen.

SPIEGEL: Gibt es einen Hirtenbrief der katholischen Bischöfe zur Bundestagswahl?

Kamphaus: Es hat einen Hirtenbrief Anfang des Jahres gegeben, in dem die Bischöfe die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen haben, im Superwahljahr wählen zu gehen und nicht durch Wahlabstinenz den radikalen Parteien den Rücken zu stärken. Ich meine, dabei sollten wir es belassen. Die Bischofskonferenz wird wohl erst im September entscheiden, ob sie sich vor der Wahl nochmals äußert.

SPIEGEL: Aber Sie wollen sich doch nicht generell aus der Innenpolitik heraushalten?

Kamphaus: Die Kirche ist mit dem, was sie sagt und tut, immer auch politisch. Die Frage ist jeweils, ob die ganze Bischofskonferenz sich äußern soll. Jeder Bischof hat eine eigene Verantwortung, die er an keine Institution delegieren kann.

SPIEGEL: Sie predigen oft und gern gegen die Zunahme sozialer Ungerechtigkeit in Deutschland.

Kamphaus: Gern nicht, aber es ist für mich in der Tat ein zentraler Punkt. Früher habe ich, wenn von der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich die Rede war, bloß an die Dritte Welt gedacht. Inzwischen beschreibt dieses Bild die Realität in Deutschland. Eine Caritas-Untersuchung vor kurzem hat ergeben, daß zehn Prozent der deutschen Bevölkerung an der Armutsgrenze und darunter leben. Das ist doch alarmierend in einem so reichen Land. Die Zahl der Millionäre ist rasant gestiegen und die Zahl der Obdachlosen auch. Was heißt da Gerechtigkeit für alle? Dazu kann man doch nicht schweigen.

SPIEGEL: Wen wollen Sie kritisieren? Die Wirtschaftspolitik?

Kamphaus: Ich kritisiere die Verteilung des Erwirtschafteten. Die Entwicklung führt zu einer polarisierten Gesellschaft. Und wenn fast vier Millionen Arbeitslose vom Wirtschaftsprozess einfach ausgeschlossen sind, dann ist das schlimm, dann ist das ein Skandal. Einschneidende Änderungen sind notwendig. Das dürfen die Politiker im Superwahljahr nicht verschweigen. Ein Arzt, der einen



Bettler in Hamburg

„Die Zahl der Millionäre ist rasant gestiegen, die der Obdachlosen auch. Was heißt da Gerechtigkeit für alle?“

überlebensnotwendigen Eingriff unterließe, weil er dem Patienten nicht weh tun möchte, müßte seine Zulassung zurückgeben.

SPIEGEL: Ihre Worte sind starker Tobak für die Politiker.

Kamphaus: Das ist mir egal. Ich scheue Konflikte nicht. Kirche hat die verflixte Pflicht und Schuldigkeit, wenn sie sich selbst treu bleiben will, bei den armen Leuten zu stehen. Und wenn offenkundig ist, daß die Zahl derer, die zu den Armen gehören, von Monat zu Monat zunimmt, dann muß man das auch deutlich sagen, ob gelegen oder ungelegen. Da gibt es keine Rücksichtnahme, weder auf Parteien noch auf bestimmte Politiker.

SPIEGEL: Von Ihren Amtsbrüdern hat sich so deutlich noch keiner ausgedrückt.

Die beschränken sich darauf, gegen die Abschaffung eines kirchlichen Feiertages zur Finanzierung der Pflegeversicherung zu wettern.

Kamphaus: Ich bin gegen die Abschaffung eines Feiertages. Ausgerechnet gemeinsame Zeit zur Entspannung und Muße, Zeiten, die den Wirtschaftsrhythmus unterbrechen, opfert man. Dagegen bin ich, weil die Menschen diese Zeit lebensnotwendig brauchen. Wenn bei uns die Wirtschaft zum Maß aller Dinge wird, dann gute Nacht. Der Mensch ist nicht für die Wirtschaft da, sondern die Wirtschaft für den Menschen.

SPIEGEL: Der gläubige Katholik Norbert Blüm sagt: Anders geht das nicht.

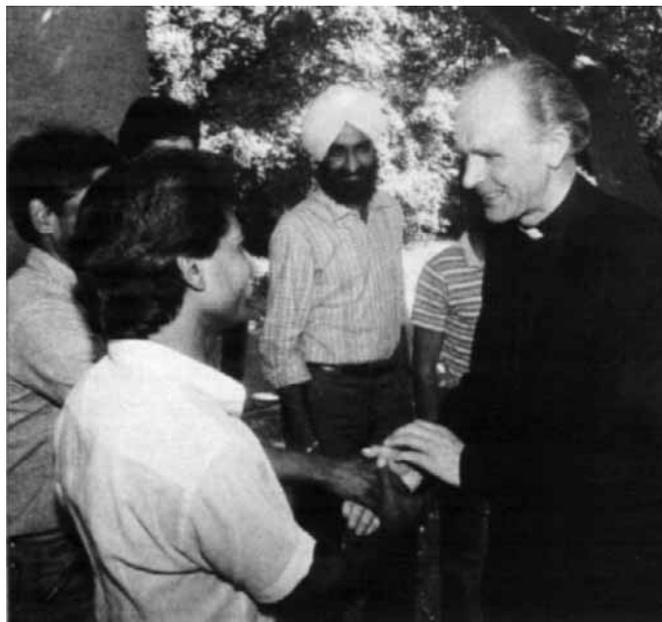
Kamphaus: Da versteh' ich ihn nicht. Die Feiertagsregelung ist ein fauler Kompromiß. Es scheint, als seien die Feiertage eine völlig beliebige Manövriermasse, nur weil man sich scheut, die Kosten gerecht zu verteilen.

SPIEGEL: Was kann die Kirche denn tun, um mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft durchzusetzen?

Kamphaus: Mir liegt sehr daran, daß deutlich wird: Sozialabbau besteht nicht nur darin, daß an dieser und jener Stelle ein bißchen gekappt wird. Der Teufelskreis, der die Reichen reicher und die Armen ärmer macht, muß durchbrochen werden. Die Frage ist, wie weit wir bereit sind, an unsere Besitzstände heranzugehen und über eine neue Verteilung des Erwirtschafteten nachzudenken. Wo die Besitzstandswahrung zum Allerheiligsten wird, da scheut man Umverteilungen wie der Teufel das Weihwasser.

SPIEGEL: Haben die Bischöfe auch eine Idee, wie man Gerechtigkeit praktisch umsetzt?

Kamphaus: Bischöfe sind keine Politiker. Aber die Kirche hat Erfahrungen, international in der Entwicklungsförderung und in Deutschland mit sozialen Diensten und Einrichtungen. Es wird hierzulande viel darüber diskutiert, ob man einen Teil der sozialen Dienste pri-



Bischof Kamphaus, Asylbewerber

„Daß Kirchen für Asylbewerber und Flüchtlinge eintreten müssen, das ist meine innerste Überzeugung“

vatisieren soll, ob man eine Art Wohlfahrtsmarkt einrichtet. Es zeigt sich schon jetzt, wohin das führt: Private Anbieter kümmern sich vor allem um die Gutverdienenenden, der Rest fällt durch den Rost. Das ist der falsche Weg.

SPIEGEL: Und der richtige?

Kamphaus: Hilfe zur Selbsthilfe statt reine Betreuung und Versorgung. Wir müssen die Schwächeren nicht nur an die Hand nehmen, sondern auch in die Pflicht. Beteiligen ist wichtiger als helfen. So ist es übrigens auch in der Entwicklungsförderung.

SPIEGEL: Tun Sie selber, was Sie da predigen?

Kamphaus: Wir versuchen es zumindest. In Frankfurt fährt die Caritas in einem Stadtteil nicht das Essen auf Rädern in die Wohnung, sondern lädt die, die können, zum gemeinsamen Mittagstisch ein. Obdachlose helfen gegen Bezahlung beim Bau einer Tageseinrichtung für Obdachlose, in Wiesbaden betreibt eines

unserer Arbeitslosenprojekte einen Recyclinghof. Interessant finde ich auch genossenschaftlich organisierte Modelle der Altenhilfe. Alte Menschen helfen sich gegenseitig. Solche Formen eines neuen Solidaritätsbewußtseins fördern wir, wo wir nur können. Gerade die Genossenschaftsidee muß neu aufgegriffen und verwirklicht werden.

SPIEGEL: Wäre zur Förderung der Solidarität nicht auch eine großangelegte Kampagne der Kirche gegen Rechtsradikalismus und Fremdenhaß fällig – Glockenläuten gegen Rechts statt gegen Abtreibung?

Kamphaus: Ich war von dem Glockenläuten gegen die Abtreibung nicht begeistert und möchte es jetzt nicht für etwas anderes einführen. Glocken sollten nur für den Gottesdienst läuten. Aber daß Kirchen gegen Rechtsextremismus und Fremdenhaß zu Felde ziehen und für Asylbewerber und Flüchtlinge eintreten und eintreten müssen, das ist meine innerste Überzeugung.

SPIEGEL: Zum Beispiel durch die Gewährung von Kirchenasyl?

Kamphaus: Ja, zum Beispiel. Da tut sich ja einiges in den Gemeinden.

SPIEGEL: Wie unterstützen Sie denn Ihre Gemeinden, die Flüchtlinge beherbergen?

Kamphaus: Jedermann weiß, daß ich die einzelnen Fälle aufmerksam verfolge. Wo es sinnvoll und hilfreich ist, setze ich politische Kontakte ein, um das Engage-



Auferstandener Jesus, Jünger

„Es hat angefangen mit Jesus und ein paar Frauen und Männern. Wo steht, daß ganz Deutschland christlich sein muß?“

ment für Flüchtlinge zu unterstützen. Wir haben im Bistum Limburg ein eigenes Projekt „Partnerschaft mit Flüchtlingen“, das sich um all diese Fälle kümmert.

SPIEGEL: Politiker aus allen Parteien nennen das Kirchenasyl glatten Rechtsbruch.

Kamphaus: Der Begriff „Kirchenasyl“ ist mißverständlich und sollte nur in Anführungszeichen gebraucht werden. Die Kirche beansprucht keine Sonderrechte und keine rechtsfreien Räume, und erst recht nehmen wir nicht Selbstjustiz für uns in Anspruch. Es wäre verrückt, so etwas zu denken.

Aber wofür ich mit Nachdruck eintrete, ist dies: Konkrete Rechtsvorschriften können in Konflikt geraten mit einem höheren Recht, zum Beispiel der Unantastbarkeit der menschlichen Würde. Dann bin ich vom Gewissen her verpflichtet, um des höheren Rechtes willen mich über geltende Vorschriften hinwegzusetzen. Das ist ziviler Ungehorsam. Der kann in bestimmten Fällen geboten sein. Wenn ein Vorsitzender Richter des Kasseler Verwaltungsgerichtshofes sagt, daß die Rechtsverfolgung in Sachen Asyl einem Lotteriespiel nicht unähnlich sei, dann wird doch deutlich, daß da etwas im argen liegt. So unfehlbar sind die Entscheidungen gar nicht, wie manche Politiker es behaupten.

SPIEGEL: Das Kirchenasyl ist nur ein Mittel für den Notfall. Was tun Sie dar-

über hinaus, um Asylsuchenden und Flüchtlingen zu helfen?

Kamphaus: Es gibt in meinem Bistum kirchliche Häuser, auch Pfarrhäuser, in denen Flüchtlinge wohnen. Im Bischofshaus lebt seit neun Jahren eine fünfköpfige eritreische Familie. Im Rhein-Main-Gebiet unterstützen wir zum Beispiel einen „Ökumenischen Wohnhilfe e. V.“, in dem sich engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bemühen, preisgünstige Wohnungen für Flüchtlinge und arme Menschen zu finden.

SPIEGEL: Ziehen die Katholiken Ihres Sprengels mit?

Kamphaus: Diese Initiativen rufen nicht nur Begeisterung hervor. Ich kriege auch böse Briefe und Drohungen, adressiert an den „Krankenbischof“. Aber das kann mich nicht abhalten zu tun, was ich aus meiner christlichen Verantwortung tun muß.

SPIEGEL: Herr Bischof, trotz allem: Die Zukunft Ihrer Kirche, so scheint es, hängt

am Geld. Vielen Kirchenleuten schwant eine neue Austrittswelle, wenn im nächsten Jahr der Solidaritätszuschlag fällig wird. Wie düster sehen Sie?

Kamphaus: Ich sehe die Zukunft der Kirche nicht so düster, gerade weil sie nicht am Geld hängt, sondern an Gott. Wir müssen uns verabschieden von den großen Zahlen. Ich sage mir oft, es hat angefangen mit Jesus und ein paar Frauen und Männern, die ihm bis Golgatha gefolgt sind. Das war die Geburtsstunde der Kirche. Wo steht denn, daß ganz Deutschland christlich sein müßte? Damit will ich nicht die Schwächen und Fehler der Kirche entschuldigen.

Mehr als die Kirchenkrise beschäftigt mich die Gotteskrise. Nicht daß Gott in der Krise wäre, aber wir mit ihm und er mit uns. Viele drücken sich vor der Frage nach Gott oder verdrängen sie. Was dabei herauskommt, ist der „Gotteskomplex“, von dem Horst-Eberhard Richter spricht.

Es kommt aber darauf an, ein erwachsenes Verhältnis zur Kirche zu gewinnen und nicht im pubertären Stadium steckenzubleiben. Jeder Erwachsene sollte erwachsen genug sein, seine eigene Entscheidung zu treffen. Wie immer er sie trifft, es ist schließlich seine Verantwortung.

SPIEGEL: Herr Bischof, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Familien

Ehekredit vom Staat

Friederike de Haas (CDU), 49, sächsische Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann, über die Einführung eines Ehekredits nach DDR-Vorbild

SPIEGEL: Sie fordern die Einführung eines Darlehens für Ehepaare. Wer soll wieviel bekommen?

Haas: Junge Paare, die gemeinsam weniger als 2500 Mark netto verdienen, sollten nach der Eheschließung einen zinsfreien Kredit von 10 000 Mark bekommen können, rückzahlbar nach fünf Jahren in Beträgen von 1000 Mark pro Jahr.

SPIEGEL: Der Zustand der öffentlichen Kassen ist miserabel. Können sich die Länder die Kreditvergabe leisten?

Haas: Der gesellschaftliche Nutzen eines solchen Kredits ist höher als die Kosten.

In Sachsen wären nach unserem Modell zunächst rund 50 Millionen Mark im Jahr nötig. Alle Länder zusammen müßten, grob hochgerechnet, einen Betrag in der Größenordnung von 700 Millionen Mark aufbringen.

SPIEGEL: Die DDR erließ den Paaren einen Teil der Rückzahlung, wenn sie Kinder bekamen. Will die sächsische Landesregierung diese Gebärprämie auch wieder einführen?

Haas: Nein. Das würde den finanziellen Aspekt der Kindererziehung überbetonen. Das Darlehen soll Ehepaaren den Start in eine Zukunft mit Kindern lediglich erleichtern und den hohen Wert der Familie zum Ausdruck bringen.



Haas

Nachwuchs offenbar vor allem im Westen. Für eine Stelle als „Fernmeldeeinrichtungsbetreiber“, bundesweit ausgeschrieben, ist laut „Stellen-Informations-Service“ des Arbeitsamtes Pforzheim der rechte Geburtsort vonnöten: „Nur Westdeutsche!“ ist im Computer vermerkt. Als Begründung für die Einschränkung wurde Bewerbern eine mögliche Stasi-Verstrickung von Ostdeutschen genannt. Der BND leugnet eine Beschränkung auf West-Bürger. Ein Sprecher: „Das wäre ja ungesetzlich.“

Entwicklungshilfe

Hamburg serviert „fairen Kaffee“

In Hamburger Behörden soll nur noch Kaffee ausgeschenkt werden, der Bauern in der Dritten Welt einen fairen Preis sichert. Per Antrag im Landesparlament wollen die Fraktionen von SPD, Grün-Alternativer Liste und Statt Partei erreichen, daß der Senat Kaffee mit dem Gütesiegel der Initiative „Transfair e. V.“ beschaffen läßt. Der Verein garantiert, daß der Kaufpreis Genossenschaftsbauern in Entwicklungsländern zugeht. Aufgrund der herrschenden Welthandelsbedingungen, so Transfair, müßten die Deutschen für ein Pfund Kaffee aus dem Supermarkt heute „neunmal weniger arbeiten als vor 15 Jahren“, während die Kaffeebauern „viermal weniger als vor 15 Jahren“ verdienen.



Gewaltopfer im Klassenzimmer

„Sorgentelefon“ beraten lassen und Hilfe anfordern. Nach Erfahrungen des norwegischen Pädagogik-Professors Dan Olweus, der das Programm entwickelt hat, erfahren Lehrer nur von 40 Prozent der verbalen oder körperlichen Attacken in ihren Klassen.

Korruption

Lauschangriff auf die Kollegen

Um die Infiltration der Polizei durch die Organisierte Kriminalität zu stoppen, sollen Polizisten bei Korruptionsverdacht auch Kollegen abhören können. Diese Auffassung vertritt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in einem Strategiepapier zur Mafiabekämpfung. Laut GdP-Vorstandsmitglied Konrad Freiberg ist die Bestechungsgefahr in der Polizei mittlerweile so groß, daß es Richtern ermöglicht werden müsse, auch bei Verdacht auf „schwere Amtsdelikte“ Telefonüberwachungen nach Paragraph 100 a der Strafprozeßordnung anzuordnen. Notwendig ist laut Gewerkschaft der Polizei darüber hinaus die Einrichtung „spezieller Korruptionsdienststellen“ bei der Polizei sowie von „Korruptionsabteilungen“

bei den Staatsanwaltschaften. Im Landeskriminalamt Sachsen, wo bereits mit dem Aufbau eines entsprechenden Dezernats begonnen worden ist, sind allein 1993 rund 120 einschlägige Fälle registriert worden. So haben korrupte Polizeibeamte mit Schlepperbanden zusammengearbeitet, um den Menschenhändlern eine illegale Grenzpassage zu ermöglichen und Autoschieber vor bevorstehenden Durchsuchungen gewarnt.

Geheimdienste

Ossifreie Zone in Pullach?

Der Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach bei München rekrutiert seinen



Kaffee-Ernte in El Salvador

Schulen

Sorgentelefon für Mobbing-Opfer

In einem bundesweit einmaligen Programm wollen 45 Schulen in Schleswig-Holstein gegen Gewalt unter Schülern angehen. An dem auf anderthalb Jahre angelegten Projekt „Mobbing: Gewaltprävention in Schulen“, das diesen Monat startet, sind Schüler, Eltern, Lehrer und Erziehungswissenschaftler beteiligt. Vom nächsten Monat an sollen in allen Klassen Strategien gegen Schülerschikane erdacht sowie Pausenaufsicht und Freizeitmöglichkeiten an den Schulen neu gestaltet werden. Jugendliche Mobbing-Opfer können sich über ein

Kriminalität

Der Zeh des Drachen

Mit Großrazzien will die Polizei die China-Gastronomie aufrollen. In den Lokalen vermuten die Fahnder Filialen der Hongkong-Mafia.

Die ersten Mittagsgäste im China-Restaurant „Kings“ in Görlitz waren gerade beim Nachtisch angelangt, als die Polizei kam und die Anwesenden nach Rassenzugehörigkeit sortierte.

Wer europäisch aussah, konnte, ohne zu zahlen, das Lokal verlassen. Wer asiatischen Angesichts war, mußte bleiben: „Ihr seid Mafia“, rief ein Beamter, „kein Chinese darf gehen.“

Zur gleichen Zeit stürmten 1300 Polizisten 98 China-Lokale in Franken, Thüringen und Sachsen. Die Beamten filzten 200 Wohnungen, Lager Räume und Garagen. Eine Richterin des Nürnberger Amtsgerichts rechtfertigte die rund 300 Durchsuchungen mit dem „dringenden Verdacht, daß die weit überwiegende Anzahl der China-Restaurants als Stützpunkt für chinesische kriminelle Organisationen“ diene.

Bilanz der Großrazia (Codewort: „Morgen Sonne“): 653 Asiaten wurden überprüft, 102 vorläufig festgenommen, 14 dem Haftrichter vorgeführt. Penibel hatte Einsatzleiter Jürgen Straub 232 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten registrieren lassen.

In einem Geheimbericht („VS – Nur für den Dienstgebrauch“) hat das Wiesbadener Bundeskriminalamt (BKA) die festgestellten Tatbestände aufgelistet – von Drogengeschäften bis zur Schutzgelderpressung, vom Menschenhandel bis zur Steuerhinterziehung.

Mit einem ähnlichen Großbesatz wie in Deutschland rollten Polizisten die chinesische Kolonie in Österreich auf. Sicher gestellte Akten aus 54 Speiselokalen, Im- und Export-Unternehmen so-

wie Wohnungen enthielten „Beweise für alles“, so Staatspolizeichef Oswald Kessler, „was an kriminellen Delikten denkbar ist“.

Auch in der chinesischen Gastro-Branche an den norddeutschen Küsten und im Rheinland wurde die Polizei fündig. Im Raum Hamburg durchkämmten Anfang dieses Monats 180 Beamte 33 Restaurants sowie Büros und Wohnungen. Sie suchten Asiaten, die von Menschenhändlern in Etappen nach Nordamerika oder Spanien geschleust werden – ein Delikt, das insbesondere für die USA zunehmend zum Problem geworden ist.

Zehntausende von Chinesen, enthüllte Anfang des Monats die *Washington Post*, warteten auf die illegale Einreise in die Staaten. Schlepperorganisationen würden die Immigranten entlang einer Art Pipeline, die über verschiedene Länder in West- und Osteuropa führe, in die USA schmuggeln.

Chinesische Mafia-Bünde, vor allem die Triaden 14 K und Wo Shing Wo, etablieren sich seit Monaten verstärkt in vielen Staaten der Europäischen Union (EU), weil die britische Kronkolonie Hongkong 1997 an Peking fällt. Die Klans fürchten, daß die Kommunisten ihren Geschäften schaden werden.

Als „das noch größere Problem“ nennt der BKA-Bericht die für 1999 vereinbarte Übergabe der portugiesischen Kolonie Macau an China: Lissabon hat den meisten der rund 500 000 Macau-Chinesen die portugiesische Staatsangehörigkeit zuerkannt. Damit genießen sie die Freizügigkeit von EU-Bürgern.

Ein „besonders rücksichtsloses Vorgehen“ gegenüber ihren Opfern bescheinigt das BKA einer anderen Gruppe von Asiaten: der seit 1986 von Holland aus agierenden Organisation Tai Huen Chai. Sie stattet ihre Leute, ehemalige Bewohner der Volksrepublik China, mit falschen Hongkong-Pässen



Hamburger Polizeieinsatz gegen China-Gastronomie*: Bresche in ein Dickicht?

In Deutschland, eine der Etappen des Menschenhandels, stehen weitere groß angelegte Durchsuchungsaktionen in den nächsten Wochen an. Die Ermittler wollen eine Bresche in ein Dickicht krimineller Schattenwirtschaft schlagen, das sich, wie Walter Meier von der Nürnberger Kripo meint, „immer mehr zu einer Bedrohung auswächst“.

Der koordinierte Polizeiangriff gilt den versteckten Basen mächtiger asiatischer Klans. Deren Bosse sitzen in Hongkong oder Holland und erweitern von dort aus, wie Meier beobachtet, zur Zeit „generalstabsmäßig ihr Terrain“ in Richtung Bundesrepublik.

* Am 7. Juni.

aus und beschäftigt sie als Heroinhändler und Schutzgelderpresser.

Wenn in eigens angemieteten Bars, wie etwa in Frankfurt, das verbotene chinesische Glücksspiel Pai Gau angesetzt ist, registrieren Kripo-Observanten in der Regel „eine Absicherung durch Waffenträger zum Schutz vor Eskalation und Raubüberfällen von außen“.

Während sich chinesische Banden in Großbritannien, den Niederlanden und den USA in den Chinatowns konzentrieren, nisten sie sich in Deutschland nach den Erkenntnissen bayerischer Triaden-Experten auf dem flachen Land ein. Dort spielen sie, so ein Ermittler, „mit oft ahnungslosen lokalen Ordnungsbehörden Katz und Maus“. Die

Polizei beargwöhnt Lokale, die nur wenige Gäste haben, aber hohe Umsätze ausweisen. Ermittler glauben, Anhaltspunkte dafür gefunden zu haben, daß die Betriebe als geheime Waschanstalten für Drogengelder fungieren. Einige Restaurants gelten als Stätten illegalen Glücksspiels, viele als Relaisstation des illegalen Menschenhandels. Häufig auch werden Landsleute als Küchensklaven ausgebeutet.

In einem Saal des Polizeipräsidiums Mittelfranken in Nürnberg müht sich derzeit eine Sonderkommission, den bei der jüngsten Razzia sichergestellten Papierwust zu sichten. Berge von Briefen sind zu übersetzen, Rechnungen und Kontoauszüge zu analysieren und Hunderte von Pässen zu untersuchen.

Mühsam dröseln die Ermittler Querverbindungen zu Tätern in Tschechien und Österreich auf. Die Fahnder glauben, daß etwa der Mord an dem Erlanger Chinesen-Wirt Eduard („Eddy“) Ulbrich im Mai 1991 kein Einzelfall ist. O-Ton aus einem Telefonmitschnitt in Wien: „Sollen wir ihn gleich umlegen?“ – „Nein, flieg zuerst nach Madrid abkassieren, das Problem können wir später erledigen.“

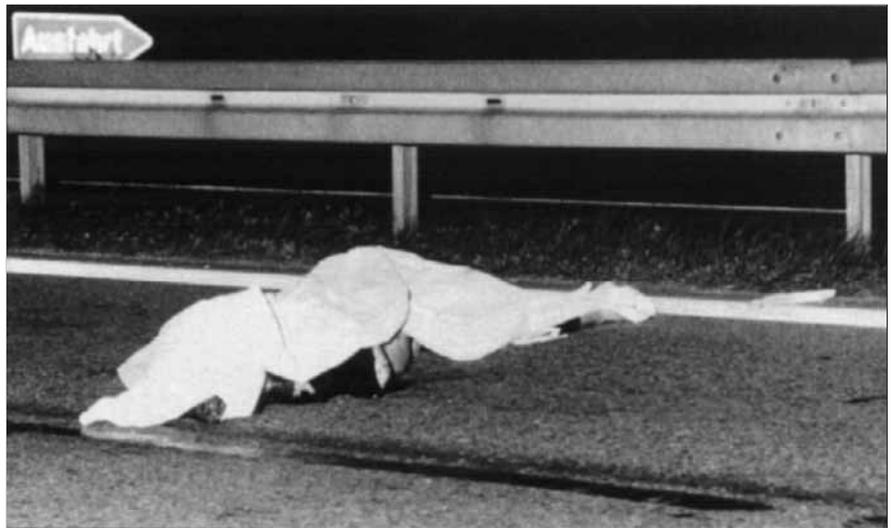
Daß manches in der deutschen Chop-suey-Branche nicht stimmt, war schon nach Ulbrichs Tod offenkundig geworden. Bei der Fahndung nach dem Täter wurde ein reger Handel mit falschen Pässen und eine Franken-Frankreich-Connection aufgedeckt. Später gerieten Lokale in Görlitz, Würzburg, Ochsenfurt und Weimar unter Verdacht.

Eine erste Durchsicht der sichergestellten Belege scheint nun manche Vermutung der Ermittler zu bestätigen. „Wie kann ein kleiner Spüler mit kargem Verdienst regelmäßig zwischen 10 000 und 20 000 Mark überweisen?“ fragt sich Kriminaloberrat Gerhard Schlögl, einer der Nürnberger Auswerter. Er stieß in einfachen Klitschen auf Sparbücher mit ungewöhnlich hohen Beträgen.

In anderen Fällen allerdings stecken die Ermittler in Beweisnot. Ein Beschuldigter etwa, der 42 Pässe gehortet hatte, beharrt darauf, nichts mit der Schleusung illegaler chinesischer Einwanderer zu tun zu haben. Er habe doch, behauptet er, nur ein paar armen Teufeln ein bißchen Geld geliehen und deren Ausweise als Pfand in Verwahrung genommen.

Eine „Interessengemeinschaft der Chinesischen Gastronomie in Nordbayern“ attackierte unterdessen die Strafverfolger. Die Gruppe vergleicht die Razzia mit „der Judenverfolgung damals durch das Nazi-Regime“. Empört über solchen Maßstabsverlust, wies der Nürnberger Polizeisprecher Peter Grösch den Vorwurf „schwerer Verletzungen der Menschenrechte“ zurück.

Etwas kleinlaut hat die Nürnberger Sonderkommission inzwischen die Hälf-



Leichenfund an der Autobahn: „Sollen wir ihn gleich umlegen?“

te der sichergestellten Akten zurückgegeben; mit dem Rest ist womöglich auch nicht viel anzufangen. Ermittler Meier: „Es gibt da Sachen, da sind wir mit unserem Latein am Ende.“

Das mag auch daran liegen, daß das Vorgehen der deutschen und der österreichischen Polizei weder von BKA noch von Interpol koordiniert worden ist. Regionale Razzien fördern Randkenntnisse über mafiose China-Banden zutage, bedrohen aber kaum die multinationalen kriminellen Triaden-Kartelle mit Sitz in Fernost.

Auch das jüngste BKA-Dossier (Titel: „Asiatische Organisierte Kriminalität“) basiert, wie die Autoren beklagen, auf einem nur „geringfügigen internationalen Austausch“ der Polizeibehörden. Kaum erhellt wird darin das „erhebliche Dunkelfeld“ der weltweit operierenden gelben Kriminalität. So versteht sich der 48-Seiten-Rapport lediglich als eine „einzelbezogene Sammlung“ von Daten aus dem Chinesen-Milieu.

Da ist etwa zusammengetragen worden, daß in Hamburg bis vor kurzem „das erste Chinesen-Bordell Deutschlands“ existiert habe. In Frankfurt wiederum soll ein Erpresser den Auftrag erhalten haben, einem Chop-suey-Wirt „die Hand abzuhacken“, wenn er nicht an gewisse Freunde zahle.

Schleuser, Drogenkuriere und Schutzgeldentreiber hängen, wie die BKA-Analytiker glauben, an einem „sowohl national als auch international perfekt koordinierten Verteilernetz“. Wann immer etwa in Bayern die soge-



Mordopfer Ulbrich
„Zuerst abkassieren“

nannten Strohsandalen, die kleinen Vollstrecker der Triaden, auftauchten, seien Kraftfahrzeuge mit tschechischen Kennzeichen in der Nähe; die Wagen sind auf Firmen aus Asien zugelassen, die sich in Böhmen angesiedelt haben.

So verlieren sich Spuren immer wieder in der Ferne. Nach Sichtung der Asservate, die bei den 300 Durchsuchungen in Südostdeutschland sichergestellt wurden, resümiert Fahnder

Meier: „Wir können Probleme beim Namen nennen, aber nicht lösen.“

Im „Kampf gegen den allgegenwärtigen Drachen bringt es gar nichts“, geben auch asiatische Interpol-Experten zu bedenken, „wenn man ihm nur einen Zeh abhackt“: Nach Ansicht des erfahrenen Hongkonger Kriminalisten Stephen Vickers „konzentriert die Polizei 80 bis 90 Prozent ihrer Bemühungen auf das falsche Ende des Problems“.

Vickers nennt es „tragisch“, daß regionale Strafverfolgungsbehörden den Einfluß kleiner Frühlingsrollendreher und Suppenköche im Triaden-Gefecht „übertreiben“ und „das wirkliche Thema, die unerkannten Hintermänner“, vernachlässigen.

Bei der Fahndung nach den Bossen stoßen die Ermittler allzuoft ins Leere. Eine der Ursachen nennt die BKA-Studie: Nach Erkenntnissen britischer Behörden, heißt es in dem Papier, seien „fast ein Drittel der Beamten der Royal Hongkong Police in Aktivitäten der Triaden verwickelt“.

Umwelt

Hitze im Zapfen

Im Schwarzwald sät ein Drachenflieger Mammutbäume – als grünes Bollwerk gegen Stürme.

Immer am Wochenende, sofern die Winde günstig wehen, packt Jörg Schröder, 37, den Drachen, handlich auf sechs Meter zusammengeschnürt, auf seinen Opel Kadett.

Mit dem Fluggerät schwingt er sich von einem Berg nahe Rastatt in die Höhe. Oben in der Schwarzwaldluft, tausend Meter über den Wipfeln, greift er in ein kleines Säckchen und sät: Sa-



Samenflieger Schröder
„Den schmeißt kein Orkan um“

men des Mammutbaumes. Während im siechen deutschen Wald die Windbruchgefahr steigt, könne das exotische Gehölz, derzeit vor allem in Kalifornien heimisch, in Deutschland eines Tages ein ideales „Bollwerk“ gegen Stürme bilden, meint Schröder, von Beruf Hausmann und Vater: „Den Mammut schmeißt kein Orkan um.“ Der Sequoiadendron gigantum wird bis zu 135 Meter hoch, bis zu 4000 Jahre alt und ist, dank einer Kombination aus Pfahl- und Flachwurzeln, beispiellos standfest.

Überdies ist der Mammutbaum, wegen seiner dichten und weichen Rinde, gegen Schädlinge weitgehend immun – da beißt sich selbst der Borkenkäfer schlapp. Auch gilt der Baum, laut Fachliteratur, als „bemerkenswert industriefest“.

Schröders Samenwurf stößt bei vielen Naturschützern, natürlich, auf Skepsis: Anstatt den „idealen Baum“ für die verseuchte Umwelt zu suchen, sollten die Deutschen lieber „dafür sorgen, daß die Natur nicht mehr so verpestet“ wird, sagt Andreas Krug vom Bund für Umwelt und Naturschutz in Bonn.

Furcht vor einer Verfälschung der Flora und Fauna durch das Fremdholz hat auch Baumfreund Eije Pabst aus Hamburg: Die kalifornischen Importmonster könnten sich, gibt der Greenpeace-Mann zu bedenken, „in 200 Jahren vielleicht zur Katastrophe“ für die heimische Waldbevölkerung entwickeln.

Andere Forstexperten hingegen plädieren neuerdings für Multikulti im heimischen Forst, wo mit nur 45 Arten (US-Wälder: 400 Arten) relative Einfalt west: „Mehr Vielfalt bringt mehr Stabilität“, predigt etwa Jochen Kleinschmit, Leiter der Niedersächsischen

Forstlichen Versuchsanstalt Escherode im Kreis Göttingen, wo ebenfalls Mammutpflänzchen sprießen.

Auch im „Versuchsrevier zum Anbau fremdländischer Baumarten“ in Wuppertal stehen bereits die ersten stämmigen Kalifornier. Kirchturmhoch aufgeschossen sind einige Exemplare schon im Welzheimer Wald nahe Stuttgart, wo sie zu Kaiser Wilhelms Zeiten angepflanzt worden sind. Bis zur Eiszeit waren die Riesenstämme ohnehin in Europa zu Hause.

Ungehemmter Monsterwuchs ist nicht zu befürchten: Der Mammut öffnet seine Zapfen nur bei großer Hitze, etwa bei Brandkatastrophen in Kalifornien. Dem deutschen Fichtenbestand drohe, meint Schröder, daher keine Gefahr aus jäher Vermehrung des Mammut.

Samenflieger Schröder hat deshalb zum Säen den Segen der Forstlichen Versuchsanstalt in Freiburg bekommen und auch einen Bezugshinweis: Bei der Baumschule Geigle in Nagold gibt's das 100-Gramm-Säckchen für 68 Mark.

Drei solcher Säckchen hat er schon ausgestreut oder verschenkt, an einen Waldbauern in Rottweil oder seine Freunde vom Drachenfliegerklub, die, bei allfälligen Ausflügen, die Saat auch schon über den Alpen ausgebracht haben.

Und auch die Flüge überm Schwarzwald zeigen Breitenwirkung: Vor allem bei Westwind, meint Schröder, würden die Samen „kilometerweit weggetragen“.



Sequoia National Park in Kalifornien, Sequoia-Samen (o.): Multikulti im Forst?

MAUL HALTEN, ZAHLEN

Mürrische Verkäufer, unzuverlässige Handwerker, pampige Kellner – viele Bedienstete im Service vergraulen die Kunden, statt ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Vor allem bei Reklamationen behandeln deutsche Firmen Konsumenten wie lästige Bittsteller. Unternehmensberater fordern radikales Umdenken.

Keine Ausnahmen“, sagt der Kellner in der Bahnhofsgaststätte. Zum Schnitzel gehören Pommes, Reis ist als Beilage nicht vorgesehen, und Sonderwünsche kosten extra. Basta.

„Falsche Kasse“, sagt die Bedienung in der Haushaltswarenabteilung von Karstadt. Für Staubsaugerbeutel ist die Kollegin zuständig, und Waschmittel rechnet der Mann an Nummer 15 ab. Der nächste bitte.

„Schon geschlossen“, sagt die Angestellte an der Hamburger Theaterkasse. Die Kartenausgabe endet werktags Schlag sieben Uhr; eine Minute später, das macht die Dame hinter dem Schalter unmißverständlich klar, ist eine Minute zu spät. Feierabend, Pech gehabt.

„Geht nicht“, „kenn’ ich nicht“, „ham wir nicht“ – um Widerworte und Ausflüchte sind Angestellte im deutschen Dienstleistungsgewerbe selten verlegen. Unerbittlich pochen sie auf Arbeitszeitregelungen und Firmenvorschriften, seien die noch so unsinnig. Die Wünsche ihrer Kunden sind dabei oft schnuppe – Pardon wird nicht gegeben.

Statt dem Konsumenten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, üben sich viele Service-Kräfte hierzulande lieber in typischen Beamtentugenden: Ignorieren, Vertrösten, Abwimmeln. Der Kunde steht im Mittelpunkt und damit im Weg.

Wehe dem, der eine halbe Stunde vor Ladenschluß ein Kaufhaus betritt und Hilfe braucht. „Das Spiel lautet: Wer hinguckt, hat verloren“, weiß der Stuttgarter Personaltrainer Dieter Döttling. „Die Verkäuferin, die dem Kunden als erste in die Augen blickt, muß ihn dann auch bedienen.“ Die Betonung liegt auf „muß“.

Gekniffen sind alle Konsumenten, die einer geregelten Arbeit nachgehen. Handwerker kalkulieren stets großzügig mit dem Zeitbudget ihrer Auftraggeber und lassen sich bei der Terminvergabe höchstens auf grobe Schätzungen ein. Möbelhäuser liefern vorzugsweise um die Mittagszeit; und Ärzte scheinen grundsätzlich davon auszugehen, daß ihre Patienten für den Praxisbesuch Urlaub nehmen. Damit sich ja keiner fal-



Service-Schwachpunkt Flughafen: „140 Millionen Momente der Wahrheit“

sche Hoffnungen macht, sind Warnschilder beliebt, auf denen Angestellte ihr Verständnis vom Kundendienst deutlich dokumentieren. Aufdruck: „Ich bin auf der Arbeit und nicht auf der Flucht.“ Oder: „Hier arbeiten wir Hand in Hand – was die eine nicht schafft, läßt die andere liegen.“

Das Bild vom Kunden als König scheint nur noch bei Verbraucherschützern hoch im Kurs zu stehen. Im Alltag taugt es allenfalls als Witzvorlage. Ob im Supermarkt oder Restaurant, am Fahrkartenschalter oder Banktresen: Der Kunde ist Bettler und Bittsteller – schlicht ein Störenfried.

Für den einzelnen ist die Dienstverweigerung nur ärgerlich. Für die gesamte Volkswirtschaft jedoch sind die Folgen verheerend.

Jedes Jahr entgehen den deutschen Unternehmen Milliarden Gewinne, weil

unfreundliche und unfähige Bedienstete den Kunden verschrecken. „Wir könnten unsere Vertriebsleistung im Inland um 25 Prozent steigern“, glaubt Deutsche-Bank-Chef Hilmar Kopper, „wenn sich alle Beschäftigten angewöhnen, jeden Kunden, den sie sehen, freundlich zu begrüßen.“

Im internationalen Wettbewerb verliert die deutsche Wirtschaft Marktanteile, weil ausländische Mitbewerber die Kunden besser bedienen und zudem mehr Service bieten. Auch die großen Industriebetriebe haben die Verbraucher jahrzehntelang vernachlässigt – und deren Wünsche ignoriert.

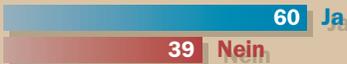
Noch immer verlassen sich die deutschen Hersteller von Konsumgütern auf die angeblich einzigartige Qualität ihrer Produkte.

Noch immer bestimmen die Techniker und Ingenieure, was entwickelt und

Verprellte Kundschaft

Was Verbraucher in Deutschland stört
Angaben in Prozent

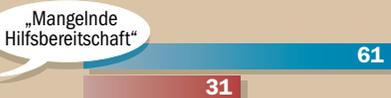
Haben Sie schon einmal aus Ärger über schlechte Bedienung einen Laden verlassen, ohne etwas zu kaufen?



Haben Sie den Eindruck, daß der Satz „Der Kunde ist König“ heute noch stimmt?



Was stört Sie sehr?



(Mehrfachnennungen möglich)
An 100 fehlende Prozent: keine Angabe;
Emnid-Umfrage für den SPIEGEL, 1500 Befragte

DER SPIEGEL

bietet ein so hohes Beschäftigungspotential.

Das gilt nicht nur für einfache Dienstleistungen, sogenannte McJobs: schlecht bezahlte Arbeitsplätze, zum Beispiel in Fast-food-Unternehmen. In den USA, wo die Löhne niedrig sind und die soziale Absicherung gering ist, steht hinter jeder Ladenkasse einer, der die Waren in Tüten packt. Auf diese Weise entstand das amerikanische Beschäftigungswunder der achtziger Jahre – aber auch die Schicht der „working poor“, jener Armen, die zwar ein Einkommen haben.

Ratgeber mit Titeln wie „Herausforderung Kunde“ oder „Service entscheidet“.

Hier und da hat der Verbraucher auch etwas davon. Im ICE bringt ihm ein Zugbegleiter den Kaffee an den Platz. In Real-Supermärkten bekommt er fünf Mark für den Fall versprochen, daß er länger als zehn Minuten an der Kasse warten muß. Am Hamburger Flughafen übernimmt die Mercedes-Benz-Werkstatt von Geschäftsreisenden deren Wagen und schickt ihn bis zum Abend durch die Inspektion. Doch das bleibt die Ausnahme. Das Gros der Manager



Service-Schwachpunkt Supermarkt: „Die Leute schieben einen Riesenfrust“

produziert wird – und nicht die Marketing-Leute.

So haben sich deutsche Automobilhersteller jahrelang geweigert, in Amerika Modelle mit Getränkehaltern anzubieten. Dieses Utensil ist unter der Würde eines deutschen Autobauers, für einen US-Käufer aber unverzichtbar.

Neben Wertarbeit erwarten die Verbraucher verstärkt fachkundige Beratung, reibungslosen Kundendienst und Kulanz bei Reklamationen. Nur wer diese Zusatzleistungen anbietet, kann weiterhin hohe Preise rechtfertigen und im Kampf um Marktanteile bestehen.

Vor allem aber lassen sich auf Dauer nur mit Investitionen im Service-Gewerbe dringend benötigte Arbeitsplätze schaffen. Unter Ökonomen gilt Dienstleistung als Produkt der Zukunft. Kaum eine andere Branche verspricht vergleichbare Zuwachsraten, keine andere

Volkswirtschaftlich wichtiger sind die qualifizierten Dienstleistungen, Ingenieurbüros etwa, die gutbezahlte Jobs bieten. Die USA haben ihr Service-Gewerbe sogar zum devisa-bringenden Exportschlager entwickelt: Firmen wie McDonald's, American Express oder United Parcel Service verkaufen Dienstleistungen in alle Welt.

Diesen Wachstumsmarkt haben die Deutschen verschlafen. Es gibt kein einziges deutsches Dienstleistungsunternehmen, das auf dem Weltmarkt eine nennenswerte Rolle spielt. Selbst die mächtigen Banken sind international eher unbedeutend. Zwar habe sich in den Chefetagen herumgesprochen, „welche Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich möglich ist“, sagt Hans-Peter Klös vom Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Fast jeden Monat erscheinen in Fachverlagen neue

wirtschaftet wie gehabt. Selbst das IW, eine Forschungseinrichtung der Arbeitgeber, bescheinigt den Führungskräften beim Service „einen enormen Nachholbedarf“.

Auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft ist die Bundesrepublik im internationalen Vergleich Entwicklungsland. In den USA sind mittlerweile knapp 72 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe tätig (siehe Kasten Seite 73), unter den Mitgliedern der Europäischen Union haben Großbritannien (70 Prozent Service-Kräfte) und die Niederlande (69,9 Prozent) die Führung übernommen. Im Wohlstandsstaat Deutschland hingegen verdienen nicht einmal 58 Prozent der Erwerbstätigen ihr Geld mit dem Dienst am Kunden.

Bei Untersuchungen über die Qualität ihrer Dienstleistungen landen deutsche Unternehmen regelmäßig auf den



Geschlossene Kasse: Ohnmachtsgefühle in der Mittagspause

hinteren Rängen. Unter zehn europäischen Nationen, so ergab eine Studie der Düsseldorfer Beratungsgesellschaft Learning International, belegen sie den drittletzten Platz.

Ausländer auf Besuch in Deutschland schwanken zwischen Fassungslosigkeit und Mitleid. Die britische Wochenzeitung *The European* testete europäische Hauptstädte, um die Dienstleistungsmentalität der Nachbarn zu erforschen. Aus Berlin wußte das Blatt nur Abschreckendes zu berichten:

Im Service sind die Deutschen eher rückschrittlich, um nicht zu sagen rüde. Die in dem Land sehr mächtige Gewerkschaft beharrt darauf, daß Geschäfte samstags um 13 Uhr zusperren müssen. Für den Konsumenten wird es damit nahezu unmöglich, am Wochenende irgend etwas Eßbares zu ergattern. Von Kreditkarten scheinen die meisten Supermärkte noch nie gehört zu haben. Kellner behandeln den Gast oft so, als ob sie ihm einen Gnade erweisen, wenn sie ihn bedienen.

Die deutschen Verbraucher reagieren zunehmend allergisch. Laut einer Studie der Deutschen Marketing-Vereinigung, dem sogenannten Kundenbarometer, beschwerte sich im vergangenen Jahr jeder fünfte Versandhauskunde über mangelhafte Leistung. Mit dem Kundendienst von Autowerkstätten waren 17,8 Prozent der Befragten so unzufrieden, daß sie reklamierten; unter Fluggästen drängte es immerhin 12,2 Prozent der Kundschaft zur Beschwerde.

Die Verbraucher vermissen scheinbar Selbstverständliches. Ganz oben auf der Klageliste stehen rüder Umgangston, mangelnde Hilfsbereitschaft, schlampige Auftragserfüllung. Zusagen würden häufig nicht eingehalten, Preise stünden nur noch selten im Verhältnis zur Leistung.

Wie groß der Ärger ist, zeigt der Überraschungserfolg der RTL-Sendung „Wie Bitte?!“. Über drei Millionen Zuschauer verfolgen mittlerweile am Freitagabend die Show, in der ein vierköpfiges Team Szenen aus dem Leben des deutschen Verbrauchers nachspielt. Grundlage sind Leidensberichte entnervter Kunden, rund 500 Hilferufe erreichen täglich die Redaktion.

„Die Leute schieben einen Riesenfrust“, erklärt Redaktionsleiterin Dagmar Kieselbach die hohen Einschaltquoten: „Sie leiden unter dem Gefühl der Ohnmacht, weil sie nicht wissen, wie sie sich wehren sollen.“

„Wie Bitte?!“ öffnet für Millionen das Ventil. Zum Beispiel mit der Geschichte von Edgar Maisel aus Goldkronach in Oberfranken, der sich knapp zwei Jahre lang mit einer Einbauküche der Firma Möbel Kaufmann herumplagte.

Zunächst ist die eingesetzte Arbeitsplatte zu kurz, dann brechen die Türfüllungen. Die Ersatzarbeitsfläche paßt, quillt aber auf, und die dritte Austauschplatte ist wieder mal zu kurz. Alles Jammern und Klagen der Familie



Verbrauchersendung „Wie Bitte?!“: Ventil für Millionen

Maisel nützt nichts: Der Händler (Werbeprosch: „Schönes Wohnen“) hat den Fall gründlich satt und erklärt den Hersteller für zuständig – jedenfalls so lange, bis sich RTL einschaltet.

Mit welcher Chuzpe sich Dienstleistungsunternehmen aus der Verantwortung stehlen, zeigt auch die Geschichte von Sigrid Hehn. Aufgrund eines Schaltfehlers bekommt die Telekom-Kundin aus dem saarländischen Kleinblittersdorf täglich bis zu 30 Anrufe brünstiger Männer, die die Nummer von „Tina“ gewählt haben, einer Telefonsex-Anbieterin aus der Nachbarschaft.

Sechs Monate lang wendet sich Frau Hehn vergebens an die örtliche Störungsstelle. Stets erhält sie die stereotype Antwort: „Wir prüfen die Leitung.“ Erst als sie direkt bei der Telekom-Zentrale in Saarbrücken vorstellig wird, bequemt sich das Unternehmen, ihr eine neue Rufnummer zuzuweisen.

Damit freilich geht die Auseinandersetzung in die zweite Runde. Die geplagte Kundin begeht den Fehler, die in Rechnung gestellte Grundgebühr für einen Monat einzubehalten – schließlich

Wo Flexibilität gefragt wäre, regiert Prinzipientreue

hatte sie zuletzt aus Angst vor Belästigung meist den Stecker aus der Anschlußbuchse gezogen.

Die Rache der Telekom folgt postwendend: Da die Kundin „bedauerlicherweise den Weg einer kulanten Regelung“ nicht annehme „und einen juristischen Weg (eigenmächtiger Rechnungsabzug)“ bevorzuge, werde das Fernmeldeamt die vereinbarte „Rufnummernänderung derzeit nicht durchführen“. Jagdszenen aus dem Konsumentenalltag.

Kaum ein Dienstleister hierzulande scheint begriffen zu haben, daß permanente Kundenmißhandlung im internationalen Wettbewerb zum existenzgefährdenden Handicap wird.

Bislang konnten sich bundesdeutsche Anbieter auf dem heimischen Markt noch kommod einrichten, weil nationale Vorschriften Konkurrenz von außerhalb weitgehend abblockten. Seit aber immer mehr Handelsbarrieren im Zuge der europäischen Einigung fallen, drängen verstärkt neue Firmen auf den Markt – mit

ausgefeilten Service-Konzepten und aggressivem Marketing.

Als erstes Kreditinstitut in Deutschland bot die amerikanische Citibank eine 24-Stunden-Betreuung, die Kontoinhabern Überweisungen und Daueraufträge per Telefon ermöglicht. Binnen zwei Jahren konnte die Bank 91 800 Neukunden werben, ein Zuwachs von knapp 20 Prozent.

Ausländische Paket- und Kurierdienste haben der Post mit Haus-zu-Haus-Service und Lieferfrist-Garantien innerhalb von wenigen Jahren erhebliche Marktanteile abgenommen. Allein der Umsatz des United Parcel Service im Frachtbereich beläuft sich mittlerweile auf über 100 Millionen Mark.

Mit aufwendigen Werbekampagnen versuchen deutsche Dienstleister, ihren Ruf zu verbessern. Die Sparkassen hetzen im Fernsehspot einen Anlageberater zum Heimbisuch durchs Treppenhaus („Wir kommen auch zu Ihnen, wenn Sie uns lassen“), und auch Herr Kaiser von der Hamburg-Mannheimer ist ständig auf Tingeltour.

Alles vergebens? „Die beste Werbung ist wertlos“, sagt Lufthansa-Vorstand Hemjō Klein, „wenn der Mitarbeiter, der die Summe aller Versprechen verkörpert, vor den Kunden tritt und versagt.“

Wie viele solcher „Momente der Wahrheit“ (Klein) drohen, hat Lufthansa fürs eigene Unternehmen hochgerechnet. Danach begegnet jeder der jährlich 28 Millionen Fluggäste pro Reise etwa 5 Lufthansa-Mitarbeitern – macht 140 Millionen Kontakte. Wenn auch nur einer von 100 Angestellten einen schlechten Eindruck hinterläßt, bilanziert die Fluggesellschaft, „ergibt das 1,4 Millionen Negativeindrücke pro Jahr oder 4000 am Tag“.

Unternehmensberater rechnen noch weiter. Auf die Mark genau beziffern sie



den Wert eines zufriedenen Verbrauchers. Sie taxieren, daß es sechsmal mehr kostet, einen Neukunden zu werben, als einen Stammkunden zu halten. Sie nennen die Zahl der Personen, denen ein vergrätzter Konsument von seinem Frust erzählt (9 bis 15), und auch die Zahl der Ansprechpartner bei positiven Erlebnissen (3).

Die Crux dabei ist: Alle nicken brav, und kaum einer hält sich dran. „Viele Vorstandsmitglieder begreifen einfach nicht, daß es sich lohnt, in vorhandene Kundenbeziehungen zu investieren“, klagt Frank Dornach, Leiter des Friedberger Marketinginstituts Academic Research. „Die haben nur die Bilanz der Neuzugänge im Kopf, Kundenbindung verbuchen sie als Kostenfaktor.“

Mehr als 25 Jahre hatte Bernhard Kluick der Hamburger Bank von 1861 die Treue gehalten, als er sein Konto zu einer anderen Zweigstelle transferierte. Prompt verlangte das Kreditinstitut eine

Kontoauflösungsgebühr von zehn Mark. Auf den Protest des Hamburger Finanzwirts hin teilte die Revisionsabteilung in einem energischen Brief mit, daß Kontoverlegungen „grundsätzlich berechnet und belastet“ werden.

Im Befolgen von Vorschriften kann den Deutschen keiner den Schneid abkaufen. Wenn es der Dienstherr will, sind sie korrekt bis zur Selbstaufgabe und penibel über jedes Plansoll hinaus. Mancher Kellner würde für den Grundsatz „Draußen nur Kännchen“ notfalls vors Verfassungsgericht ziehen.

Die sogenannten Sekundärtugenden haben den Teutonen in aller Welt den Ruf eingetragen, ein effizient und gründlich arbeitendes Volk zu sein. Wer Bleche bohrt und Nähte schweißt, sollte nicht zu Nachsicht und Eigenmächtigkeit neigen.

Doch es sind eben die vielgelobten preußischen Eigenschaften, die dem Konsumenten das Leben schwer machen. Wo Flexibilität gefragt wäre, regiert Prinzipientreue. Was der Mann hinterm Tresen als eine Anordnung bezeichnet, nennt der Kunde Schikane.

Die Dame von der Telefonauskunft weigert sich, dem Anrufer mehr als zwei Nummern mitzuteilen. Der Schaffner lehnt weisungsgemäß die Ausstellung eines Gute-Nacht-Tickets ab: Das Sonderangebot der Bahn gibt's am Schalter; wer den Sparpreis nur abgezählt bei sich hat, muß aussteigen.

Viele Dienstleistungsfirmen fördern den Hang der Mitarbeiter zum Starrsinn nach Kräften. Vor allem die Staatsunternehmen überziehen ihr Service-Personal mit einem Wust von Bestimmungen. Der Entscheidungsspielraum der Angestellten tendiert gegen Null. Jede Eventualität ist geregelt, jeder Sonderfall bedacht. Und was nicht im Buch steht, das gibt's eben nicht.

Zwei Aktenordner umfaßt allein das Regelwerk der Lufthansa zur „Kunden-

Zehn vor zwölf

Thomas Schalberger, 30, Public-Relations-Manager aus Düsseldorf, hat es diesmal besonders eilig. Zehn vor zwölf zeigt die Normaluhr in der Wandelhalle des Kölner Hauptbahnhofs, der nächste Termin drängt. „Eine Karte zweiter Klasse nach Düsseldorf“ erbittet er von der Dame am Bahnschalter. „Intercity oder D-Zug?“ lautet die Antwort. „Weiß ich nicht, den nächsten Zug eben“, sagt Manager Schalberger, „das müssen Sie doch wissen.“ „Ich bin hier nicht der Informationsschalter“, entgegnet die Bahn-Frau knapp, Auskunft geben dürfe grundsätzlich nur die Auskunft. Ein kurzes Wortgefecht bleibt erfolglos, Schalberger muß sich schließlich in die Warteschlange am Informationsschalter einreihen – und verpaßt derweil seinen Zug.



Bahnkunde Schalberger

beziehung Passage“. Das Tarifsystem der Bahn genießt den zweifelhaften Ruf, komplizierter zu sein als das deutsche Steuerrecht.

In ihrer Ordnungsliebe haben sich die Unternehmen eine eigene Welt von Zuständigkeiten und Abteilungen geschaffen. An die Stelle der Vernunft tritt die Logik der Verwaltung. Die Dienststelle wird zum Irrgarten.

Rund 40 Prozent der Warenhauskunden, so ergab eine Befragung der Kölner Beratungsfirma MSR, haben beim Einkauf Schwierigkeiten mit der Orientierung. Schuld ist nach Erkenntnis der Betriebswirte nicht allein die Größe des Angebots, sondern „vor allem eine schwer nachvollziehbare Zuordnung der Waren zu einzelnen Abteilungen“.

Vergebens suchten die MSR-Testkäufer elektrische Zahnbürsten im Dental-Regal. In der Elektroabteilung, zwischen Toastern und Staubsaugern, wurden sie schließlich fündig.

Weil viele deutsche Service-Firmen wie Behörden aufgebaut sind, arbeiten sie auch wie Behörden. Mit Erstaunen stellen Management-Spezialisten immer wieder fest, daß nicht einmal zwischen den einzelnen Abteilungen eines Unternehmens eine funktionierende Dienstleistungsbeziehung besteht. Im Gegenteil: Der Kollege in der Reklamation weiß nicht, was der Mitarbeiter in der Auslieferung treibt – und er will es auch gar nicht wissen.

Die Folgen der internen Abschottung sind schleppende Auftragserfüllung und überflüssige Wartezeiten. Drei Wochen

Der Kontakt zum Verbraucher ist auf ein Minimum reduziert

braucht etwa die Telekom im Durchschnitt, bis sie einen Hausanschluß geschaltet hat.

Auf der Suche nach der Fehlerquelle verfolgte die Münchner Unternehmensberatung Roland Berger den Weg eines Antrags für ein neues Telefon. Das Formular wanderte durch die Ein- und Ausgangskörbe von vier Abteilungen, 10 bis 15 Mitarbeiter waren mit dem Auftrag beschäftigt.

Die Bearbeitungszeit ließe sich problemlos auf zwei Tage minimieren, wie ein von Berger angeregter Pilotversuch gezeigt hat. Das Geheimnis des Erfolgs: Der Angestellte, der den Antrag entgegennimmt, ist auch für die Bearbeitung verantwortlich. Er organisiert Nummernvergabe und Montage. Vor allem aber informiert er den Kunden über den Stand der Dinge.

Mangelnde Kommunikation mit dem Kunden halten Branchenkenner für eines der Grundübel deutscher Dienstlei-

„Wie kann ich helfen?“

Vorbildlicher Kundendienst in den USA



Packhilfe vor US-Supermarkt: Bei Nichtgefallen Geld zurück

Die US-Post stellt Briefkästen so auf, daß Autofahrer ihre Umschläge aus dem Fenster in den Schlitz stecken können, amerikanische Telefonkunden dürfen ihre Rufnummer von Stadtteil zu Stadtteil mitziehen lassen, und Käufern im Supermarkt trägt ein Angestellter die Ware bis zum Auto hinterher – das Service-Paradies USA zeichnet sich vor allem durch alltägliche Bequemlichkeiten aus.

Besucher aus Deutschland, von unwilligen Kellnern und ignoranten Verkäuferinnen leidgeprüft, können nur staunen, mit welcher Selbstverständlichkeit sich amerikanische Dienstleister um das Wohl ihrer Kundschaft bemühen. Für die Floskel „nicht zuständig“ kennen Amerikaner keine Übersetzung. „Wie kann ich Ihnen helfen?“ ist nach „Wie geht's?“ die meistgestellte Frage.

In den Restaurants wird der Gast vom Kellner begrüßt und plaziert. Fast jeder Angestellte, der im Service arbeitet, trägt seinen Namen auf einem Schild am Revers oder verteilt seine Visitenkarte, um dem Gast Lob oder Tadel zu ermöglichen.

Supermärkte haben – in Deutschland eine Seltenheit – Extraschalter für Eilige, die weniger als zehn Produkte kaufen wollen. Für Kunden mit Kindern stehen Spezialkassen bereit, von denen die übliche Quen-

gelware wie Bonbons und Schokoriegel verbannt ist.

Die meisten Firmen bieten den Kunden sogenannte 800er Nummern an, über die jeder Anrufer gebührenfrei Fragen, Bestellungen oder Reklamationen loswerden kann. Selbst Behörden geben den Bürgern über Gratisleitungen Auskunft.

Banken strapazieren das Gedächtnis der Verbraucher nicht mit Geheimnummern aus dem Computer, sondern lassen Neukunden selbst die Codezahl ihrer Kontokarte auswählen. Wer eine Hypothek wünscht, bekommt 20 Minuten nach seinem Anruf einen Fachmann ins Haus geschickt.

Kaufhäuser und Einzelhändler haben in der Regel nicht nur sieben Tage in der Woche und bis in die späten Abendstunden geöffnet, sie tauschen Ware auch anstandslos um. Nach Garantiezeiten wird selten gefragt. Bei Reklamationen oder Nichtgefallen erhält der Kunde statt eines Einkaufsgutscheins sein Geld zurück.

Einige Firmen wie das Versandhaus L. L. Bean werben gar mit einer Lebenslang-Garantie für alle Produkte. Schadhafte Handtaschen oder Seidenpullover können sich die Kunden auch nach Jahren noch ohne weitere Rückfragen ersetzen lassen; oder sie bekommen, falls gewünscht, den Kaufpreis erstattet.

ster. Mitunter vergehen Wochen, bis der Verbraucher auf eine Anfrage Nachricht erhält. Telefonische Auskunft ist verpönt, die Sachbearbeiter verkehren am liebsten schriftlich mit dem Kunden, unter Zuhilfenahme von Textbausteinen.

„Die brauchen einen Vorgang, revisionsfähig und abheftbar“, erklärt der Berger-Mann Burkhard Schwenker den Widerwillen gegen das Gespräch. „Der Mitarbeiter will sich schließlich vor seinem Chef rechtfertigen können, wenn Probleme auftauchen.“

Da die Unternehmen den Kontakt zum Verbraucher auf ein Minimum reduzieren, kennen sie auch seine Wünsche nicht. Spiegelbild der Ignoranz sind die firmeneigenen EDV-Systeme. Oft werden nicht einmal Name und Anschrift des Kunden gespeichert; weitergehende Daten, etwa über Kaufverhalten und Beschwerden, fehlen völlig.

Die wenigsten Autohersteller wissen, wie viele Wagen ihrer Marke ein Kunde bereits angeschafft hat, in welchen Zeitabständen er ein neues Modell bestellt oder wie häufig er das firmeneigene Werkstattnetz in Anspruch nimmt.

Kaum eine Versicherung hat einen Überblick über die Policen, die ein Versicherungsnehmer bei den verschiede-

Kein Winkelzug ist den Versicherungen zu abwegig

nen Abteilungen des Unternehmens laufen hat. Banken sind häufig schon überfordert zu registrieren, daß ein Kunde bei einer weiteren Zweigstelle ein Konto eröffnet.

In der Datenarmut offenbart sich die Rückständigkeit der deutschen Dienstleistungswirtschaft. Für jedes Industriegebiet existieren detaillierte Qualitätsstandards, das Produkt „Service“ hingegen ist nicht näher definiert.

„Wir stellen die falschen Berechnungen an“, glaubt Lufthansa-Vorstand Klein. „Wir überlegen nicht, was es uns kostet, wenn das Telefon zwölftmal klingelt, wenn in einer Schlange 20 Leute stehen, wenn ein Mitarbeiter zu faul ist, die Aschenbecher zu leeren.“

Nirgendwo schlagen interne Fehlkalulationen wohl stärker auf die Bilanz als beim stümperhaften Umgang mit Reklamationen. Was Kulanz wert sein kann, fragen sich offenkundig nur Wirtschaftsforscher. „Es gibt kein Rechnungswesen



Fahrgastbetreuung bei der Bahn: Dialog nach Lehrbuch

in Deutschland“, sagt MSR-Geschäftsführer Moritz Spilker, „das die Kulanzkosten einmal in Relation zum Gewinn an Kundentreue gesetzt hat.“

Vergebens plädieren Unternehmensberater dafür, Beschwerden als Chance zu sehen, verprellte Verbraucher zurückzugewinnen. „Die Firmen sollten doch froh sein“, findet Spilker, „daß der Kunde nicht wortlos zur Konkurrenz wechselt“ – 96 Prozent der Unzufriedenen tun das nämlich. Wem es gelinge, berechnete Ansprüche unbürokratisch zu befriedigen, „der hat am Ende treuere Kunden als zuvor“.

Die Gelegenheit wird systematisch vertan. Beschwerdeführer gelten im deutschen Dienstleistungsgewerbe als Querulanten. Willig soll der Kunde sein, duldsam und still. Motto: Maul halten, zahlen.

Meister im Abwimmeln sind Versicherungen. Kein Winkelzug ist ihnen zu abwegig, keine Juristenfinte zu absurd. Der Kunde ist entweder unter- oder überversichert, mal hat er vorsätzlich gehandelt, mal grob fahrlässig. „Mit normalem Menschenverstand“, urteilt die Hamburger Verbraucherschützerin Edda Castello, seien viele Abwehreschreiben der Assekuranz-Konzerne „nicht mehr nachvollziehbar“.

Die Gothaer Versicherung unterscheidet feinsinnig zwischen heimlichem und unheimlichem Diebstahl, um Ersatzansprüchen zu entgehen. Versicherungsschutz bestehe immer dann, läßt sie einen Geschädigten wissen, wenn sich ein Dieb in „diebischer Absicht eingeschlichen“ habe, das heißt „heimlich“ eingedrungen sei.

In dem vorliegenden Fall habe der Dieb die Wohnung jedoch „lediglich unbemerkt“ betreten, ergo könne die Schadensstelle auch keinen „ersatzpflichtigen Diebstahl durch Einschleichen“ erkennen.

Die Allianz wiederum mag nicht einsehen, warum sie im Rahmen der Hausrat-

versicherung einen Fernseher ersetzen soll, der bei einem Gewitter zerstört wurde. An dem Defekt seien „atmosphärische Überspannungen“ schuld, für die es keine Entschädigung gebe, teilt sie dem Kunden mit. Ein Blitzschlag liege versicherungstechnisch nur dann vor, „wenn der Blitz unmittelbar auf ein Gebäude oder überhaupt auf die Erde“ niedergehe und dort „zerstörende Kräfte“ freisetze.

Einigen Dienstleistungsunternehmen dämmert inzwischen, daß sich mit Kundenklagen mehr anfangen läßt, als sie nur feindselig zu beantworten und dann in Aktenordnern verstauben zu lassen. „Im Grunde sind Reklamationen ja kostenlose Marktforschung“, sinniert Bahn-Vorstand Heinz Neuhaus.

Vorbild sind, wie sollte es anders sein, ausländische Service-Anbieter, die ihre

Aggressive Haut



Uhrenkäufer Maier

Als Michael Maier, 24, Student aus dem badischen Müllheim, im Frühjahr 1991 eine Junghans-Armbanduhr kauft, vertraut er dem Firmenprädiat „wasserdicht“. Nach 15 Monaten bildet sich Kondenswasser unter dem Uhrenglas, zudem blättern Teile der Legierung am Gehäuse ab. Maier reklamiert. Zu Unrecht, meint die Firma Junghans im Antwortschreiben: Wasserdicht sei die Uhr nur beim Kauf, „nach längerem Gebrauch“ könnten schon mal Schäden auftreten. Und an denen seien offenbar „aggressive Hautausscheidungen“ des Kunden schuld.

Kundschaft ausdrücklich ermuntern, Kritik vorzutragen. Amerikanische Firmen geben auf Rechnungen eine Telefonnummer an, unter der Konsumenten bei Bedarf Klagen loswerden können. Die britische Midland Bank verteilt in ihren Filialen einen dreiseitigen Ratgeber mit dem Titel: „Wie Sie sich am besten über unseren Service beschweren“.

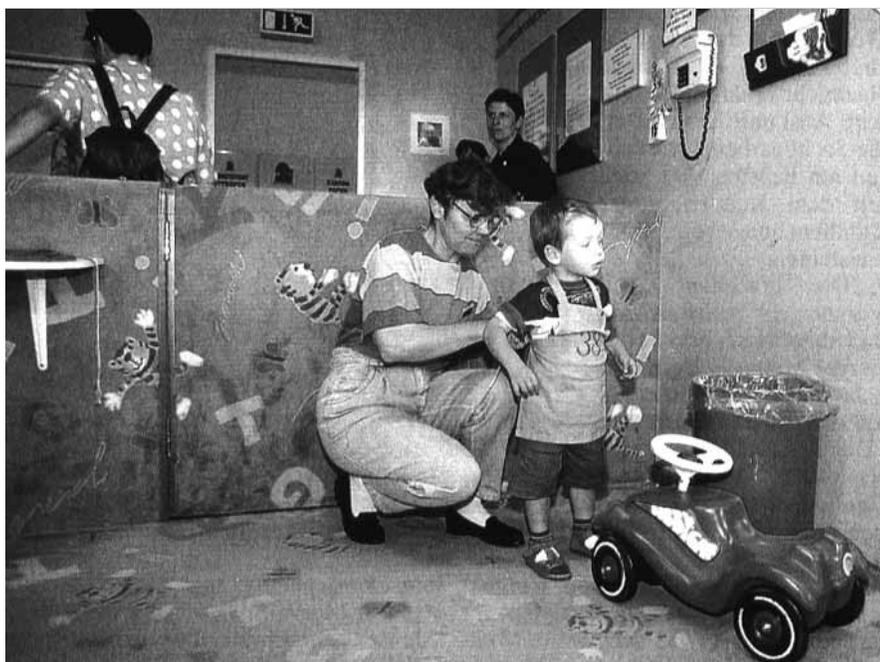
Die Deutsche Lufthansa hat immerhin damit begonnen, die rund 12 000 Beschwerden, die jährlich in den Büros eingehen, in einem zentralen EDV-Sy-

Für Verhaltenstraining und Lächelkurse jährlich Millionenausgaben

stem zusammenzufassen. Anhand einer Liste mit 500 möglichen Mängelpunkten klassifiziert das Personal die Klagen der Gäste, um die Auswertung der Daten zu erleichtern: „Manueller Buchungsfehler“ des Bodenpersonals hat Codennummer 1223, „Arroganz“ der Flugbegleiter Chiffre 21111.

Ärgernisquelle 3123 („Verspätung Ankunft“) wurde einfach ausradiert. In den Flugplänen für 1994 hat die Airline die Flugzeiten für wichtige Inlandsflüge um rund zehn Minuten verlängert. Kaum einer hat's gemerkt, und alle sind zufrieden über die neue, wundersame Pünktlichkeit. Dank des Zeitpuffers landen die meisten Lufthansa-Maschinen jetzt sogar einige Minuten vor der angekündigten Uhrzeit.

Welche Erfolge sich mit guten Service-Ideen erzielen lassen, führt die süddeutsche Warenhauskette Breuninger vor. Seit das Unternehmen konsequent amerikanische Vorbilder kopiert, stieg



Kaufhaus-Kindergarten (in Stuttgart): Elektropiepser für Eltern

der Umsatz allein zwischen 1990 und 1993 um 112 Millionen Mark.

Eltern können ihren Nachwuchs im Breuninger-Kindergarten abgeben. Damit sie sich auch bei längerem Einkauf keine Sorgen machen müssen, erhalten sie einen Elektropiepser, über den sie jederzeit erreichbar sind.

Für Kunden, die es eilig haben, steht im Stuttgarter Stammhaus ein vierköpfiges „Special Service“-Team bereit. Wer möglichst unkompliziert ein Frühstücksgeschirr oder ein Kostüm erstehen will, braucht seinen Wunsch nur per Telefon durchzugeben. Eine Verkäuferin stellt dann kostenlos eine repräsentative Auswahl zusammen und führt das An-

gebot zu einem vereinbarten Termin in einem „Präsentationsraum“ vor.

Bei Kauf notieren die Breuninger-Angestellten die Konfektionsgrößen des Konsumenten, alle Kleidungsstücke kann er deshalb auch telefonisch nachbestellen. Zu Geburtstagen und Jubiläen der Familie meldet sich eine Mitarbeiterin des Warenhauses bei den Stammkunden, erinnert an den Termin und macht einen Geschenkvorschlag.

Für Industrieunternehmen ist es schwieriger, sich auf die Bedürfnisse der Kunden einzustellen. Die Wünsche der Konsumenten wechseln immer schneller; nur Unternehmen, die flexibel reagieren können, werden künftig Erfolg haben. Die kundenorientierte Organisation ist deshalb für viele Berater das Ziel jeder Umstrukturierung.

Schlanke Unternehmen sind anpassungsfähiger, die Konzerne konzentrieren sich zunehmend auf ihre Kernaufgaben. Was nicht dazugehört, wird ausgelagert und selbständigen Firmen übertragen: Die Werbung macht nicht die eigene Werbeabteilung, sondern eine Werbeagentur, für die EDV ist ein Service-Unternehmen zuständig, statt der eigenen Küche versorgt ein Catering-Unternehmen die Belegschaft, und die Sicherheitsfirma ersetzt den angestellten Pförtner.

Da sich die Produkte immer mehr gleichen, werden auch die Industrieunternehmen in Zukunft auf Service setzen müssen. Erfolg hat das Unternehmen, das seinen Kunden den größeren Zusatznutzen bietet. Und doch nützt das beste Marketing-Konzept nichts, wenn die Mitarbeiter den Kunden nicht zukommend behandeln.

Millionensummen geben die Unternehmen jährlich für Verhaltenstraining

Benz statt Porsche

Wolfgang Staminski, gutsituierter Unternehmensberater aus Fulda, bekommt eines Tages eine überaus erfreuliche Nachricht von seinem Wirtschaftsberater. Das Finanzamt zahlt Steuern zurück. Staminski fährt zum Porsche-Händler mit der festen Absicht, einen „Spontankauf“ zu tätigen. Sein Pech: Er trägt Jeans und Pullover und fährt im Gebrauchtwagen der Ehefrau vor. Ohne sich von seinem Schreibtisch zu erheben, empfängt ihn der Verkäufer mit den Worten: „Sie wollen wahrscheinlich Prospekte.“ „Nein“, entgegnet Staminski, er wolle sich einen Neuwagen ansehen. Der Verkäufer lächelt nur und weist lässig in Richtung Fuhrpark: „Da hinten stehen welche. Wenn Sie was wissen wollen – ich bin hier.“ Inzwischen, sagt Staminski, „fahre ich Mercedes-Benz“.



Mercedesfahrer Staminski

„Oder auch weniger“

Chris Haerberlein, 33, Kommunikationsberaterin aus München, stößt im Möbelmarkt Wunderhaus auf ein Sofa, das sie sofort kaufen möchte. Sie kann an dem Möbel allerdings kein Preisschild entdecken. „Das kostet rund 1500 Mark“, schätzt eine Verkäuferin auf Nachfrage. „Oder auch weniger“, mutmaßt eine zweite Angestellte, den Endpreis werde die Kundin ja spätestens an der Kasse erfahren. Chris Haerberlein möchte es schon genauer wissen und bittet die Verkäuferinnen darum, mal nachzufragen. Antwort der lustlosen Wunderhaus-Crew: „Wenn Sie hier schwierig werden wollen – wir haben auch andere Kunden.“



Möbelhauskundin Haerberlein

aus, um ihren Mitarbeitern wenigstens die größten Unarten abzugewöhnen. In Freundlichkeitsseminaren und Lächel-Kursen versuchen Profi-Animatoure, den Service-Kräften beizubringen, daß der Kunde ihr Gehalt finanziert und deshalb höflich zu behandeln sei.

Die Post hat seit 1980 rund 45 000 Schalterbeamte durch eine Schulung zu „kundenorientiertem Verhalten“ geschleust. Die Bahn steckt dieses Jahr 16 000 Zugbegleiter in ein dreistufiges „Intercity-Seminar“, wo sie in „Einwandbehandlung“, „Streßbewältigung“ und „kontrolliertem Dialog“ unterwiesen werden.

In der Lektion „Positiv formulieren“ lernen die Schaffner anhand von Fallbeispielen die Grundbegriffe zwischenmenschlicher Kommunikation. So verbietet das Lehrbuch den Satz: „Hier können Sie nicht sitzen.“ Richtig heiße es: „Dieser Platz ist leider reserviert.“ Falsch sei der Satz: „Hier ist 1. Klasse.“ Richtig laute er: „Sie befinden sich in der 1. Klasse.“

Branchenexperten hoffen, daß der Aufwand Erfolg zeitigt. Solange die Behördenstruktur der Dienstleistungsfir-

men intakt bleibt, verpuffen die besten Vorsätze.

„Wenn die Leute in ihren Laden zurückkommen“, sagt Personaltrainer Dieter Döttling, erkläre ihnen der Chef nicht selten: „Das war Seminar, jetzt geht der Alltag weiter.“

Den bundesdeutschen Service-Unternehmen wird es nur gelingen, den Abstand zur internationalen Konkurrenz zu verringern, wenn sie ihren in Jahrzehnten gewachsenen Verwaltungsapparat radikal verkleinern. Das ganze aberwitzige System aus Anordnungen, Richtlinien und Dienstvorschriften mag ins Maschinenzeitalter gepaßt haben, auf dem Weg zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft blockieren solche Relikte jeglichen Fortschritt.

Vor allem aber müssen die Unternehmen die soziale Stellung des Service-Personals innerhalb der Betriebe stärken. Angestellte in Kundendienst, Verkauf oder Beratung haben den Rang von Erfüllungsgehilfen.

Obwohl die „Graukittel“ (Kollegen-spott) oft als einzige direkten Kontakt zum Kunden halten, ist ihre Erfahrung nicht gefragt. Bei Sonderwünschen können sie nur mit den Achseln zucken. Wenn es Probleme gibt, müssen sie erst den Chef fragen – das kostet Zeit und schwächt das Verantwortungsgefühl.

Die Geringschätzung der Service-Kollegen führt dazu, daß fähige Mitarbeiter aus dem Kundendienst abgezogen werden. Angestellte, die sich trotz aller Widerstände um den Verbraucher verdient machen, dürfen mit Beförderung auf einen Schreibtischposten rechnen, fernab vom Kunden.

Die miese Bezahlung beschleunigt die Flucht vom Tresendienst. Unternehmensberater fordern deshalb ein Prämiensystem, das sich vor allem am langfristigen Erfolg einer guten Bedienung bemißt. Provisionen erhalten bislang nur Vertreter, die Neukunden kobern; Kundenbindung wird nicht honoriert.

Wer für guten Service keine Belohnung erhält, für den ist Freundlichkeit ein Zuschußgeschäft. Der Kellner, der seine schlechte Laune am Gast ausläßt, muß höchstens um sein Trinkgeld fürchten. So bleibt es dem Verbraucher überlassen, für sein Recht zu streiten.

Daß Selbsthilfe bisweilen sehr erfolgreich sein kann, erlebte Wirtschaftsfachmann Döttling samt Partner im Parkrestaurant in Göppingen.

„Nicht mein Tisch“, erklärte der Kellner, als das Team zu speisen wünschte. Die Gäste nickten sich kurz zu, hoben den Tisch an und trugen ihn Richtung Ausgang. „Sie wollen ihn ja nicht, und uns gefällt er“, beschieden sie das erschreckt herbeilaufende Personal.

„Fortan“, sagt Döttling, „konnten wir uns über den Service nicht mehr beschweren.“

Gegendarstellung

In DER SPIEGEL Nr. 14/1994 vom 04. April 1994 wurde ab Seite 18 unter der Überschrift „Edi, das machen wir“ über unseren verstorbenen Vater Dr. h. c. Franz Josef Strauß und Herrn Dr. Eduard Zwick berichtet. Hierzu stellen wir fest: 1. DER SPIEGEL behauptet im Zusammenhang mit dem Genfer Bankhaus Pictet: „Persönlich führte Zwick . . . den bayerischen Ministerpräsidenten bei dem Genfer Bankhaus ein . . . Zwick hatte den renommierten Neu-Kunden avisiert.“

Hierzu stellen wir fest, daß Herr Zwick Herrn Dr. h. c. Franz Josef Strauß bei dem Bankhaus Pictet weder persönlich eingeführt noch avisiert hat.

2. DER SPIEGEL behauptet unter Berufung auf Herrn Walter Schöll, daß Dr. h. c. Franz Josef Strauß auch Kunde der Züricher Bank Bär war.

Hierzu stellen wir fest, daß Dr. h. c. Franz Josef Strauß nie Kunde der Züricher Bank Bär war.

3. DER SPIEGEL behauptet, Schöll „geleitete Strauß – so um 1980 herum“ – in der Züricher Bahnhofstraße zu Bärs „bis in den dritten Stock“.

Hierzu stellen wir fest, daß Dr. h. c. Franz Josef Strauß nie mit Herrn Walter Schöll in den Räumen der Bank Bär in Zürich war.

4. DER SPIEGEL fragt: „War Strauß, . . . selber Steuerflüchtling? Entzog der einstige Bundesfinanzminister . . . Teile seines Vermögens dem Zugriff des deutschen Fiskus?“

Hierzu stellen wir fest, daß Dr. h. c. Franz Josef Strauß zu jeder Zeit alle seine Konten dem deutschen Finanzamt gemeldet und alle anfallenden Steuern beglichen hat.

5. DER SPIEGEL behauptet, daß Dr. h. c. Strauß Herrn Zwick versprochen hätte: „Edi, das bringen wir in Ordnung, das machen wir.“

Hierzu stellen wir fest, daß Dr. h. c. Franz Josef Strauß sich so nicht geäußert hat.

6. DER SPIEGEL behauptet: „Jahr für Jahr feierte der Strauß-Freundeskreis den Geburtstag des Meisters an der Côte d'Azur. Zwick bezahlte. Die Kosten, so Zwicks Schätzung, beliefen sich jedes Mal so auf zwischen 150 000 und 200 000 Mark“ . . .

Hierzu stellen wir fest, daß Dr. Eduard Zwick nur ein einziges Mal im Rahmen des Geburtstages von Dr. h. c. Franz Josef Strauß eingeladen und die Feier bezahlt hat. Die Kosten betragen weniger als DM 20.000,00.

7. DER SPIEGEL behauptet: „Ging man gemeinsam aus in Südfrankreich, pflegte Zwick immer mal wieder zu sagen: ‚Gell, Franz, heute abend zahlst du.‘ Und steckte dem CSU-Boß gebündelte 1000-Francis-Scheine in die Brusttasche.“ Hierzu stellen wir fest, daß Herr Zwick sich niemals so geäußert und Herrn

Dr. h. c. Franz Josef Strauß niemals Geld zugesteckt hat.

8. DER SPIEGEL behauptet: „Strauß habe – behauptet Zwick – zugesagt, er werde Gespräche unter vier Augen mit dem bayerischen Finanzminister führen. Der Steuerfall, so der Ministerpräsident bald darauf, sei jedoch überaus verzwickelt, weil zu viele Beamte involviert seien. Es sei nahezu unmöglich, von oben herab Einfluß zu nehmen.“

Hierzu stellen wir fest, daß Dr. h. c. Franz Josef Strauß niemals versucht hat, zugunsten von Herrn Zwick „von oben herab Einfluß zu nehmen“ oder den bayerischen Finanzminister in diesem Zusammenhang zugunsten von Herrn Zwick zu irgendwelchen Handlungen oder Unterlassungen zu veranlassen.

9. DER SPIEGEL behauptet: „1982 war es dann soweit. Zwick senior gab die Unternehmensführung an seinen Sohn ab und zog sich ins schöne Lugano zurück. Festredner bei dem Abschied in Johannesbad: Dr. h. c. Franz Josef Strauß.“ Hierzu stellen wir fest, daß das Fest in Johannesbad der Eröffnung eines neuen Bädertraktes, nicht aber dem Abschied von Dr. Zwick galt.

10. DER SPIEGEL schreibt, Dr. h. c. Franz Josef Strauß habe in bezug auf Dr. Zwick senior auch gewarnt, „ein Haftbefehl sei wohl unvermeidlich“.

Hierzu stellen wir fest, daß Dr. h. c. Franz Josef Strauß sich so nie geäußert hat.

11. DER SPIEGEL berichtet über einen „Abstecher“ der Herren Strauß, Dannecker, Schöll und Zwick, die in Wien „ein verschwiegene Etablissement“ angesteuert hätten; die „Puffmutter“ habe von einer geplanten „Edel-Absteige“ berichtet.

Hierzu stellen wir fest, daß Dr. h. c. Franz Josef Strauß bei diesem angeblichen Etablissementbesuch und den berichteten Gesprächen nicht zugegen war.

Max Josef Strauß
Franz Josef Strauß
Monika Hohlmeier

Der SPIEGEL bleibt bei seiner Darstellung.

Journalisten

Tip aus Peru

Zwei Brüder aus Bonn vermieten gepanzerte Limousinen an Journalisten.

Im Streit um eine Parklücke hatte der schwedische Fernsehjournalist Simon Stanford das Recht des Erstgekommenen und die blecherne Wucht seines Mercedes 500 auf seiner Seite. Genutzt hat ihm beides nicht.

Der Gegner im automobilen Zwist, der sich im vergangenen Jahr nahe Split zutrug, griff zur Kalaschnikow und feuerte auf den Mercedes. Daß er dennoch am Leben geblieben ist, verdankt Stanford einem Spezialfahrzeug aus Stuttgart und der Idee zweier Jungunternehmer aus Bonn.

Frank Asbeck, 35, und sein Bruder Marc, 26, bieten einen weltweit einzigartigen Dienst: Sie vermieten gepanzerte Fahrzeuge an Fernsehteams, Reporter und Fotografen, die aus Kriegs- und Krisenregionen berichten.

Derzeit gebietet die Brüder-GmbH Asbeck Armored Vehicles über eine Flotte von 36 gepanzerten Automobilen. Alle Fahrzeuge genügen der Deutschen Industrie-Norm 52 290 – C4. Die

schaften ABC, NBC, CBS und CNN nutzen den mobilen Kugelschutz. „Danke für die Unterstützung in schwierigen Zeiten“, schrieb ABC nach einem Bosnien-Einsatz den Bonnern; der ABC-Audi wies nach einem Einsatz zwei Einschußlöcher auf.

Die Idee, mit Sicherheitsfahrzeugen Geld zu verdienen, entstand 1989. Damals hatte ein Freund dem gelernten Agraringenieur Frank Asbeck den Tip gegeben, daß in Peru, wo maoistische Terroristen vom „Leuchtenden Pfad“ den Staat bekämpften, Bedarf an Sicherheitsfahrzeugen sei.

Es gelang Asbeck, sechs Sicherheitslimousinen aufzutreiben und nach Peru zu verkaufen. Die Firma Opel hatte dem Jungunternehmer Fahrzeuge ange-



Marc, Frank Asbeck, gepanzertes Geländewagen*: Limousinen für die Treuhand

Chiffre verheißt Sicherheit von Fahrzeugscheiben und Passagierzelle vor Beschuß mit Hartkernmunition aus so verheerendem Schießzeug wie Kalaschnikows. Selbst Tanks und Unterböden der Asbeck-Autos widerstehen der Explosion von Handgranaten.

Den Schutz vor Schützen bieten die findigen Brüder zu Preisen zwischen 750 und 1800 Mark pro Tag und Fahrzeug. Reparaturen von Beschußschäden sind im Preis inbegriffen.

In Bosnien, wo allein voriges Jahr 13 Journalisten ums Leben kamen, waren zuletzt bis zu 15 Sicherheitslimousinen im Presseinsatz.

ARD-Journalisten mieteten schon mal eine Panzerkarosse, um Warschauer Waffenhändlern zu imponieren. Für den Briten-Sender BBC schafften die Asbecks vor zwei Monaten einen Schutz-Opel per Luftfracht nach Johannesburg. Auch die US-Fernsehgesell-

boten, die von US-Botschaften ausgemustert worden waren.

Neupreise von 500 000 Mark (S-Klasse Mercedes) für gepanzerte Fahrzeuge haben den Asbeck-Brüdern seither manch lukrativen Gebrauchtwagen-Deal ermöglicht.

Zu ihren Kunden zählen unter anderen die Israelis, die zwei Panzer-Opel kauften. Die Lufthansa erstand Asbeck-Fahrzeuge für Firmenvertretungen, die Treuhand orderte Second-hand-Limousinen für ihre im Ostvolk angefeindeten Führungskräfte.

Im Herbst 1992, nachdem er „Berichte über Heckenschützenattentate auf Journalisten in Sarajevo“ gesehen hatte, kam Marc Asbeck die Idee, Schutzfahrzeuge an Journalisten zu vermieten.

Manch ein Reporter, der über den Bosnien-Konflikt berichtet, verdankt mittlerweile dem Bonner Leihwagendienst seine Gesundheit: Die Fahrzeuge, mit denen Asbeck-Kunden im Kriegsgebiet unterwegs waren, weisen insgesamt 35 Einschüsse auf.

* Mit einem durch Beschießungsversuch beschädigten Panzerglas.

Affären

USA bitten um Rechtshilfe

Die Ermittlungen des amerikanischen FBI im Fall López werden bedrohlicher für den VW-Konzern. Die USA haben jetzt offiziell beim Bonner Justizministerium um Rechtshilfe gebeten. Damit soll dem FBI Einsicht in die Akten der Staatsanwaltschaft Darmstadt verschafft werden. Dort wurden zahlreiche Belege dafür zusammengetragen, daß Ignacio López bei seinem Wechsel von General Motors zu VW interne Dokumente mitgenommen hat. Die US-Fahnder haben bei ihren



López

Ermittlungen in den vergangenen Monaten herausgefunden, welches Material in Detroit verschwunden ist und wie es außer Landes geschafft wurde. Wenn die amerikanischen Justizbehörden nun in Deutschland Belege dafür bekommen, daß die verschwundenen GM-Unterlagen zu VW gelangt sind, müssen López und der VW-Konzern mit einer Anklage in den USA rechnen. Wegen der strengen Gesetze gegen Industriespionage sind dort hohe Strafen möglich.

Personalführung

Erfolgreiche Familienfreunde

Sozial innovative Firmen sind erfolgreiche Firmen – das ist das Ergebnis einer europäischen Studie, die das Landesgewerbeamt und die Arbeitgeberverbände Baden-Württembergs in dieser Woche veröffentlichen. Die Forscher haben 64 mittelständische Unternehmen in Großbritannien, Frankreich und der Schweiz analysiert, die sich durch besonders fortschrittliche Personalpolitik auszeichnen: familienfreundliche Arbeitszeiten, Teilzeitjobs für Führungskräfte, Unterstützung berufstätiger Eltern bei der Kinderbetreuung, Weiterbildung während der Kinderpause. Die meisten familienfreundlichen Unternehmen stehen in ihrer Branche überdurchschnittlich gut da, einige nutzen ihre Personalstrategie, um sich zu profilieren, viele führen ih-

ren Erfolg auch auf ihre Art der Mitarbeiterführung zurück. In einem von der Europäischen Kommission mitfinanzierten Erfahrungsaustausch, den die Auftraggeber der Studie organisieren, sollen die baden-württembergischen Mittelständler von den sozialen Innovatoren aus den Nachbarländern lernen.



Telekom

Barrieren überwunden

Peter Broß, Chef der Grundsatzausschussabteilung im Bonner Postministerium, versucht erneut, Politik auf eigene Faust zu machen. In der Öffentlichkeit kritisierte Broß, der mit seinen Querschüssen wiederholt Postminister Wolfgang Bötsch in Bedrängnis brachte, die verfehlte Strategie bei der Postreform. Bötsch konzentrierte sich zu sehr auf die Privatisierung, statt den Markt zu öffnen und für mehr Wettbewerb zu sorgen. Die Mitte Juni verabredete Zusammenarbeit von Telekom und France Telecom mit der amerikanischen Telefonfirma Sprint werde, so der Ministerialbeamte, die Barrieren für außereuropäische Konkurrenten noch erhöhen: „Wir schaffen eine europäische AT&T“, kritisierte Broß unter Hinweis auf den einstigen Monopolisten in den Vereinigten Staaten; er könne sich „nicht vorstellen, daß die Amerikaner einen solchen Pakt genehmigen“. Während Broß noch das Geschäft von AT&T betrieb, die vehement gegen den neuen Pakt opponiert, wußten sich die Amerikaner schon selbst zu helfen. In der vergangenen Woche verabredete AT&T, die bereits mit Singapore Telecom

und der japanischen KDD kooperiert, eine Zusammenarbeit mit den Telefongesellschaften von Schweden, der Schweiz und den Niederlanden.

Polizei

Zurück in die Kammer

Die Wirtschaftskriminalität wächst derzeit mit zweistelligen Raten, am stärksten in der Geldmetropole Frankfurt. Doch den Spezialisten



Polizeiwache

der dortigen Polizei werden jetzt die wichtigsten Hilfsmittel für die Bekämpfung entzogen. Elf Computer waren bei betrügerischen Firmen beschlagnahmt worden. Statt die Geräte während der oft jahrelangen Ermittlungen und Verfahren in der Asservatenkammer vergammeln zu lassen, wurden sie von der Kriminalpolizei genutzt. Das sei rechtlich unzulässig, beschied nun das Regierungspräsidium in Darmstadt, denn der Täter bliebe zunächst ja Eigentümer der Sache. Die Computer sollten unverzüglich in die Asservatenkammer gebracht werden, die Dateien auf einen „dienstlich zugewiesenen PC“ übertragen werden. Doch weil die Finanzmittel rar sind, werden keine Computer angeschafft. Die Wirtschaftsfahnder müssen jetzt wieder mit traditionellem Tippgerät arbeiten.

FORSCHER SCHRITTMACHER

Öko-Technik wird zu einem einträglichen Geschäft, immer mehr Betriebe schaffen Umweltjobs. Findige Unternehmer verbünden sich mit Öko-Verbänden und drängen stärker auf ökologische Reformen als viele Politiker. Nur bei den alten Mammutverbänden der Wirtschaft bewegt sich nichts.

Die Kampagne war nach Ansicht der Betroffenen unverschämt, bössartig und rechtlich heikel – wie meistens, wenn Greenpeace gegen Umweltsünder losschlägt.

„Alle reden vom Klima. Wir ruinieren es“, stand in großen Lettern auf Plakatwänden, daneben prangte ein Bild von Wolfgang Hilger, dem damaligen Vorstandschef des Chemieriesen Hoechst. Um die Provokation zu vollenden, veröffentlichte Greenpeace auch noch Hilgers Telefonnummer: Beschwerden erbeten.

weiß aber auch: „Vor ein paar Jahren war selbst so was noch tabu.“

Solche Tabus verlieren zunehmend an Bedeutung. Die Fronten in der Umweltpolitik haben sich verändert. „Das platte Freund-Feind-Schema stimmt nicht mehr“, sagt Thilo Bode, Chef der Umweltorganisation Greenpeace.

Viele Öko-Pioniere aus der Wirtschaft sind genervt, weil Umweltfragen derzeit in der Politik hintenan stehen. Die pragmatischer gewordenen Umweltverbände erkennen, daß sie in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit ihre Interes-

zehnte lang ist die deutsche Umweltbranche fast ohne Unterbrechung gewachsen. Rund 680 000 Menschen leben bundesweit von Umweltjobs, 8500 Unternehmen stellen Umwelttechnik her.

Außerdem ändert sich die Struktur der Branche: Mittelständische Anbieter arbeiten immer häufiger zusammen, um Öko-Technik zu exportieren, immer mehr Großunternehmen steigen in die Zukunftsbranche ein. Die Deutsche Aerospace engagiert sich beim Elektronikschrott-Recycling, die Metallgesellschaft erwirtschaftet die Hälfte ihres



Umweltjobs in der Asbestentsorgung, bei der Demontage von Autowracks: Veränderung der Fronten

Das war vor vier Jahren. Heute hat Wolfgang Lohbeck, Klimaexperte bei Greenpeace, wieder viel mit Hoechst zu tun. Doch der Umgangston ist freundlich, die Haltung konstruktiv. Lohbeck denkt mit Hoechst-Manager Rudolf Staab über gemeinsame Strategien nach.

Beiden Männern mißfällt, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, daß die Verantwortlichen in Bonn und Brüssel den Import des Ozonkillers FCKW erleichtert haben. Hoechst hat mittlerweile viel in Ersatzstoffe investiert, Greenpeace will den FCKW-Verbrauch sowie so schleunigst eindämmen.

Nur eine „punktuelle Zusammenarbeit“ sei das, betonen beide. Lohbeck

sen gemeinsam mit Arbeitgebern am ehesten durchdrücken können.

In den Betrieben wachse derzeit das Umweltbewußtsein, meint Hans Christoph Binswanger, Ökonomieprofessor aus St. Gallen. Bei den politischen Profis dagegen schwinde es.

So entstehen Koalitionen, die undenkbar schienen. Jahrelang haben sich Wirtschaft und Öko-Verbände befehdet, heute entwickeln einige der ärgsten Widersacher gemeinsam Produktideen. Immer häufiger versuchen sich Unternehmer als Schrittmacher für eine forsche Umweltpolitik.

Noch sind die Manager mit Öko-Interessen eine kleine Minderheit. Aber ihre Zahl steigt. Mehr als zwei Jahr-

Umsatzes mit Umwelttechnik. Der Stromriese Vereinigte Elektrizitätswerke kaufte in den letzten zwei Jahren rund 200 Betriebe aus der Entsorgungsbranche, und die Saarbergwerke wollen bis zur Jahrtausendwende 3000 neue Arbeitsplätze im Bereich Umwelt- und Energietechnik schaffen.

„Weniger Amateure, mehr Profis“ registriert Helmut Kaiser, Unternehmensberater aus Tübingen, der 1400 Öko-Betriebe über ihre Geschäfte befragt hat. „Die Branche etabliert sich.“

Dazu gehört offenbar, daß sie die Lobbyarbeit in Bonn entdeckt. Weil Bundesumweltminister Klaus Töpfer die angekündigten Verordnungen für Altauto- und Batterien-Recycling nicht



Computer-Recycling bei IBM: Die Öko-Pioniere sind genervt

auf den Weg brachte, protestierten Vertreter der Entsorgungsbranche bei ihm. Und die großen Bauunternehmen, die in den vergangenen Jahren teure Anlagen für die Reinigung verseuchter Böden gekauft haben, beschwerten sich darüber, daß Bund und Länder auf einmal deutlich weniger Geld für die Altlastensanierung ausgeben.

Das Duale System macht viele mittelständische Recycling-Unternehmer wütend; sie beklagen, daß sich die Konzentration in der Abfallwirtschaft beschleunigt. Die *Frankfurter Allgemeine* warnte schon, gegen den Grünen Punkt bilde sich eine „unheilige Allianz“ aus Verbrauchern, Umweltschützern und Mittelständlern.

Daß die Öko-Verbände bei solchen Allianzen mitmachen, ist zum Teil eine Folge der Rezession. „In der Krise gelten bei den meisten Politikern nur drei Argumente: Jobs, Jobs, Jobs“, glaubt Christoph Bals von der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. „Je mehr Betriebe auf unserer Seite sind“, findet er, „desto eher werden wir gehört.“

Bals sucht Kontakte zu Unternehmen, die am Klimaschutz verdienen können. Mit denen will er Aktionen starten, um entsprechende Gesetzesbeschlüsse in Bonn voranzutreiben. Ein Seminar mit großen Versicherungen wie Münchner Rück und Gerling soll zeigen, daß

Klimaschutz insgesamt ökonomisch vorteilhaft ist.

Auch Greenpeace hat sich auf die Wirtschaftsflaute eingestellt. Um klarzumachen, daß Umweltschutz kein Jobkiller ist, gaben die Öko-Vorkämpfer eine Studie beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Auftrag. Aus der geht hervor, daß durch eine ökologische Steuerreform mit höheren Abgaben für Umweltsünder mehr Arbeitsplätze geschaffen als vernichtet werden.

Gleichzeitig versuchen sich die Umweltschützer als Trendsetter für die Industrie. Mit dem sächsischen Unternehmen Foron entwickelte Greenpeace einen FCKW-freien Kühlschrank, mit den großen Verlagen Konzepte für chlorfreies Zeitschriftenpapier.

Monatelang warben die Umweltlobbyisten für die Produktion eines Autos, das weniger als drei Liter Sprit verbraucht. Sie wollen die etablierten Anbieter überzeugen, ähnliche Fahrzeuge zu entwickeln. „Wir fahren keinen Schmusekurs“, sagt Bode, „aber wir suchen Verbündete bei der Öko-Avant-

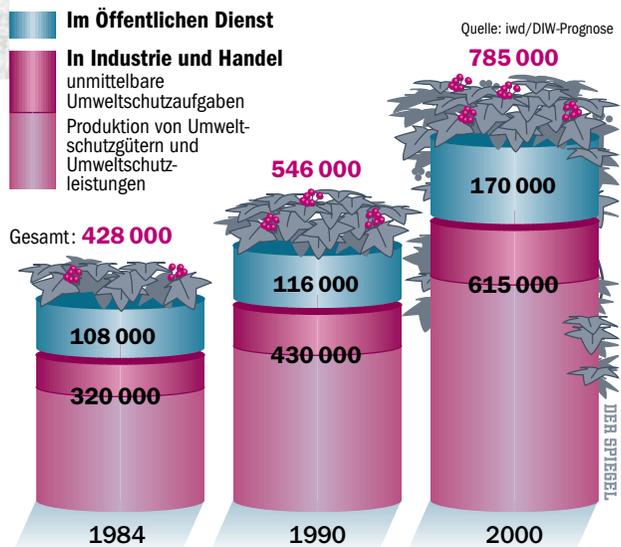
garde der Industrie.“ Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), macht es genauso. Für den Einzelhandelsriesen Hertie prüften Experten beispielsweise Reinigungsmittel, Gartenzubehör und das Büro-Sortiment auf Umweltfreundlichkeit.

Nur bei den alten Mammutverbänden der Wirtschaft, beim Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) und beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), bewegt sich nichts – jedenfalls nicht nach vorn. Noch immer bremsen die Verbandsfunktionäre, wo sie können.

Sie forderten zum Beispiel laschere Vorgaben in der Abfallpolitik: Bundesumweltminister Klaus Töpfer wollte mit seinem Kreislaufwirtschaftsgesetz neue Recycling-Pflichten einführen, prompt schrieben die Geschäftsführer von BDI und DIHT, Ludolf von Wartenberg und Franz Schoser, an den CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble und empörten sich. Immerhin regt sich jetzt auch bei Wirtschaftslobbyisten Widerstand gegen

Üppiges Wachstum

Arbeitsplätze im Umweltschutz in Westdeutschland



überholte Vorstellungen. So kämpft der Bundesverband Junger Unternehmer seit Monaten gemeinsam mit dem BUND für eine ökologische Steuerreform – obwohl der Finanzumbau auch einigen Verbandsmitgliedern zusätzliche Kosten aufbürden würde.

Außerdem kritisieren die Jung-Unternehmer öffentlich Umweltsünder aus der Privatwirtschaft. An die vergeben sie regelmäßig den sogenannten Ignoratus-Preis. Andere Verbände beschränken sich meistens darauf, Vorbilder zu küren.

Als Gegengewicht zu den alten Wirtschaftsverbänden haben ökologisch interessierte Unternehmer den Verband UnternehmensGrün gegründet; er soll

vor allem auf die Politik Einfluß nehmen. „Ständig schrauben die Politiker Umweltstandards zurück und behaupten, das wolle die Wirtschaft so“, sagt Verbandschef Rolf Bach. „Dieses Alibi wollen wir denen nehmen.“

Auch UnternehmensGrün hat sich zum Ziel gesetzt, eine ökologische Steuerreform auszudrücken. So könnten, meint Bach, ökonomische und ökologische Ziele mit einem Schlag erledigt werden.

Das wissen auch viele Umweltpolitiker. Doch über den Umbau des Steuersystems entscheiden die Kollegen in den Finanzressorts. Und Bundesfinanzminister Theo Waigel hat für Öko-Steuern nicht übrig.

Deshalb sind auch bei solchen Finanzreformen findige Unternehmer inzwischen aktiver als die Politiker. Während die Parteien noch über Öko-Steuern diskutieren, führt Carlhans Damm, Vorstandschef der AEG Hausgeräte, etwas Ähnliches schon mal ein.

Noch in diesem Jahr will der fränkische Unternehmer für ein Hausgeräte-Set einen sogenannten Echt-Preis fordern. Ein Kühlschrank, ein Geschirrspüler und eine Waschmaschine werden so verteuert, als ob die Käufer auch für Umweltschäden, die durch diese Geräte verursacht werden, zahlen müßten.

Damm kalkuliert dafür einen Preisaufschlag von rund drei Prozent. Die zusätzlichen Einnahmen sollen an einen neuen Verein fließen, eine „Stiftung Hersteller-test“. Die soll herausfinden, wie die Betriebe es mit dem Umweltschutz halten.

Auf die Politiker will der Öko-Pionier nicht warten. „Wenn wir handeln“, so Damm, „dann werden die irgendwann mitziehen müssen.“

Zinsen

Maßlos übertrieben

Der unersättliche Kapitalhunger des Staates könnte die Zinsen in Deutschland bald noch weiter nach oben treiben.

US-Präsident Bill Clinton appellierte an die Vernunft. „Bitte schauen Sie sich die tollen Wirtschaftsdaten in den USA an“, bat er die Internationale der Spekulanten, nachdem diese den Dollar bis auf 1,60 Mark heruntergetrieben hatten.

Doch Clintons Appell hatte keine Wirkung. Nach den Turbulenzen an den



Börsenhändler in New York: Tolle Wirtschaftsdaten, miserable Kurse

Börsen zu Beginn vergangener Woche blieb die Stimmung an den Finanzmärkten weltweit nervös. Der Dollar wird sich so schnell nicht wieder erholen, meinen amerikanische Experten (siehe Interview Seite 85).

Für die Unruhe sorgte nicht nur „die Psyche aller Beteiligten“, wie Hilmar Kopper, Sprecher der Deutschen Bank, meint. Dafür gibt es auch handfeste Gründe: den dramatischen Anstieg der Zinsen. In den Vereinigten Staaten sorgte die Notenbank dafür, in Deutschland konnte ihn die Bundesbank nicht verhindern. Obwohl die

Frankfurter Notenbankiers ihre Leitzinsen in den vergangenen Monaten kräftig nach unten drückten, stieg die Rendite öffentlicher Anleihen seit Anfang des Jahres von 5,4 auf fast 7 Prozent. Entsprechend teurer wurden Kredite für Immobilien.

Deshalb hat die Nachfrage nach Hypothekendarlehen deutlich abgenommen. Die steigenden Zinsen sorgen dafür, daß immer mehr Bauherren und Wohnungskäufer ihr Projekt neu kalkulieren müssen.

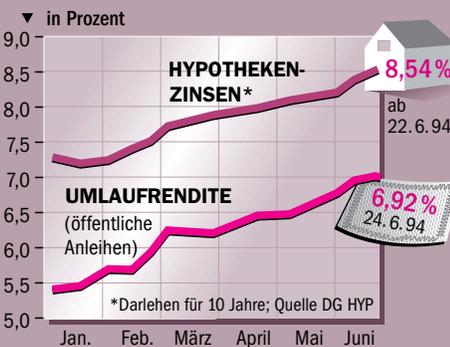
An der Unsicherheit in den Märkten ist die Bundesbank allerdings nicht ganz unschuldig. Seit Pfingsten gaben mehrere Bundesbanker ihre unterschiedlichen Meinungen über Zinsen und Geldmenge zum besten. Präsident Hans Tietmeyer behauptete gar, was die Zinsen angehe, sei „der Horizont für längere Zeit geklärt“.

Der Stuttgarter Landeszentralbanker Guntram Palm forderte „Zurückhaltung bei der Zinspolitik“, und sein Düsseldorfer Kollege Reimut Jochimsen meinte, die Bundesbank sei durch die übermäßige Geldmengenexpansion in Bedrängnis gekommen.

„Diese Kommentare waren wenig hilfreich“, sagt Ulrich Cartellieri, im Vorstand der Deutschen Bank für den Geld- und Devisenhandel zuständig. Nervös und orientierungslos reagierten die Händler auf die Unkenrufe. Hauptgrund für den Crash am Rentenmarkt war aber die Verkaufswelle aus den USA. Zwischen Februar und April stießen die Amerikaner festverzinsliche Wertpapiere im Wert von 37 Milliarden Mark ab, die Kurse fielen, die Zinsen stiegen.

Verunsicherte Kapitalmärkte

Hausse der Zinsen, Baisse des Dollar



Trotzdem halten viele deutsche Banker die Zinshausse für maßlos übertrieben. Sie verweisen darauf, daß in Deutschland die Inflation in diesem Jahr zurückgehen wird. Die Konjunkturoffnungen seien übertrieben, die hohe Arbeitslosigkeit werde die Lohnzuwächse auch in diesem Jahr drücken.

„Wir halten an unserer Strategie fest“, sagt Helmut Henschel, Leiter des Investment Research der WestLB Capital Management. Die Zinsen langfristiger Anleihen würden bis zum Jahresende noch einmal deutlich fallen.

Die Hamburger Privatbank M.M. Warburg geht sogar davon aus, daß die Umlaufrendite noch einmal auf sechs Prozent zurückgeht. Auch Deutschbanker Cartellieri spricht von „einem Zinsbuckel“. Im Herbst werde die Bundesbank die Zinsen weiter senken, dann käme Ruhe in die nervösen Finanzmärkte.

Diese zur Schau gestellte Gelassenheit wirkt etwas verkrampft. Denn die deutschen Geldhäuser sitzen auf riesigen Wertpapierbeständen. Sie haben sich im vergangenen Jahr sogar Kapital auf dem Geldmarkt geliehen, um in langfristige Anleihen zu investieren.

Auf absehbare Zeit werden die Banken als Nachfrager nach Papieren am Rentenmarkt ausfallen. Da auch die Privatanleger, Anfang der neunziger Jahre mit Renditen von neun Prozent verwöhnt, sich kaum langfristig festlegen wollen, sind steigende Zinsen absehbar.

Schon bald wird die Bundesregierung mit einer neuen Bundesanleihe wieder um die Gunst der Anleger buhlen. „In dem unersättlichen Kapitalhunger der öffentlichen Schuldner“ sieht der Schweizer Vermögensverwalter Felix

Zulauf das eigentliche Problem. Vorbei seien erst einmal die Zeiten, daß vor allem vom Ausland das hohe Budgetdefizit finanziert werde. Deshalb müsse sich Deutschland mittelfristig auf ungewöhnlich hohe Realzinsen einstellen.

Auch Winfried Kölln hält es für „weltfremd, daß wir noch einmal ein Zinstal sehen werden“. Deshalb rät der Abteilungsdirektor der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank Kreditnehmern, nicht zu lange mit der Baufinanzierung zu warten: „Ich würde heute zugreifen und mich nicht über die Vergangenheit ärgern.“

Das ist leichter gesagt als getan. Wer am Jahresanfang die günstigen Zinsen nutzte, muß nun jedes Jahr ein paar tausend Mark weniger an seine Bank zahlen als derjenige, der heute seine Immobilie finanziert.

Währungen

„Es gibt einen Herdentrieb“

Interview mit der amerikanischen Analystin Gail Fosler über den Kursverfall des Dollar

Fosler ist Chef-Ökonomin des Conference Board, eines angesehenen Wirtschaftsforschungsinstituts in New York.

SPIEGEL: Frau Fosler, Sie haben sich pessimistisch über den Dollar geäußert. Wohin wird sich der Kurs in den kommenden Monaten bewegen?

Fosler: Ich glaube, er wird am Ende dieses Jahres 1,55 Mark erreichen und im nächsten Jahr unter 1,50 Mark gehen.

SPIEGEL: Die Zinsen steigen in den USA wieder, in Deutschland hat die Bundesbank die Leitzinsen gesenkt. Das ist doch ein Grund für einen starken Dollar?

Fosler: Nicht unbedingt. Die langfristigen Zinsen sind in Deutschland stärker gestiegen als in den USA. Die deutsche Inflationsrate geht zurück, die amerikanische blieb gleich. Das hält die realen Zinsen in Deutschland im Verhältnis zu Amerika hoch. Da anzunehmen ist, daß diese Entwicklung weitergeht, kann der Dollar gar nicht stark sein.

SPIEGEL: Die US-Wirtschaft boomt wie lange nicht mehr. Deutschland steckt noch in der Krise. Das müßte doch für die Stärke der amerikanischen Währung sprechen.



Analystin Fosler
Schmerzvolle Anpassung

Fosler: Aber die deutsche Wirtschaft beginnt, sich zu beleben. Der Zuwachs bei der Produktivität in Deutschland ist blendend. Es gibt einen wirklichen Rückgang bei den Arbeitskosten. Deutschland macht gerade einen echten, schmerzvollen Anpassungsprozeß bei den Lohnkosten durch.

SPIEGEL: Das gilt auch für die USA.

Fosler: Wer bei der Bewertung des Dollars nur auf die Stärke der ameri-

kanischen Wirtschaft achtet, übersieht, daß sich Europa in den kommenden 18 Monaten erholen kann. Das wird die Stärke der Mark unterstreichen.

SPIEGEL: Warum hat die amerikanische Zentralbank beim Dollarsturz der vorigen Woche nicht eingegriffen?

Fosler: Sie hat im Mai gemeinsam mit anderen Zentralbanken den Kurs gestützt, als der Dollar bei 1,64 Mark stand. Er wurde damit aber gerade auf 1,67 Mark gebracht. Die Interventionen können teuer und gefährlich sein. Wenn der Eingriff keine Wirkung zeigt, kann der Kursverfall sogar noch beschleunigt werden. Es würde sich nicht auszahlen, jetzt den Kurs zu stützen.

SPIEGEL: Warum hat sich die Wall Street bei der Beurteilung des Dollars so gewaltig geirrt. Die meisten Experten haben einen starken Dollar erwartet?

Fosler: Es gibt einen Herdentrieb. Die meisten Beobachter haben nur auf die Krise in Deutschland geachtet und darauf gewartet, daß die Bundesbank endlich die Zinsen senkt. Sie haben nicht gesehen, wie stark sich inzwischen die deutsche Wettbewerbsfähigkeit verbessert hat.

Auf der Suche nach dem Kick

SPIEGEL-Redakteur Dietmar Hawranek über den künftigen Daimler-Chef Jürgen Schrempp

Der Mann steht nachts in Neu-Delhi vor der Bühne der Hotelbar. Er zuckt mit den Armen, stampft mit den Füßen auf und singt ein paar Takte, bis die Musiker verstanden haben, was er hören will: Jazz. Kaum hat die Band angefangen, läßt er sich von einem Musiker die Trompete geben. Er will mitspielen. Da bleibt keine Zeit, zuvor das Mundstück zu wechseln.

Der Mann sitzt tagsüber in der Hochschule St. Gallen auf dem Podium. Über den Rand der Designerbrille blickt er in die Runde des 23. Internationalen Management-Kongresses, fordert einen „Dialog mit Politik und Wissenschaft über Industrie- und Technologiepolitik“. Eindringlich warnt er vor dem „Verlust der Fortschrittbarkeit“.

Jürgen Schrempp vermag das scheinbar Unmögliche. Mal erinnert er an Werner Niefer, den verstorbenen Mercedes-Chef, der es verstand, in jeder Hotelbar für Stimmung zu sorgen. Mal ähnelt er Edzard Reuter, dem Daimler-Vorsitzenden, der mit seinen Vorträgen am Image wienerte, der kleine Philosoph unter den Industrieführern zu sein.

So betrachtet muß Jürgen Schrempp, 49, einfach Chef von Deutschlands größtem Konzern werden. Nur ein Mann, der ein wenig den Niefer und ein wenig den Reuter gibt, kann die beiden Manager beerben, die mit dem Kauf von AEG, MBB, Dornier und Fokker nicht nur den Daimler-Benz-Konzern umgestalteten, sondern auch die deutsche Industrielandschaft.

Manch einen im Aufsichtsrat, der Schrempp in dieser Woche zum Nachfolger Reuters ernennen will, mag diese Vorstellung beruhigen. Es müßte die Kontrolleure aber auch irritieren. Denn ein Vorstand, der einen Konzern mit über 300 000 Beschäftigten aus schwerer Krise führen soll, braucht auch ein gewisses Maß an eigener Persönlichkeit.

Etwas Niefer, etwas Reuter, so beschreiben viele den designierten Daimler-Chef. Das ist ja ganz nett, aber auch schon alles? Wer ist eigentlich Jürgen Schrempp?

Zunächst einer, den irgend etwas dermaßen antreibt, daß er kaum still sitzen kann. Unter Schrempp vibriert der Fußboden, weil er stets mit den Füßen wippt.

Er hält es weder an einem Ort noch auf einem Posten lange aus. Seit der



Daimler-Manager Schrempp

„Mich reizen Jobs, die schiefgehen können“

Sohn eines Freiburger Verwaltungsangestellten das Elternhaus verlassen hat, folgt er vor allem einem Ziel: Er will vorwärtskommen. Der Weg ist ihm dabei fast gleichgültig, schließlich ist „alles besser als Kleinheppach“.

Die schwäbische Ortschaft scheint für Schrempp ein Synonym zu sein für Enge und Provinz, für Spießigkeit und Bürokratie. Vielleicht, weil er dies besonders verspürte als Kfz-Mechaniker bei Mercedes, als Maschinenbaustudent in Offenburg und in der Mercedes-Zentrale in Stuttgart.

„Immer mal wieder“ hat er dort „die Hand gehoben“, wenn ein neuer Job zu vergeben war. Bis er endlich als Kundendienstleiter nach Südafrika durfte, von dort dann zu dem von Daimler übernommenen Lastwagenhersteller Euclid in die USA und anschließend wieder nach Südafrika, als Chef der Mercedes-Tochter.

Wie er es denn mit den Schwarzen gehalten habe in Südafrika, mußte sich Schrempp später von einigen Betriebs- und Aufsichtsräten fragen lassen, als er für einen Vorstandsposten in Stuttgart gehandelt wurde. Und bei der Schilderung seiner politischen Sozialisation fiel

den Kontrolleuren zum erstenmal auf, daß dieser Schrempp zwar vom Ehrgeiz getrieben ist, dennoch nicht zu den Glatten, mitunter auch ein wenig Glitschigen zählt, die ihnen sonst oft als Kandidaten für einen Karriereposten präsentiert werden.

Politik war ein Fremdwort für Schrempp, als er mit seiner Frau und den beiden Söhnen nach Südafrika kam. Die Studentenbewegung war an der Ingenieurschule in Offenburg und an ihm spurlos vorbeigezogen.

In Südafrika konnte er den täglichen Rassismus nicht übersehen: die Parkbänke, Busse und Postschalter, die für Weiße reserviert waren, die Job-Reservierung, die dafür sorgte, daß bei Mercedes kein Schwarzer auf einem anspruchsvolleren Arbeitsplatz eingesetzt werden durfte. Das ging ihm gegen den Strich. Er wollte sich „nicht ins Office setzen und Geld zählen“, sondern versuchte, die Apartheid im eigenen Betrieb aufzubrechen.

Daß dies die eigene Karriere später mal fördern sollte, weil es Edzard Reuter imponierte, konnte Schrempp nicht ahnen. Zunächst bekam er „mehrmals eins auf die Nase“, nachdem er die Apartheid kritisiert hatte. Einige Daimler-Direktoren in Stuttgart fragten den aufmüpfigen Kollegen am Kap, wer vor Ort denn die Wagen mit dem Stern kaufte, die Schwarzen oder die Weißen.

Es waren stets Krisenjobs, die Schrempp besetzte. In Südafrika und in den USA lief das Geschäft schlecht, und als er in den Mercedes-Vorstand in Stuttgart berufen wurde, vertraute man ihm den größten Problemfall an, die Lastwagenproduktion.

Aufzwingen mußten ihm die Vorgesetzten eine schwierige Aufgabe nie. Es drängte ihn danach: „Mich reizen Jobs, die auch schiefgehen können.“ Er ist geradezu süchtig danach, sich stets von neuem zu beweisen. Selbst in der Freizeit ist er ständig auf der Suche nach dem kleinen Kick.

Monatelang verzichtete der Kettenraucher auf seine Marlboro, joggte täglich fünf Kilometer, um sich darauf vorzubereiten, mit Reinhold Messner auf einen Berg zu steigen. In den Alpen

glaubte er dann zwei-, dreimal, aufgeben zu müssen. Er fing an, mit sich selbst zu reden. Durchhalten ließ ihn der Vorsatz: „Ich werde nicht derjenige sein, wegen dem die Tour abgebrochen wird.“

Mal fährt er auf dem Nürburgring Rennen mit dem Lastwagen, mal lernt er das Fallschirmspringen. Zu den Uneitlen zählt Schrempp gewiß nicht. Gleichwohl ist ihm das Möllemann-Syndrom fremd. Auf seine Abenteuer-touren nimmt er im Gegensatz zum publicit-süchtigen einstigen Wirtschaftsminister keine Fotografen mit. Mit diesen Aktionen will er nicht anderen imponieren, eher schon sich selbst.

Wie ein Kulturschock mußte es auf Schrempp wirken, als er von seinen Auslandsjobs zurück in die Mercedes-Zentrale kam. Kleinheppach hatte ihn wieder.

Aus Südafrika und Nordamerika war Schrempp es gewohnt, daß alles direkt und schnell läuft. Verhandeln, entscheiden und anschließend ein gemeinsames Bier drauf – das war seine Welt. Auf den Führungsetagen des Unternehmens in Stuttgart aber herrschte eine fein verästelte Hierarchie, in der Vorzimmer-Diplomaten die Einhaltung des Protokolls überwachten.

Mit seiner lautstarken, mitunter ein wenig poltrigen Art sorgte Schrempp für gehörigen Wirbel. Auf viele wirkte er dabei wie die jüngere, modernere Ausgabe des Werner Niefer. Kaum einer wollte zur Kenntnis nehmen, daß der damals gerade 42jährige neue Vorstand Anleihen bei Niefer nicht nötig hatte.

Sorgsam wurde nur noch registriert, wie gut die beiden miteinander konnten. Schrempp zögerte nicht lange, wenn

Niederlage für den Alten

Wer führt in Zukunft den Aufsichtsrat?

Edzard Reuter muß in dieser Woche eine peinliche Niederlage hinnehmen. Der Aufsichtsrat von Daimler-Benz wird seinen Vertrag verkürzen, der noch bis Ende 1995 läuft. Reuter soll schon im Mai die Führung an Jürgen Schrempp übergeben. Zudem sollte beschlossen werden, daß Reuter nach



Reuter

seinem Abschied den Vorsitz im Aufsichtsrat übernehmen kann, den Hilmar Kopper, Chef der Deutschen Bank, an ihn abtreten will. Doch Kopper fand keine Mehrheit. Mehrere Räte wollen Reuter, dem sie Mißmanagement vorwerfen, nicht zum obersten Kontrolleur des Konzerns machen.

Niefer ihn an der Bar zu nächtllicher Stunde aufforderte: „Komm, Jürgen, jetzt essen wir ein rohes Ei.“

Das Ei, das er mit Schale in den Mund stopfte, hat ihm nicht sonderlich geschmeckt. Doch das kleine Macho-Spielchen war genau nach seinem Geschmack. Kaum ein Tag vergeht, an dem Schrempp nicht irgendeine Wette abschließt. Er braucht „das Kribbeln“, sonst hält er es nicht aus.

An einem Sonntagnachmittag, an dem er in Stuttgart-Frauenkopf im Privathaus von Konzernchef Reuter zu einem Viertele Wein eingeladen war, drohte aber auch den Risikomenschen Schrempp der Mut zu verlassen. Reuter bot ihm einen Job an, bei dem er scheinbar nur verlieren konnte. Schrempp sollte das Steuer bei der Deutschen Aerospace (Dasa) übernehmen.

Das war ein Haufen zusammengekaufter Firmen, der zur Hälfte von Rüstungsaufträgen lebte, die drastisch einbrachen. Und überall lagen Tretrinnen herum: Woher sollte Schrempp wissen, in welche Krisengebiete MBB und Dornier in der Vergangenheit vielleicht Raketen oder Kampfhubschrauber geliefert hatten? Woher sollte er wissen, ob die Ausführungsgesetze dabei stets beachtet worden waren?

Nach einer Woche Bedenkzeit, länger als je zuvor, nahm er den Job an. Neben den vielen Gefahren bestand immerhin auch die Chance, sich für die Reuter-Nachfolge zu qualifizieren.

Die Art, in der Schrempp seine Arbeit anging, löste in dem Rüstungskonzern schwere Irritationen aus. Ausgerechnet mit penetranten Pazifisten, die keine Hauptversammlung auslassen, um das Geschäft der Dasa als menschenverachtend anzuprangern, setzte er sich stundenlang zusammen.

Es war kein Masochismus, der Schrempp dazu trieb, sondern nüchternes Kalkül. Besser konnte sich der Dasa-Chef kaum für künftige Debatten mit Politikern und Aktionären vorbereiten. Am Schwarzen Brett bei MBB aber hing schnell eine Karikatur, die den neuen Vorstand als Friedensengel zeigte. Wohl das Schlimmste, was sich ein Rüstungsmanager vorstellen kann.

Tatsächlich laufen die Argumente Schrempps auf das gleiche hinaus wie die der verbiesterten Rüstungsfreunde, die stets damit drohen, daß Arbeitsplätze gefährdet sind, daß Hochtechnologie verlorengeht, wenn der nächste Milliardenauftrag nicht kommt.

Schrempp dreht die Reihenfolge lediglich um. Selbstverständlich ist er für eine friedliche Welt, in der es keinen neuen Jäger 90 geben muß. Und wenn die Politiker dies entscheiden, bitte schön. Er weise nur darauf hin, daß der Kauf ausländischer Flugzeuge volkswirtschaftlich teurer werde, er dann einige



Airbus-Montage in Hamburg-Finkenwerder: Überall lagen Tretrinnen herum

Fabriken schließen müsse und High-Tech verlorenginge.

Für einiges Aufsehen sorgte Schrempp, als er immer heftiger eine staatliche Industriepolitik einforderte und damit dem Wirtschaftsminister Günter Rexrodt („Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt“) unverschämt deutlich widersprach.

So wie Schrempp sich wegen seiner zupackenden Art zuvor stets mit Niefer vergleichen lassen mußte, wurde ihm nun nachgesagt, mit solch politischen Vorträgen eifere er Konzernchef Edzard Reuter nach.

Doch Schrempps Auftritte auf der Polit-Bühne dienen nie dazu, der Menschheit die Weltlage zu erklären, wie Reuter dies gelegentlich versucht. Er verfolgt handfeste Konzerninteressen.

Industriepolitik soll dafür sorgen, daß mit jenem Geld, das nicht mehr für Verteidigung ausgegeben wird, neue Technologien wie Solarenergiegewinnung gefördert werden. Und in denen ist die Dasa selbstverständlich engagiert.

Ein wenig Spaß an der Provokation spielt freilich auch mit, wenn Schrempp sich politisch äußert. Den Grünen zollt er „Respekt“, die CSU ist „nicht meine Couleur“, und wem das noch nicht wegen genug klingt, dem erzählt er: „In meinem Vorstand bin ich ein Linker.“

Das ist auch für einen im Grunde eher Konservativen wie Schrempp nicht schwer. Denn in diesem Gremium saß vor einiger Zeit noch Karl Dersch, der in seinem Garten die Reichskriegsflagge gehißt hatte.

Edzard Reuter kann zufrieden sein mit seinem Zögling, den er seit Jahren fördert. Fasziniert hat den Konzernchef wohl, daß Schrempp über eine Fähigkeit verfügt, an der es ihm selbst stets mangelt: Wenn es unvermeidlich ist, schließt Schrempp Fabriken und entläßt unfähige Vorstände. So einem traut Reuter zu, die eigene Kopfgeburt eines Technologiekonzerns in die Realität umzusetzen.

Aber auch Reuter wurde überrascht davon, wie schnell Schrempp zupacken kann. Vor einem Jahr setzte er zum Königsmord an. Der „Strategie“ Reuter müsse noch 1993 durch einen „Realisierer“ ersetzt werden, einen Mann wie ihn, forderte Schrempp gegenüber Vertrauten.

Andere wären über einen solchen Vorstoß gestürzt. Schrempp hatte Glück und kam mit einer Verwarnung davon.

Von Biographen muß er sich bereits fragen lassen, ob ihm nicht die Niederlagen im Leben fehlen, die einen Manager doch angeblich erst reifen lassen. Anfangen kann er mit solchen Fragen wenig. Warum muß einer erst abstürzen, um später wieder aufzusteigen? Was spricht gegen einen, der stets auf Rot setzte, bevor die Kugel auf Rot zum Stillstand kam?

Eigentlich nichts. Wenn da nicht in jüngster Zeit jene Momente wären, in denen Schrempp den Eindruck vermittelt, als hebe er gleich ab. Wenige Tage bevor er gekürt wird, erzählt Schrempp, daß er den Job an der Daimler-Spitze eigentlich nie richtig wollte. Er könne sich auch was anderes vorstellen. Als One-Dollar-Man nach Südafrika gehen beispielsweise, dort eine Wirtschaftsentwicklung in Gang setzen, die dann ausstrahlt auf das übrige Afrika.

Nicht schlecht. Aber vielleicht saniert Jürgen Schrempp zuvor ja noch Deutschlands größten Konzern.

Unternehmen

Abschied der Kids

Selbst zu Sonderpreisen ist Benetton-Kleidung immer schwerer abzusetzen. Die Händler protestieren gegen die Firmenpolitik.

Ihren Job als Verkäuferin im Benetton-Shop am Münchner Marienplatz hatte sich Vittoria Zoccoli, 19, ganz anders vorgestellt. Die Italienerin aus Reggio in Kalabrien dachte, ihr Geschäft würde jeden Tag von jungen Leuten belagert, wie sie in Benetton-Anzeigen zu sehen sind.

Statt dessen bedient sie immer öfter Rentner und alte Damen. „Die stehen total auf unsere Jacken und Pullover“, wundert sich die Benetton-Angestellte.

Teens und Twens meiden zunehmend ihren Laden. Sie gehen lieber ein paar Schritte weiter zur Filiale von Hennes & Mauritz. Bei der schwedischen Textilkette sind Jacken und T-Shirts oft modischer und billiger. Vorbei sind die Zeiten, als modebewußte Kids die Filialen des italienischen Massenkonfektionärs stürmten.

Viele stört auch die Schockreklame, mit der Firmenchef Luciano Benetton seine Strick- und Wirkware bewirbt. Eines der Motive zeigte erst kürzlich den blutbefleckten Kampfanzug eines gefallenen bosnischen Soldaten. Seither boykottieren viele Jugendliche die Benetton-Filialen.

Für die rund 650 Benetton-Händler im Bundesgebiet hat

der Trend fatale Folgen. Bei vielen von ihnen schrumpfte der Umsatz in den vergangenen Monaten bis zu 30 Prozent. Selbst zu Schleuderpreisen sind die Hosen und Sweatshirts vielerorts kaum noch abzusetzen.

In ihrer Not haben sich rund 50 Händler, die zusammen über 150 Geschäfte betreiben, zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen. Die Ladenbesitzer wollen bessere Zahlungsbedingungen durchsetzen und zusammen mit der Zentrale neue Kollektionen entwickeln, die eher dem deutschen Geschmack entsprechen.

Doch die Benetton-Manager weisen die Kritiker bislang ab. „Was diese Leute machen, ist geschäftsschädigend“, wettet der hessische Gebietsleiter Nilo Riccardi.

Die Reaktion des Benetton-Statthalters ist typisch für die Geschäftspolitik des italienischen Textilherstellers. In Anzeigen und Interviews geben sich Firmenchef Luciano Benetton und seine Manager gern weltoffen und innovativ. Wie verkrustet der Milliardenkonzern ist, blieb bislang verborgen.

Der Protest der deutschen Händler machte die Mängel des Konzerns offensichtlich. Der Textilriese (1993: 2,8 Milliarden Mark Umsatz) betreibt nur rund 30 seiner weltweit 7000 Filialen in eigener Regie. Der Rest wird von selbständigen Einzelhändlern geführt.

Die sind um ihren Job nicht zu beneiden. Die meisten haben nicht einmal einen schriftlichen Vertrag mit der Firmenzentrale. Dennoch dürfen sie nur Benetton-Produkte führen. Ihre Ansprechpartner vor Ort sind sogenannte



Firmenchef Benetton
Gern weltoffen und innovativ

Gebietsvertreter. Die bekommen rund fünf Prozent Provision auf die Umsätze in ihrem Gebiet. Deshalb schwatzen sie den Einzelhändlern möglichst viel Ware auf.

Wehrt sich ein Abnehmer gegen die Bevormundung, drohen Regionalmanager schon mal mit Lieferstopp oder der Eröffnung eines Konkurrenzladens gleich nebenan. „Viele von uns“, stöhnt ein Händler aus dem Rheinland, „werden mit Ware regelrecht vollgepumpt.“

Bringt ein Kunde ein löchriges oder verfärbtes T-Shirt zurück, muß der Ladeninhaber den Verlust in der Regel selbst tragen. „Wir haben in zehn Jahren noch kein einziges Teil gutgeschrieben bekommen“, klagt ein hessischer Benetton-Händler.

Der Geiz ihrer Geschäftspartner nervt viele Ladenbesitzer nur noch, wirkliche Nachteile bringen ihnen die Modemuffel im Konzern. Textilketten wie Hennes & Mauritz oder das Celler Unternehmen „Street One“ bringen inzwischen bis zu zwölf Kollektionen pro Jahr heraus.

Die Benetton-Manager dagegen begnügen sich noch immer mit zwei großen Kollektionen pro Jahr. „Wir wollen eben nicht extrem modisch sein“, rechtfertigt Hessen-Statthalter Riccardi die Unternehmenspolitik.

Den fehlenden Chic könnten die Italiener nur durch bessere Qualität und Paßform wettmachen. Doch auch da hapert es. Die Familienfirma modernisierte zwar die Produktion in Italien, aber die Kleidung paßt häufig nicht. So häufen sich in den Geschäften die Reklamationen.

Manchmal geben Kunden schon bei der Anprobe entnervt auf. Jenseits der Alpen hat sich offenbar noch immer nicht herumgesprochen, daß deutsche Teenager immer größer werden. Vielen von ihnen reichen die fipsigen Benetton-Hosen gerade bis unters Knie.

Firmenchef Luciano Benetton und seine Getreuen sehen die Fehler weniger bei sich selbst als bei ihren deutschen Geschäftspartnern. „Die Händler“, kritisiert der baden-württembergische Benetton-Beauftragte Michele Rossetto, „wollen doch nur von ihren eigenen Problemen ablenken.“

Ähnlich hatten sich die Textilmanager schon einmal verhalten, als Ende der achtziger Jahre in Amerika Einzelhändler gegen die mächtige Zentrale aufmuckten. Die Kleiderverkäufer wollten damals feste Verträge als Filialisten erstreiten, unterlagen aber vor Gericht.

Den juristischen Sieg mußten die Italiener teuer bezahlen. Von ehemals 800 Benetton-Geschäften in den Vereinigten Staaten sind heute noch ganze 150 Läden übrig.



West-, Ost-Berliner Polizist: Mehr Arbeit, weniger Geld

Berlin

Bananen billiger

Der Senat will den Ost-Berlinern mehr Geld geben – doch der Bund und die anderen Länder mosern.

Ein Ost-Berliner, dem im Westteil der Hauptstadt übel wird, darf dort nicht zum Arzt – es sei denn, sagt Berlins Sozialsenatorin Ingrid Stahmer, „er kann sich nicht mehr in den Osten zurückschleppen“. Denn das immer noch geteilte Kassensystem sieht im Regelfall die Behandlung in der heimischen Stadthälfte vor.

Ein Rentner aus der Berliner Adalbertstraße 71 kann sich beim Aldi-Einkauf deutlich mehr leisten als der Nachbar aus der Nummer 65, weil die einstige Sektorengrenze zwischen beiden Häusern heute immer noch eine Rentengrenze ist. Und im Streifenwagen bekommt der Ost-Polizeimeister nur 80 Prozent der Bezüge seines West-Beifahrers, der obendrein noch anderthalb Wochenstunden weniger arbeiten muß.

Beim Versuch, die Lebensbedingungen in Ost und West einander anzupassen, gerät Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) zunehmend in Clinch mit den Bonner Regierenden und mit seinen Länderkollegen. Auf „minerverseuchtes Gelände“ kam er jüngst mit dem Senatsbeschluß, die Gehälter schneller anzugleichen als offiziell vorgesehen.

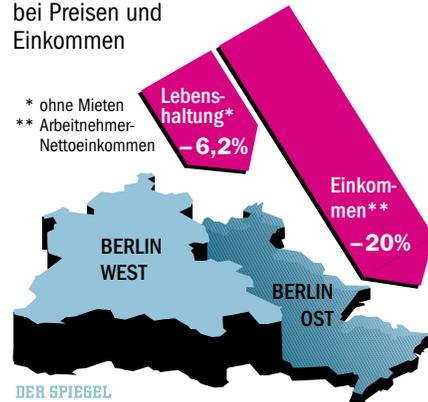
Berlins Absicht, schon von 1996 an das Salär der 118 000 öffentlich Bediensteten im Ostteil auf Westniveau zu heben, löste einen bundesweiten Proteststurm aus: Wegen „grob verbandswidrigen und verbandsschädigenden Verhaltens“ warf die Tarifgemeinschaft deutscher Länder Berlin aus ihren Reihen.

Dabei ist es stadtpolitisch notwendig, trotz der geschätzten Mehrkosten von einer Milliarde Mark die Tarifmauer abzureißen. Denn in vielen Branchen der Privatwirtschaft, etwa bei einigen Banken und Ladenketten, wurden die Gehälter der Ost-Mitarbeiter schon angeglichen.

Bei den Lebenshaltungskosten gibt es zwar noch Ost-Vorteile. Die sogenannte Bruttokaltmiete liegt fast ein Drittel unter Westniveau, auch die Heizgaspreise sind günstiger. Die Banane, Einheitsymbol von gestern, kostet pro Kilo 40 Pfennig weniger als im Westen. „Manchen Osis geht's besser, als sie denken“, folgert die (Ost-)Berliner Zeitung.

Berliner Gefälle

Unterschiede zwischen Ost- und West-Berlin bei Preisen und Einkommen



Im Schnitt allerdings sind die Leute im Berliner Osten noch immer hintendran. Die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer bezifferte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Anfang des Jahres auf 80 Prozent des Westeinkommens, während der Preisvorteil lediglich 6,2 Prozent ausmacht.

Das schafft viel böses Blut in der „Werkstatt der deutschen Einheit“, wie Bürgermeister Diepgen das turbulente Gemeinwesen nennt. Umfragen fördern die schlechte Stimmung zutage. Originalton Ost: „Wir sind die Besiegten, und der Verlierer zahlt immer die Rechnung.“

Die vermeintlichen Sieger meckern allerdings auch. Deren Kaufkraft stagniert seit längerem oder sinkt sogar – unter anderem, weil die Berlin-Zulage schrittweise gestrichen wird und die Preise für kommunale Leistungen seit der Einheit steigen.

Zwar hat sich der Berliner Ost-Rückstand, soweit er mit Hilfe von Gehältern und Preisen meßbar ist, in den letzten drei Jahren um die Hälfte verringert. Doch „die Schere schließt sich zu langsam“, sagt Diepgen.

Der um den Stadtfrieden bangende Bürgermeister findet bei West-Politikern wenig Verständnis. Sein Bemühen, das Berliner Gefälle mit Geld einzuebnen, bringt ihm nicht nur ein Verschwender-Image, sondern beschwört auch Strafaktionen seiner Länder-Kollegen herauf. Nordrhein-Westfalens Finanzminister Heinz Schlußer etwa warnt: „Berlin hat das Geld nicht, und die übrigen Länder haben es auch nicht.“

Fern am Rhein finden Berliner Politiker, die ihre Stadt als „Benachteiligungsinsel Deutschlands“ (Diepgen) hinstellen, wenig Gehör. Die im Alleingang vorgezogene Angleichung der Sozialhilfe in beiden Stadthälften schalt Bonns Familienministerin Hannelore Rönsch (CDU) sogar als Verfassungsbruch.

Die ungeduligen Ostler bekamen gleich auch eins ab. Von ihnen, so Frau Rönsch an den Senat, erwarte Bonn „Akzeptanz“, selbst wenn die neuen Umstände „ungünstiger sind als frühere, dem allgemeinen Versorgungsdenken entsprungene Regelungen der DDR“.

Solche Töne deuten Berliner Politiker als Indiz dafür, daß das Verhältnis vieler Deutscher zu ihrer neuen Hauptstadt noch immer gestört ist. Harmonisch freilich war es nie: Dem Rochus vieler Westdeutscher auf den langjährigen Kostgänger West-Berlin entspricht im Osten die leidige Erinnerung an die SED-Metropole, die, von den Bauleistungen bis hin zur Obstversorgung, stets bevorzugt wurde.

„Berlin“, glaubt Senatorin Stahmer allerorten herauszuhören, „das klaut uns was, das tut sich wichtig.“

Arroganz der Macht

PETER BÖLKE

Das Schönste am Transrapid sind die Stelzen. Sie werden die grünen Landstriche Schleswig-Holsteins und Mecklenburgs zieren, sie werden ein paar belebende Schneisen ins Stadtbild von Hamburg und Berlin schlagen, sie werden aller Welt unübersehbar zeigen, daß der technische Fortschritt noch immer in Deutschland zu Hause ist.

Bislang rätseln zwar die Fachleute noch, wie die gewaltige Doppeltrasse in die dichtbebauten Städte gelangen soll. Aber wo die Fachleute versagen, findet sich rasch ein Politiker, der die lästigen Sacheinwände dank höherer Einsichten beiseite schiebt. Hamburgs Bausenator Eugen Wagner hat den Fortschritt bereits „aufgeständert“: Die Trasse soll, auf haushohen Ständern, einfach vom Hauptbahnhof in Richtung Süden laufen, quer über Bahngleise, dann nördlich ab durch die Landschaft. In Berlin wird sich wohl ebenfalls ein Senator finden, dem das Bild seiner City schon lange nicht mehr gefällt.

Die Kosten für die Stelzen in der Stadt sind zwar bislang kaum zu schätzen; die paar zusätzlichen Milliarden aber wird der Steuerzahler dann wohl auch noch aufbringen.

Es gibt viele gute Argumente für den Transrapid, nur sind sie leider alle ein bißchen verlogen. Ein Gefährt, das 400 Kilometer in der Stunde zurücklegen kann, ist für lange Strecken geeignet. Auf den 280 Kilometern zwischen Hamburg und Berlin aber kann die Schwebbahn ihren entscheidenden Vorzug gar nicht überzeugend zur Geltung bringen – erst recht nicht, falls der Transrapid doch irgendwo außerhalb der Innenstädte enden sollte.

Vor allem aber: Es gibt bereits eine fabelhafte Verbindung zwischen Berlin und Hamburg. Bereits 1931 schaffte der „Schienenzepelin“ die Strecke in gut anderthalb Stunden. Wird die bestehende Bahnverbindung, mit einem Bruchteil der Transrapid-Kosten, zur Schnellstrecke ausgebaut, bleibt von dem

Zeitvorsprung der Schwebbahn nicht viel übrig.

Warum also versuchen Politiker jeder Couleur, den Transrapid gegen sachliche Argumente und den Widerstand in der Bevölkerung mit Gewalt und Tücke durchzusetzen? Warum riskieren sie Milliarden, die sie nicht haben, für ein Projekt, das ein Fremdkörper im europäischen Verkehrsverbund bleiben wird? Es ist wie so oft eine Mischung aus Unsicherheit und Arroganz, die den Politiker treibt. Eine starke Lobby liefert die Argumente, die gläubig aufgenommen werden; Kritiker werden als unbelehrbare Fortschrittsgegner disqualifiziert.

Am Transrapid scheiden sich nicht die Fortschrittsfreunde und die Maschinenstürmer. Da geht es auch

Alle Argumente für den Transrapid sind verlogen

nicht um links oder rechts im politischen Spektrum. Die Frage lautet ganz schlicht: Ist der Transrapid sinnvoll, wird er gebraucht? Die Antwort: Als technische Neuerung mag die

Magnetschwebbahn ihren Sinn haben, gebraucht wird sie auf der vorgesehenen Strecke auf keinen Fall. Das wissen längst auch die Politiker. Sie haben sich deshalb von der Industrie ein anderes Argument besorgt: Der Wirtschaftsstandort Deutschland steht auf dem Spiel.

Da bleibt kein Spielraum mehr für Vernunft. Der gesunde Menschenverstand, den Regierende immer wieder bei den Regierten argwöhnen, darf nicht zum Zuge kommen. Alle Macht geht dem Volke aus, die Parteipolitiker benehmen sich wie der eigentliche Souverän. Alle unsinnigen Großprojekte, die gegen massiven Widerstand durchgesetzt wurden, entsprangen letztlich einer solchen Geisteshaltung: der schnelle Brüter etwa oder der Rhein-Main-Donau-Kanal.

Es ist die Arroganz der Macht, die Verachtung der Auserwählten für ihr Volk, die schließlich auch den Transrapid auf die Trasse bringen wird. Die Schwebbahn wird ein schönes Beweisstück, aufgeständert, für eine verwilderte Demokratie.

„Das ist das große Los“

Sket-Arbeiter über die Privatisierung des Unternehmens und die Furcht vor Entlassung



Sket-Werker*: „Die Treuhand wollte uns zerschlagen“

SPIEGEL: Nach zweijährigen Verhandlungen hat die Treuhand jetzt entschieden, wer Ihre Firma übernehmen soll. Atmen Sie erleichtert auf?

Kelm: Jetzt ist wenigstens die Ungewißheit vorbei. Die Aufträge wurden ja in letzter Zeit immer weniger, weil auch die Kunden nicht wußten, wie es mit Sket weitergeht.

Franzke: Die Treuhand wollte unseren Konzern am liebsten zerschlagen. Jetzt scheint wenigstens klar, daß wir alle zusammenbleiben. Aber ob der einzelne seinen Arbeitsplatz sicher hat, das möchte ich noch mal sehen.

SPIEGEL: Wir haben hier schon vor einem Jahr miteinander geredet. Was hat sich seitdem für Sie verändert?

Höhne: Bei mir hat es sich zum Guten gewendet. Ich fahre wieder in drei Schichten so wie früher. Man hat mich in den neuen Betriebsteil übernommen. Ich arbeite an modernen Maschinen aus Mönchengladbach, die wir letztes Jahr bekommen haben, und bin eigentlich zufrieden.

* Waltraud Ferfers, Bärbel Kitzing, Werner Franzke, Wolfgang Höhne, Ingolf Kelm. Das Gespräch führten die Redakteure Dietmar Hawranek und Michael Schmidt-Klingenberg.

SPIEGEL: Mit drei Schichten verdienen Sie auch mehr?

Höhne: Ja. Außerdem hatte ich keine Kurzarbeit. Aber das war eine Ausnahme. Kurzarbeit wird hier im Unternehmen noch sehr groß geschrieben.

Franzke: Bei mir war fast jeden Monat Kurzarbeit. Die Aufträge sind eben nicht dementsprechend.

SPIEGEL: Gibt es da keine Spannungen, wenn einige voll zu tun haben und andere kaum noch arbeiten dürfen?

Kelm: Nein, man kann die Arbeit ja nicht einfach untereinander hin- und

herschoben. Der Wolfgang ist jetzt an seinen Maschinen eingearbeitet und kann nicht eben mal von einem anderen abgelöst werden. Außerdem haben wir bei mir im Kranbau ganz gut zu tun.

SPIEGEL: Es sieht so aus, als würde es aufwärts gehen.

Kitzing: Das täuscht. Ich fahre jetzt auch meistens zwei Schichten. Aber die Arbeit verteilt sich inzwischen ja auf immer weniger Leute, und mein Arbeitsgebiet ist größer geworden. Ich muß jetzt nicht nur die Zeichnungsausgabe betreuen, sondern auch die Werkzeugverwaltung.

Ferfers: Bei mir hat sich gar nichts verbessert. Ich stehe auf der Entlassungsliste drauf, ohne Kommentar und Vorwarnung. Wir haben einen neuen Meister bekommen. Der stellte sich hin und sagte: Ich kenne die Frau gar nicht, aber es tut mir leid, Sie müssen gehen.

SPIEGEL: Wie sind Sie denn auf die Liste gekommen?

Ferfers: Das erfährt man nicht, da will keiner die Verantwortung übernehmen. Man kriegt zwei Tage vorher einen Telefonanruf, daß man zu einem Gespräch kommen muß. Dann setzen sich die beiden Herren in Pose und sagen, bitte schön, das war's.

SPIEGEL: Können Sie nichts dagegen machen?

Ferfers: Ich sollte schon einmal weg und habe mich beim Betriebsrat beschwert. Daraufhin hat es keine Kündigung gegeben. Jetzt ist meine Planstelle gestrichen, da ist nichts mehr zu machen. Ich kriege noch ein halbes Jahr Lohn und sehe zu, ob ich eine Arbeit finde. Soll ich mir denn den Strick nehmen?

SPIEGEL: 600 Kollegen mußten in den vergangenen zwölf Monaten gehen. Wie

Krasse Unterschiede

zwischen Arbeitern im Westen und im Osten sehen die Beschäftigten der Sket-Werke noch immer. Die fünf Partner dieses SPIEGEL-Gesprächs haben schon vor einem Jahr über ihre Erfahrungen mit Markt und Wirtschaft des Westens berichtet (SPIEGEL 11/1993). Das Werk in Magdeburg war das führende Kombinat der DDR für Kräne, Walzwerke und Drahtseilmaschinen. Als „Schwermaschinenbaukombinat Ernst

Thälmann“ beschäftigte der Betrieb 13 000 Mitarbeiter. Jetzt sind noch 2500 Arbeitsplätze übrig. Die westdeutschen Mittelständler Carsten Oestmann und Helmut Borchert, die schon die Salzgitter Maschinenbau GmbH sanierten, sollen Sket nach einem Beschluß des Treuhand-Vorstands übernehmen. Mit rund 2000 Beschäftigten wollen die Manager von 1997 an wieder Gewinne machen. Vergangenes Jahr lag der Verlust noch bei fast einem Drittel des Umsatzes von 266 Millionen Mark.

kommt es, daß 4 von Ihnen noch einen Arbeitsplatz haben?

Ferfers: Das ist das große Los in der Lotterie.

Höhne: Ich habe schon zu DDR-Zeiten das Glück gehabt, an den modernen Maschinen arbeiten zu können, und bin entsprechend spezialisiert. Ein anderer, der nicht so qualifiziert war, wurde dafür wahrscheinlich längst entlassen.

Franzke: Aus Mechanikern und Drehern sind jetzt Hilfsarbeiter in der Beschäftigungsgesellschaft geworden. Bis zum 31. Dezember reißen die ihren eigenen Arbeitsplatz ab und werden dann in die Arbeitslosigkeit entlassen. Die sind doch noch schlimmer dran als wir. Wer nicht arbeitet, dem geht das doch gewaltig an das Gemüt. Die sitzen in ihren Arbeiterschließfächern, und die Decke fällt ihnen auf den Kopf. Wer 40 Jahre gearbeitet hat und dann nichts mehr zu tun hat, geht doch daran kaputt.

SPIEGEL: Wie geht es Ihnen jetzt finanziell?

Franzke: Wir haben mehr Lohn, aber unter dem Strich kommt doch weniger heraus. Es ist alles teurer geworden, allein die Miete ist bei mir um 200 Mark gestiegen.

SPIEGEL: Konnten Sie sich einen Urlaub leisten?

Kitzing: Wovon denn? Ich bin hier in der Nähe an einen See zum Baden gefahren.

Höhne: Mallorca ist nicht drin. Meine Tochter hat eine schöne Stelle als Speditionskauffrau auf dem Münchner Flughafen. Die besuche ich ein paar Mal im Jahr. Bayern ist ja schön.

SPIEGEL: Haben Sie sich mal umgeschaut nach einem anderen Arbeitsplatz, der sicherer ist?

Höhne: Wo denn? Hier auf dem früheren Sket-Gelände gibt es kaum Neuanstellungen, nur eine Autoschlosserei und so was.

Franzke: Ich bin zwar Maschinenbauschlosser, aber diese Autowerkstatt zahlt weniger als Sket. Das paßt geldmäßig schon nicht.

Kitzing: Mein Ältester hat jetzt aus- gelernt und eine Stelle als Installateur gefunden. Meine Tochter kommt dieses Jahr aus der Schule und macht dann eine Lehre als Restaurantfachfrau. Das ist ab September schon eine Entlastung, wenn sie das Lehrgeld mitbringt.

SPIEGEL: Ist denn in Magdeburg nichts vom Aufschwung zu sehen?

Franzke: Ich habe vor ein paar Monaten Telefon gekriegt. Daran war früher gar nicht zu denken. Das haben nur Stasi und solche Leute bekommen. Es hat sich eine Menge getan, das sieht man auch an den vielen Straßenbaustellen.

Ferfers: Das Einkaufen ist leichter geworden, auch wenn die Verkäufer manchmal noch ganz schön stur oder flapsig sind. Eben echte Magdeburger.

Aber man kriegt schon für sein Geld das Richtige. Es ist ja nicht so, daß man am Hungertuch nagen muß. Dafür kommen die ganzen Erhöhungen und Abgaben voll auf mich zu. Die Wohnung wird jetzt modernisiert, da erhöht sich die Miete dann auch um 100 Mark. Wenn das so weitergeht, dann muß man wirklich mal einen Einbruch machen.

Höhne: Was sich hier in den Jahren nach der Wende geändert hat, das ist auch schon ganz schön. Ich fahre jeden Tag von Schönebeck nach Magdeburg mit dem Auto zur Arbeit. Früher gab es eine Tankstelle in Schönebeck für 48 000 Einwohner, jetzt sind es fünf Tankstellen. Und die ganzen Großmärkte, jetzt eröffnet Edeka wieder einen . . .

Franzke: . . . und man braucht für nichts mehr anzu- stehen, man kriegt alles. Viele haben schon vergessen, wie es zu DDR-Zeiten war. Ich bin ein bescheidener Typ und denke dann zurück, wie es war. Andere schweben schon wieder in anderen Ebenen und wollen hoch hinaus und können sich an gar nichts mehr erinnern. Vor allem diese ehemaligen Genossen sitzen noch in einer Leitungstätigkeit, und der kleine Arbeiter reißt seinen eigenen Arbeitsplatz ab.



Zeichnungsverwalterin Ferfers

„Wenn das so weitergeht, muß man mal einen Einbruch machen“



Maschinenbauer Franzke

„Der einzelne Arbeiter traut sich nicht, was dagegen zu sagen“

SPIEGEL: Entscheiden die dann auch, wer entlassen wird?

Franzke: Jawohl, die spielen da mit. Bloß der einzelne Arbeiter traut sich nicht, was dagegen zu sagen. Er muß doch immer damit rechnen, daß er dann dran ist. Das ist genauso wie früher. Damals hatte man Angst, politisch was Falsches zu sagen. Heute hat man Angst um den Arbeitsplatz.

Ferfers: In der Abteilung 13 ist der ganze Clan noch da, der früher hurra gerufen hat. Die Abteilungsleiter, Abschnittsleiter – kein einziger von denen ist gegangen. Ich habe zwei Meister für fünf Mann.

Kelm: Es sind sogar Führungspositionen ausgeschrieben worden. Aber keiner aus der mittleren Ebene hat sich beworben, obwohl die das Wissen und die Fähigkeiten haben. Hat ja doch keinen Zweck, dachten die meisten. Sie haben nicht gekämpft.

SPIEGEL: Es gibt im Westen, zum Beispiel bei VW, nun Modelle, durch Lohnverzicht und Vier-Tage-Woche mehr Arbeitsplätze zu halten. Wäre das auch was für Sie?

Franzke: Wenn das meinen Arbeitsplatz sichert, würde ich auch weniger Lohn in Kauf nehmen.

Kelm: Wir wollten ja die 35-Stunden-Woche zum 1. Juli 1994. Über 90 Prozent der Kollegen waren bei einer Umfrage für einen Verzicht auf Lohnerhöhungen, wenn dafür die Arbeitsplätze bis 1995 garantiert sind. Die Treuhand meint aber, beschäftigungssichernde



Bohrwerksdreher Höhne

„In unserer Generation wird nicht mehr alles eins, wir haben das hier zu lange mitgemacht“

Maßnahmen lohnen sich nicht. Der ganze Trend geht ja nach hinten.

SPIEGEL: Im vergangenen Jahr hat die Arbeitslosigkeit im Westen stärker zugenommen als bei Ihnen. Sie sind nicht mehr die einzigen, die unter zuwenig Arbeit leiden.

Ferfers: Ja, aber drüben sind Sie anders abgesichert. Die kriegen doch das Doppelte an Arbeitslosenunterstützung. Wenn ich jetzt entlassen werde, bekomme ich 1300 Mark. Dafür steht doch im Westen keiner auf. Meine Schwester drüben war ein halbes Jahr arbeitslos und ist mit 2500 Mark nach Hause gegangen. Das sind krasse Unterschiede.

Höhne: Der Kollege aus Mönchengladbach, der mich an der neuen Maschine angelernt hatte, kam vorigen Herbst noch mal zu Kleinreparaturen her und sagte zu mir: Wolfgang, ab 1. September bin ich arbeitslos. Na ja, meinte ich, da gibt es ja eine schöne Abfindung. Wir bei Sket lagen damals so bei 12 000 Mark für 30 Arbeitsjahre. Wissen Sie, was der Hermann gekriegt hat? 57 000 Mark. Mann, damit läßt sich schon ganz schön leben.

SPIEGEL: Lieber arbeitslos im Westen als im Osten arbeiten?

Höhne: Um Gottes willen, nein. Aber die Arbeitslosen stehen sich im Westen relativ besser. Bei uns sind alle Kosten gestiegen, wir bezahlen sogar für Strom, Gas oder Benzin mehr als im Westen. Und drüben hatten Sie 40 Jahre Zeit, sich eine Existenz aufzubauen und sich ein Häuschen herzurichten. Wir sollen jetzt alles in kürzester Zeit machen. Ich müßte mein Dach reparieren, die ganze Heizung ist veraltet, ich mußte gerade den Schornstein neu verrohren, das war eine enorme Summe für mich. Wenn ich arbeitslos würde, könnte ich mir das gar nicht leisten.

SPIEGEL: Ost und West sind sich wirtschaftlich also nicht näher gekommen, außer daß es beiden Teilen schlechter geht?

Franzke: Der Unterschied zwischen Arm und Reich ist noch zu groß. Und solange das so ist, wird man unzufriedener. Man sieht ja auch soviel Penner jetzt, na, was heißt Penner, Obdachlose, denen keine Gelegenheit gegeben wird, zu arbeiten. Früher im Sozialismus wurde so was alles geregelt.

Ferfers: Das finde ich nicht. Wenn ich die frühmorgens schon mit der Bierbüchse am Kiosk rumstehen und ihr bißchen Arbeitslosengeld versaufen sehe, dann sage ich: Das sind dumme Leute, die schon zu DDR-Zeiten keine Lust zum Arbeiten gehabt haben.

SPIEGEL: Sind die Leute aggressiver geworden?

Höhne: Unter der Jugend ist die Aggressivität sehr groß. Das hat sich jahrelang angestaut. Im DDR-Staat wurde alles vorgeschrieben, sie brauchten nicht selber zu denken. Jetzt sind sie freie Bürger in einem freien Staat. Jetzt machen sie, was sie wollen. Die Gesetze sind nicht kräftig genug, um die Gewalttätigkeit einzudämmen. Das geht nicht gut. Irgendwann kriegt der Staat mal die Quittung.

Franzke: Das hat mit der Arbeitslosigkeit angefangen. Die Jugendlichen kommen aus der Schule, kriegen keinen Ausbildungsplatz, Vater arbeitslos, Mutter arbeitslos. Der Bengel und die Tochter hauen ab und gehen auf die Straße. Früher gab es Lerngemeinschaften, Aufbaustudium, die Jungen Pioniere haben für die älteren Leute eingekauft. Die hatten eben ihre Aufgabe.

Kelm: Vor der Wende hatten wir 20 Jugendklubs in Magdeburg, heute haben wir noch einen, und der zerfällt. Für so etwas reicht die Politik eben keine Kohle rüber. Da muß man alles selber finanzieren.

SPIEGEL: Ist Deutschland für Sie inzwischen ein gemeinsames Land geworden, oder sind Ihnen die Westdeutschen fremd geblieben?

Franzke: Fremde würde ich nicht sagen, also Westdeutsche . . .

Ferfers: . . . die leben da ihren Stil, wir leben unseren.

Franzke: Sind schon Fatzkes dabei.

Ferfers: Gibt auch nette.

Kitzing: Sind auch viele Stinkstiefel darunter und andere, die einen wirklich als Mensch betrachten.

Höhne: In unserer Generation wird nicht mehr alles eins. Wir haben das hier zu lange mitgemacht. Aber ich sage zu keinem Wessi „du Wessi“, und zu mir braucht auch keiner Ossi zu sagen.

Kitzing: Steht uns ja nicht auf der Stirn geschrieben.

Höhne: Na ja, manchmal fällt es doch auf. Ich war neulich zu einer Geburtstagsfeier in Göttingen. Ich ziehe die Schuhe aus und gehe ins Wohnzimmer. Da spricht mich der eine Herr an: Na, Sie kommen wohl aus dem Osten. Ich sage, wieso sieht man mir das an? Da sagt der, bei uns zieht keiner die Schuhe aus. Das sind so Kleinigkeiten. Jetzt behalte ich im Westen die Schuhe an.

SPIEGEL: Frau Ferfers, Frau Kitzing, meine Herren, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Schlosser Kelm

„Die Kollegen waren für einen Verzicht auf Lohnerhöhungen, wenn die Arbeitsplätze garantiert sind“

Luftfahrt

Schlicht und billig

Vom Herbst an fliegt die Lufthansa auf einem Teil der innerdeutschen Strecken zum Einheitstarif.

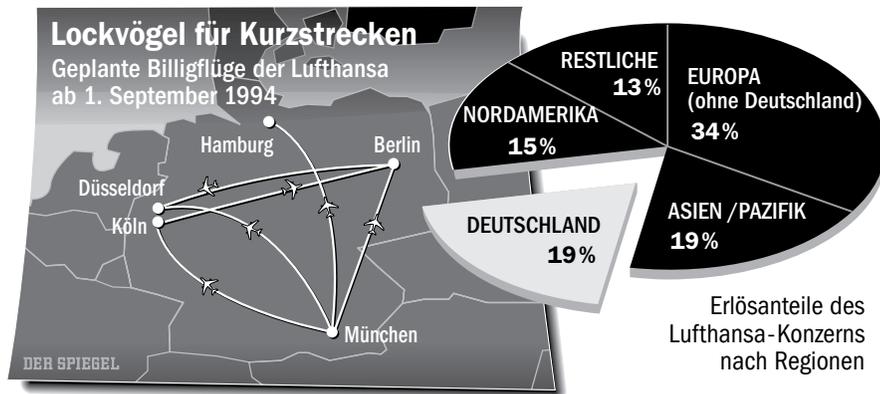
Den Passagieren in der Business-Class, die für einen Flug von Hamburg nach München und zurück 930 Mark bezahlen, bietet die Lufthansa gern ein paar Extras: ein Erfrischungstuch, ein Sandwich und ein Glas Champagner.

Reisende, die darauf verzichten, fliegen sehr viel billiger. Das Ticket ist dann schon für 466 Mark zu haben. Der Flug muß allerdings zwei Wochen vorher reserviert werden, zwischen Hin- und Rückreise müssen zwei Nächte liegen.

Der gewaltige Preisunterschied verfehlt seine Wirkung nicht. Immer mehr Lufthansa-Kunden nehmen statt der Business-Class einen billigen Platz in der champagnerfreien Zone.

Nun wollen die Lufthansa-Manager darauf reagieren. Vom 1. September an soll im innerdeutschen Flugverkehr ein völlig neues Tarifkonzept eingeführt werden. Zunächst wird es nur auf sechs innerdeutschen Strecken gelten (siehe Grafik). Im kommenden Frühjahr soll es auf weitere Deutschland-Routen und schon bald danach auf die Nachbarländer ausgedehnt werden.

Das Auffallendste an dem neuen Lufthansa-Konzept ist die Schlichtheit des Tarifsystems: Es besteht in Zukunft unabhängig von der Entfernung nur



noch aus einem Billigtarif und zwei Grundpreisen. Für einen Aufschlag bekommt der Passagier besonderen Komfort.

Die bisher üblichen Buchungsbeschränkungen gibt es nur noch bei dem neuen Tieftarif von 99 Mark für jeweils eine Strecke. Dieser gilt auf wenigen Flügen und muß 14 Tage im voraus gebucht werden.

Ein Einweg-Flug im Inland während der Hauptverkehrszeit kostet zukünftig 299 Mark, mit Komfort 70 Mark mehr. In der verkehrsschwachen Zeit beträgt der Einheitstarif nur noch 199 Mark in der Economy-Class oder 249 Mark in der Comfort-Class.

Mit dem neuen System, das unter dem Arbeitstitel „Euroshuttle“ entwickelt wurde, wollen die Lufthansa-Manager ausländischen Konkurrenten zuvor kommen. Bereits Ende vergangenen Jahres kursierten Gerüchte, britische Investoren wollten in der Bundesrepublik eine Billig-Linie nach dem Vorbild der US-Gesellschaft Southwest gründen.

Die erfolgreiche Flugesellschaft aus Dallas arbeitet nach dem sogenannten „no frills“-Prinzip (frei übersetzt: kein Schnickschnack). Der Service ist lausig, die Tarife sind sensationell billig.

Ganz soweit wie der Billigflieger aus den USA, der dort die gesamte Branche durcheinanderwirbelte, mochten die Lufthansa-Manager allerdings nicht gehen. Die Deutschen, glaubt der für den Passagierverkehr zuständige Lufthansa-Vorstand Hemjö Klein, geben sich allenfalls mit „low frills“ (wenig Schnickschnack) zufrieden.

Kunden, die den Aufschlag zahlen, sollen den Klassenunterschied allerdings stärker als bisher spüren. In der neuen Comfort-Class werden statt bisher sechs nur noch fünf Sitze in einer Reihe stehen, gegen den Hunger gibt es Kanapees auf Porzellantellern.

Den Passagieren in der Economy-Class, die sich auf sechs Sitzen pro Reihe zusammendrängen müssen, wird nur ein Getränk serviert. Das Buffet im Warteraum, das wegen des ungehinderten Zugriffs auf Schoko-Riegel vor allem heimfliegende Familienväter zu schätzen wußten, wird ersatzlos abgeschafft.

Lufthansa-Manager Klein will mit dem neuen Tarifsystem auch einen ökologischen Effekt erzielen. Reisende auf den vergleichsweise teuren Kurzstrecken sollen auf die Bahn umsteigen. Auf den längeren Strecken hingegen erhofft sich Klein einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Eisenbahn.

Die Lufthansa will ab Herbst nicht nur günstigere Tarife anbieten, sondern die Abläufe am Boden reformieren. Die Einsteigezeiten der Passagiere werden verkürzt, das „Check-in“ wird möglichst von Automaten übernommen.

Später soll der Lufthansa-Kunde sogar mit einer einzigen Chipkarte auskommen. Damit kann er dann ein Ticket kaufen, ins Parkhaus fahren, am Automaten einchecken, die Paßkontrolle passieren und ins Flugzeug einsteigen.

Das wird allerdings noch etwas dauern. Erst einmal müssen sich die Lufthansa-Manager noch auf ihr neues Tarifsystem konzentrieren und einen endgültigen Namen finden.

Ob es bei Euroshuttle bleibt, haben Klein und seine Kollegen noch nicht entschieden. Intern nennen sie das neue Projekt auch „Lufthänschen“.



Lufthansa-Ticket-Automat: Die Einsteigezeiten werden verkürzt



Demonstration für Lesbenrechte*: „Suche lieben Schwulen zur Verwirklichung gemeinsamen Kinderwunsches“

Frauen

KENNWORT: „SÄMANN“

Hunderttausende homosexueller Mütter gibt es in Deutschland. Das Familienmodell Lesben mit Anhang, einst tabu, wird mancherorts bereits von Behörden unterstützt. Die Frauen suchen sich Kindsväter per Zeitungsannonce und Partneragentur aus – oder im Katalog ausländischer Samenbanken.

Wenn das Baby da ist“, will ein schüchterner pickelgesichtiger Blonder wissen, „sagt es dann zu euch Mama eins und Mama zwei?“

Schon lange hat die Schulkingel zur Pause geschrielt, aber davon unbeeindruckt bleiben die 16jährigen Schüler in der Klasse sitzen und bombardieren Ulrike Hempel, 28, weiter mit Fragen. Mama eins und Mama zwei wird es nicht geben, erklärt die lesbische Ost-Berlinerin. „Meine Freundin wird für das Kind die Carola sein, so wie ich für ihren Sohn die Ulrike bin.“

Ihren Sohn Sven hat die Werbegrafikerin Carola, 31, wie fast alle Lesben in der Ex-DDR, aus einer „heterosexuellen Phase“, aus der Beziehung zu ihrem Ex-Freund.

Doch nun gehen junge Lesben auch andere Wege, um zum Baby zu kommen: Sie lassen sich künstlich befruch-

ten. Zum Schwangerwerden, das haben Frauen in den USA und Holland vorge-macht, braucht es nicht unbedingt den Freund oder den Ehemann oder die Kneipenbekanntschaft. Der Gang zur Samenbank tut's auch.

Mit dieser Methode wolle sich nun selbst die Tennisspielerin Martina Navratilova, 37, ihren Kinderwunsch erfüllen, melden englische Boulevardblätter. „Sollen Lesben Kinder haben?“ fragte der *Daily Express* und gab gleich die Antwort: „Lesben sollen sich einen Hund kaufen.“ Navratilovas Freundin Danda Jaroljmek, 35, so verkündete *Bild* vergangene Woche in dicken Lettern, „ist geschockt“.

Vergleichsweise gelassen versuchen dagegen die beiden Ost-Berlinerinnen Hempel und Fuchs schon seit Jahren, Mutterglück und Kinderwunsch mit ihrer lesbischen Partnerschaft zu vereinbaren. Als ihr Sohn Sven vier wurde, hatte Carola ihr Coming-out – sie trenn-

te sich von ihrem Freund und zog mit Ulrike in eine kleine Dreiraumwohnung am Prenzlauer Berg. Seitdem ist Ulrike, die an der Berliner FU Sozialwissenschaften studiert, die Ko-Mutter.

Ulrike arbeitet bei Lambda mit, einem Berliner Verein, der sich der Sexualaufklärung an Schulen verschrieben hat – Schwerpunkt: Homosexualität. „Wenn mir Schüler sagen, Homosexuelle seien unnormale, wegen der Fortpflanzung, dann steh' ick da mit meinem dicken Bauch und sage: ‚Na, was ist mit mir?‘“

Ein unübersehbares Argument. Das Baby der Studentin, unter deren grauer Latzhose sich ein dicker Bauch wölbt, ist durch künstliche Befruchtung entstanden. Der Vater, der verheiratet ist und eigene Kinder großzieht, fungierte mit Wissen seiner Familie als Samen-spender – weil er, so Ulrike Hempel, die Diskriminierung von Homosexuellen ablehnt.

* Bei der „Gay Pride Parade“ in New York.

Doch technische Details finden die Schüler, denen die Studentin Hempel die künstliche Befruchtung erklärt, wenig aufregend. Ins Grübeln bringt sie die Frage, ob zwei Frauen und zwei Kinder eine Familie ausmachen können. Gewohnt sind sie eine andere Gleichung: Papa, Mama, Kind – drei Worte, eine Familie.

Feministinnen schätzen die Zahl der lesbischen Mütter allein in den alten Bundesländern auf 650 000. Wie sie mit ihren Kindern leben, welche Schwierigkeiten sie in einer Gesellschaft haben, die Homosexuelle nach wie vor zum Beispiel

„Der brachte mir das Sperma im Cocktailglas“

rechtlich benachteiligt, ist weitgehend unbekannt.

Das dürfte sich künftig ändern. Zunehmend kommen lesbische Mütter aus der Deckung, brechen das alte Tabu und verteidigen offensiv ihr Recht auf Familie (SPIEGEL 37/1993). In ihren Seminaren zum Thema „Lesben und Kinderwunsch“ verzeichnet die Soziologin Streib, die ein Buch zur Situation lesbischer Mütter herausgegeben hat, steten Zulauf. In Talk-Shows bekennen sich Lesben zu ihrem Kinderwunsch oder erläutern freimütig – „Der brachte mir das Sperma im Cocktailglas“ – diverse Praktiken, um zum Kind zu kommen.

Zielbewußt fahnden Frauen in Zeitschriften nach spendierfreudigen Unbekannten. Mal suchen sie im Kollektiv unter dem Kennwort „Sämann“. Mal annonciieren sie einzeln nach einem „lieben Schwulen mit Vaterabsichten zur Verwirklichung gemeinsamen Kinderwunsches“. Und manchmal inserieren Schwule, die gern Vater werden wollen.

Mit einer großen Tagung im September – Motto „Mutti ist lesbisch. Vati ist schwul“ will auch der Berliner Familiensenat Vorurteile abbauen. „Im Jahr der Familie finden wir es wichtig zu zeigen“, sagt Claus Nachtwey vom Senatsreferat für gleichgeschlechtliche Lebensweise, „daß Familie nicht nur Papa, Mama, Kind ist.“

Die Sehnsucht nach dem Kind wird so nachhaltig geäußert, daß sich in Frankfurt künftig eine Partneragentur für Lesben und Schwule um Querverbindungen ihrer Kundschaft kümmern wird. Einziges Ziel: Baby, Baby, Baby.

„Die Anfragen, ob eine Vermittlung möglich wäre“, sagt die Agentur-Inhaberin Anke Mel-

ching, 30, „reichen von der Bitte nach einer anonymen Samenspende bis hin zum Wunsch, eine lesbisch-schwule Familie zu gründen.“

Derlei markiert einen Wandel in der lesbischen Szene: Mutterschaft galt lange Zeit als verpönt. Vorkämpferinnen der Bewegung setzten Schwangersein mit der Auslieferung an patriarchale Unbill gleich. Der Zustand entsprach nicht der reinen Lehre.

Als „mütter- und kinderfeindlich“ erlebte die Kunststudentin Martina-Luise Langhammer, 35, die Szene, als sie vor elf Jahren schwanger wurde. Schwer lastete der Verdacht auf ihr, sie hätte mit einem Mann geschlafen: „Ich hatte das Gefühl, ich muß mir ein Schild umhängen: Habe das Kind durch Insemination bekommen“, so spottet Langhammer heute.

Ihre inzwischen zehnjährige Tochter Fricka zieht sie allein groß – die damalige Lebensgefährtin verabschiedete sich entnervt zwei Jahre nach der Geburt. Eine Ko-Mutter, klagt daher die auf Sozialhilfe angewiesene Langhammer, hat zwar keine Rechte, aber auch keine Pflichten wie beispielsweise ein biologischer Vater, der Unterhalt zahlen muß.

Das Mutterglück haben lesbische Frauen in den Niederlanden und Amerika schon seit einigen Jahren für sich entdeckt – die Deutschen sind Nachzügler-



Mutter Langhammer, Tochter
Fälschlich des Heterosexes verdächtigt

rinnen. Einen Baby-Boom bei den Lesben verzeichnen die USA. Bei der alljährlichen „Gay Pride Parade“ in New York, so auch am vergangenen Sonntag, bekennen sich Lesben nicht nur küssend und knutschend mit nacktem Busen zu ihrer Sexualität – sie schieben auch stolz ihren Kinderwagen durch die Straßen. „Mutter werden“, sagt eine, „ist jetzt das große Ding.“

Auch alleinstehende und lesbische Frauen können sich bei den rund 60 Samenbanken des Landes bedienen. Detailliert beschreiben feministische Samenbanken wie die *Pacific Women Health Services* sogar Größe, Haar- und Augenfarbe, Job und Herkunft der Spender.

Die künstliche Befruchtung, von der Frauenzeitschrift *Marie-Claire* als „sauberste und faireste Lösung des Problems“ bezeichnet, ist in Deutschland weder erlaubt noch verboten. Allerdings hat das Karlsruher Bundesverfassungsgericht festgelegt, daß jedes Kind das Recht hat zu erfahren, wer sein Vater ist. Damit wäre die anonyme Samenspende, wie in den USA oder Holland üblich, verboten. In der Grauzone – Gesetzentwürfe sehen ein Verbot der anonymen Samenspende vor – halten sich Ärzte zurück. Unterderhand aber werden Adressen weitergereicht. „Da wird wenig gere-



Tennisstar Navratilova, Freundin Jaroljmek
„Lesben sollen sich einen Hund kaufen“

det“, sagt ein Münchner Arzt, „aber viel gemacht.“

In einer holländischen Samenbank informierten sich zunächst auch die Deutschen Elisabeth Piontek, 37, und Kirstin Möller, 38, über das Spermienangebot*. Sie realisieren nun mit Hilfe von Melchings Agentur ihren Kinderwunsch.

„Ich hatte Schwierigkeiten mit der völligen Anonymität“, sagt Piontek. „Ich wollte keinen Samen von einem Menschen, mit dem ich nie gesprochen habe. Das ist eine unheimliche Vorstellung für mich.“ Gemeinsam beschlossen die Krankenschwester und die Sozialarbeiterin: „So kommt unser Kind nicht zustande.“

Im September riefen sie schließlich bei der Partnervermittlung für Lesben und Schwule von Anke Melching an. Die beiden Frauen wünschten sich nicht nur einen Spender, sondern auch einen Mann, der bereit ist, Vaterpflichten zu übernehmen: „Auch für die persönliche Entwicklung des Kindes“, glaubt Kirstin Möller, „ist es wichtig, die Frage ‚wo komme ich her‘ klären zu können.“

Die Vermittlerin Melching schaltete die Annonce „Schwul+Vatersein? Suche Ihn/Paar f. lesb. Klientin (o. finanz. Inter.) mit Kinderwunsch“. Während die *Frankfurter Rundschau*, bei der sie gewöhnlich ihre Partneranzeigen aufgibt, den Druck verweigerte, ohne Gründe zu nennen, akzeptierte das Schwulenblatt *Magnus* den Text.

Mehr als 30 Bewerber, zwischen 20 und 50 Jahre alt, meldeten sich, meist mit den Eigenschaften „niveauvoll“ und „gebildet“ ausgestattet, die Eheinstitute so gern anpreisen. Empört aber legten einige Bewerber bei der Frage nach dem Aids-Test wieder auf, erinnert sich Melching.

Die Partnervermittlerin hatte zudem Auswahlkriterien entwickelt: „Der Mann muß Grips plus Stil haben, er muß sein Leben geregelt kriegen und über die Problematik nachgedacht haben.“

Da blieben nicht viele übrig. Als einziger bestand Bernhard Bremer, 31, Anke Melchings Test – den Mann hatte schon bei seinem Coming-out mit 15 der Gedanke gestört, keine Kinder haben zu können. Skeptische Freunde haben ihn dennoch vor seinem Abenteuer gewarnt.

In ihren Bedenken habe sich die klassische Angst des Mannes vor der Unterhaltspflicht gezeigt. Belehrungen wie „Paß auf, daß du nicht der Dumme bist und nur zahlst“ hat Bremer gleich mehrfach über sich ergehen lassen müssen. Andere Freunde prophezeiten dem wild entschlossenen Vater in spe einen Verlust an Lebensqualität: „Jetzt hast du den heterosexuellen Scheiß hinter dir, warum willst du jetzt wieder rein?“

* Die Namen der beiden Frauen und des potentiellen Vaters ihres Kindes wurden verändert.

Familie

So sche eigloffe

Einerlei, was die Sippe beim Braten redet – das familiäre Tischgespräch, so eine Studie, funktioniert vor allem als Ritual.

Der Forschergeist des Menschen ist rastlos. Die entlegensten Weiten des Alls hat er erkundet, die unheimlichen Tiefen des Meeres, die grünen Höllen der Urwälder. Und jetzt dringt die Wissenschaft in eine Welt ein, die so nah und doch so fremd ist: Was



Familie bei Tisch: Was lenkt die Gespräche?

läuft ab, wenn die Familie am Tisch sitzt, um zu essen?

Wahrhaft tiefeschürfende Fragen, so mag der von Mutters Weihnachtsgans und Großvaters Kriegsgeschichten gefällte Zeitgenosse mitunter ahnen, verborgen sich hinter der Zauberkraft des familiären Tischrituals: Wieso werden Vaters Lebenslehren immer wieder angehört, obwohl sie nach tausend Wiederholungen kein bißchen überzeugender geworden sind? Wie kommt es, daß die Schwiegertochter mit ihren Themen draußen vor der Tür bleibt? Warum läuft das Gespräch, obwohl keiner so genau hinhört, wie der andere argumentiert?

Die Konstanzer Soziologin Angela Keppler, 39, wollte eben dies genauer er-

kunden. Seit zehn Jahren beschäftigt sie sich mit dem Thema – und hat nun ihre Ergebnisse, die sie aus Mitschnitten von Tischgesprächen gewonnen hat, in einem Buch vorgelegt*.

Ein akribisches Protokoll von Unterhaltungen schwäbischer Familien ist hier entstanden. Kein Muckser sollte verlorengelassen und kein Satz, selbst wenn sich die Teilnehmer ins Wort fielen. Keppler: „Manchmal sprachen bis zu acht Personen gleichzeitig.“

Diese Genauigkeit war offenbar nötig – denn es ging Keppler weniger um die Analyse der Inhalte von Äußerungen einzelner Teilnehmer als um nähere Erkenntnisse darüber, welche geheimen Regeln auf dem Bolzplatz des familiären Tischgesprächs herrschen.

Warum zum Beispiel kann man nur so schwer Gehör für das finden, was man eigentlich besprechen wollte? In der Gesprächssituation in der Familie gilt, was Addi Preißler (Dortmund) zum Fußball

gesagt hat: „Grau is' alle Theorie. Maßgebend is'- auffen Platz.“

Nicht die Absichten der Teilnehmer zählen, so offenbart die Studie, sondern wie sie beim Sprechen am Tisch, im Gewoge des Geredes geäußert und durchgesetzt werden können.

Familiäre Tischgespräche sind ein zunächst einmal eher undurchsichtiges Gemisch aus ritueller Wiederholung und unmerklich inszenierten Themenwechseln (wenn Streit droht); sie bilden einen zähen Redefluß, der vom Hölzchen aufs Stöckchen und wieder zurückführt

* Angela Keppler: „Tischgespräche. Über Formen kommunikativer Vergemeinschaftung am Beispiel der Konversation in Familien“. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main; 300 Seiten; 22,80 Mark.



Soziologin Keppler: Unsichtbare Weichen im Gleissystem des Geplauders

– und wachsen mitunter zum Strom an, der einen mitreißt, obwohl man sich doch geschworen hatte, diesmal seine wahre Meinung zu sagen. Es ist, als würden die Beteiligten von etwas gesprochen, wenn sie sprechen. Bloß von was?

Den Takt geben „kommunikative Formen und Elemente“ an, wie das in Keplers nüchterner Soziologensprache heißt. Die Festigkeit des formalen Bandes lenkt – egal, was einer genau sagt – in allen Familien die Rede bei Tisch. Und sie ist entscheidend dafür, ob eine Familie Bestand hat oder nicht. Woraus besteht so ein unsichtbares Band?

Das eine Mahlzeit eröffnende Ritual zum Beispiel. Es lenkt die Kommunikation. Auf Keplers Bändern findet sich folgende Szene: Der Vater will das Tischgebet sprechen, aber die Tochter und deren Freund sind gerade am Streiten: „Deshalb bisch so grätig heut“ – „Bin i grätig? Also bitte!“ Ein Räuspern des Familienoberhauptes genügt, und die Sitte siegt: Alles verfällt in Schweigen.

Aber auch ein profanes „Guten Appetit“ schneidet deutlich ins Geplauder. Der Wunsch lenkt oft den Rede- strom aufs Essen um. Erst wenn dessen Beschaffenheit mehr oder weniger ausführlich erörtert ist – so geschieht es selbst in WGs („Is da Tofu drinne?“) –, dürfen die Tischgenossen an vorausgegangene Themen anschließen oder zu neuen aufbrechen. Und keiner hat gemerkt, daß ihn soeben ein „kommunikatives Element“ gelenkt hat.

Aufschlußreich an Keplers Studie ist die Beschreibung solcher verborgenen Weichen im Gleissystem des Tischgeplauders – etwa solchen, die

verhindern, daß sich eine Familie zerstreitet. Folgendes erlauschte die Soziologin am Heiligen Abend bei Familie Schmidt. Mutter Schmidt möchte, daß die studierende Tochter Berta mit in die Kirche geht: „Du könntsch au mol mit uns gehn.“ Doch Berta möchte nicht: „Was soll der Schabernack?“

Eine gefährliche Situation. Es riecht nach Grundsatzdiskussion, nach Demonstrationen elterlicher Enttäuschung und kindlichen Trotz. Doch die Mutter sucht die Lage zu entschärfen – durch Frotzeln. Sie singt die Schlagerzeile: „Willst du mit mir gehn.“ Nun wird die Tochter sachlich und hochdeutsch: „Ihr wißt genau, daß ich ungläubig bin.“ Mit einem kleinen rhetorischen Dreh hat die Mutter eine ernsthafte Mahnung in eine spaßhafte umgewandelt – und den großen Krach vermieden.

Die Schmidts sind Meister im frühen Entschärfen von Konflikten. Wie selbstverständlich fügen sie sich, wenn die Mutter ein Entschärfungsangebot macht. Oft

Medien bestimmen das Familiengespräch weniger als erwartet

sind es Zeitungsartikel oder Geschichten von Nachbarn, mit denen Mutter die Familie vom Crash-Kurs abbringt. Niemand beharrt angesichts des unmerklichen mütterlichen Drucks zum Umschalten auf seinem Thema. Die eingeübte Form siegt über den Inhalt.

Ganz anders dagegen die Müllers, eine Streitfamilie. Bei Müllers erweist sich, daß das Band kommunikativer Übereinkünfte reißen kann. Keppler beschreibt, wie eine dominante Mutter und ein wehleidiger Vater („Ihr wisset

bloß immer des, was ihr mir vorwerfen wollet“) sich und ihren Kindern durch Dauerknatsch den Appetit verderben.

Die Nachzeichnung der Müllerschen Dialoge belegt, wie das Feuer des Streits blitzschnell von einem Familienmitglied aufs andere überspringt. Eben zanken sich noch die Eltern, da fallen schon – durch das bedenkliche Vorbild angestachelt – die zwei Brüder über die kleine Schwester her. Bei Müllers versagen die einen Streit verhindernden Gesprächsformen. Aber solange gestritten wird, leben sie zusammen.

Ins Arsenal immer schon eingespielter Familienrituale, so demonstrieren Keplers Aufnahmen, gehört die Bereitschaft zum Klatsch. Der nämlich muß sein – weil er das Wir-Gefühl stärkt und die eigene familieninterne Moral. Ein anderes, noch gefürchteteres und ständig wiederkehrendes Element ist die Belehrung. Kaum setzt der Vater zum Sermon über das rechte Leben an, entsteht ein unsichtbarer Druck für die anderen zu schweigen. Ähnliches gilt, wenn einer mit den bekannten Präliminarien („Hab’ ich des schon mal erzählt“) zu einer langen Geschichte ansetzt. Dann heißt es, stöhn, zuhören.

Allerdings gilt auch in solchen Fällen, so die Studie, das oberste Unterhaltungsgesetz: Du sollst niemals langweilen! Wer belehren will, muß sich erst der Bereitschaft der anderen versichern, belehrt zu werden. Wer klatschen will, muß eine interessante Neuigkeit über einen Dritten zu bieten haben – und außerdem klären, ob der andere dies überhaupt hören will.

Verbohrtes Beharren auf Themen, in der Arbeitswelt manchmal eine Tugend, ist in der Familie verpönt. Umgekehrt fürchtet elterliches und kindliches Geplauder nichts mehr als das Verstummen. Nur Familien, die nicht reden, sind tot.

Lauter wissenschaftliche Belege für das, was wir immer schon geahnt haben? Der Verdacht liegt nahe, wenn ein vom Gesprächsklima der am Tisch versammelten Sippe schwer geprüfter Junge auf gut schwäbisch selbstzufrieden schnurrt: „Gott sei Dank isch unser Läbä so sche eigloffte, gell!“

Tatsächlich aber enthält Keplers Studie eine überraschende Pointe: Medien und deren Botschaften bestimmen das familiäre Braten-Geplauder in weit geringerem Maß als erwartet.

Gerade bei diesem Thema schwang ja bisher St. Spekulatius seinen Bischofsstab: Die Medien ersetzen die Realität, ihre virtuellen Welten zerstören die Gefühlsbindungen, das Gedröhne des Fernsehens lasse die Familie verstummen, entwerte deren Gespräch, lautete das Lamento.

Das nimmt sich nun viel differenzierter aus. Zwar beanspruchen Fernsehthe-

men großen Raum. „Doch“, so Keppler, „der Rekurs auf Medienbeiträge vergrößert die Reichweite der familiären Themen erheblich, ohne jedoch die Struktur der Gespräche signifikant zu verändern.“

Die meisten Fernsehereignisse dringen in die familiäre Kommunikation oft nur dadurch ein, daß sie im Gespräch gemeinschaftlich rekonstruiert werden. Eine harte Arbeit, denn beim Fernsehen kann derjenige, der das Thema einbringt („Hosch du des geseha?“) nie sicher sein, ob und wieviel der andere gesehen hat.

So werden längere Erläuterungen nötig, in denen es nicht nur um die Wiedergabe von Inhalten geht, sondern auch um Bewertungen und – wie im Falle der Versteckten-Kamera-Sendung „Verstehen Sie Spaß?“ – sogar um eine Reflexion der Entstehungsbedingungen: „Die dürfed des ned oifach.“

Nicht die Medien machen sich das Familiengespräch gefügig. Umgekehrt wird eine nun empirisch belegte (und kaum besorgniserregende) Faustregel daraus: Auf Geschehnisse des Bildschirms weicht die Familienrede gern aus, wenn der Redefluß zu erlahmen droht – oder wenn die Spannung unter den Gesprächspartnern allzusehr steigt.

Ans Eingemachte des Gesprächsgefüges, so Keppler, geht der Medienkonsum jedenfalls fast niemals. Die „eigloffene“ Familie – zusammengehalten vom formellen, aber festen Band der Redegewohnheiten – ist zäh.

Fußball

D – Kor 1:2

Die Weltmeisterschaft entwickelt sich zu einem landesweiten Renner – als Wett-Meisterschaft.

Es ist kurz vor drei Uhr morgens, die 55. Minute im WM-Spiel Nigeria gegen Bulgarien läuft, da verliert der Hamburger Student Fred Relbe scheinbar jeglichen Fußballverstand. Gerade noch hat sein Herz den Nigerianern gehört, begeistert hatte er verfolgt, wie die Afrikaner den schwerfälligen bulgarischen Abwehrblock auseinandernehmen, soeben hat Emmanuel Amunike das 3:0 erzielt; jetzt aber feuert Relbe, Pils zur rechten, Kippe zur linken, den klobigen Vorstopper der Bulgaren an: „Grätsch doch mal richtig rein, Mann.“

Fußballfreund Relbe ist nicht ballaballa, Fußballfreund Relbe ist Wetter. In der Runde seiner Zockerkumpel hat er den sensationellen Zwischenstand im

Vorrundenmatch der Gruppe D als Endergebnis getippt: „Exklusiv“, wie er betont, da kann er, „verfluchter Mist“, kein noch so schönes Nigeria-Tor mehr gebrauchen.

Nicht nur Relbe ist im Wetttausch. Die Fußball-Weltmeisterschaft in den USA hat in der Bundesrepublik eine landesweite Kick-Tip-Veranstaltung ausgelöst. In Büros und Familien, an Stammtischen und Hochschulen kursieren Listen mit langen, für Nichteingeweihte kaum verständlichen Kombinationen von Zahlen und Buchstaben: D – Kor 1:2, Ita – Mex 5:1, Rus – Kam 2:2.

Am Morgen danach wird das Wettchinesisch an Schwarzen Brettern in Firmenfuren zu Prangern. Da werden die Verlierer der Nacht erbarmungslos geoutet, da dürfen Chefs gehänselt wer-

unattraktiv und wenig lukrativ ist, weichen echte Fans und Zocker auf ausländische Wett-Veranstalter aus.

Neben den traditionellen englischen Buchmachern („Ladbrokes“, „William Hill“), die schon bei Beginn der WM rund 70 Millionen Mark mit der Wettmeisterschaft umsetzen, ist vor allem die Salzburger Firma „Intertops“ dank deutscher Einsätze bestens im Rennen.

„Wir haben eine Steigerung von 500 Prozent gegenüber der Weltmeisterschaft 1990“, sagt Detlef Train, Geschäftsführer von Intertops. In diesen vier WM-Wochen mache er den gleichen Umsatz wie in einer ganzen Bundesliga-Saison. Zwischen 5000 und 10 000 Anrufer pro Tag wetten auf alles, was sich in den USA zur Zeit bewegt. Nicht alle Soccer-Zocker sind Experten:



Fußballübertragung in deutscher Kneipe: Dilemma für Spekulanten

den, da avancieren plötzlich, so schrieb die *Hamburger Morgenpost* besorgt, „Frauen zu Angstgegnern“.

Die Einsätze sind unterschiedlich: Von olympisch (mit 50 Pfennig dabei sein ist alles) bis astronomisch (pro Spiel einige hundert Mark) reicht die Spekulationsmasse. Bei glücklosen Fanatikern, die gleich an drei oder mehr Wett-runden teilnehmen, geht schon mal das Urlaubsgeld drauf.

Auch die Systeme sind unterschiedlich: vom schönsten nationalfixierten Tip (nur Deutschland-Spiele) bis zum professionell ausgeklügelten Wettbewerb (alle Spiele, exaktes Ergebnis vor richtiger Tordifferenz vor richtigem Trend).

Die privat organisierten Tip-Runden sind nur ein Teil des Fußball-Spekulierens, wengleich der größte. Da Fußballwetten in Deutschland offiziell nur von staatlichen Lottogesellschaften veranstaltet werden, deren Fußball-Toto

Train erwartet für sein Geschäft Umsätze in „zweistelliger Millionenhöhe“.

Neben möglichen Verlusten oder der Brandmarkung als Fußball-Laie droht sportbegeisterten Spekulanten noch ein weiteres Dilemma: Das Herz, es schreit nach schönen, spannenden Spielen, Außenseitersiegen und Favoritenstürzen; der Verstand empfiehlt vorsichtig, Ergebnisse zu tippen, die sich aus Papierform und Erfahrung anbieten. Kein Wunder, wenn sich hinterher mancher ärgert, eine Klasse-Partie nur als langweiliges 0:0 vorausgesagt zu haben.

Auch für Fred Relbe ist der Rest des Spieles eine Qual. Gefangen im Preßschlag zwischen Sympathie (Nigeria) und Ökonomie (Bulgarien), verlerbt er die letzten Minuten in einem „äußerst unangenehmen Zustand“. Erst der Schlußpfiff erlöst ihn. „80 Mark gewonnen“, resümiert er, „da kann man schon mal auf ein paar Tore verzichten.“

Jawohl, ein Hut

In Anzeigen verspottet die Firma Rover Autofahrer mit Hut. Die kontern mit Protest und Boykott.

So eine Reaktion hatten wir noch nie“, sagt Jürgen Failenschmid, 33, Mitgeschäftsführer der Düsseldorfer Werbeagentur KMM. Per Postbrief, Fax und Telefon wurde der gelernte Germanist mit Protesten eingedeckt, dabei habe er „nur eine Randgruppe auf den Kieker“ nehmen wollen.

Für den britischen Automobilhersteller Rover hatten die KMM-Kreativen eine freche Kampagne gestartet. Zielscheibe des Spottes: Autofahrer mit Hut. Die „am besten an Sonn- und Feiertagen“ zu beobachtenden „zumeist älteren Herren zwischen 85 und 105 Jahren“, die „in ihren Limousinen mit 28 km/h“ durch den Verkehr schlichen, höhnt der Anzeigentext, trügen, „jajawohl, einen Hut“.

Damit warb Rover in der Millionenauflage überregionaler Zeitungen für sein über 50 000 Mark teures Spitzenmodell. Fettgedruckter Werbetext: „Der Rover 800: jetzt mit serienmäßigem Hutverbot.“

Angefordert werden kann mit der Anzeige per Coupon zudem ein „Anti-Hut-Aufkleber“. Der zeigt einen schwarzen Herrenhut mit rotem Verbotsschraubstrich.

Nun steht die Hutbranche Kopf. Die Kölner Gemeinschaft Deutscher Hutfachgeschäfte etwa ließ Mitglieder republikweit Protestbriefe an die Rover Deutschland GmbH schreiben.

„Unsachliche Werbetricks“ und „Verunglimpfung aller Hutträger“, beklagt ein Lodenhutspezialist vom Tegernsee. „Ältere Menschen“ wolle Rover wohl „am liebsten aus dem Verkehr ziehen“, damit die Straße frei werde „für jugendliche Raser“ und „noch mehr Unfälle“.

Aus dem nordrhein-westfälischen Bergneustadt poltert eine Modistenmeisterin: „Eine ganze Branche und ihre Kunden als Vollduppen hinzustellen ist unglaublich.“ Gerade „junge, dynamische Leute“ würden heutzutage Hut tragen, eine Kundengruppe, die Rover „eigentlich ansprechen“ wolle.

Einer Hutmacherin aus dem oldenburgischen Steinfeld ist es „völlig unverständlich“, daß „ausgerechnet Sie, eine unenglische Firma, die Royals und den

gesamten Adel, zu dem nun mal der Hut fest dazugehört, derart diskriminieren“.

Bereits seit einiger Zeit handelt sich Rover mit gewagten Anzeigen Ärger, aber auch Aufmerksamkeit ein. Die Rover-Werbung für ein Leasing-Modell („Steuertricks sind fies, gemein und rücksichtslos. Aber machen ungeheuer



Anti-Hut-Aufkleber
„Unsachliche Werbetricks“

Spaß“) brachte Ende letzten Jahres prompt Krach mit der Bayerischen Finanzgewerkschaft. Den kessen Werbeslogan „Golf spielen, Astra trinken, Rover kaufen“ hingegen ließ die attackierte Konkurrenz in Wolfsburg und Rüsselsheim passieren.

Besonders irritiert von der Anti-Hut-Kampagne zeigen sich ostdeutsche Händler der Britenmarke. Auf die ersten Protestbriefe verschickte Rovers Marketingdirektor Martin Müller-Römheld, 37, selbst Besitzer von zwei Borsalinos und einem Panamahut, noch eine „förmliche Entschuldigung“. Verspottet werde nicht der „gemeine Hutbesitzer“,

sondern der aus der deutschen Nachkriegszeit bekannte „Hut- und Mantelfahrer“.

Zudem sei der große Rover derart stromlinienflach, daß der „normalwichtige Mitteleuropäer“ darin höchstens „eine Baskenmütze oder eine Sturmhaube“ tragen könne.

Der schlappe Rückzug nützte nichts. Aufgebrachte Hutträger zürnen nun schon der Mutterfirma BMW, die im Frühjahr die Mehrheit bei Rover übernommen hat.

Ein Kunde aus Lübeck, dessen Vorfahren angeblich schon „seit Generationen, auch beim Autofahren“, Hut tragen, droht, die geplante „Neuanschaffung eines BMW“ zurückzustellen. „Vier Reisende“ einer hessischen „Headwear“-Firma wollen gar in ihrem Branchenblatt zum Boykott von Rover und BMW aufrufen, „an bester Stelle“, wie sie drohen.

Wie viele potentielle Kunden Rover mit der Kampagne verprellt, ist unklar. Obwohl „fast jeder Deutsche“, so der Fachverband Hut und Mütze, eine Kopfbedeckung besitzt, sei die Zahl der Fahrer mit Hut „nicht ermittelbar“.

Weitgehend unerforscht blieben bislang auch die höchst unterschiedlichen Motive der Hutträger am Volant, zu denen auch notorische Anti-Spießer wie der Deutschrocker Udo Lindenberg gehören. Entrüstete Hutfans weisen in ihren Protestbriefen auch darauf hin, daß der kluge Kopf sich mit einer Bedeckung beispielsweise vor „schädlicher UV-Strahlung“ schütze. Dem „Hut“ und der „umhäckelten Toilettenrolle“ auf der Ablage sprach ein hessischer VW-Jetta-Fahrer gar eine „beruhigende Wirkung dieser Gegenstände auf meine Mitmenschen“ zu. Selbst „grobe Fahrfehler“ würden ihm mit einem „milden Lächeln“ verziehen.



Hutträger Lindenberg: Spießer und Antispießer

Nahost

„Arafat ist kein Pilger“

Interview mit Israels Polizeiminister Mosche Schahal, 60.

SPIEGEL: Rechte Knesset-Abgeordnete und radikale Rabbiner haben öffentlich aufgerufen, PLO-Chef Jassir Arafat bei seinem Eintreffen in Jericho und im Gazastreifen umzubringen. Wie ernst nehmen Sie diese Morddrohungen?

Schahal: Sehr ernst. Innerhalb der autonomen Gebiete sind die Palästinenser für den Schutz Arafats verantwortlich, er wird seine Leibwächter mitbringen. Die israelischen Sicherheitskräfte werden dafür sorgen, daß Arafat beim Grenzübergang und während seiner Fahrt nach Gaza nichts zustößt. Die Vorbereitungen sind getroffen.

SPIEGEL: Wollen Sie Israelis, die den Tod Arafats fordern, vor Gericht bringen?

Schahal: Abgeordnete verfügen über Immunität – das ist ein Kernpunkt der Demokratie. Hier geht es um das Grundrecht der freien Meinungsäußerung.



Schahal

SPIEGEL: Wird der PLO-Chef auch Jerusalem besuchen dürfen?

Schahal: Das wird nicht passieren, denn er hat keine Einladung dazu erhalten.

SPIEGEL: Israel hat stets beteuert, daß alle Moslems freien Zugang zu den Heiligen Stätten haben. Gilt das nicht für Arafat?

Schahal: Im Prinzip hat jeder die Möglichkeit, die Heiligtümer Jerusalems aufzusuchen, aber Arafat ist nicht einfach ein islamischer Pilger, sondern eine politische Persönlichkeit. Deswegen wird er nicht ohne Einladung hier erscheinen. Und obendrein haben wir keine Anfrage für einen solchen Besuch erhalten.

SPIEGEL: Wie funktioniert – jetzt fast sieben Wochen nach der Ankunft der ersten palästinensischen Polizisten in Jericho und im Gazastreifen – die Zusammenarbeit mit Ihren Kollegen auf der anderen Seite?

Schahal: Gemessen an den pessimistischen Erwartungen überraschend gut. Der Vorgang ist einmalig: Nach Jahren der Konfrontation fahren die ehemaligen Feinde in Jericho und Gaza gemeinsam Streife.



Demonstration gegen Zeitungsverbote in Djakarta

Indonesien

Proteste wegen NVA-Schiffen

Der Kauf von 39 deutschen Kriegsschiffen aus Beständen der Nationalen Volksarmee (NVA) sorgt in Indonesien für eine rigide Zensur und Demonstrationen. Die angesehenen Wochenzeitungen *Tempo*, *Editor* und *DeTik* dürfen seit vergangener Woche nicht mehr erscheinen, weil sie über den selbst im Parlament umstrittenen Kauf der maroden DDR-Schiffe berichtet hatten. Der vermeintliche Sonderpreis – Bonn verlangte 28 Millionen Mark – erwies sich als trügerisch. Für Umrüstung, Überführung und Modernisierung entstehen über eine Milliarde Dollar

Folgekosten. Gegen die Verbote protestierten seitdem täglich über tausend Menschen. „Unsere Reporter sind jung und hungrig“, tröstet sich *Tempo*-Herausgeber Goenawan Mohamad, „sie werden das Regime überleben.“

Großbritannien

Wirtschaft schreibt Major ab

Englands Wirtschaft hat ihr Vertrauen in die regierende Konservative Partei und deren Führer John Major verloren. Die Spendenbereitschaft von Großunternehmen – traditionell die wichtigste Einnahmequelle der Tories – ist dramatisch zurückgegangen. Elf Unternehmen, die sonst

jährlich über 1,2 Millionen Mark an die Konservativen überwiesen, haben dieses Jahr erst knapp 250 000 Mark geschickt. Viele Firmen, wie der hochprofitable südenglische Wasserlieferant „Thames Water“, haben den Hahn ganz zugekehrt. Die Wirtschaftslenker trauen dem unpopulären und entscheidungsschwachen Premier nicht zu, seine Partei in spätestens drei Jahren zum erneuten Wahlsieg zu führen. Ein Tory-Vorstandsmitglied: „Warum soll man Geld für ein Produkt ausgeben, das unverkäuflich ist?“ Der Rückzug der Wirtschaft trifft

die Partei in einer dramatischen Phase: Die Schulden betragen 16,5 Millionen Pfund (40,5 Millionen Mark) – die Finanzierung des nächsten Unterhaus-Wahlkampfes ist nicht gesichert.

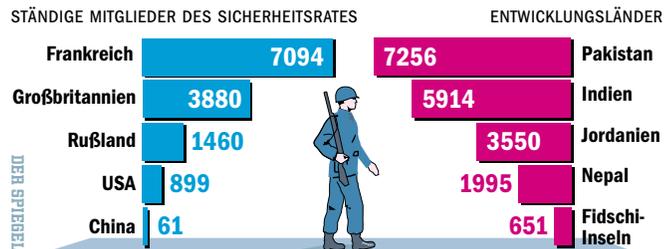
Spanien

Eta plant Entführung

Bei mehr als hundert Unternehmern, Bankiers und Freiberuflern gingen in den letzten Wochen Drohbriefe ein, in denen die Eta bis zu 100 Millionen Pesetas (1,25 Millionen Mark) verlangte. Da-

Entwicklungsländer an die Front

Blauhelmkontingente ausgewählter Staaten



Mehr als die Hälfte der über 70 000 Blauhelme, in weltweit 16 Friedensmissionen der Vereinten Nationen im Einsatz, kommen aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Die fünf ständigen Mitglieder des Uno-Sicherheits-

rates, die maßgeblich über die Entsendung von Blauhelmen entscheiden, stellen dagegen nur 13 394 Mann. Deutschland hat fünf zivile Polizisten in der West-Sahara und zwei Beobachter in Georgien stationiert.

mit hat die baskische Terrororganisation ihre Schutzgeldforderungen auf die Hauptstadt Madrid ausgeweitet. Hintergrund: Im August 1993 war Chefeintreiber Pedrito de Andoain festgenommen worden, zudem empfahl der baskische Unternehmerverband seinen Mitgliedern, bislang die bevorzugten Opfer der Eta, die Zahlungen einzustellen. Die Terrorfahnder befürchten, daß Geldmangel die baskischen Radikalen im Sommer zu einer spektakulären Entführung veranlaßt.

Iran

Gnade für Rushdie?

Chomeinis Nachfolger Ajatollah Ali Chamenei, Oberster Wächter der islamischen Revolution, setzt erstmals ein religiöses Gutachten



Rushdie

(Fatwa) außer Kraft und erlaubt Fernsehempfang per Satellitenschüssel. Die Aufhebung löste wütende Proteste radikaler Islamisten aus, die westliche Filme für moralischen Zerfall in der Gesellschaft verantwortlich machen. Die umstrittene Entscheidung, die den ranghöheren Großajatollah Mohammed Ali Araki, 97, desavouiert, ist Teil einer Öffnungspolitik, mit der Teheran verbesserte Beziehungen zu den USA erreichen will. Weitere Lockerungen sind in Sicht: Ajatollah Mehdi Rohani, Sprecher der Schiiten in Westeuropa, kündigte an, daß der Aufruf Chomeinis, den britischen Schriftsteller Salman Rushdie zu ermorden, schon bald widerrufen werden könnte.



Französische Truppen bei Marseille vor dem Abflug nach Afrika: „Wir haben alle kläglich versagt“

R u a n d a

GENDARM IN AFRIKA

Frankreichs Vorstoß nach Ruanda, als begrenzte Intervention mit humanitären Zielen geplant, könnte den Konflikt gefährlich anheizen. Die Afrikaner verdächtigen die alte Kolonialmacht, neue Einflußzonen abzustecken. Kumpanei mit Diktatoren südlich der Sahara hat Paris um seine Glaubwürdigkeit gebracht.

Der Ruf „Die Franzosen kommen“ löste Schrecken aus. „Sind die verückt geworden?“ erregte sich im Hotel Amohoro, wo das Uno-Hauptquartier in Kigali untergebracht ist, ein russischer Offizier in Diensten der Weltorganisation. „Nun werden wir im besten Fall rausgeschmissen und im schlimmsten als Geiseln festgehalten.“

Die Unruhe bei den 450 Blauhelmen, die noch in der umkämpften Ruanda-Hauptstadt verweilten, schien begründet. Die nur leichtbewaffneten, oft im Kreuzfeuer der Bürgerkriegsparteien liegenden Männer fürchteten, fortan von den Rebellen der Ruandischen Patriotischen Front (RPF) zu Feinden erklärt zu werden – so wie die französischen Truppen, die gerade mit Billigung der Uno in den zerfallenen Staat eingedrungen waren.

Aus Frankreich und von Stützpunkten in Afrika flogen Transportmaschinen die Vorhut von insgesamt 2500 Soldaten, darunter als Speerspitze fürs Grobe auch Fremdenlegionäre, in die zairischen Grenzorte Goma und Bukavu. Dort erhielten motorisierte Abteilungen den Marschbefehl nach Ruanda.

Die Operation „Türkis“ hatte begonnen – und damit die wohl gefährlichste Militärintervention westlicher Mächte in Afrika seit der Landung der Amerikaner vor anderthalb Jahren in Somalia.

Wie dort sind auch in Ruanda alle staatlichen Strukturen zerstört; bewaffnete Banden ziehen mordend durchs Land. Um den Genozid zu verhindern, kamen die Franzosen zu spät: In den Massakern zwischen den verfeindeten Volksgruppen der Hutu und Tutsi sind in den vergangenen zwölf Wochen

Das schlechte Gewissen der Franzosen regte sich zu spät

500 000 Menschen umgekommen, mehr als die Hälfte der Tutsi-Bevölkerung.

Als im April das Morden begann, hatte Frankreich sich noch damit begnügt, seine Staatsangehörigen zu evakuieren. Und wie alle anderen Mächte stimmte auch Paris damals dem voreiligen Abzug von 2000 Blauhelmen aus Ruanda zu.

„Wir haben alle kläglich versagt“, bekannte daraufhin Uno-Generalsekretär Butros Butros Ghali. Nun versprach Frankreich Wiedergutmachung und trat seinen „Bußgang nach Ruanda“ (*Financial Times*) an.

Nur: Warum regte sich das schlechte Gewissen so spät, ausgerechnet zu einem Zeitpunkt überdies, da die Patriotische Front die Oberhand zu gewinnen schien? Steckte hinter der „Pflicht zur humanitären Intervention“, auf die Paris sich berief, nicht doch altes koloniales Interesse? Ging es mehr darum, „die Schuldigen zu schützen als die Unschuldigen zu retten“, wie *Le Monde* irritiert fragte?

„Wir sind nicht dort, um nationale Ziele zu verfolgen“, versicherte Verteidigungsminister François Léotard, Frankreich wolle nur „die Greueltaten stoppen“. Und „gibt es nicht Zeiten“, so Außenminister Alain Juppé, „in denen der Sinn für Ehre und elementarste Moral Taktiken und Risiken bestimmen“?

Der Einsatz soll die geschundene Zivilbevölkerung schützen und versorgen, bis in etwa zwei Monaten eine

vorwiegend aus Afrikanern zusammengesetzte Uno-Friedenstruppe entsandt werden kann. Doch die Reaktionen, die Frankreichs Vorpreschen hervorrief, stellten die hehren Beteuerungen in Frage.

Von 15 Mitgliedern des Uno-Sicherheitsrats stimmten nur 10 dem Franzosen-Einmarsch zu. Auch Kirchen, Hilfsorganisationen und die Organisation Afrikanischer Einheit erhoben Bedenken. Europäische Verbündete wie die Italiener, um die Entsendung von Hilfstruppen gebeten, hielten sich bedeckt.

So liefen die Franzosen Gefahr, sich zu verrennen, noch bevor die Operation richtig begonnen hatte. „Die Erfolgchancen sind gering, die Risiken hoch“, warnte der frühere französische Premierminister Pierre Messmer, ein alter Afrika-Kenner.

Der Aktion haftet der Makel an, daß kaum jemand an ihre Selbstlosigkeit glauben mag. Zu lange hat Paris egoistische Interessenpolitik in den frankophonen Staaten West- und Zentralafrikas betrieben – und dabei hemmungslos Diktatoren unterstützt sowie Menschenrechtsverstöße übersehen.

In Ruanda stärkte Frankreich über Jahre mit Geld und Waffen jene Clique von Hutu-Politikern, die für die Massaker verantwortlich sind. Folgerichtig argwöhnten die von Tutsi geführten Rebellen, daß die französischen Truppen in Wahrheit Ruandas bedrängtem „Rumpfregime von Massenmördern“ beistehen und die RPF um ihren greifbaren militärischen Sieg bringen wollen.

Deshalb rief die Patriotische Front zur Wachsamkeit gegen die „machiauellistischen und zynischen“ Franzosen auf: Sie wolle deren Verhalten genau beobachten, notfalls „werden wir in jeder möglichen Form Widerstand leisten“. In Somalia hatten wenigstens am Anfang alle Bürgerkriegsparteien die fremden Truppen willkommen geheißen.

Eine französische Intervention, so warnte der Weltkirchenrat, werde „fast mit Sicherheit die Spannungen verschärfen“. In der Pariser Nationalversammlung protestierte der Erzgaullist Jacques Baumel gegen diesen „Säbelschlag ins Wasser“. Und ein alter Haudegen wie der ehemalige Generalstabschef Jeannou Lacaze forderte, Frankreich solle endlich damit aufhören, „den Gendarmen in Afrika zu spielen“.

Gerade darin aber hat das Land reichlich Erfahrung. Französische Fallschirmjäger

landeten in drei Jahrzehnten afrikanischer Unabhängigkeit zwei dutzendmal in ehemaligen Kolonien. Sie wollten Regime an der Macht halten, die bei der Bevölkerung verhaßt, aber in Paris wohlgekommen waren. Herrscher vom Schlage des Kaisers Jean-Bedel Bokassa aus der Zentralafrikanischen Republik bis zu Togos Diktator Eyadema konnten sich lange Zeit auf Nothilfe aus dem alten Mutterland verlassen.

Das unterhält bis heute auf dem Schwarzen Kontinent sechs Militärstützpunkte und Truppenkontingente mit

Bollwerk gegen die kulturelle Expansion des Englischen

insgesamt knapp 9000 Soldaten. An fünf afrikanische Staaten hat Frankreich im vergangenen Jahr rund 200 Millionen Francs Militärhilfe gezahlt; das meiste bekamen Tschad (55 Millionen) und Senegal (21 Millionen). Der Regierung von Ruanda wurden 12 Millionen überwiesen. An französischen Militärakademien erhalten derzeit 1330 Offiziere aus Afrika den letzten Schliff.

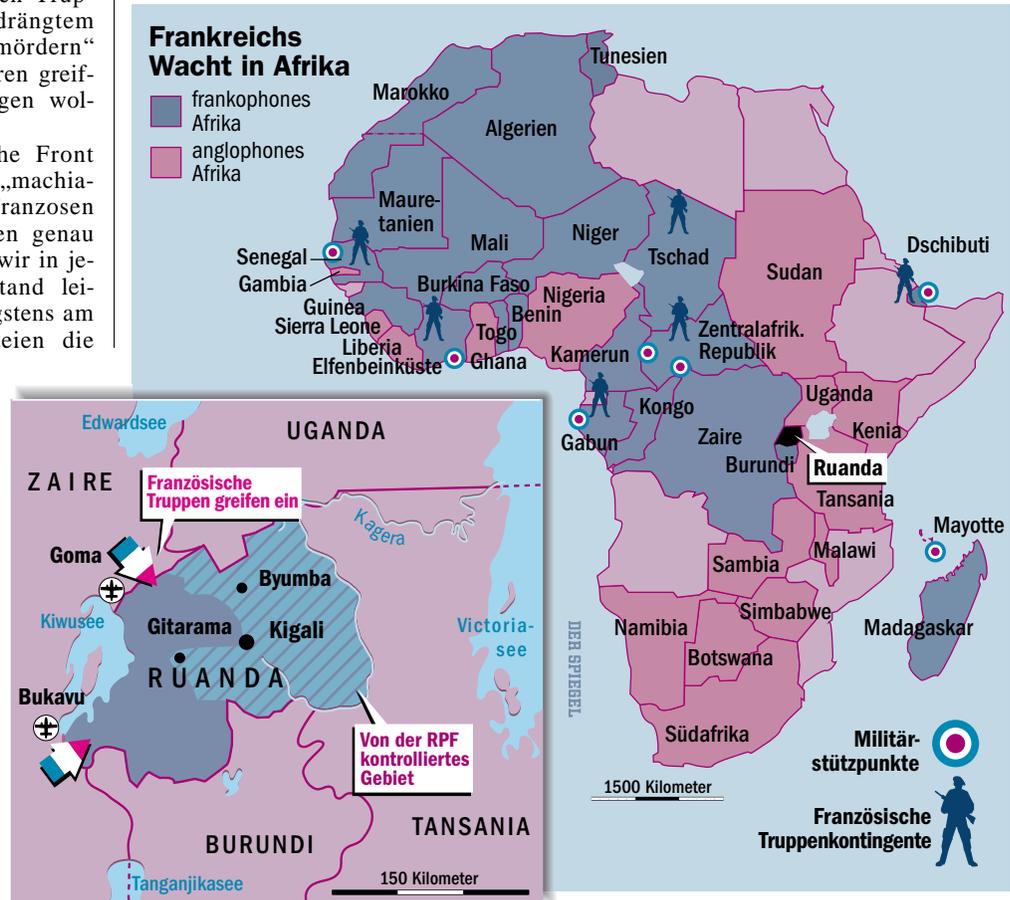
Solche Kumpanei schafft Beziehungsnetze. So schließen frankophone afrikanische Ölländer wie Kamerun, Gabun und Kongo-Brazzaville Geschäftsverträ-

ge fast ausschließlich mit der französischen Gesellschaft Elf ab. Wenn Kongo-Präsident Lissouba mal mit der amerikanischen Occidental verhandelt, mahnt Paris ausstehende Schulden an, und „Elf behält sein unfaires Monopol“, wie die Fachzeitschrift *West Africa* bedauert.

Neben Kommerz geht es auch um die Verteidigung der Sprachfront im Abwehrkampf gegen das immer mächtiger werdende Englisch. Die Franzosen wollten ein „Bollwerk gegen die wirtschaftliche und kulturelle Expansion der USA“ errichten, verkündete Staatspräsident François Mitterrand im Oktober auf der Insel Mauritius beim Gipfeltreffen der „Francophonie“, dem vier Kontinente umspannenden Klub französischsprachiger Gemeinschaften.

Frankreichs geradezu besessene Verteidigung der eigenen Sprache mag mit erklären, weshalb Paris in Kamerun unverdrossen auf den Präsidenten Paul Biya setzt, einen Juristen mit Sorbonne-Abschluß, und nicht auf den Oppositionsführer John Fru Ndi. Der hatte nach Ansicht neutraler Beobachter die letzten Wahlen gewonnen – aber Fru Ndi stammt aus jenem Teil Kameruns, der vor der Unabhängigkeit England unterstand, und bevorzugt die Sprache jener ehemaligen Kolonialmacht.

Um seinen Einfluß zu erweitern, scheute Frankreich auch Blutvergießen



Ein Flop? Nein.

RUDOLF AUGSTEIN

Wir sehen heute jeden Tag die Unfähigkeit der Uno, und sei es eine relative Unfähigkeit, gerade die schlimmsten Konflikte wie den in Ruanda zu bewältigen. Sie wird kritisiert, aber es gibt kein Rezept.

Henry Kissinger beschäftigt sich in seinem neuen Buch „Diplomacy“, in Deutschland unter dem Titel „Die Vernunft der Nationen“ erschienen, nicht ohne Ironie mit Roosevelts Vorstellungen von einer neuen Weltordnung.

Kissingers Kritik ist zwiespältig. Man kann nicht annehmen, daß er Franklin Delano Roosevelts Innenpolitik sonderlich schätzt. Was aber dessen Außenpolitik betrifft, so hat er ihm immerhin die höchste Medaille, den Vergleich mit Abraham Lincoln, angeheftet. Auch Kissinger scheint klar zu sein, daß ohne Roosevelts strikten Willen eine Uno überhaupt nicht hätte entstehen können.

Roosevelt hatte mehrmals die Idee vorgetragen, „Vier Weltpolizisten“ sollten die Nachkriegsordnung garantieren: die Vereinigten Staaten natürlich, die Sowjetunion, das China Tschiang Kai-scheks und Großbritannien. Frankreich sollte nicht dabeisein, sicher ein auf Roosevelts Abneigung gegen de Gaulle und Frankreich beruhender Fehler. Je nach Blickpunkt kann man das System der „Vier Weltpolizisten“ als Kern eines später doch noch entstandenen Systems wie auch als Flop betrachten.

Man versteht Henry Kissinger gut, wenn er die Schwächen des Rooseveltschen „Vier Polizisten“-Systems schonungslos bloßlegt. Aber zugeben muß man doch auch, daß die Welt ohne die Vereinten Nationen es noch schwerer hätte.

Roosevelts Konzept der „Four Policemen“ hat sich in Wahrheit als dauerhaft und entwicklungsfähig erwiesen. Aus einer ziemlich absurd scheinenden Idee, ist sie nur fundiert, kann sich im Laufe der Zeit durchaus etwas Brauchbares entwickeln.

Weil das so ist, wagt Kissinger den nicht ganz einsichtigen Vergleich mit Metternichs Konzept der Heiligen

Allianz. Kissinger selbst weiß, daß seine amerikanischen Liberalen von solch einer Vorstellung zurückschrecken würden. Man muß nicht gerade zurückschrecken, aber vielleicht doch fragen, wo hier der Vergleichspunkt liegen könnte.

Woran lag es denn, daß Metternichs System funktionierte, Roosevelts System aber nicht?

Kissinger bietet eine Menge Erklärungen an, und sie mögen ja ganz oder teilweise stimmen. Trotzdem ist dies eine Rechnung ohne Wirt, denn was Metternich wollte, war zwar eine Politik der Balance, die aber die Prinzipien der konservativen Religionen zur Grundlage hatte. Hier zeigt sich die Relativität historischer Vergleiche wohl besonders deutlich.

Natürlich ist immer auch damit zu rechnen, daß ein wichtiger Mann zur Unzeit, jedenfalls vorzeitig, stirbt. Aber Metternich ist ja gar nicht zur Unzeit gestorben, sein System war am Ende. Ebenso muß man sehen, daß die Nachfolger Metternichs dessen Politik schwerlich hätten fortsetzen können.

Stalin hingegen, der mit einer „balance of power“ nichts im Sinne hatte, drückte der Nachkriegszeit noch bis zu seinem Tode 1953 seinen Stempel auf.

Es kann nun einmal die Ära Metternich nach den Napoleonischen Kriegen nicht mit der Zeit nach Hitlers Tod oder Japans Niederlage verglichen werden.

Roosevelts Vorstellung, eine Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, der Sowjetunion und „possibly China“ würde eine Art Entmilitarisierung aller übrigen Staaten ermöglichen, mag eine Chimäre gewesen sein. Aus dieser Chimäre aber ist die heutige Uno entstanden, ohne deren noch so anfällige Existenz wir alle schlechter dastünden. Die Uno hat sich inzwischen immerhin entwickelt, und das wird sich fortsetzen.

Der einzige potente Weltgondarm, die USA, könnte auch dann nicht überall eingreifen, wenn er es wollte. Nicht zuletzt muß auch der US-Präsident seine und die Interessen seines Landes berücksichtigen.

nicht. So unterstützte es Ende der sechziger Jahre diplomatisch und militärisch den Sezessionsstaat Biafra, der sich von Nigeria, dem anglophonen Giganten des Kontinents, lösen wollte.

In jüngster Vergangenheit hat Paris dem Rebellenführer Charles Taylor im englischsprachigen Liberia helfen lassen: Über die frankophone Elfenbeinküste erhielten die Aufständischen Nachschub; französische Techniker errichteten Taylor in seiner Hauptstadt Gbarnga eine Radiostation.

Afrikaner sehen denn auch den angeblich humanitären Einsatz in Ruanda als Krieg zwischen der Frankophonie und der Anglophonie um die Vorherrschaft in diesem Teil des Kontinents: Während die Franzosen seit 1990 die Hutu-Armee gegen die Befreiungsbewegung RPF aufrüsteten, sind deren Tutsi-Kämpfer überwiegend Nachkommen vertriebener Ruanda-Bürger, die im anglophonen Nachbarland Uganda aufgewachsen sind; sie sprechen lieber Englisch.

Mit Fallschirmjägern und Militärberatern unterstützte Paris die Armee der Hutu-Regierung im Krieg gegen die Aufständischen. Dabei stießen französische Kommandos sogar heimlich nach Uganda vor, um die Truppenbewegungen der RPF auszuspähen.

In kritischen Kampfsituationen feuerten die Soldaten mit der Trikolore gelegentlich selbst die Geschütze ab, die Frankreich den Ruanda-Streitkräften geliefert hatte. Als die Massaker der Hutu-Milizen im April begannen, blieb den Franzosen jedes Eingreifen untersagt, was viele Offiziere, die Augenzeugen von Greuelthaten wurden, noch heute als Trauma empfinden.

„Die Invasion könnte die ganze Region in Brand setzen“

Für die Operation Türkis spannt Paris jetzt einen alten, zwielfichtigen Verbündeten ein: Zaires Präsidenten Mobutu Sese Seko. Der abgewirtschaftete Diktator hat sein Land den Franzosen als Aufmarschgebiet zur Verfügung gestellt. Mobutu gibt sich als Friedensvermittler und hofft auf neue Unentbehrlichkeit, nachdem die Amerikaner ihn fallengelassen hatten.

Statt Frieden zu bringen, könnte die französische Invasion die Krise im Herzen Afrikas erst recht anfachen. „Sie könnte die ganze Region in Flammen aufgehen lassen“, warnt RPF-Präsident Alexis Kanyarengwe, „die Grenzgebiete von Zaire und Burundi haben den gleichen Menschenschlag und die gleiche Geographie wie Ruanda.“

USA

Weiche, Satan

Fromme Ultras unterwandern die Republikanische Partei und mindern ihre Wahlchancen.

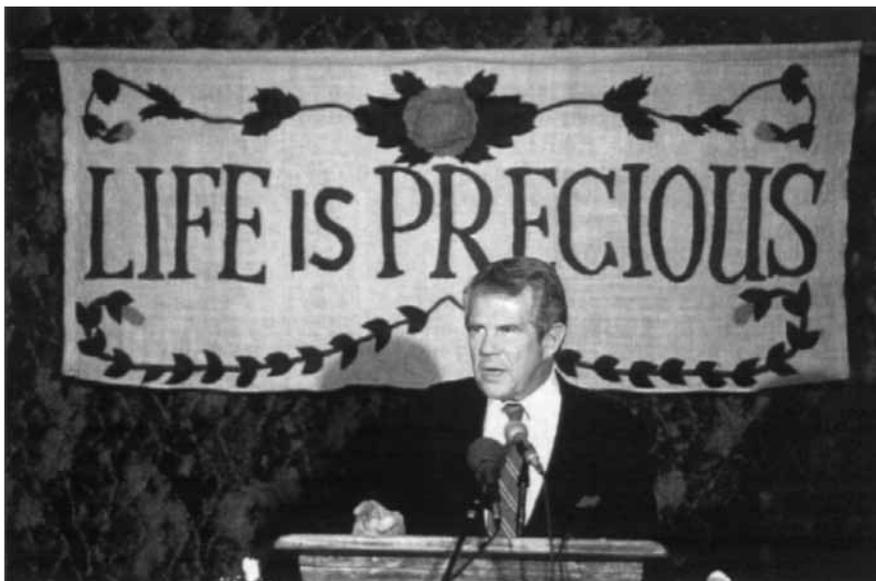
Allen Quist, ein Farmer aus dem Mittelweststaat Minnesota, ist ein Christ mit unverrückbaren Überzeugungen. Beispielsweise hält es der Vater von zehn Kindern für „genetisch vorbestimmt“, daß der Mann die Rolle des Haushaltsvorstands übernimmt.

Selbstverständlich hat sich Quist, 49, ein Leben lang gegen jede Form von Abtreibung ausgesprochen. Als seine schwangere Frau bei einem Autounfall ums Leben kam, bestand er darauf, daß der tote Fötus zu ihr in den – offenen – Sarg gelegt wurde.

Solche Prinzipienfestigkeit imponierte auch den Republikanern von Minnesota. Auf dem Landesparteitag am vorletzten Wochenende kürten sie Quist zum Kandidaten für das Amt des Gouverneurs. Dabei störte sie keineswegs, daß ein Parteifreund das Amt bereits ausübt – ohne frommen Eifer. Deshalb fiel er bei den Delegierten durch.

Im Präriestaat Minnesota haben fundamentalistische Christen die Partei Abraham Lincolns und Ronald Reagans erobert. Sie sehen es als wichtigste politische Aufgabe an, gegen den moralischen Verfall der USA zu kämpfen.

Auch in anderen Landesparteien haben die frommen Fundis die Macht



Fernsehprediger Robertson: „Feminismus führt zu Hexerei“

übernommen. In Texas trat der bisherige Parteichef nicht einmal mehr zur Wiederwahl an. Gegen die christlichen Heerscharen hätte er keine Chancen gehabt.

Nicht immer war auf dem Konvent in der Landeshauptstadt Austin auszumachen, ob sich die Delegierten zu einem Partei- oder einem Kirchentag versammelt hatten. Wagte ein Redner zu behaupten, in der Partei müsse auch Platz für Abtreibungsbefürworter sein, tönte ihm ein entrüstetes „Weiche, Satan!“ entgegen. Selbsternannte Priester versuchten, politische Gegner durch Handauflegen vom rechten Weg zu überzeugen.

Im Südstaat Virginia erkoren Anfang des Monats rechtgläubige Republikaner den ehemaligen Marineinfanterie-Oberstleutnant Oliver North zum Kandidaten für den US-Senat. North hatte als Mitglied des Sicherheitsrats von Ronald Reagan illegal die nicaragua-

nischen Kontra-Rebellen unterstützt. Nach dem Ende des Kalten Kriegs führt er einen diffusen Moralkreuzzug, der ihm das blinde Vertrauen seiner Anhänger bescherte.

Entrüstet verweigerte daraufhin der angesehenste Republikaner von Virginia, Senator John Warner, seiner Partei die Unterstützung im kommenden Wahlkampf. Doch Republikaner, die sich Hoffnungen machen, 1996 gegen Bill Clinton anzutreten, können es sich offenbar nicht leisten, North ihre Hilfe zu verweigern.

Sogar Oppositionsführer Bob Dole, einer der mächtigsten Senatsfürsten und bislang nicht durch einen besonders heiligen Lebenswandel hervorgerufen, schickte dem Ex-Marineinfanteristen mit den treuen Augen und der frommen Macke einen Wahlkampfscheck.

Prominente Republikaner, vom ehemaligen Außenminister James Baker bis zum Kalifornien-Gouverneur Pete Wilson, die sich 1996 möglicherweise um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner bewerben wollen, mußten Bekenntnisse zu Treu und Glauben ablegen. Denn auf dem Parteitag der Republikaner in Iowa am vergangenen Wochenende stand ein erster Popularitätstest für 1996 auf dem Programm. Und auch Iowa ist fest in den Händen der militanten Gottesstreiter.

In sechs Landesorganisationen haben die Fundis bereits die Macht übernommen, in einem Dutzend weiterer bilden sie einen entscheidenden Machtfaktor.

Besonnene Strategen der Konservativen sehen den Durchmarsch der Partei mit Schaudern. Weil das Ansehen des Demokraten Bill Clinton schwer angeschlagen ist, hoffen die Republikaner bei den Kongreßwahlen im November auf zusätzliche 25 bis 30 Sitze im Repräsentantenhaus sowie auf vier bis fünf weitere



Betende Fundamentalisten: „Glaube an Gott, Vaterland und Mutterschaft“

Belorußland

Schüsse in der Nacht

Bei der Wahl des ersten Staatsoberhauptes stimmten die meisten Bürger gegen die Unabhängigkeit.

Still und geduldig pflegen die Einwohner den Ackerbau und fertigen in ihren Fabriken vornehmlich Maschinen, Fahrzeuge und Waffen. Sie halten nichts von Großmachtpolitik, wie sie die Gemüter im fernen Moskau bewegt. Doch vorigen Donnerstag leisteten sie sich eine Eskapade: Sie votierten für einen Scharlatan als Staatsoberhaupt.



Gewinner Lukaschenko, unterlegener Premier Kebitsch: Falscher Feind

Der Professor, der nun als Staatsoberhaupt fungierte, hatte sich bei der Bewältigung der Tschernobyl-Folgen bewährt. Das Atomunglück in der Ukraine verstrahlte ein Fünftel der belorussischen Fläche.

Im Januar mußte sich Schuschkekewitsch unerhörten Vorwürfen stellen: Der umtriebige Vorsitzende einer Parlamentskommission zur Ahndung der Korruption, Alexander Lukaschenko, beschuldigte ihn, staatseigenes Baumaterial (im Wert von 800 Dollar) für seine private Datsche verwendet zu haben.

Die kommunistische Parlamentsmehrheit, angeführt vom Ministerpräsidenten Wjatscheslaw Kebitsch, 58, nutzte die Gelegenheit, den Freigeist Schuschkekewitsch zu stürzen. Die Zeiten haben sich gewendet, die Reaktionäre übten Rache dafür, daß Schuschkekewitsch zusammen mit dem Russen Boris Jelzin und dem Ukrainer Leonid Krawtschuk 1991 die Sowjetunion zerstückelte.



Senatorenposten. Damit wäre eine Defacto-Mehrheit der Opposition in greifbare Nähe gerückt.

Doch je mehr Ultra-Rechte kandidieren, desto mehr Vorsprung gewinnen die Demokraten in Umfragen. Die religiöse Rechte sei ein Mühlstein am Hals der Republikaner, schrieb das konservative *Wall Street Journal*.

Die militanten Christen sind inzwischen so stark geworden, daß ohne sie nichts mehr läuft. Nach mehreren Skandalen um berühmt-berühmte Fernsehprediger und der gescheiterten Präsidentschaftsbewerbung des Star-Reverend Pat Robertson traten die Religiösen zum langen Marsch durch die Institutionen an.

Sie boten sich bei Delegiertenwahlen an und ließen sich in die Aufsichtsgremien der Schulbezirke wählen, von denen sie landesweit rund 15 Prozent kontrollieren. Dort können sie jetzt ihrem Hang zur Bücherzensur nachgehen.

Im Regierungsbezirk Lake in Florida müssen Lehrer seit der Übernahme des School Boards durch patriotische Christen unterrichten, daß amerikanische Kultur „anderen ausländischen oder historischen Kulturen“ überlegen sei. In Kalifornien verkünden Lehrpläne für den Sexualkundeunterricht, daß Geburtenkontrolle gefährlich sei.

Knapp 20 Prozent aller republikanischen Wähler können derzeit der christlichen Rechten zugeordnet werden. „Sie glauben an Gott, Vaterland und Mutter-schaft“, sagt Margaret Tutwiler, eine prominente Republikanerin. „Wie furchterregend kann das schon sein?“

Beträchtlich, wenn es nach den Vorstellungen demokratischer Wahlkampfstrategen geht. Der Präsident selbst wirft seinen Gegnern vor, über moralische Fragen einen „Kulturkampf“ angezettelt zu haben.

Der rechte Prediger Jerry Falwell hatte in seiner Fernsehshow „The Old Time Gospel Hour“ für den Verkauf einer Videokassette geworben, in der Clinton mit „mysteriösen Todesfällen“ in Arkansas in Verbindung gebracht wird – „skurrile Fehlinformationen“, von denen sich Clinton am Freitag heftig distanzierte.

Der Clinton-Berater Paul Begala verspricht, „die Republikaner für die Radikalen in ihren Reihen verantwortlich zu machen“. Zu diesem Zweck hat er im vergangenen Wahlkampf Aussagen prominenter Radikalensks gesammelt, mit denen er nun moderate Wähler erschrecken will. Sein Lieblingsstück ist ein Bettelbrief des feuerspeienden Fernsehpastors Pat Robertson.

Der Feminismus, warnte der gute Hirte darin, sei „eine sozialistische Bewegung, die gegen die Familie gerichtet ist. Sie ermuntert die Frauen, ihre Männer zu verlassen, ihre Kinder zu töten, der Hexerei zu verfallen und Lesbierinnen zu werden“.

Ihr Land in Europas nahem Osten ist kaum bekannt: Weiß- oder Belorußland. Es ist sowenig russisch wie die Ukraine im Süden. Die Menschen sprechen eine eigene ostslawische Sprache.

Nie zuvor hatten sie einen eigenen Staat, zum erstenmal hielten sie jetzt freie Wahlen ab. Nie auch hatten die Belorussen den Zorn ihrer Herren herausgefordert. Im Frühjahr 1991 jedoch, noch vor dem Putsch gegen Gorbatschow in Moskau, verloren sie plötzlich ihre übliche Geduld: 100 000 forderten in der Landeshauptstadt Minsk freie Wahlen und die Unabhängigkeit von Rußland. Nach dem Scheitern des Moskauer Staatsstrechs rief der Minsker Oberste Sowjet die „Republik Belarus“ aus und wählte einen neuen Vorsitzenden, den Atomphysiker Stanislaw Schuschkekewitsch, 59.

Zur ersten Volkswahl eines Präsidenten für ihre Republik am vergangenen Donnerstag bewarben sich der gescheiterte Reformler Schuschkekewitsch, sein Gegenspieler Kebitsch und auch der dreiste Fahnder Lukaschenko, dazu noch ein nationaler Demokrat und zwei Altkommunisten.

Der Ex-Präsident warb für Marktwirtschaft, Staatsland in Bauernhand und Annäherung an den Westen Europas. Irgendwelche Wirtschaftsreformen hat es bislang in Belarus nicht gegeben; die Menschen leiden unter dem wirtschaftlichen Niedergang, wie beim Nachbarn Ukraine.

Seit Schuschkekewitschs Abtreten im Januar sank die Industrieproduktion bis April um 35 Prozent. Die Preise stiegen um 40 Prozent im Monat (Rußland: 8 Prozent). Die Druckerpresse vermehrte



Armut in Minsk: Jeden Monat steigen die Preise um 40 Prozent

seit Jahresanfang die Geldmenge um das 28fache; die Landeswährung mit dem Abbild eines Hasen auf den Banknoten ließ sich im Januar 5 : 1 gegen den Rubel tauschen – der heute 12 Hasen kostet.

Im Wahlkampf hatte Reformler Schuschkewitsch mit allerlei Tücken zu kämpfen: Kam er zu einem gemieteten Saal, waren die Türen verschlossen. Sprach er im Rundfunk, fiel teilweise die Übertragung aus. Oppositionsblätter sind verboten. Ein Regierungsorgan druckte einen Artikel nach, der angeblich aus einer holländischen Zeitung stammte: Schuschkewitschs Eltern, beide Gulag-Opfer, seien ein polnischer Katholik und eine Jüdin gewesen – was in Belorußland der Popularität Abbruch tut.

Schuschkewitsch wurde vorige Woche mit rund zehn Prozent der Wählerstimmen abgeschlagen. Doch auch dem Platzhalter Kebitsch, Regierungschef noch aus der Sowjetzeit und Kandidat der alten Nomenklatura, half die amtliche Weisung wenig, in den Schaufenstern der Staatsläden und an den Häuserwänden mit seinem Konterfei und der Wahlparole zu werben: „Immer mit Ihnen“.

Der Allgegenwärtige plädiert für die Wiedervereinigung mit Mütterchen Rußland, das russisches Öl und Gas nur gegen Devisen liefert, über die Belarus nicht verfügt.

Die Erpressung diente dem alten Planwirtschaftsfunktionär Kebitsch dazu, mit Moskau – verfassungswidrig – eine Währungsunion zu vereinbaren, die sein Land der ökonomischen Vorherrschaft Rußlands unterwirft.

Kurz vor der Wahl verordnete der Premier eine volksfreundliche Preissenkung für Lebensmittel und Wodka um zehn Prozent. Dennoch erntete Kebitsch am Donnerstag nicht einmal 20 Prozent der Stimmen. Hatte er gegen den falschen Feind gefochten? Gewinner war der Korruptionsjäger, der Schuschkewitsch gefällt hatte: Alexander Lukaschenko, 39.

Die zehn Millionen Belorussen haben sich – bei fast 79 Prozent Wahlbeteili-



gung – mit beinahe der Hälfte aller abgegebenen Stimmen einem Mann zugewandt, der so etwas ist wie der Schirinowski von Belarus.

Telegen wie sein russischer Vorläufer, mit Schnurrbart, kaufte er sich Werbezeit im Fernsehen. Der ehemalige Leiter einer Kolchose schmeichelte sich bei den Leuten vom Lande ein, welche die Unehrllichkeit der Politiker verachten: „Mein erstes Dekret als Präsident wird

binnen 24 Stunden die Schurken und korrupten Beamten aus der Regierung spülen“, versprach er.

Die Mafia habe den Staat von oben bis unten verfaulen lassen. Über fast jeden Spitzenmann führt er ein Dossier.

Konkret beschuldigte Lukaschenko zwei Vizepremiere und den Außenhandelsminister der Bestechlichkeit, ebenso den Staatsbankchef (der sich gegen die Währungsunion wandte) und den Verteidigungsminister. Der sei mit seinem Staatssekretär samt Ehefrauen im Regierungsflugzeug in den Urlaub gereist: „Ich könnte auch erzählen, wie die Regierung Waffen und Öl nach Jugoslawien geschickt hat.“

Kebitsch wehrte sich matt: Er ließ im Fernsehen den Brief einer Stewardess verlesen, wonach der Passagier Lukaschenko Schokoladenriegel gestohlen habe.

Das konnte ihn indes den Wählern nur empfehlen. Immer neue Verdächtigungen holte Lukaschenko hervor: Erzfeind Schuschkewitsch habe auch die Datschen von Verwandten mit öffentlichen Mitteln reparieren lassen und privat Land verkauft, das dem Staat gehörte. Schlimmer: Er sei mit westlichen Geheimdiensten verbunden.

Eine Provokation seiner Gegner nannte er hingegen die Entdeckung eines Lkw, der 20 Tonnen in Deutschland gedruckter Flugblätter für Lukaschenko geladen hatte.

Sein bestes Stück führte er eine Woche vor der Wahl auf. Gegen Mitternacht fielen zweimal Schüsse auf seinen orangefarbenen Mercedes. Eine Patrone durchschlug einen Sitz, Lukaschenko blieb unverletzt. Ein Begleiter sagte aus, die Kugel habe seinen Chef nur „um sieben Zentimeter“ verfehlt. Anschließend ging Lukaschenko mit seinen vier Leibwächtern („Mein Team – alles junge, energische Burschen“) spazieren, erst Stunden später meldete er den Vorfall der Polizei.

Vize-Innenminister Sobelewski und KGB-Untersuchungsführer Snopok sind sich sicher, daß dieses Attentat vom Opfer selbst veranstaltet wurde.

Binnen drei Wochen ist die Stichwahl zwischen Lukaschenko und Kebitsch fällig. In Sachen Unabhängigkeit sind sich beide einig. „Wir können uns nicht einfach von Rußland trennen“, lautet Lukaschenkos politisches Programm. „Wir sind geboren, zusammen zu sein.“

„Kann der Teufel Gutes tun?“

Senatspräsident Carlo Scognamiglio über die Aufgaben der Regierung Berlusconi und den Faschismus

SPIEGEL: Bill Clinton und Helmut Kohl haben Ihrem Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi in den vergangenen Wochen gleichsam den Ritterschlag erteilt und ihn als gleichwertigen Partner akzeptiert. Sind damit die Berührungängste gegenüber der neuen italienischen Regierung überwunden?

Scognamiglio: Wir waren schon ein wenig schockiert, daß unsere langjährigen Verbündeten und Freunde – Deutsche, Franzosen, Amerikaner – glauben konnten, bei uns stehe die Machtübernahme durch Rechtsextremisten bevor. Wir haben getan, was in Familien üblich ist, wenn es Mißverständnisse gibt: Wir haben uns bemüht, Klarheit zu schaffen.

SPIEGEL: Die Gründe für das Zögern und das Mißtrauen im Ausland waren doch verständlich.

Scognamiglio: Ja, was in Italien passierte, ist in doppelter Hinsicht neu: Da gewann eine Kraft die Wahlen, die keine erkennbaren Wurzeln in den traditionellen Parteien Europas hat. Und dann hat natürlich Berlusconi Koalition mit einer politischen Gruppe, die wenigstens teilweise auf den Faschismus zurückgeht, großes Aufsehen erregt. Alles Neue und Unbekannte schafft Beunruhigung bei den anderen.

SPIEGEL: Rechtsradikale Parteien gibt es überall in Europa, wie die Republikaner in Deutschland, die Nationale Front



Senatspräsident Scognamiglio: „Die Begeisterung für Berlusconi wird anhalten“

in Frankreich. Aber Berlusconi hat ein Tabu gebrochen: Zum erstenmal sitzen postfaschistische Minister in einer demokratisch gewählten Regierung. Ist das kein Grund zur Beunruhigung?

Scognamiglio: Die Nationale Allianz unter Gianfranco Fini verneint alles, was den Faschismus in der Geschichte ausmachte. Finis Partei lehnt die Diktatur ebenso ab wie Aggression nach außen und Rassismus im Innern.

SPIEGEL: Wenn das alles wirklich Vergangenheit ist, warum hat Finis Partei dann nie so eindeutig mit ihren undemokratischen Ursprüngen abgerechnet wie die Linke mit Stalinismus und Kommunismus?

Scognamiglio: Die Entfernung zwischen Alleanza Nazionale und dem Faschismus ist wesentlich größer als der Abstand zwischen der Partei der demokratischen Linken und dem Kommunismus. Das Ende des Faschismus liegt fast 50 Jahre zurück. Es ist doch albern, ständig den Bruch mit einer Vergangenheit zu fordern, die ohnehin seit einem halben Jahrhundert tot und begraben ist.

SPIEGEL: Gerade deshalb sollte es nicht schwierig sein, deutlich vor aller Welt zu erklären: Wir haben mit dem Faschismus von einst nichts zu tun.

Scognamiglio: Aber das hat Fini doch schon bis zum Überdruß gesagt . . .

SPIEGEL: . . . er laviert, er redet mit zwei Zungen. Auf der einen Seite legt er glühende Bekenntnisse zur Demokratie ab. Auf der anderen sagt er, der Faschismus habe auch viel Gutes gehabt; es gebe eben Zeiten, in denen die Freiheit nicht das höchste Gut sein könne. Wird er damit Berlusconis Regierung nicht immer wieder in Verlegenheit bringen?

Scognamiglio: Ich kann Ihnen nicht verweigern, Eindrücke zu haben und Ihre Schlüsse daraus zu ziehen. Mein eigener Schluß ist, daß Finis Ambivalenz nur ein Problem für den Parteivorsitzenden Fini ist. Für mich bleibt entscheidend, daß er sich ganz klar auf die Seite der Demokratie gestellt hat. Alle Diktaturen haben ein Kapitalverbrechen gemeinsam – den Verrat an der Demokratie.

SPIEGEL: Fini und seine Freunde sehen das nicht so. Sie unterscheiden zwischen einem positiven Faschismus, der angeblich bis 1938 dauerte. Erst danach, unter Hitlers Einfluß, habe Mussolini Schlimmes angerichtet. Können auch Sie etwas Gutes am Duce finden?

Scognamiglio: In keiner Weise. Für mich als Demokrat ist ganz klar, daß jemand, der sich auf die Seite des Bösen gestellt hat, nichts Gutes bewirkt. Kann der Teufel Gutes tun?

Carlo Scognamiglio

ist als Präsident des italienischen Senats nach dem Staatsoberhaupt zweiter Mann im Staat. Er zählt zu den neuen Gesichtern in der italienischen Politik – 1992 auf der Liste der inzwischen untergegangenen Liberalen Partei in den Senat gewählt und in diesem Jahr Silvio Berlusconis „Forza Italia“ beigetreten. Für Italien wünscht sich Scognamiglio, 49, einen Parlamentarismus nach englischem Vorbild, in dem der Regierungsmehrheit eine klare Opposition entgegensteht. Der Senatspräsident, Sohn einer reichen Reedersfamilie aus Varese, studierte an der Londoner School of Economics und wurde mit 40 Jahren Rektor der römischen Wirtschaftsuniversität Luiss.

SPIEGEL: Der Bocksfuß läßt sich ja nicht verbergen. Immer wieder fordern Mitglieder der Alleanza Nazionale äußerst anrühige Dinge, zum Beispiel Homosexuelle in Konzentrationslager zu sperren oder die Grenzen zu den ehemals jugoslawischen Republiken neu zu ziehen.

Scognamiglio: Das sind nur ganz vereinzelte Stimmen von Figuren, über deren Denken der Staub der Geschichtsbücher liegt. Niemand in Italien will die Adriagebiete Istrien, Dalmatien und die Hafenstadt Rijeka zurückholen. Und gibt es nicht auch in Deutschland Gestrige, die immer wieder die Rückgabe der Ostgebiete fordern?

SPIEGEL: Die sitzen nicht in der Regierung.

Scognamiglio: Auch die Extremisten der Nationalen Allianz haben keine Regierungssämter.

SPIEGEL: Trotz seines fulminanten Siegs ist Berlusconi mit der Verteilung der politischen Kräfte so unzufrieden, daß er schon wieder an Wahlen denkt. Warum denn das?

Scognamiglio: Das Wahlergebnis hat klar gezeigt, welche Art von Regierung die Italiener haben möchten. Aber unser neues Wahlsystem hat bewirkt, daß die Opposition, die eine knappe Mehrheit im Senat hat, die neue Regierung lahmlegen und ihre Gesetzgebung blockieren kann. Wenn das so weitergeht, muß neu gewählt werden.

SPIEGEL: Damit Forza Italia noch einmal wie bei der Europawahl kräftig zulegen kann?

Scognamiglio: Die Begeisterung für Berlusconi wird anhalten, weil die Ablehnung des alten, korrupten Regimes Italien fundamental verändert hat.

SPIEGEL: Der Neuerer Berlusconi wird bald konkrete Erfolge vorweisen müssen. Er hat versprochen, eine Million Arbeitsplätze in einem Jahr zu schaffen. Wie soll das gehen, wenn überall sonst in Europa Arbeitsplätze in der Industrie abgebaut werden?

Scognamiglio: Es gibt ein paar wichtige erste Schritte. Nirgendwo sind die Kosten bei der Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes so hoch wie in Italien. Wir brauchen mehr Flexibilität, weniger staatliche Vorschriften. Vorschläge dafür hat die neue Regierung bereits gemacht. Jetzt liegt es am Parlament und an den Gewerkschaften, ihnen zuzustimmen.

SPIEGEL: Damit allein wird sich Berlusconis Verheißung eines italienischen Wunders wohl nicht erfüllen.

Scognamiglio: Gewiß nicht. Das kann Italien nicht allein schaffen. Deshalb finde ich es gut, daß Kommissionspräsident Delors einen europäischen Beschäftigungsplan und ein gemeinsames Projekt zur Förderung von Wirtschaftswachstum vorgeschlagen hat.

SPIEGEL: Solches Vertrauen auf Planung von oben überrascht bei Vertretern der freien Marktwirtschaftslehre wie Ihnen und Berlusconi. Kommen da nicht nur staatlich subventionierte Arbeitsplätze heraus?

Scognamiglio: Ich denke an potentielle Gemeinschaftsprojekte wie die Schaffung eines Hochgeschwindigkeitsbahnsystems. Die EU könnte einen europäischen Marshallplan für die Schaffung von Arbeitsplätzen entwerfen.

SPIEGEL: Und wie sollte der finanziert werden?

Scognamiglio: Über internationale Anleihen. 150 Milliarden Ecu, das entspricht drei Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts, würden reichen.

SPIEGEL: Die Regierung Berlusconi muß auch die Auswüchse des italienischen Sozialstaats zurückschneiden. Das

haus wenden zu müssen. Es gibt keine Auswahl, der Staat hat das Monopol. Die moderne liberale Vorstellung will dieses Monopol abschaffen und wieder Wettbewerb im Gesundheitswesen herstellen.

SPIEGEL: Durch Privatisierung?

Scognamiglio: Privatisierung ist kein Allheilmittel. Andere Sektoren sind dafür besser geeignet, etwa Telekommunikation oder die Energieversorgung. Wir müssen zeigen, daß Privatisierung im Interesse der Öffentlichkeit liegt.

SPIEGEL: Die dritte große Aufgabe ist der Kampf gegen das Organisierte Verbrechen. Führende Forza-Italia-Politiker haben verkündet, daß das Gesetz zum Schutz der Kronzeugen gegen die Mafia abgeschwächt werden soll. Nimmt die neue Regierung den Kampf gegen die Mafia weniger ernst?



Regierungschefs Berlusconi, Kohl*: „Staub der Geschichtsbücher“

hört sich gelegentlich so an, als seien Ronald Reagan und Margaret Thatcher ihre Vorbilder.

Scognamiglio: Die Berlusconi-Regierung will den sozialen Schutz für die Bürger des Landes nicht abbauen, sie will ihn lediglich anders organisieren. Wir hatten bisher ein Sozialsystem, das dem von sozialistischen Staaten sehr ähnlich war. Jeder Italiener hat zum Beispiel Anspruch auf medizinische Versorgung. Aber die bekommt er nur, wenn er das staatliche Gesundheitswesen benutzt.

SPIEGEL: Und das kann heißen, monatelang auf eine dringende Röntgenaufnahme zu warten.

Scognamiglio: Oder sich bei Zahnschmerzen an das staatliche Kranken-

Scognamiglio: Auf keinen Fall. Forza Italia und die mit ihr verbündeten Kräfte haben Regierungen ersetzt, die viele Jahre das ungehinderte Wachstum des Organisierten Verbrechens ermöglichten. Denken Sie ja nicht, daß wir nach dem berühmten Prinzip aus dem Roman „Der Leopard“ verfahren wollen, nachdem „alles verändert werden muß, damit alles bleibt, wie es ist“.

SPIEGEL: Immerhin hat es im Wahlkampf Anzeichen dafür gegeben, daß die Mafia versucht, die Berlusconi-Bewegung zu unterwandern.

Scognamiglio: Jede neue Bewegung kann unterwandert werden. Entscheidend ist, daß die Wähler sich von jenen politischen Kräften getrennt haben, die zu duldsam mit der Mafia umgingen.

* Am 16. Juni in Bonn.



Anti-Fini-Demonstranten: „Deutlich sichtbarer Reichtum“

SPIEGEL: Herr Senatspräsident, Berlusconi ist ein Unternehmer, der es gewohnt ist, daß seine Anordnungen unverzüglich befolgt werden und Erfolge sich schnell einstellen. Hat er die Geduld und die Ausdauer, um notwendige Reformen durchzusetzen und die ungeheuren Probleme des Landes zu lösen?

Scognamiglio: Er hat seine Chance vom Wähler bekommen, jetzt muß er sie nutzen. Ich halte die Gefahr für gering, daß er der Politik schnell überdrüssig werden könnte. Wahrscheinlicher ist, daß er ihr verfällt.

SPIEGEL: Schon jetzt hat sich gezeigt, wie gern er den Versuchungen des Populismus erliegt. Der direkte Fernseh-Appell ans Volk ist ihm lieber als mühselige parlamentarische Arbeit. Kündigt sich damit ein neuer Führungsstil an?

Scognamiglio: Berlusconi ist beileibe nicht der erste Regierungschef, der dieses Verfahren, sich über die Medien unmittelbar ans Volk zu wenden, benutzt hat. Denken Sie nur an die Kamingespräche, die Präsident Roosevelt über das Radio mit dem amerikanischen Volk führte. Auch Charles de Gaulle brillierte mit seinen Appellen an die Franzosen.

SPIEGEL: So sehr, daß ihm Mitterrand damals vorwarf, seine Regierungsweise gleiche einem permanenten Staatsstreich.

Scognamiglio: Am Ende ist er völlig demokratisch abgelöst worden. Das Fernsehen und der Populismus, den dieses Medium fördert, sind keine wirkliche Gefahr für die Demokratie. Das Parlament wird seinen Stellenwert schon behalten.

SPIEGEL: Besorgnis erregt vor allem die ungeheure wirtschaftliche Macht, über die Berlusconi verfügt. Er hat hoch und heilig versprochen, private und öffentliche Interessen nicht zu vermischen. Nehmen Sie ihm das ab?

Scognamiglio: Wir müssen weiterhin Druck auf Berlusconi ausüben, damit er seinen Reichtum und sein Medienimpe-

rium nicht für sein politisches Amt einsetzt und umgekehrt. Wenigstens einen Punkt finde ich beruhigend: Es hat wohl noch niemals einen Regierungschef gegeben, dessen Reichtum so deutlich für jedermann sichtbar war.

SPIEGEL: Als Vorbild von Transparenz gilt Berlusconis Gesellschaft Fininvest nicht gerade.

Scognamiglio: Ich stimme Ihnen darin zu, daß die gegenwärtige Situation nicht so bleiben kann, wie sie ist.

SPIEGEL: Sollte Berlusconi also Fininvest oder Teile davon verkaufen?

Scognamiglio: Wenn jemand Fininvest kaufen würde, wäre Berlusconi wahrscheinlich sehr froh.

SPIEGEL: Berlusconi ist der erste Wirtschaftsmagnat, der in einer Demokratie die politische Macht errungen hat. Immerhin, auch Ross Perot in Amerika hat seine Rivalen schwer bedrängt, bevor er scheiterte. Und Bernard Tapie in Frankreich ist als Politiker erstaunlich populär. Ist die Abwendung vom bisherigen Typus des Berufspolitikers ein Trend der Zukunft?

Scognamiglio: Der Erfolg des Außenseiters gegen die klassischen Berufspolitiker ist jedenfalls ein neues Phänomen. Die Kunst von Berlusconi bestand darin, daß er die Nachfrage nach einer neuen politischen Partei erkannt und sein neues Produkt geschickt lanciert hat. Das hat die alten Parteien, die am liebsten durch den Wähler nicht gestört werden möchten, mit Wut erfüllt. Aber auch sie werden sich neu orientieren müssen.

SPIEGEL: Die Linke ist von Berlusconi fast zerstört worden. Kann sie sich wieder berappeln?

Scognamiglio: Ich wünsche es ihr. Es liegt nicht im Interesse der italienischen Demokratie, keinerlei politische Alternative zu haben. In diesem Sinn muß die Revolution weitergehen, denn was wir brauchen, sind zwei große politische Lager, die sich in der Regierungsmacht abwechseln können.

Edle Motive

Die Eidgenossen streiten um ihren Fall Schindler: Wird der Judenretter Paul Grüninger nun endlich rehabilitiert?

Mer wei nit grüble“, sagen die Berner, wenn sie Peinlichkeiten verdrängen wollen, private wie öffentliche. Besonders ungerne grübeln die meisten Eidgenossen bis heute über die unrühmliche Geschichte ihres geschmeidigen Umgangs mit dem Nazi-Regime.

Der liebe Gott, die strikte Neutralität und die tapferen Soldaten, so wollen immer noch viele glauben, hätten ihr gesegnetes Land damals vor Krieg und Elend bewahrt – und ihre anständige Gesinnung gerettet.

In Wirklichkeit waren große Teile der Schweizer Elite von Anfang an bereit, sich den totalitären Diktaturen in Deutschland und Italien anzupassen – nicht nur wirtschaftlich. Im rechten Bürgertum und unter Katholisch-Konservativen galt auch der Antisemitismus als nachahmenswert.

Einheimische Juden, oft besonders gute Patrioten, wurden plötzlich zu „Juden schweizerischer Staatsangehörigkeit“ deklassiert. Schweizer Schulen in Italien setzten jüdische Kinder vor die Tür. Der berüchtigte J-Stempel in den Pässen deutscher Juden war eine Schweizer Erfindung.

Erstmals stellte sich die Berner Regierung nun in einem überraschenden Schuldbekenntnis dieser Vergangenheit. Die erbarmungslose Ausgrenzung



Judenretter Grüninger (um 1930)
„Viel Abwechslung, viel Ärger“

jüdischer Flüchtlinge verurteilte der Bundesrat als „unhaltbare rassistische Diskriminierung“. Über die Opfer der damaligen Politik drückte er sein „tiefes Bedauern“ aus.

Anlaß zu der längst fälligen Selbstkritik bot die erneut entfachte Kontroverse um den ehemaligen Polizeikommandanten von St. Gallen, Paul Grüninger. Der hatte, wie eine sorgfältig dokumentierte Biographie belegt, vom August 1938 bis zu seiner Amtsenthebung Anfang April 1939 Tausenden jüdischen Flüchtlingen das Leben gerettet – eigenmächtig, am Gesetz vorbei*.

Der Zustrom begann, zunächst legal und von den Nazis gefördert, gleich nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich am 12. März 1938. In den ersten Tagen konnten sich etwa die Schriftstellerin Gina Kraus, der Kabarett-Poet Walter Mehring und der Dramatiker Carl Zuckmayer retten.

Nach Einreisebeschränkungen kehrte an der Schweizer Ostgrenze plötzlich Ruhe ein – bis zum Juli. Da verschlechterte sich die Lage der Juden in Österreich schlagartig. Die Folge war ein gewaltiger Exodus nach Westen.

Der Leiter des Auffanglagers in Diepoldsau im St. Galler Rheintal, wo die Emigranten erste Unterkunft fanden, erinnert sich, daß binnen zwei Tagen 1200 Flüchtlinge über den Fluß gelangten. Die Behörden waren völlig überfordert, ebenso die Israelitische Flüchtlingshilfe, die für Unterkunft und Verpflegung aufkommen mußte.

Um den weiteren Ansturm der „unerwünschten Ausländer“ zu unterbinden, drang Bern in Berlin darauf, die Pässe aller deutschen Juden mit einem Stempel besonders zu kennzeichnen.

Da wurde der Polizeihauptmann Paul Grüninger unversehens zur Schlüsselfigur im Emigranten-Drama – zur „Lichtgestalt“ (*Die Weltwoche*) und zu einer Art Schweizer Schindler. Als Volksschullehrer ausgebildet, war er seit 1919, wie er selbst fand, „mit größter Begeisterung“ Polizeioffizier. 1925 wurde er zum Kommandanten befördert.



Auffanglager Diepoldsau (1938/39)
„Rückweisung der Flüchtlinge geht nicht“

„Habe einen interessanten Posten“, schrieb er einem ausgewanderten Freund, „der viel Abwechslung bietet, natürlich auch viel Ärger bringt.“

Der Ärger begann im Sommer 1938, als Grüninger sein Engagement für die Emigranten erstmals offenbarte. „Die Rückweisung der Flüchtlinge“, gab er auf einer Konferenz mit dem Fremdenpolizeichef Heinrich Rothmund zu Protokoll, „geht schon aus Erwägungen der Menschlichkeit nicht. Wir müssen viele hereinlassen.“

Beschlossen wurde das Gegenteil: die totale Grenzsperrung ab dem 18. August 1938. Den Juden aus Österreich blieb nur die illegale Einreise. Die wenigen Wohlhabenden heuerten für das letzte Wegstück in die Freiheit einen Schlepper an; die vielen Mittellosen mußten sich den Weg durch den Rhein selbst suchen.

Grüninger tolerierte nicht nur die illegale Einreise, indem er großzügig Sonderbewilligungen erteilte, er setzte sich auch immer wieder für einzelne Juden ein. So verlangte er zum Beispiel vom Konsul in Wien ein Visum für die Eltern eines Juden namens Schwarz, der bereits nach Diepoldsau gelangt war – ohne Erfolg. Die Eheleute kamen dennoch in die Schweiz. Als Einreisdatum wurde der 16. August 1938 vermerkt, zwei Tage vor der Grenzsperrung.

Die Rückdatierung der Einreise war das einfachste Mittel, die Vorschriften der Berner Amtsstellen zu umgehen. Sie

wurde mit Grüningers Hilfe zur wichtigsten Rettungsmethode. Rund 200 solcher Fälle sind dokumentiert, in Wirklichkeit waren es wohl mehr.

Auch der Büroleiter der Israelitischen Flüchtlingshilfe, Sidney Dreifuss, fälschte Einreisedaten – und gab später im Verhör an, er habe im Auftrag des Polizeikommandanten gehandelt. Seine Tochter Ruth, heute Schweizer Innenministerin, erinnert sich, daß über den Hauptmann in ihrer Familie immer mit Hochachtung gesprochen worden sei, aber: „Mein Vater hat damals geredet, und Grüninger hat als einziger sehr teuer für seine Menschlichkeit bezahlt.“

Als die Manipulation aufflog, mußte Grüninger den Dienst aufgeben. Knapp zwei Jahre nach seiner fristlosen Entlassung wurde er, damals 49, wegen Verletzung der Amtspflichten und Urkundenfälschung zu einer Buße von 300 Franken verurteilt.

Für viele St. Galler war die Sache damit keineswegs erledigt. Grüninger wurde bespitzelt, Denunzianten hängten ihm andere Verfehlungen an, darunter Korruption und Affären mit „rassigen Jüdinnen“. Ohne Pensionsberechtigung fristete er sein Leben als Versicherungsvertreter, Regenmantelhändler und Aushilfslehrer.

Alle Bemühungen, ihn nach dem Krieg zu rehabilitieren, schlugen fehl. Ehemalige Emigranten unterstützten ihn, doch den Schock der Amtsenthebung überwand er nie. Er erhielt Geldspenden und Ehrenmedaillen und wurde auf Gedenktafeln verewigt; zwei Monate vor seinem Tod im Februar 1972 schenkte ihm Bundespräsident Gustav Heinemann noch einen Farbfernseher.

Die St. Galler Regierung aber wies auch alle postumen Rehabilitierungsversuche ab. Erst nach Erscheinen der Biographie erkannten die Kantonsbehörden wenigstens Grüningers „edle Motive“ an. Eine weitergehende Wiedergutmachung sei aber juristisch unmöglich. Und Bern kneift ebenfalls. In seinem Schuldbekennnis von vorletzter Woche zollt der Bundesrat dem gemäßregelten Menschenfreund nur „uneingeschränkten Respekt“; das Wort „Unrecht“ kommt darin nicht vor.

Grüningers Nachkommen und dem Verein, der seine Ehrenrettung betreibt, genügt das nicht. Ein Rechtsgutachten soll nun den Weg zur Wiederaufnahme des Verfahrens ebnen.

Die persönlich betroffene Innenministerin Dreifuss sieht sich und ihre Regierungskollegen moralisch gefordert. Denn „die vom St. Galler Polizeikommandanten mißachteten Befehle“, argumentiert sie, „wurden in Bern gegeben; der Druck, gegen den Unruhestifter einzuschreiten, ging von Bern aus.“

* Stefan Keller: „Grüningers Fall, Geschichten von Flucht und Hilfe“. Rotpunktverlag, Zürich 1993; 256 Seiten; 29,60 Mark.

Umarmung mit dem Führer

SPIEGEL-Reporter Carlos Widmann über den freischaffenden Krisenmanager Jimmy Carter

Auf den hervorspringenden blauen Augen scheint immer etwas Wasser zu schwimmen, und die vollen Lippen formen jenes weiche Halblächeln, das in jeder Lage prinzipielle Gutwilligkeit ausdrückt. In der Körperhaltung steckt keine Spur von Anmaßung. Doch hinter der Bescheidenheit und Selbstdisziplin jeder Bewegung ist unerbittliche Geduld zu spüren.

Nicht nur für viele Amerikaner weht um Jimmy Carter immer noch der Geist von Camp David. Die Erinnerung an jene Tage und Nächte, in denen er Menachem Begin und Anwar el-Sadat zum Friedensschluß zwischen Israel und Ägypten zwang, hat seine ansonsten als gescheitert geltende Präsidentschaft als einziges Positivum überdauert.

Von jenem Geist zehrte denn auch jeder Erfolg im Konfliktlösen, den der Privatmann und freischaffende Diplomat Jimmy Carter sich im letzten Jahrzehnt gutschreiben konnte.

Schlagzeilen machte er dabei kaum, aber eingepreßt hat er sich allmählich doch. Um nur einen Bruchteil seiner Einsätze zu nennen: In Panama vereitelte Carter 1989 als „Beobachter“ eine von General Noriega veranstaltete Schwindelwahl; in Nicaragua bewegte er 1990 die Sandinisten dazu, den Wahlsieg ihrer Gegner zu akzeptieren; in Haiti sorgte seine Anwesenheit im gleichen Jahr dafür, daß der Armenpriester Jean-Bertrand Aristide Präsident werden konnte.

Langsam sprach sich die (nicht nur ironische) Bemerkung herum, dies sei Amerikas bester Ex-Präsident in diesem Jahrhundert.

Carters Markenzeichen ist die Aufrichtigkeit. Die hat ihm während seiner Präsidentschaft (1977 bis 1981) wenig genutzt. Ja, über den Erdnußfarmer aus Plains, Georgia, kursierte damals das böse Wort, er habe die Tugend der Ehrlichkeit in Verruf gebracht. Jedenfalls hat er sie strapaziert bis zur Irrelevanz: zum Beispiel mit dem Geständnis, „lüsterne Blicke“ auf viele Frauen geworfen und „Ehebruch im Herzen“ begangen zu haben. An ihm gemessen, sahen Zyniker auf einmal wieder gut aus, und die Nation wurde reif für Ronald Reagan, der augenzwinkernd fünf gerade sein ließ.

Reagans Nachfolger George Bush vor allem war es, der Jimmy Carters Ansehen in der Dritten Welt (und seinen sachkundigen Rat) zu schätzen wußte. Bush lud

den Demokraten gern ins Weiße Haus ein und nutzte seine Dienste für allerlei Missionen zwischen Äthiopien und Panama, in denen ein unabhängiger oder zumindest eigenwilliger Kopf nicht schaden konnte.

Ganz anders Bill Clinton. Er hat im Wahlkampf die Berührung mit Amerikas einzigem demokratischen Ex-Präsidenten, der noch am Leben ist, geradezu abergläubisch gemieden – und auch im Weißen Haus wollte er möglichst wenig von ihm wissen. Außenminister Warren Christopher wurde von seinem einstigen Chef Carter vergeblich um Konfliktlösungsaufträge gebeten.

Doch James Earl Carter jr., der im Oktober 70 wird, aber noch vor gar nicht so langer Zeit den Kilimandscharo erklimmt, ist so leicht nicht zu entmutigen.

Eine Einladung von Kim Il Sung zum Besuch Nordkoreas hatte der unternehmungslustige Privatier schon seit 1991 in der Schublade. Das State Department hat Carter allerdings zweimal die erforderliche Reisegenehmigung verweigert, und erst in diesem Juni (nach dem Ausbruch der schweren Krise zwischen Washington und Pjöngjang um die mutmaß-

liche Atomrüstung Nordkoreas) gab Bill Clinton endlich sein Einverständnis für den Trip. Man müsse jetzt schon dankbar sein für jeden privaten Fühler nach Pjöngjang, sagte ein hoher Beamter aus dem Pentagon: „Niemand versteht das dortige Regime, nicht einmal die Chinesen.“

In der Tat hatte die Regierung Bill Clintons sich im Konflikt mit Nordkorea durch übermäßige Rhetorik in eine Lage manövriert, in der ihr allmählich die Optionen ausgingen. Die Drohung mit wirtschaftlichen Sanktionen, die das koreanische Nuklearprogramm für eine hinreichende Vergewisserung durch Inspektoren öffnen sollte, war ohne tatkräftige Mitwirkung Chinas und Japans nicht glaubwürdig. Weder Peking noch Tokio wollen sich mit den Nordkoreanern überwerfen.

Da das Regime in Pjöngjang, sozusagen prophylaktisch, bereits Kriegsdrohungen ausstieß, mußte allen Ernstes an die Verstärkung der amerikanischen Truppenpräsenz in Südkorea gedacht werden. Apache-Hubschrauber und weitere Patriot-Raketen wurden bereits zur Lieferung vorgemerkt. In dieser konfu-



Korea-Vermittler Carter, Gastgeber Kim Il Sung: Ehrlichkeit in Verruf gebracht

sen und womöglich gefährlichen Lage mußte es geradezu als Glücksfall erscheinen, daß ein früherer US-Präsident als Kundschafter zur Verfügung stand.

Doch Carter, der zunächst nach Südkorea flog, überquerte die Demarkationslinie am 38. Breitengrad weder als Kundschafter noch als Emissär, sondern als unabhängiger Krisenmanager und freischaffender Staatsmann, der an frühere Erfahrungen anknüpfen konnte.

Die hinreißende Unappetitlichkeit eines sozialistischen Bruderkusses immerhin ist den Amerikanern dieses Mal erspart geblieben. Zwar hat Jimmy Carter vorletzten Woche in Pjöngjang die Umarmung durch den Großen Führer Kim Il Sung hingenommen (und erwidert), eine Berührung mit den Lippen aber wurde von ihm keusch vermieden.

Womöglich erinnerte der gewesene US-Präsident sich in diesem Augenblick an den Glanz der Wiener Hofburg, an sein genau 15 Jahre zurückliegendes Gip-

Carter kehrte mit Aplomb ins Weiße Haus zurück

feltreffen mit Leonid Breschnew vom Juni 1979. Damals war es zwischen den beiden Weltführern zu einem öffentlichen Austausch von Küssen und Zärtlichkeiten sowie zur Unterzeichnung des Vertrags zur Begrenzung nuklearer Rüstung (Salt 2) gekommen, was als absoluter Höhepunkt der Entspannung erschien.

Nur sechs Monate später aber, an Weihnachten, rollten sowjetische Panzer in Afghanistan ein; das Idyll der Supermächte war mit einem Schlag beendet.

Begreiflich also, daß der Privatmann Jimmy Carter sich diesmal in Nordkorea nicht dem Rausch der Sinne hingeben und dem Bruderkuß aussetzen wollte, zumal er vom greisen Diktator Kim Il Sung mit dem Ausruf empfangen worden war: „Was wir brauchen, ist gegenseitiges Vertrauen.“

Jenes Wort müßte eigentlich für Carter einen ominösen Klang haben. Hatte er nicht selbst mit fast schon peinlichem Freimut geschildert, wie er vor 15 Jahren, als Präsident, aus Enttäuschung über den Vertrauensbruch Breschnews bittere Tränen weinen mußte? In 20 Minuten, so Carter, habe er damals mehr über die Moral der Kommunisten erfahren als in all den Jahren davor: Die Kerle brächten es doch tatsächlich fertig, einem ins Gesicht zu lügen.

Trotzdem hat sich der Besucher mit dem 82 Jahre alten Kim Il Sung offenbar recht gut verstanden. Sollte ausgerechnet Josef Stalins Statthalter in Korea, der sich nun schon seit einem halben Jahrhundert an die Macht klammert (zwölfmal so lang, wie Jimmy Carter

US-Präsident war), die erfreuliche Ausnahme bilden und eine ehrliche Haut sein?

Wer Carter während der letzten Woche zuhörte, konnte leicht zu einem solchen Eindruck gelangen. Der gute Mensch von Plains hat den greisen Despoten von Pjöngjang „vital, intelligent, erstaunlich gut informiert und sehr offen“ gefunden. Auch sein Eindruck von der Hauptstadt Nordkoreas war verblüffend positiv: Der Glanz der Neonlichter dort hat Carter an Manhattans Times Square erinnert, die Ladengeschäfte gemahnten ihn gar an Kaufhäuser im heimischen Georgia.



Entspannungspolitiker Carter, Breschnew*
Bittere Tränen der Enttäuschung

Anders als sonst in Menschenköpfen, so will es scheinen, malt sich in seinem Kopf die Welt. Im Gegensatz zu Jimmy Carter nämlich haben professionelle Nordkorea-Beobachter in den letzten Jahren dort nur einen katastrophalen Niedergang der Versorgung festgestellt, der albanische Verhältnisse befürchten lasse. Auf allen Gebieten außer dem militärischen wird die Lage im Reich des Großen Führers Kim Il Sung als verzweifelt geschildert.

Nicht Neonlichter und volle Geschäfte fallen den seltenen Besuchern Pjöngjangs auf, sondern Düsternis, Armut und pharaonischer Personenkult. Weniger als vier Tage hat Carter in Nordko-

rea verbracht, aber sie genügten ihm offenbar für die Erkenntnis, daß wirtschaftliche Sanktionen von den Bürgern als „Beleidigung“ aufgefaßt und „nicht akzeptiert“ würden.

Zu dieser Schlußfolgerung über die Nordkoreaner sei er gekommen, sagt Amerikas einstiger Präsident, „nachdem ich ihre Psyche und ihre Gesellschaftsstruktur beobachtet habe – wie auch die Verehrung, die sie ihrem Führer entgegenbringen“.

Die katholische Schriftstellerin Luise Rinser, die schon allerhand Schwärmerisches über Kim Il Sung und dessen totalitäres Regime zu Papier gebracht hat, hätte diese Erkenntnis des Baptisten und wiedergeborenen Christen Jimmy Carter allenfalls ein bißchen blumiger formuliert.

Um so schwerer fiel es dem nicht ganz so gläubigen Clinton, die nordkoreanischen Einsichten seines demokratischen Vorgängers zu verarbeiten. Frisch aus Pjöngjang zurück, ist Carter vorletzten Sonntag im Garten des Weißen Hauses mit einem Aplomb aufgetreten, der Clintons Sicherheitsberater Tony Lake (der unmittelbar hinter dem einstigen Präsidenten stand) offenbar den Atem verschlug.

Kühl gab Carter kund, es sei ihm „unbegreiflich“, warum der amerikanische Präsident nicht schon längst eine Delegation nach Nordkorea entsandt habe. Wäre er selber ein Anhänger der von

Clinton angestrebten Sanktionen, so hätte er die Reise nach Pjöngjang erst gar nicht angetreten.

Bill Clinton blieb zunächst kaum etwas anderes übrig, als die auf Zeitgewinn angelegten Verhandlungsvorschläge der Nordkoreaner zu akzeptieren. Sein Emissär Carter hat die Krise einfach für „beendet“ erklärt, nachdem Kim Il Sung ihm treuherzig versicherte, daß er partout keine Atomwaffen anstrebe.

Solche Leichtgläubigkeit gegenüber Diktatoren ist an Jimmy Carter nicht wirklich neu. Zu den Potentaten, die er als Präsident besuchte oder in Washington empfing und ausdrücklich wegen ihrer Menschenrechtspolitik lobte, gehören Marschall Tito, der Schah des Iran und das Karpaten-Genie Nicolae Ceauşescu.

* Nach der Unterzeichnung des Salt-2-Abkommens am 18. Juni 1979 in Wien.



Strand der Deutschen an der Playa de Palma: Sie haben die Mark und Matthäus

Mallorca

Insel des Irrsinns

Deutsche und britische Touristen entfachen einen Ferienkrieg

Geduckt wie im Luftschuttkeller hocken zwei Dutzend Niederländer am Tresen. Genever und Heineken-Bier stärken den Zusammenhalt, und der scheint dringend nötig.

Draußen ist Deutschland, Feindesland. Daran lassen die grölenden Gruppen keinen Zweifel, die auf ihrem Weg vom Striplokal in die Bierstraße am Fenster der Kneipe „De Amsterdammer“ vorbeiziehen und lauthals beweisen, daß sie alle Strophen des Deutschlandlieds beherrschen. „Sie sind ein bißchen laut und trinken ein bißchen viel“, klagt Wirt Piet Jonkert, 47, noch um Höflichkeit bemüht. Dann kommt er zur Sache: „Sie mögen uns nicht, und wir mögen sie nicht. So ist das.“

Vor ein paar Jahren gehörte die Playa de Palma, der beliebteste Strand Mallorcas, den Urlaubern aller europäischen Länder. Jetzt sonnen sich hier außer Deutschen nur noch tapfere kleine Gruppen Fremder.

Briten kommen schon lange nicht mehr. Erbittert hatten sie sich gegen die deutsche Übermacht gewehrt, regelmäßig prallten die stärksten Ferienfraktionen mit je zwei Millionen Vertretern aufeinander. Hier schlug sich zusammen, was nie zusammengehören wollte.

Die Engländer haben den Kampf verloren gegeben. Nun siedeln sie, von den Deutschen durch die Einflugschneise

des Flughafens und die Hauptstadt Palma getrennt, auf der anderen Seite der Bucht. In Magaluf und Palmanova zeigen sie jetzt den Iren, Schotten und Skandinaviern, wer das Sagen hat.

„Die wollen immer über Fußball reden“, sagt Niklas Carlstedt, 23. Der Schwede, der seit drei Jahren im Nachtleben von Magaluf arbeitet, flieht oft in eine Kneipe, die ein Elchkopf als skandinavisches Hoheitsgebiet ausweist. „Wenn wir nicht mitreden, werden sie sauer.“ Die Franzosen haben vom Revierkrieg der Nationen schon lange genug: Sie haben sich wie die Schweizer in eigene Klubs zurückgezogen.

Sieben Millionen Europäer, mehr als je zuvor, holen sich in diesem Jahr ihren Sonnenbrand auf der Baleareninsel. Alle EUNationen haben ihre Kontingente entsandt, dazu die Staaten der beitragswilligen Länder. Seit jüngstem kommen noch Polen, Tschechen und Russen auf das Eiland im Mittelmeer, wo einst die Vandalen wohnten.

Unversehens geraten Mallorcas Strandburgen zum Testgelände für Europa: Der schmale Küstenstreifen, der gerade fünf Prozent der Insel ausmacht, ist enger besiedelt als die Niederlande, die Schlangen vor den Essensausgaben sind länger als in Kiew. Hier werden in guten Stunden mehr Flüge abgefertigt als in Frankfurt, gibt es mehr Restaurants als in Paris, mehr Hotels als in London und zur Rush-hour mehr Staus als auf dem Ruhrschnellweg.

Bestehen Brüsseler Ideale vom Miteinander in diesem Mikrokosmos, wo Tagesabläufe und Essenpläne weitgehend synchronisiert sind, ihre Alltagsprobe? Es sieht nicht so aus: Nirgendwo präsentiert sich das politisch geeinte Europa ferner, feindlicher, zerfasierter.

Die Völker des Kontinents prallen unvermittelt aufeinander und scheinen im Gewimmel den schmerzhaften Verlust von Identität zu befürchten. Gleichsam als Schutz gegen zuviel Fremdes drapieren sie sich mit nationalen Accessoires wie Aufklebern, Wimpeln, T-Shirts, Mützen, oder flüchten ins „Deutsche Haus“, die „Schweizer Hütte“, den „English Pub“, die „Maison Française“, dorthin wo vermeintlich die Heimat lockt. So gerät die Ferieninsel zum Schauplatz eines archaischen Tribalismus.

„Der Trend zur Trennung wird jedes Jahr stärker“, bestätigt Juan Carlos Alía vom Tourismusinstitut in Palma. Noch ein paar Jahre, dann ist Mallorcas Küste wie eine Kleingartenkolonie geordnet: Little Newcastle neben Petit Lyon und Klein Bamberg.

Und jedes Jahr schwemmt mehr nationale Symbolik an die Strände. Das Massenblatt *Sun* bedruckte Badetücher mit dem Spruch: „Ich war vor den Deutschen



Zehende Briten, erschöpfte Deutsche, schwedische



Bierbude Ballermann: „Hier ist das 17. Bundesland“

am Pool“, der Kölner *Express* konterte mit einer verdeutschten Kopie. Früher pflanzten Feldherren Flaggen auf erobertes Terrain, heute erfolgt die Strandnahme per Frotteelaken.

So wächst ein Gefühl von Sicherheit im Dichtestreß der Playa de Palma, wo jedem Gast rechnerisch 1,1 Quadratmeter Platz, exakt die Fläche eines Handtuchs, zusteht. Nur im eigenen Stamm scheint jene fein ausbalancierte Urlaubsatmosphäre zwischen schützender Anonymität und wohligem Heimatgefühl garantiert, in der sich toben läßt, ohne daß der Nachbar die Nase rümpft.

Martin, der Diskjockey aus Middlesbrough, weiß genau, was sein Publikum will. Im „Red Lion“ in Magaluf amüsieren sich junge Engländer über ein T-Shirt, das einen britischen Soldaten zeigt, wie er sich mit einer irischen Flagge den Hintern wischt.

Und Martin heizt die Stimmung weiter an. Zwischen zwei Zoten schnappt er sich seine aufblasbare Puppe, an der er

die Träume der Gäste Wirklichkeit werden läßt. Fazit der Show: „Engländer vögeln am besten.“

Bislang fürchteten die Insulaner englische Hooligans als die härtesten Kämpfer im Namen des Patriotismus. Seit die Polizei von Magaluf eine Spezialtruppe aufstellte, die Randalierer in einem vergitterten Kastenwagen einsammelt, wurden die Briten ruhiger.

Inzwischen wird der britische Dreiklang „Rülpsen, Furzen, Kotzen“, der von T-Shirts droht, von teutonischen Kakophonien übertönt. Wollen Mallorquiner einen spannenden Nachmittag erleben, gönnen sie sich eine Expedition ins Bierreich.

Aus sicherer Entfernung verfolgen sie das Treiben an einer Strandbude an der Playa de Palma. Als die Getränke namens „Ballermann“ im letzten Jahr verschwinden sollte, protestierten 10 000 Deutsche per Unterschrift. „Das ist das 17. Bundesland“, sagen sie und meinen es ernst.

Die Kultstätte blieb und mit ihr das bizarre Benehmen. Beruhigt,



Deutsche Diskothek: „Ausziehen, ausziehen“

die Rezession überwunden zu haben, trinken Kegelbrüder Sangría aus Eimern oder stecken komatösen Kollegen eine Bierflasche zwischen die Beine.

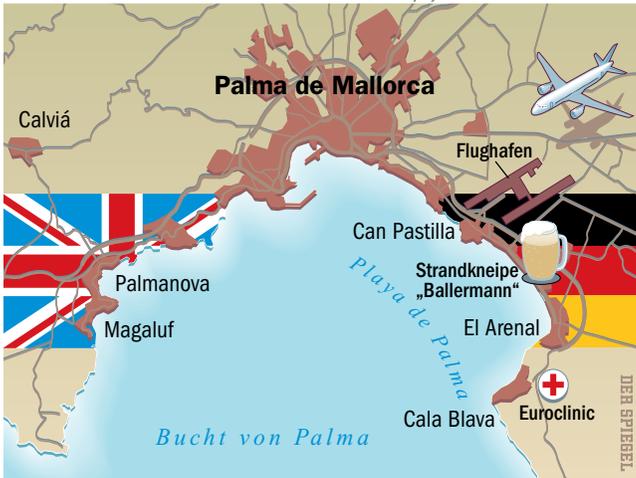
„Ausziehen, ausziehen“, tönt es zwei älteren Spanierinnen in Schwarz entgegen. Zuweilen reckt sich ein Arm zum Hitlergruß. Mit jedem Schluck wächst das Gefühl von Stärke. Sie haben die Mark, Matthäus, das Reinheitsgebot – Sieg.

Auf den wachsenden Bedarf nach Separation haben die Inselbewohner reagiert. Ob in Apartment-Anlagen oder bei Ausflugsfahrten, überall wird national entmisch. Deutsche und Briten werden schon bei der Ankunft möglichst auf zwei Terminals verteilt, wo textile Scheußlichkeiten die Stammeszugehörigkeit signalisieren. Die einen laufen stolz im schwarzrotgoldenen Berti-Vogts-Kostüm auf; die anderen, weil bei der Weltmeisterschaft nicht dabei,



Minderheit: Unversehens geraten Mallorcas Strandburgen zum Testgelände für Europa





flexe. Heben die Flugzeuge mit sechs Stunden Verspätung ab, sind die französischen Fluglotsen schuld; stehen Engländer vor ausgebuchten Hotels, waren es die Skandinavier, die die Zimmer wegschnappten; türmen spanische Bademeister die in der Nacht auf die Liegen am Pool platzierten deutschen Handtücher zum Haufen, sind die Briten die Bösen. Erst mit dem Feindbild bekommt das Chaos einen Sinn.

heimische Sanitäter weigerten, zu Toomes zu fahren.

Der Doktor vermutet einen Boykott von Hotelpartiers und Sanitätswagenfahrern, die Verletzte selbst gegen ihren Wunsch in die überfüllten Konkurrenzkrankenhäuser karren, weil dort Prämien gezahlt werden. Würde der Chefarzt den Patientenhandel auf Provisionsbasis mitmachen, „kämen sofort die Behörden, um die Klinik zu schließen“, ahnt Toomes: „Dieses Mallorca ist beherrscht vom Stammesdenken: Wer nicht Freund ist, ist Feind.“

Südafrika

Lange Schlange

Im Wahlkampf versprach Mandela Wohnungen für alle. Jetzt besetzen Schwarze unbebautes Land und errichten wilde Siedlungen.

An einem Morgen im Mai machten sich etwa 300 Männer, Frauen und Kinder aus der überfüllten Schwarzensiedlung Sebokeng auf ins Gelobte Land. Sie zogen über die Autostraße, von den Anwohnern „Rotes Meer“ genannt, und besetzten das dahinter gelegene Gebiet: brachliegendes Land, das zum Teil dem Staat und zum Teil Privatgesellschaften gehört.

Mit Steinen und Bierdosen steckten sie Grundstücke ab, jedes 15 mal 20 Meter groß. Dann begannen sie, mit Wellblech-

haben das Klubtrikot von Everton oder Manchester United übergestreift.

So wie bei Tieren im Laborversuch die Aggression mit der Populationsdichte wächst, droht die klaustrophobische Enge die Ressentiments zu besonders üppiger Blüte zu treiben. Für den Hochsommer bahnt sich ein Chaos an.

Weil den Urlaubern die Strände der Türkei, Ex-Jugoslawiens, Nordafrikas und Ägyptens zu gefährlich erscheinen, ist die Insel überbucht. Bis zu 15 000 Besucher könnten an heißen Augusttagen ohne Bett sein. Der Ansturm überrascht selbst die Insulaner, die einen Imagewandel von der Putzfraueninsel zum Prominentenrefugium anstreben.

Doch daraus wurde nichts: Im Mai bereits bedrängten in einigen Hotels schreiende Kinder, heulende Mütter und brüllende Väter die Rezeptionisten, die nur mitteilen konnten, daß alle Zimmer vergeben sind. „Bleiben Sie ohne Bett zu Hause“, fleht Eduardo Gamero, Leiter des balearischen Tourismus-Instituts, der schon die nächste Katastrophe kommen sieht: Bald droht auch das Trinkwasser knapp zu werden.

Schon im Februar hatte die Regierung in Madrid die Insel zum Wassernotstandsgebiet erklärt: Die Brunnen sind leer, das Grundwasser ist zum Teil gesundheitsgefährdend versalzen. Tank-schiffe müssen spätestens im September täglich 25 000 Tonnen Flußwasser vom Festland bringen.

Wer trägt die Schuld am Durcheinander? Die Fluggesellschaften, die mehr Gäste bringen, als Betten bereitstehen? Reiseveranstalter, die mit Geldkoffern durch die Hotels ziehen, um der Konkurrenz ein paar Zimmer abspenstig zu machen? Oder Urlauber, die sich auf Billig-anbieter verlassen, als habe es MP Travel nie gegeben, jene Pleitefirma, die im vergangenen Jahr Tausende Urlauber in Florida sitzenließ?

Komplexe Erklärungen sind auf der Insel des touristischen Irrsinns nicht gefragt. Bei Bacardi/Cola in der prallen Sonne funktionieren die bewährten Re-

Während die Koalitionen im Kampf der Nationen nach Bedarf wechseln, hat sich die mallorquinische Front stets als unbezwingbar erwiesen. Ausländer, die nicht kommen, um ihr Urlaubsgeld zu verpulvern, „haben kaum eine Chance, etwas aufzubauen“, sagt Jüri Toomes.

Der in Estland geborene Chirurg hat eine der modernsten Kliniken des Mittelmeerraums mit deutschem Personal an die Küste am Rande Palmas gestellt. Ein gutes Geschäft, dachte Toomes, denn jedes Jahr fordert der Ferienspaß seine Opfer. Täglich sind Hitzschläge, Opfer von Motorradunfällen, an zerschellten Bierflaschen aufgerissene Füße und Knochenbrüche nach Schlägereien zu behandeln. Doch die Kundschaft bleibt aus. Obwohl viele Hospitäler der Insel für mangelnde Hygiene und astronomische Preise berüchtigt sind, fand von vier Millionen deutschen Touristen in zwei Jahren nur ein einziger den Weg in die Euroclinic. Eine Deutsche mußte ihren schwerverwundeten Mann in einen Kleinwagen zwängen, weil sich ein-



Besetzer-Siedlung Kanana: „Wir wollen nicht länger warten“

platten und Plastikplanen Behausungen zu errichten. Ihre illegale Siedlung im Süden von Johannesburg taufen sie „Kanana“ – so heißt in der Sotho-Sprache das biblische Kanaan, in dem Milch und Honig fließen.

Pule Raboroko, 49, Chef des Siedlerkomitees, rechtfertigt die Landnahme: „Im neuen Südafrika wollen wir nicht länger warten, bis die Politiker uns endlich Wohnungen geben. Wer auf der Straße sitzt, ist bei uns willkommen.“ Innerhalb von sechs Wochen schwoll Kanana zu einer Großgemeinde an, in der mehr als tausend Familien Zuflucht fanden.

Wilde Siedlungen gibt es überall in Südafrika. Allein im Großraum Johannesburg leben zwei Millionen Menschen in illegal gebauten Hütten ohne fließendes Wasser und Kanalisation, schätzt die Hilfsorganisation „Urban Foundation“.

Ihre Bewohner strömten auf der Suche nach Arbeit oft schon Mitte der achtziger Jahre in die Industriegebiete, als die strengen Zuzugsgesetze für Schwarze gelockert wurden.

Ständig bedroht von den Bulldozern der Polizei, führten die Landbesetzer ihren eigenen Kampf gegen den Apartheid-Staat. Sie verteidigten sich mit Knüppeln und Steinen, manchmal auch mit Schusswaffen gegen anrückende Räumkommandos.

Jetzt, nach dem Triumph von Nelson Mandela, fordern Millionen Land- und Obdachlose die vom ANC im Wahlkampf versprochenen „Wohnungen für alle“. Und wenn sie sich selbst helfen, hoffen sie auf Duldung.

Doch darauf ist kein Verlaß: Wie in Apartheid-Zeiten räumten Sicherheitskräfte vor kurzem eine wilde Siedlung in Liefde en Vrede (Liebe und Frieden) bei Johannesburg. Uniformierte Ordnungskräfte rissen Häuser nieder und beschlagnahmten Baumaterial.

In klirrender Kälte (im südafrikanischen Winter sinken die Temperaturen nachts weit unter Null) drängten sich die Hinausgeworfenen aneinander. Erst nach drei Tagen wurden sie in einem leerstehenden Bürohaus untergebracht.

Der Johannesburger Stadtrat hatte die Räumung angeordnet, weil Bewohner des nahen weißen Stadtteils Mulbarton sich beschwerten: Die wilden Siedler gefährdeten ihre Sicherheit. „Der Wert unserer Häuser“, klagt Anwohner Darryl Werner, „sinkt bei solchen Nachbarn rapide.“

Als „eigenmächtig, arrogant und rassistisch“ verurteilte der Provinz-Premier Tokyo Sexwale vom ANC die Aktion. Er hat zugesagt, innerhalb eines Jahres 150 000 Billighäuser in seiner Region fertigzustellen. Aber niemand weiß, wie sie finanziert werden sollen.

Die Invasion der Obdachlosen hat ein Dilemma des ANC aufgedeckt: Mandelas Partei verpflichtete sich in der neuen

Verfassung, die Eigentumsrechte zu respektieren. Doch die schwarzen Massen, die dem ANC zu seinem überwältigenden Wahlsieg verhelfen, haben keine Geduld mehr: Sie wollen Entschädigung für das während der Apartheid erlittene Unrecht – möglichst sofort.

Die heikle Aufgabe, die Wünsche des Volkes zu erfüllen, ohne die innere Ordnung zu gefährden, hat Präsident Mandela dem nach ihm populärsten Politiker anvertraut: Wohnungsbauminister Joe Slovo, dem weißen Führer der Kommunistischen Partei und langjährigen Stabschef der ANC-Untergundarmee.

Statt die Besitzlosen zu radikalisieren, wie er es aus dem Befreiungskampf gewohnt ist, muß Slovo, 67, nun beschwichtigen. Er verstehe die Verzweiflung der Landbesetzer, sagt er, aber: „Wir haben Wartelisten, und keiner darf sich in der langen Schlange vordrängeln.“ Auch die neue Regierung müsse für Recht und Ordnung sorgen.

Albanien

Räuberische Brüder

Albaner und Griechen wenden sich gegeneinander. Im ethnischen Gewirr des Balkans flackert ein neuer Brandherd.

Bei Ernestos Stavropoulos schauen Minister und Hochstapler herein, gönnen sich Diplomaten und Neureiche einen Drink, schlemmen westliche Geschäftsleute und einheimische Nachtschwärmer. In seinem Restaurant „Hambo“ trifft sich die bessere Gesell-



Griechische Bäuerinnen in Südalbanien: „Die Vergangenheit schlägt auf uns ein“

Die Menschen von Kanana lassen sich von solchen Mahnungen nicht beeindrucken. „Wir haben den ANC gewählt“, sagt Lidia Mohlamme, die für sich und ihre zwei Kinder ein Haus aus Blechplatten gebaut hat, „die werden uns doch nicht platt machen.“ In der Hütte mit der Nummer K 7070, auf der jeden Morgen die schwarz-grün-goldene Fahne des ANC gehißt wird, tagt Kananas „Kabinett“, wie die Siedler ihr Verwaltungskomitee nennen. Auf der Tagesordnung stehen drei Punkte: die Einrichtung einer Kinderkrippe, die Lärmbelästigung aus den Shebeens, den auch in Kanana florierenden Bierkneipen, sowie eine Einladung an den „Genossen Präsident“.

Denn „wenn Mandela uns besucht hat“, meint Kanana-Sprecher Pule Raboroko listig, „dann wird keiner mehr wagen, unsere Siedlung abzureißen.“

schaft der albanischen Hauptstadt Tirana.

Hier gibt es, woran es sonst mangelt – zum Hammelbraten Cola oder deutsches Bier vom Faß. „Hambo steht für Hamburger“, erläutert Stavropoulos, „und das heißt Fortschritt.“

Der Grieche fühlt sich wohl im Land der Skipetaren. Mit einer Restaurant- und Lebensmittelkette will er dem Armenhaus Europas den Weg zu Freiheit und Wohlstand weisen. „Wie die Eingeborenen in Afrika darbt das Volk unter den Kommunisten“, sagt der zugewanderte Erfolgsmensch: „Jetzt sind Kolonialisten wie ich gefragt, um das Erbe der Vergangenheit abzuschütteln.“

Der tüchtige Grieche, der noch kein Wort Albanisch gelernt hat, bemüht sich landesweit, ins Geschäft zu kommen – nur nicht im Südzipfel Albanien,

in Gjirokaster. Dort, an der Grenze zu Griechenland, siedeln viele Landsleute. Mit ihnen scheut Stavropoulos den Kontakt, Vorsicht ist geboten.

Denn die Minderheit der etwa 150 000 Griechen ist für Albanien Präsidenten Sali Berisha und seine rechtskonservative Regierung eine lästige Volksgruppe, die sie schnellstens loswerden möchten. Das regierungskonforme Sprachrohr *Republika* propagiert unverblümt die Ausweisung jener „hellenophilen Elemente“, die sich nicht als „wahre Patrioten bekennen“ oder, anders als Unternehmer Stavropoulos, „keine Verbundenheit mit dem albanischen Volk suchen“.

Die alte Furcht der Albaner, fremde Mächte könnten am Ende dieses Jahrhunderts erneut die Herrschaft über ihr kleines Adrialand anstreben, steigerte sich zur Hysterie nach einem dramatischen Zwischenfall Mitte April: Unbemerkt drang nachts eine Bande griechischer Extremisten auf albanisches Territorium, stürmte eine Grenzkaserne und erschoss zwei Wachposten.

Athen verweigerte eine angemessene Entschuldigung; eine bis dahin unbekannte „Befreiungsfront für Nordepirus“ kündigte weitere Gewaltakte an. Einige griechische Kommentatoren erkannten Parallelen zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien: So wie dort die serbischen Glaubensbrüder ihre nationalen Rechte erfolgreich einklagten und in Bosnien durch Landraub die Grenzen neu zögen, sei auch für die Griechen der Tag gekommen, ein über 80 Jahre altes Unrecht wiedergutzumachen.

Nun nährt sich auch in dieser bisher vergleichsweise ruhigen Region ein neuer Balkan-Nationalismus aus den Geschichtsbüchern. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg schlugen die europäischen Mächte den Norden der griechischen Provinz Epirus zu Albanien, ohne einen Austausch der jeweiligen Bevölkerungsminderheiten zu veranlassen.

Im Zweiten Weltkrieg holten sich griechische Truppen die Region gewaltsam zurück; die Alliierten aber setzten die Vorkriegsgrenze durch – Griechen gerieten unter die Diktatur des roten Enver Hodscha, Albaner blieben eine mißachtete Minorität in Nordgriechenland.

Nach dem Ende des Kommunismus brachen die gestauten Nationalgefühle hervor: Griechische Nationalisten erhoben Anspruch auf das verlorene Land, die albanische Regierung wiederum untersagte ihren Hellenen eine eigene Partei – sie durften sich nur im Kulturbund „Omonia“ zusammenschließen.



Unternehmer Stavropoulos
„Kolonialisten wie ich“

Das ist schon mehr als jemals seit 1913: Die Griechen können abends auf dem Dorfplatz Sirtaki tanzen und sonntags ihrem Popen lauschen. Unter Hodscha war die Kirche geschlossen, der Volksbrauch verboten. Doch in der Schule lernen die Griechenkinder immer noch vorwiegend Albanisch. Den Bürgermeister in Gjirokaster stellt das Staatsvolk der Skipetaren.

„Die Griechen haben sich mit den Serben zum Ziel gesetzt, unser Land zu destabilisieren“, klagt Präsident Berisha über die Spannungen. In einer Fernsehansprache warnte er den Nachbarn im Süden, „die Traditionen des Bandentums und Staatsterrorismus vom Beginn des Jahrhunderts wieder aufleben zu lassen“. Heute sei Albanien „zum Widerstand entschlossen“ und besser gewappnet als einst – vielleicht dachte er an die unter Hodscha für den Partisanenkampf

gegen Invasoren errichteten Betonbunker, deren Halbkugeln neben jedem Dorf aus dem Boden ragen.

In den kleinen griechischen Landgemeinden südwestlich von Gjirokaster patrouillieren jetzt paramilitärische Polizeieinheiten rund um die Uhr, herrscht mancherorts Ausnahmezustand. Unter Vorwänden nehmen die Sicherheitskräfte vermeintliche Staatsfeinde fest.

Vorige Woche eröffnete der Staatsanwalt gegen sechs führende Omonia-Vertreter, die angeblich „Kontakte zum griechischen Geheimdienst“ unterhalten, einen Prozeß wegen Hochverrats. Die Anklage wirft ihnen vor, dem Überfallkommando im April logistische Hilfe geliefert zu haben.

„Diese Hexenjagd“, sagt Piro Misha, 39, „ist ein Spiel mit dem Feuer.“ Der Schriftsteller, der eine Bürgerbewegung „Offene Gesellschaft“ leitet, sieht im Völkerhaß einen „balkanischen Zeitgeist“ ohne Aussicht auf Befriedung. „Das nationale Erbe der Vergangenheit schlägt unbarmherzig auf uns ein – wie in Jugoslawien.“

Die Fronten sind abgesteckt. Serben und Griechen bilden die christlich-orthodoxe Achse auf dem Balkan; ihnen gegenüber sammeln sich Bosnier, Albaner und Türken als moslemische Brüder. „Ja“, sagt Präsident Berisha, „das ist die Realität.“ Und die kann schon bald zum Krieg aller Staaten auf dem ganzen Balkan führen.

Täglich wandern neue Gruppen bosnischer und serbischer Moslems nach Albanien ein; Angehörige der zwei Millionen Kosovo-Albaner fliehen aus Serbien über die Berge ins Land ihrer Ahnen. Selbst aus Mazedonien siedeln Albaner aus Furcht vor einem serbisch-griechischen Militärschlag gegen ihre junge Republik nach Tirana über – und es kommen immer mehr.

Auch der umgekehrte Weg wird eingeschlagen. Petrit Stefa, ein Albaner orthodoxen Glaubens, wurde den Makel seines Bekenntnisses nicht mehr los. Im April legten die Behörden ihm nahe, als unerwünschter Bürger Gjirokaster zu verlassen. Heute lebt Stefa als Stefanopoulos in Athen und lernt Griechisch. „Ich stand vor der Wahl, als Belgrader und Athener Agent ins Gefängnis zu gehen“, erzählt der Mechaniker, „oder meine Habe freiwillig einzupacken.“

Nur Geschäftsman Stavropoulos bleibt gelassen. Für ihn hat die Suche nach nationaler Identität in diesem Winkel Europas erst begonnen, ein Ende der Staatswerdung sei noch lange nicht in Sicht. „Auf dem Balkan herrschten immer fremde Mächte“, sagt der Grieche, „das darf auch heute nicht anders sein.“

Sein Rezept wider die Balkan-Wirren: „Nur westliches Kapital kann diese Hitzköpfe zur Vernunft bringen.“



Frontbericht aus Fernost

James Fallows

„LOOKING AT THE SUN. THE RISE OF THE NEW EAST ASIAN ECONOMIC AND POLITICAL SYSTEM“

Pantheon Books, New York; 520 Seiten; 25 Dollar.

Ein Kampf der Kulturen, ein Zusammenprall etwa zwischen dem christlichen Abendland und dem konfuzianisch geprägten Fernen Osten, hat das Zeitalter des Kalten Kriegs abgelöst. Das jedenfalls behauptet der Harvard-Professor Samuel Huntington in einer Studie, die inzwischen weltweit zur Kult-Doktrin außenpolitischer Gurus erhoben wurde. Der US-Journalist James Fallows liefert nun einen ersten Frontbericht vom Stand der Auseinandersetzung zweier Wirtschaftsmächte – den Industriestaaten des Westens



Skyline von Singapur

auf der einen Seite und den asiatischen Tigern auf der anderen, die Großmacht China eingeschlossen.

Fallows räumt mit der noch immer gängigen Annahme auf, die ostasiatischen Wirtschaftsmächte seien gewissermaßen Babyausgaben der

westlichen Staaten und deren Wirtschaftsverfassungen. Er weist nach, daß zunehmende Prosperität nicht automatisch für größere bürgerliche Freiheiten und mehr Demokratie sorgt.

Fallows betont statt dessen die Unterschiede im Wirt-

schaftsleben der Antagonisten. Im anglo-amerikanischen Ökonomiemodell richtet sich wirtschaftliches Handeln darauf, den Lebensstandard der einzelnen Konsumenten zu erhöhen. Das asiatische Modell verfolgt dagegen den Ausbau nationaler Stärke. Einem „materialistischen Ziel“ auf seiten des Westens stehe in Asien ein „politisches Ziel“ des Wirtschaftens gegenüber.

Fesselnd schildert Fallows seine Erfahrungen mit Tycoons und Politikern Asiens. Dabei wird schnell klar, daß sich die Wirklichkeit nicht immer so einfach in die theoretischen Kästchen klemmen läßt, wie der Autor das gern hätte. Auf die Spitze getriebene materialistische Gier lernt der Autor nicht etwa in Los Angeles, sondern in Tokio kennen: Nach einem opulenten Dinner wird seine Mousse au Chocolat mit Flöckchen aus purem Blattgold bestreut.



Nixon, Haldeman, Kissinger (1969)

Kaputte Schallplatte

H. R. Haldeman

„THE HALDEMAN DIARIES“

Sony Electronic Publishing, Santa Monica; 69,95 Dollar.

So muß sich ein Hacker fühlen, dem es gelungen ist, in den Computer der US-Regierung einzudringen: Sobald die Silberscheibe mit den digitalisierten Aufzeichnungen des ehemaligen Stabschefs im Weißen Haus, Bob Haldeman, im CD-Rom-Laufwerk liegt, öffnen sich die Türen zum Oval Office, und die tiefsten Geheimnisse der Amtszeit von Richard Nixon können durchstöbert werden. Stichwortrecherchen liefern die Präsidenten-Perspektive zu den historischen Ereignissen von der China-Politik bis zu Watergate. Die multimediale Aufbereitung der Haldeman-Aufzeichnungen übertrifft an Vollständigkeit sogar noch die berüch-

tigten Tonbänder des Präsidenten. Jene legendären acht-zehneinhalb Minuten, die angeblich Nixons Sekretärin gelöscht hat, können aus den Notizen des Stabschefs rekonstruiert werden. Im übrigen sind die Tagebücher des getreuen Haldeman geeignet, die postume Apotheose des 37. US-Präsidenten abrupt zu beenden. Es ist der alte, rachsüchtige Nixon, der hier sichtbar wird, der Paranoiker, der sich umstellt sieht von Kennedy-Anhängern, Journalisten und von seinen eigenen Bürokraten. Es ist ein Nixon, der Haldeman auffordert, dafür zu sorgen, daß Polizeihubschrauber im Tiefflug Vietnam-Demonstranten bedrängen, damit deren Lichterketten erlöschen.

Von Nixons Anfängen als moderater Sozialreformer bis hin zur Entscheidung über den US-Einmarsch in Kambodscha, vom Salt-Abkommen mit der Sowjetunion bis zur Bombardierung von Hanoi nimmt der Leser an Nixons Entscheidungen unmittelbarer teil, als es die Biographien und Erinnerungen der Hauptakteure bislang ermöglichten. Haldeman registriert emotionslos alles, auch das Komische. Da bittet Nixon ihn, dem Sicherheitsberater Henry Kissinger die Telefonnummern von jungen Frauen zukommen zu lassen, „die nicht über 30 sind“. Begründung: „Kissinger hat so hart gearbeitet.“

Nixons außenpolitischer Chefberater ist das zweite Opfer in Haldemans Aufzeichnungen. Wie sein Chef sieht sich auch Kissinger stets von Feinden umgeben. Immer wieder drängt Kissinger darauf, den Krieg in Vietnam zu verschärfen, weil nur so die Vietnamesen zu Verhandlungen zu zwingen seien. Das wird selbst Haldeman zuviel: In bezug auf Vietnam höre sich Kissinger an „wie eine kaputte Schallplatte“.

Neben solch direktem Zugriff auf die Zeitgeschichte bietet die CD-Rom-Version des Haldeman-Tagebuchs noch mehr – 700 Fotos aus dem Album des Stabschefs und 45 Minuten Videoclips, die er selbst meist auf Staatsbesuchen aufgenommen hat.

Ärzte und Blauhelme

François Jean (Hrsg.)

„HELFER IM KREUZFEUER.
HUMANITÄRE HILFE UND MILITÄRISCHE
INTERVENTION“

J. H. W. Dietz Nachf., Bonn;

224 Seiten; 19,80 Mark.

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist es schwieriger geworden, in Krisenregionen zu helfen. Früher konnten humanitäre Organisationen mit Partnern zusammenarbeiten, die – wie die Rebellenbewegungen in Angola, El Salvador



MSF-Ärzte in Kambodscha

oder Eritrea – von Supermächten unterstützt wurden und ausgedehnte Gebiete kontrollierten. Heute herrschen Konflikte vor, in denen jeder gegen jeden kämpft. Helfer müssen sich – etwa in Afghanistan, Somalia und Liberia – mit lokalen Kriegsherren arrangieren.

Die veränderte Lage in den neunziger Jahren beschreibt das von der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ herausgegebene Buch. Die 1971 in Frankreich gegründete nichtstaatliche Gruppe „Médecins Sans Frontières“ (MSF) leistet in den entlegensten Weltgegenden medizinische Nothilfe; ihre Mitarbeiter harren oft als letzte Ausländer noch im schlimmsten Kriegsgetümmel aus.

Dabei erleichtern nach MSF-Erfahrung Uno-Interventionen die humanitäre Arbeit nicht. Im Gegenteil: Weil die Blauhelme oft „ohne präzises politisches Programm“ in die Krisengebiete geschickt werden, wandeln sich die Friedenstruppen leicht zu einer Kriegspartei und verteidigen schließlich nur noch sich selbst – so geschehen in Somalia. Fazit der ärztlichen Helfer im Kreuzfeuer: Militärisches Eingreifen allein schafft keine Lösungen.



Soros

Spekulant und Menschenfreund

Kristina Koenen

„GEORGE SOROS IM GESPRÄCH
MIT KRISTINA KOENEN“

Eichborn, Frankfurt am Main;

176 Seiten; 32 Mark.

Was bewegt einen der weltweit erfolgreichsten Börsenspekulanten, mehrere hundert Millionen Dollar für Stiftungen und Hilfsprojekte in Osteuropa zu spenden?

In einem Gespräch mit dem ungarisch-amerikanischen Finanzier George Soros geht die Journalistin Kristina Koenen dieser Frage nach. Sichtbar wird in den Antworten einerseits ein fast schon genialer, oft auch skrupelloser Fondsmanager, der im Herbst 1992 bei einer Spekulation gegen das englische Pfund etwa eine Milliarde Dollar Gewinn machte. Andererseits stellt sich ein politischer Denker und Mäzen vor, der einen großen Teil seines Vermögens in Stiftungen investiert, die den demokratischen Aufbau der osteuropäischen Gesellschaften fördern sollen.

Soros wurde 1930 in Budapest geboren, wo er als Jude die Verfolgung zuerst durch ungarische Antisemiten und dann durch die Nazis erlebte. 1947 floh er vor den Kommunisten in den Westen. Diese Erfahrungen waren bestimmend für sein Engagement in Osteuropa. Mit Soros' Hilfe werden Manager ausgebildet, aber auch Zeitungsprojekte und Künstler gefördert. Viele osteuropäische Dissidenten, die heute in Machtpositionen sitzen, erhielten Unterstützung von Soros.

Großbritannien

Kapitale Böcke

Mit Sex- und Skandalgeschichten versorgt PR-Agent Max Clifford die Untertanen Ihrer Majestät – und macht dabei glänzende Geschäfte.

Wahre Kumpel läßt Max Clifford nicht im Stich. Derek Hatton war so einer, der dringend Hilfe brauchte: Der exzentrische Labour-Politiker, durch rüde Attacken auf die Parteiführung aufgefallen, hatte seinen Liverpooler Wahlkreis verloren und mußte sein Image auffrischen.

Clifford wußte Rat. Er arrangierte für den Freund in einem Londoner Nachtclub einen scheinbar zufälligen Fototermin mit der Bankierstochter Katie Baring, einer sehr entfernten Cousine von Prinzessin Diana.

Tags drauf prangte der nächtliche Schnappschuß auf Seite eins des größten britischen Massenblatts *The Sun*, darüber die Schlagzeile: „Di's Cousine wirbt um Derek.“ Die vier Millionen *Sun*-Käufer erfuhren „weltexklusiv“ Details aus den „leidenschaftlichen Nächten“ der Verliebten an „so exotischen Orten wie Lugano“.

Der Sensationsbericht hatte alle Zutaten, mit denen die abgekochten Macher der Londoner Boulevardblätter im Konkurrenzkampf um Leser und Schlagzeilen ihre Storys am liebsten anrühren: Politik, Königshaus, Sex. Wen kümmer-

te es schon, daß nichts an dem Artikel stimmte?

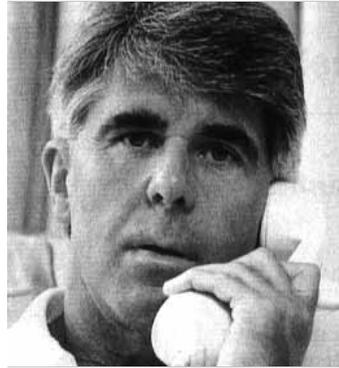
Hatton jedenfalls konnte seine Popularität jäh steigern und ist nun gerngesehener Gast in Fernseh-Talk-Shows. Clifford ist stolz auf seine Marketingstrategie: „Ich habe aus einem Provinzpolitiker einen Prominenten gemacht. Das allein zählt.“

Und natürlich auch das saftige Honorar, das er anschließend vom Nachtclub-Besitzer für die kostenlose Werbung kassierte. In seiner Branche gilt der Presse- und PR-Berater Clifford, 51, ein Londoner Arbeiterjunge ohne Schulabschluß, als rücksichtslosester und erfolgreichster Lieferant von Schmuddelgeschichten für die bunten Billigblätter.

Sein bislang größter Coup: Exklusivbilder von Prinzessin Diana im Fitneßstudio, mit versteckter Kamera aufgenommen und für einen sechsstelligen Pfund-Betrag an den *Sunday Mirror* verscherbelt. Clifford ist bei allen Deals mit bis zu 20 Prozent dabei.

Der Spezialist fürs Schmierige empfängt in seinem winzigen Büro über einem Friseursalon in der Londoner Innenstadt. An den Wänden des Arbeitszimmers, das er aus Platzgründen mit seiner Assistentin Claire teilt, hängen in Glas gerahmte Titelseiten von Storys aus seiner Fabrikation.

Zu den Trophäen gehören immerhin einige kapitale Böcke. So verlor vor zwei Jahren Kulturminister David Mellor, 45, sein Amt und die Aussicht auf eine weitere Karriere in der Konserva-



Schlagzeilenlieferant Clifford
Spezialist fürs Schmierige

tiven Partei, nachdem seine Mätresse Antonia de Sancha, 32, bei Clifford ausgepackt hatte. Gegen erstklassige Honorare versorgte die körperbetonende Filmschauspielerin die britischen Klatschblätter wochenlang mit lustigen Einzelheiten über das stürmische Techtelmechtel mit dem Minister.

Mellor, erfuhren die Briten, nuckle

gern am großen Zeh der Geliebten, beim Beischlaf trage er das Trikot seines Lieblings-Fußballklubs Chelsea FC, und zur Luststeigerung habe sich der oberste Kulturpolitiker Ihrer Majestät gelegentlich mit den kantigen Buchbänden von Shakespeares gesammelten Werken verdreschen lassen.

Nun ja, Zehenlutschen, Kickerleichen und Shakespeare-Züchtigung „sien wohl nicht ganz wahr gewesen“, räumt der Jaguar-Fahrer Clifford verschmitzt grinsend ein. Da habe er Antonia ein bißchen souffliert. Aber wer sei denn nun das größere Ferkel: „Ich, weil ich die Öffentlichkeit unterhaltsam informiere? Oder Mellor, der fremdgeht und sich seinen Wählern scheinheilig als treusorgender Ehemann verkauft?“

Mit Enthüllungen über ehebrechende Promis hat Clifford bislang die besten Geschäfte gemacht. Im März mußte Luftwaffengeneral Sir Peter Harding, 60, Chef des britischen Verteidigungsstabes, die Uniform ausziehen. Seine Bettgespielin, die angebliche spanische Gräfin und (laut Selbstbezeichnung) Nebenerwerbsnutte Bienvenida Buck, 37, plauderte erst in Cliffords Büro und dann in Boulevardzeitungen ausführlich über ihre Hotel-Quickies mit dem Hau-degen.

Cliffords letzter Scoop: Richtersfrau Valerie Harkess, 57, enthüllte vergangenen Monat auf einer Pressekonferenz – Gastgeber: Max Clifford – ihre langjährige Affäre mit dem Multimillionär und ehemaligen Verteidigungsstaatssekretär Alan Clark, 66. Im Groschenblatt *News of the World* gab sie exklusiv preis, daß der Wüstling auch noch ihre beiden Töchter verführt habe: „Für mich brach eine Welt zusammen.“

Das lebhaftes Interesse seiner Landsleute am Lotterleben der höheren Stände erklärt Clifford mit dem nach wie vor herrschenden Klassensystem in Großbritannien: „Das niedrigere Volk reizt es, Unterleibsgeschichten der besseren Kreise zu erfahren. Dann kann es beruhigt sagen: Eigentlich treiben es die da oben ja auch nicht anders als wir.“



Clifford-Opfer Diana, Clifford-Informantin de Sancha: Trophäen an der Wand



Stones-Sänger Jagger: „Ich bin kein Rock'n'Roll-Junkie, eine Scheidung ist jederzeit möglich“

Pop

„GELD IST EINE FEINE SACHE“

Mick Jagger und Keith Richards über 30 Jahre Rolling Stones und ihre neue CD „Voodoo Lounge“

SPIEGEL: In den sechziger Jahren hat Ihr damaliger Manager Andrew Loog Oldham gesagt: „Die Stones sind mehr als eine Band – sie sind ein Way of Life.“ Wie sieht dieser Way of Life nach 30 Jahren aus?

Richards: Wir sind heute so eine Art Mafia, die nach ihren eigenen Gesetzen lebt.

Jagger: Meine Güte, ich kann es nicht mehr hören. Wenn ich so einen Slogan glauben würde, müßte ich verrückt werden. Ich würde zu einem Cartoon, zu einer lächerlichen Figur, die es nicht mehr bringt.

SPIEGEL: Sind die Stones noch eine Band oder nur noch ein gut geführtes Wirtschaftsunternehmen?

Richards: Wir schlafen nicht mehr jede Nacht im selben Bus, so wie wir das vor 30 Jahren taten, aber wenn man so lange zusammen ist, dann entsteht da etwas, das trägt du mit dir herum für den Rest deines Lebens. Wir können uns für Monate nicht sehen, haben auf verschiedenen Kontinenten gelebt, aber Junge, wenn die Gitarren unter Strom gesetzt werden, dann gibt es keinen Zweifel mehr: Die Typen, die dort arbeiten,

sind mehr als Mick Jagger, Keith Richards, Ron Wood und Charlie Watts – es sind die Rolling Stones.

SPIEGEL: Klingt romantisch – trotzdem hat doch inzwischen jeder seine feste Rolle.

Jagger: Klar. Keith und ich schreiben die Songs, ich kümmere mich ums Geld, Ronnie macht ein paar Faxen, und manchmal kommt Charlie vorbei und trommelt ein bißchen . . .

SPIEGEL: . . . das ist der Mann, der neulich behauptet hat: „Ich bin kein besonders guter Schlagzeuger, vielleicht liegt es daran, daß ich nicht richtig zählen kann . . .“

Richards: Deswegen ist Charlie der Beste. Typen, die beim Trommeln zählen müssen, tut mir leid, bei denen ist alles zu spät.

SPIEGEL: Bill Wyman, der Bursche, der 30 Jahre lang am Baß stand, hat die Band verlassen. Vermissen Sie ihn?

Richards: Du lieber Gott, ich kann es ja noch immer nicht glauben, daß Bill weg ist. Manchmal drehe ich mich um und sage „Hey Bill, stell mal ein bißchen lauter“, und dann steht er da nicht mehr. Aber er wollte gehen, und so ist das nun

mal, du kannst niemanden zwingen, nicht im Rock'n'Roll. Hätte ich eine Computerfirma, okay, dann hätte ich Bill erpreßt oder mit einem Revolver bedroht, aber im Rock'n'Roll, Junge, im Rock'n'Roll kannst du das vergessen.

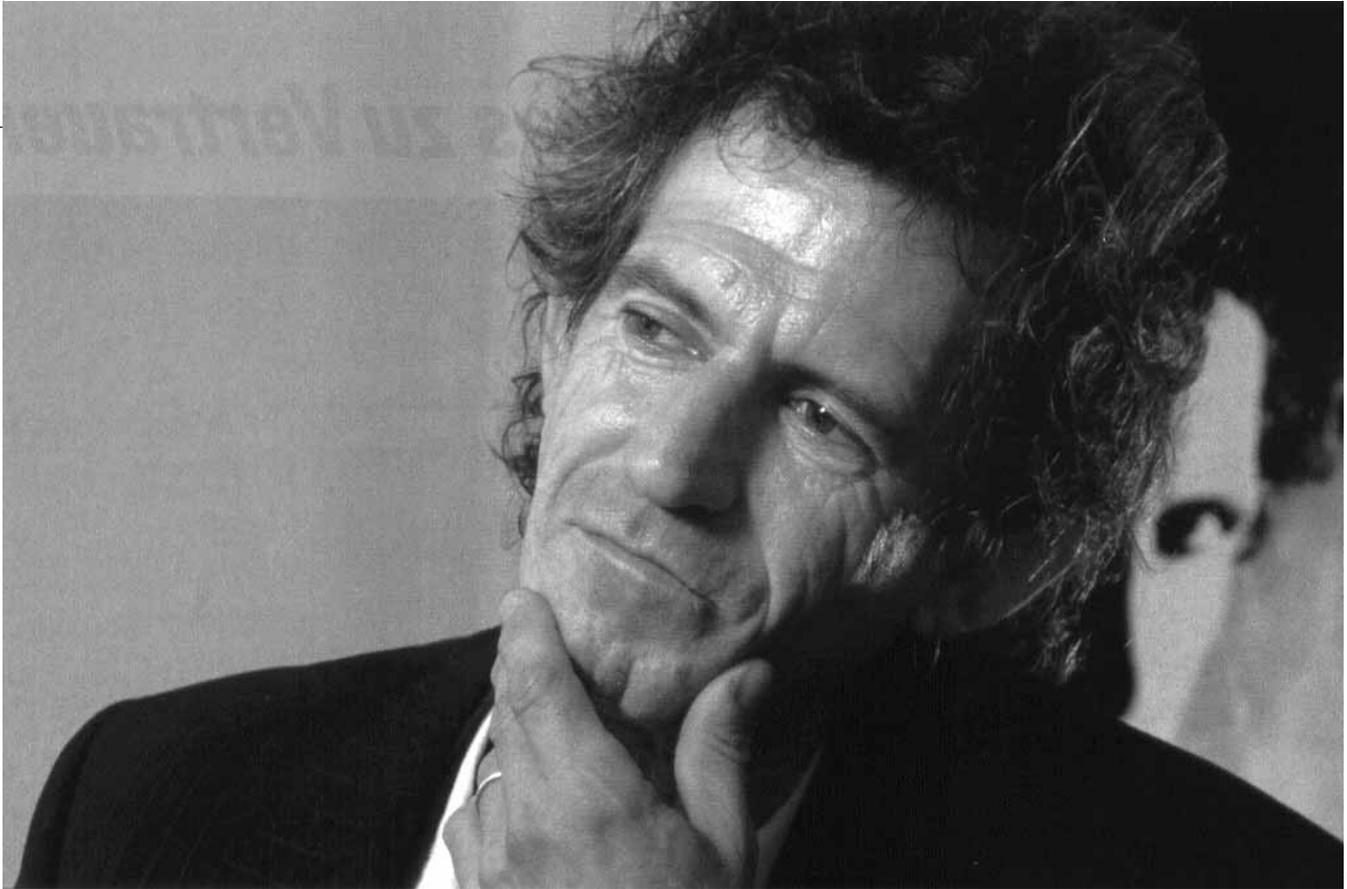
Jagger: Neulich habe ich Bill im Fernsehen gesehen. Er moderierte eine Show in Monte Carlo. Er nahm seinen Job sehr ernst und machte sich damit ziemlich lächerlich.

SPIEGEL: In seiner Stones-Biographie behauptet er, mehr Frauen als Mick Jagger aufgerissen und den Song „Jumpin' Jack Flash“ geschrieben zu haben.

Jagger: Zu den Frauen sage ich nichts. Aber wie genau es Bill mit der Wahrheit nimmt, kann man am Beispiel „Jumpin' Jack Flash“ sehen. Als wir das Stück schrieben, war er nicht da, und als wir es aufgenommen haben, auch nicht. Keith hat damals den Baß gespielt. Apropos, haben Sie die Biographie durchgelesen?

SPIEGEL: Auszüge.

Jagger: Erstaunlich. Ich konnte mir bis jetzt nicht vorstellen, daß irgend jemand dieses Buch kauft, noch weniger, daß jemand darin liest.



Stones-Gitarrist Richards: „Ich gehe davon aus, daß mich meine Jungs notfalls im Rollstuhl auf die Bühne schieben“

SPIEGEL: Wird der Nachfolger Darryl Jones ein Mitglied der Rolling Stones?

Jagger: Nein, ich glaube, dazu ist es zu spät.

Richards: Ich weiß nicht, was Mick jetzt schon wieder hat. Soweit es mich betrifft, kann ich nur sagen: Wer mit mir auf einer Bühne steht und ein Konzert mit Songs der Rolling Stones spielt, ist ein Rolling Stone – was denn sonst. Wahrscheinlich dauert es bei Mick wieder ein bißchen länger. Ronny Wood, der 1974, also vor 20 Jahren dazukam, hat mich vor zwei Tagen angerufen und gesagt: „Hey Keith, hast du es schon gemerkt: Ich bin nicht mehr der Neue.“

SPIEGEL: Was muß einer mitbringen, um ein Rolling Stone zu werden?

Richards: Da fragen Sie den Falschen. Ich weiß nicht, was dazugehört, weil ich selbst einer bin. Ich weiß nur eines: Er muß mit den anderen auskommen. Da kann einer ein Virtuose auf allen Instrumenten sein, aber wenn er nicht reinpaßt – aus. Amen. Es hat etwas mit Chemie zu tun, aber die Formel kennt niemand.

SPIEGEL: Nach 32 Jahren kennen Sie die noch immer nicht?

Richards: Natürlich nicht. Und ich will sie auch nicht kennen. Wenn ich alles, was in der Band passiert, enträtseln und vorhersagen kann, fange ich an, mich zu langweilen und die Angelegenheit hat keinen Sinn mehr. Wir sind die Stones und keine gottverdammte Fabrik.

SPIEGEL: Bevor Sie mit den Aufnahmen zu Ihrer neuen CD „Voodoo Lounge“ begannen, haben Sie sich auch nichts gedacht?

Richards: Das Prinzip ist immer dasselbe. Noch vor der Studiotür ist mein Kopf völlig leer, aber dann plötzlich – eine Gitarre, ein Verstärker, ein Mikrofon, meine Jungs, und es fängt an zu arbeiten. Es kommt nicht darauf an, was wir wissen, sondern darauf, was wir nicht wissen – so entsteht unsere Musik.

SPIEGEL: Trotzdem klingt das Album härter, entschlossener und direkter als alles, was die Stones in den achtziger Jahren aufgenommen haben. Verdanken Sie das tatsächlich nur zufälliger Inspiration?

Mick Jagger und Keith Richards

sind die Chefs der „Greatest Rock’n’Roll-Band in the World“ – der Rolling Stones. Seit 30 Jahren halten sie mit ihren Songs und ihren Skandalen das Publikum bei Laune, und sie lassen sich ihre glamouröse Anarchie gut bezahlen: 44 Millionen Dollar kassierte die Band vor zwei Jahren, als sie die Plattenfirma wechselte, und auf ihrer jetzigen Welttournee werden sie über 300 Millionen Dollar verdienen. Auf ihrer neuen CD „Voodoo Lounge“ klingen sie so böse und sexy wie lange nicht mehr; ihren Sieg im Kampf gegen das Alter haben die Stones schon geahnt, als sie einen ihrer ersten Hits schrieben: „Time is on my side“.



Stones-Hysterie (1964): „Wir sind die Stones und keine gottverdammte Fabrik“



Rivalen Richards, Jagger: „Ich weiß nicht, was Mick jetzt schon wieder hat“

Jagger: Natürlich haben wir uns ein paar grundlegende Gedanken gemacht. Wir wollten ein rauhes, wenig gekünsteltes Rhythm-and-Blues-Album einspielen.

Richards: Wir wollten das, was wir immer wollen: das beste Rolling-Stones-Album aller Zeiten. Dieses Mal ist es fast gelungen. Ich würde sagen, die Platte klingt nicht nur nach den Stones, man spürt es auch, daß es die Stones sind.

SPIEGEL: Und das hieß, sowenig Elektronik wie möglich.

Jagger: Im Endeffekt ja, obwohl Charlie Watts und ich auch ein paar Techno-Nummern aufgenommen haben. Sie sind nicht auf dem Album, aber sie sind nicht übel – es gibt keine musikalischen Formen, vor denen ich mich fürchte.

SPIEGEL: Trotzdem gelten Sie, Mr. Jagger, als derjenige, der immer an den Stones herumnörgelt.

Jagger: Ich bin ein Perfektionist, will immer alles besser machen und bin deshalb nie zufrieden. Ich werde nie zu dem Punkt kommen, an dem ich die Beine hochlegen kann und sage: „Alles super, was bin ich glücklich.“ So geht es mir auch mit „Voodoo Lounge“. Ich würde sagen, die Platte ist zu 75 Prozent gelungen.

SPIEGEL: An dieser Nörgelei wären die Stones in den achtziger Jahren beinahe zerbrochen. Sie, Mr. Jagger, nannten die Stones „einen Mühlstein um meinen Hals“. Sie, Mr. Richards, beschimpften Mick Jagger als „einen Verrückten mit einem Peter-Pan-Komplex“.

Jagger: Ich bin ehrgeizig, ich will, daß alles vorwärtsgeht. Ich hasse Nostalgie. Wenn wir immer die Dinge nach dem Willen von Keith gesteuert hätten . . .

SPIEGEL: . . . dann würden die Stones noch heute alte Rhythm-and-Blues-Stücke nachspielen . . .

Jagger: . . . und zwar in einem Keller in der Vorstadt von Leeds.



Jagger*

„Ich werde nie die Beine hochlegen und sagen: Alles super, was bin ich glücklich“

Richards: Mick hat große Angst, von den Stones verschlungen zu werden. In den Achtzigern hatten wir unsere Grenzen erreicht. Wir waren ausgebrannt – eine Gemeinschaft, die nicht mehr funktionierte. Also mußten wir einander Raum geben, so daß jetzt jeder auf eige-

nen Beinen steht, seine Soloplatten einspielt und dann zurück in die Band kommt. Na ja, Mick hält eine Menge aus. Wir beide haben den Kampf überstanden. Ich habe ihn nicht umgebracht, oder? Egal, wenn ich heute eine Wut auf Mick habe, dann schreie ich ihn nicht länger an. Ich spreche mit Charlie.

SPIEGEL: Die große Krise in den Achtzigern scheint auch ein Resultat des zehn Jahre andauernden Heroinkonsums von Mr. Richards in den Siebzigern gewesen zu sein, so stellt es zumindest der englische Popschreiber Nick Kent dar.

Richards: Klar, wir hatten Drogenprobleme, aber sie hätten erst einmal Nick sehen sollen. Wenigstens waren wir die Stones, er aber nur einer, der dauernd um die Gruppe rumhing und dazugehören wollte. Mein Gott, die Siebziger, das war eine merkwürdige Veranstaltung. Nach den großen Versprechen der Sechziger folgte die große Ernüchterung. Die Drogen machten einen nicht frei, sie brachten einen um. Wie Jimi Hendrix. Oder meinen Freund Gram Parsons. Aber selbst deren Tod hat mich damals nicht besonders erschüttert. Ich stand ja auch jahrelang an der Spitze der Todesliste und wußte, ich könnte der nächste sein.

SPIEGEL: Trotzdem waren Sie bereit, um Ihr Leben zu kämpfen. Notfalls mit der Smith & Wesson, die Sie immer mit sich rumgetragen haben.

Richards: Ich war ein Junkie, und ich war berühmt, es blieb mir nichts anderes übrig, als mich zu bewaffnen. Zum Beispiel saß ich in einem kleinen Hotel in Oklahoma, das sehr dünne Holzwände hatte. Plötzlich fingen ein paar Rednecks von draußen an, durch die Wand zu feuern – einfach so, weil sie, nur so zum Spaß, uns Engländer ein bißchen ärgern oder ein bißchen totschießen wollten. Bei riskanten Drogeneinkäufen, da habe ich natürlich auch eine Smith & Wesson getragen. Anfang der siebziger Jahre in New York war das einfach notwendig. Wenn es brenzlich wurde, schoß ich einfach das Licht aus und floh – was wenig half. Dealer lauerten immer unten vor dem Haus, um mir das Zeug, das ich oben gekauft hatte, wieder abzunehmen.

SPIEGEL: Haben Sie die Waffe heute auch dabei?

Richards: Nein, sie hängt jetzt in meinem Haus in Connecticut in einem Rahmen an der Wand.

SPIEGEL: Seit wann?

Richards: Seit dem Tag, an dem ich geheiratet habe.

* Mit SPIEGEL-Redakteur Thomas Huetlin in London.

SPIEGEL: Sie leben inzwischen ziemlich solide. Wenn Sie am 1. August die Welttournee beginnen, was bleibt denn da noch übrig von dem legendären Motto „Sex & Drugs & Rock’n’Roll“?

Richards: ... Sex & Drugs & Rock’n’Roll natürlich, oder wie würden Sie dieses Getränk hier nennen wollen?

SPIEGEL: Einen halben Liter Wodka-Orange.

Richards: Die Vorstellung, das Rock’n’Roll-Leben sei eine einzige Orgie, ist falsch. Für kurze Zeit kann es das sein, aber wenn man 30 Jahre dabei ist, muß man ab und zu eine Pause einlegen. Ich habe eine Familie. Eine ganz entzückende Familie. Abends singe ich manchmal zur Gitarre vor meinen Töchtern, und vor drei Uhr nachmittags stehe ich nicht auf. Ich bin ein Rock’n’Roll-Familienvater.

Jagger: Mich hat dieser Sex-Drogen-und-Rock’n’Roll-Mythos schon in den sechziger Jahren angeödet. Ich trinke Tee vor der Show und lese auch das Kleingedruckte. Nur wenn ich von der Bühne komme, dann ist an Schlaf nicht zu denken. Ich bin dann so angefeuert, daß ich bis sechs Uhr früh brauche, um wieder runterzukommen. Aber dann muß ich auch schon bald wieder aufstehen, meine Turnschuhe binden und ein paar Meilen laufen.

Richards: Sport, o Gott. Ich finde, es genügt, wenn ich zwei Stunden eine Gitarre um den Hals auf der Bühne herumschleppe. Außerdem muß ich mich nicht groß lockermachen. Ich kann aus dem Bett steigen und sofort ein Konzert spielen – im Schlaf sozusagen.

SPIEGEL: Die Stones haben als die „bad boys“ der Gegenkultur angefangen, jetzt lassen Sie Ihre Tournee von einer Brauerei sponsern. Haben Sie das nötig?

Richards: Die hängen eine kleine Fahne über die Bühne, was soll’s. Wir verdienen



Richards*

„Natürlich habe ich bei riskanten Drogeneinkäufen eine Smith & Wesson getragen“

ein wenig Geld nebenher und können so die Ticketpreise niedrig halten.

SPIEGEL: Das sagen alle. Eine langweilige Ausrede für eine Band, die 300 Millionen Dollar reicher sein wird am Ende dieser Tournee.

Richards: Geld ist eine feine Sache. Aber ich bin nicht nur des Geldes wegen dabei, ich will den Ruhm, Darling, und ich will noch mehr. In jedem Konzert gibt es diesen Punkt, an dem du aufhörst zu denken; darüber, wie groß die Distanz zum Publikum ist, darüber, ob deine Finger schnell genug sind, oder darüber, ob sich Mick vielleicht heute Abend doch noch den Hals bricht. Dieser Punkt, wo alles von allein geht, wo du drei Meter über der Erde stehst, und du glaubst: Das ist der halbe Weg zum Paradies.

Jagger: Keith hebt wieder völlig ab. Zum Glück habe ich dafür gesorgt, daß es für mich auch jenseits der Bühne ein Leben gibt, das mich zufriedenstellt. Ich bin keiner von diesen Rock’n’Roll-Junkies.

SPIEGEL: Klingt ja sehr erwachsen. Warum, Mr. Jagger, haben Sie denn damals mit der Musik angefangen?

Jagger: Ich wollte an den Wochenenden nicht Rock, sondern Blues spielen, und ich habe nie geglaubt, daß sich daraus einmal eine Karriere entwickeln könnte. Rockstars damals, das waren Cliff Richard oder Pat Boone und lauter mittelmäßige, langweilige Typen, die in gräßlichen Theatern vor Leuten auftraten, die sich prügeln. Ein scheußliches, unsoliden Geschäft war das – man wurde nicht bezahlt, und überall roch es nach altem Bier und ungewaschenen Kleidern. Also für Leute wie mich, junge Snobs meinestwegen, da war Rock’n’Roll nichts. Ich wollte zur Boheme gehören, nicht zu einer Art Abschaum, die früher oder später im Nichts versinkt.

SPIEGEL: Waren die Stones je eine politische Band?

Jagger: Wir waren eine Rebellenband gegen die Anpassung und gegen die unerträgliche Langeweile, die Anfang der sechziger Jahre herrschte . . .

Richards: . . . es war ja so, daß unsere Eltern immer noch mit dem Krieg beschäftigt waren, die wollten nicht nach vorn, sondern, nachdem sie mit ihren Aufräumarbeiten fertig waren, zurück zu einem Zustand wie vor dem Krieg . . .

Jagger: . . . wir wollten mehr, etwas anderes, etwas Neues, und wir wollten zur Boheme gehören. Offensichtlich politische Texte haben wir fast immer abgelehnt. Wir haben, wie jede Avantgarde, schockiert, und keine langweiligen marxistischen Konzepte aus dem letzten Jahrhundert vertreten. Und damit haben wir die Welt mehr verändert als irgendwelche Gewerkschafter.

Richards: Keiner ahnte damals, in welchem Ausmaß Rock’n’Roll subversiv ist. Aber der Samen zu einer mächtigen Unterwanderung der Gesellschaft war gesetzt – und trug Früchte. Ich glaube, Rock’n’Roll und Blue jeans, mit ihren Versprechen auf mehr Spaß, haben mehr zur Befreiung von Osteuropa beigetragen als man annimmt.

SPIEGEL: Rock’n’Roll ist heute eine große Industrie, subversive Positionen haben es schwer. Schauen Sie sich Grunge und das Schicksal von Kurt Cobain an.

Jagger: Die Informationen verbreiten sich heute viel schneller, und es ist viel mehr Geld damit zu verdienen. Alles, was nach Gegenkultur aussieht, wird sofort im großen Stil vermarktet. Grunge startete als Kelleraufstand für Eingeschlossene, und ein Jahr später gab es ei-



Stones-Plattencover 1964, 1994: „Wir wollten zur Boheme gehören“



* Mit SPIEGEL-Redakteur Thomas Huetlin in New York.

ne Grunge-Designer-Kollektion und einen Grunge-BMW.

Richards: Rock'n'Roll war schon immer ein Geschäft voller Haie, Kurt Cobain hat sich den falschen Job ausgesucht. Hör mal zu, Junge. Als wir das erstmal nach Chicago kamen, so Anfang der sechziger Jahre, da trafen wir unser großes Vorbild Muddy Waters im Studio. Nur spielte der Bursche nicht Gitarre, sondern strich eine Wand an. Seine Platten verkauften sich nicht besonders gut, und da sagte sein Boß: „Muddy, ich lasse dich nicht hängen, streich die Wand an.“ Kurt Cobain hätte sich, egal mit welchem Beruf, früher oder später sowieso umgebracht.

SPIEGEL: Haben Sie während Ihrer Heroinphase an Selbstmord gedacht?

Richards: Nein, ich suchte ein High, kein Low. Ich wollte mich verstecken, aber nicht für immer verschwinden. Ich war nie besonders vorsichtig, und Unfälle haben mein Leben bestimmt. So ist das nun mal. Natürlich habe ich das eine oder andere geplant – nur war es immer umsonst. Statt dessen Drogenrazzien, Auto-unfälle, abgebrannte Häuser, geklaute Gitarren. Unfälle gehören zu mir. Manche von ihnen sind gut, andere ziemlich schlimm. Die guten haben mir gutgetan, und die schlimmen haben mich noch nicht umgebracht.

SPIEGEL: Mick Jagger hat einmal gesagt: „Mit 19 will jeder in einer Gang sein, aber wer mit 40 immer noch in einer Gang ist, tut mir leid.“

Jagger: Das stimmt bis heute. Ich betrachte mich nicht als Mitglied einer Gang.

Richards: Warum darf man mit 50 nicht immer noch in einer Gang sein – alle Jungs, die es geschafft haben, gehören einer Gang an. Mir tun die leid, die sich um solche Dinge Sorgen machen. Ich gehe davon aus, daß mich meine Jungs notfalls im Rollstuhl auf die Bühne schieben.

SPIEGEL: Halten Sie die Stones immer noch für eine alte Ehe, in der man sich streitet, aber nach 30 Jahren nicht mehr scheiden läßt?

Jagger: Eine Scheidung ist jederzeit möglich.

Richards: Mein Gott, so geht das nun seit dem Tag, an dem ich ihn in diesem Vortrag kennengelernt habe. Ich hatte ihn schon in der Sandkiste ein paar Mal gesehen, und später immer wieder. Er hatte mich nicht besonders interessiert. Er schien mir zu streberhaft. Aber an diesem Tag im Zug, wir waren wohl so um die 13, wurde alles anders. Er trug zwei Platten unterm Arm herum, eine von Chuck Berry, eine von Muddy Waters. Ich sah genauer hin und entdeckte, daß sie nicht in England, sondern in den USA gepreßt worden waren. Er kannte sich also aus. Er war also mehr als nur ein Streber. Und ich beschloß, dem Kleinen eine Chance zu geben.

Skeptiker und Guru

Der Engländer Aldous Huxley, Autor der Utopie von der „Schönen neuen Welt“ und ein rastlos Reisender, war ein Literat von enormer Gelehrsamkeit. Erstmals ins Deutsche übertragene Essays erinnern daran.

Berühmt wie Orwells „1984“ ist noch heute die prophetische Satire von der „Schönen neuen Welt“, deren Menschenkinder genormt aus Retorten schlüpfen und ihr Dasein in glücklichem Schwachsinn verbringen, drogenselig kopulierend bis zum milden Ende durch Euthanasie.

Doch die Utopie vom allmächtigen Wohlfahrtsstaat, bereits Anfang der dreißiger Jahre verfaßt, war ja wahrhaftig nicht das einzige Bravourstück im Leben des Literaten Aldous Huxley, der immer so virtuose Gedankenspiele trieb und mit Ideen jonglierte, seinen Zeitgenossen zum Ergötzen, zur Erbauung und oft genug auch zum Ärgernis.

Als ein findiger, fabelhaft schaffensfroher Autor empfahl er sich, „einer von denen“, wie er gestand, „die von Berufs wegen das große Meer des Gedruckten, in dem unser Geist unablässig badet, anschwimmen lassen“, und so erstrahlte er ohne Unterlaß publizierend im Glanz seines Witzes, seines eleganten Stils, sei-

ner enzyklopädischen Gelehrsamkeit. Ein Dutzend Romane hat er hinterlassen, dazu Erzählungen, Reiseimpressionen, Biographien und Theaterstücke sowie ein enormes essayistisches Werk von kunterbunter Thematik kreuz und quer durch die abendländische Kulturgeschichte – mit Meditationen etwa über den heiligen Franz von Assisi und den verruchten Poeten Baudelaire bis hin zur langen Abhandlung über die Probleme bei der Abwässerentsorgung in der Riesenmetropole Los Angeles.

Das alles ist im raschen Wandel der Zeiten etwas in Vergessenheit geraten. In diesem Jubiläumsjahr aber kommt nun der komplette Huxley in 48 Paperback-Bänden, verlegt bei Flamingo in London, wieder ans Licht. Und mit einer dreibändigen Auswahl von Huxley-Essays, zum überwiegenden Teil erstmals ins Deutsche übersetzt, gedenkt auch der Münchner Piper Verlag des Sprachartisten, der vor einem Jahrhundert im Städtchen Godalming, Grafschaft Surrey, geboren wurde*.

Gesegnet mit einem reichen genetischen Erbe kam er zur Welt. Sein Großvater, „Darwins Bulldogge“ genannt, war der berühmte Evolutionstheoretiker Thomas Henry Huxley gewesen, sein Großonkel Matthew Arnold ein prominenter Kritiker und Dichter, seine Tante Mrs. Humphry Ward schrieb populäre viktorianische Romane. Ein bedeutender Zoologe (und erster Generaldirektor der Unesco) sollte sein Bruder Julian werden,



Autor Huxley, Familie (um 1932): „Ein dünner Ästhet“

* Aldous Huxley: „Essays“. Herausgegeben von Werner von Koppenfels. Aus dem Englischen von Hans-Horst Henschen, Herberth E. Herlitschka, Sabine Hübner und Werner von Koppenfels. Piper Verlag, München; drei Bände; zusammen 960 Seiten; 78 Mark.

sein Halbbruder Andrew erhielt 1963 den Nobelpreis für Medizin.

In Aldous jedoch, dem früh schon gereiften Wunderknaben, gelangten die der Sippschaft inhärenten Talente, ihre literarisch-schöngestigen Gaben wie auch ihre wissenschaftliche Verstandeskraft, zur üppigsten Entfaltung.

In seiner Jugend, während der Schulzeit in Eton, hatte ihn eine Infektion der Augenhornhaut fast völlig mit Blindheit geschlagen, und durch dicke Brillengläser betrachtete er sich fortan das ihn so faszinierende Treiben auf Erden – ein langer, dünner Ästhet, der pure Intellektuelle, in allen praktischen Dingen hoffnungslos unbeholfen. Huxley, bemerkte ein boshafter Kollege, sei „dieser Pedant, der lüstern der Paarung von Krebsen zusieht, ohne je fähig zu sein, einen zu fangen oder gar zu kochen“.

Aber fürs Praktische gab es ja Maria, die zierliche belgische Ehefrau, die stets nach dem Rechten sah, die am Steuer saß auf ihren vielen Touren durch Italien, Frankreich und Spanien, die ihn betreute in den häufig wechselnden Residenzen, ob in London, in den Hügeln der Toskana oder an der Côte d'Azur. Ja, sogar seine Liebesaffären arrangierte sie für ihn, bestellte den Tisch zum Dinner für zwei, schickte Blumen an die Damen und kleine Geschenke zum Abschied, denn auf ihren Aldous war da kein Verlaß: „Er würde nur alles vermasseln.“

Derweil machte Huxley in der literarischen Welt der zwanziger Jahre seine brillante Karriere als der „große Mahatma aller Misanthropen“, der frivole, zynische Chronist einer gottverlassenen Nachkriegsgesellschaft, verirrt im Jammental der zertrümmerten Werte und Ideale, heimgesucht von den Kollektivpsychosen der modernen Zivilisation.

Aristokraten, Snobs, Gelehrte und Bohemiens, Dichter auf Sinnsuche und Maler in der Schaffenskrise, asketische Jünglinge, nymphomane Luxusweibchen, Salonfaschisten, sozialistische Apostel, alte Genießer: Im Narrenrei-

Chronist einer heillos aus den Fugen geratenen Welt

gen der grotesk karikierten Geschöpfe ziehen sie durch Huxleys frühe Romane, so manches unter ihnen geschaffen nach lebendem Modell aus des Autors Freundes- und Bekanntenkreis.

Begnadete Redner sind sie allesamt. Unentwegt, in Bibliotheken und Boudoirs, in Gemäldegalerien, Opernlogen und Nachtlokalen, auf Partys, zum Nachmittagstee oder beim Bummel durch den Hyde Park, führen sie ihre höchst kultivierten Gespräche über die

Kunst und die Liebe, Moral, Politik und Religion, den Fortschritt der Technik, den Zwiespalt der Seele und die heillos aus den Fugen geratene Zeit.

Für den hemdsärmeligen Vollbluterzähler Ernest Hemingway zwar war das Ganze bloß lachhaft „intellektuelles Gerübel“, „künstlich konstruierten Charakteren in den Mund gelegt“; allein, über derlei Kritzelei blieb Huxley erha-

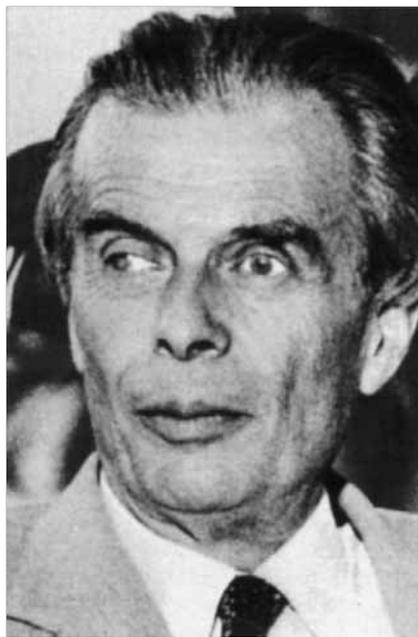
BESTSELLER

BELLETRISTIK

- | | | |
|-----------|---|------|
| 1 | Gaarder: Sofies Welt
Hanser; 39,80 Mark | (1) |
| 2 | Grisham: Der Klient
Hoffmann und Campe; 44 Mark | (2) |
| 3 | Høeg: Fräulein Smillas
Gespür für Schnee
Hanser; 45 Mark | (3) |
| 4 | Crichton: Enthüllung
Droemer; 44 Mark | (5) |
| 5 | Grisham: Die Akte
Hoffmann und Campe;
44 Mark | (4) |
| 6 | Mayle: Hotel Pastis
Droemer; 39,80 Mark | (9) |
| 7 | Brown: Ruhe in Fetzen
Rowohlt; 34 Mark | (8) |
| 8 | Gordon: Der Schamane
Droemer; 44 Mark | (7) |
| 9 | Pilcher: Wilder Thymian
Wunderlich; 42 Mark | (6) |
| 10 | Zimmer Bradley: Die
Wälder von Albion
W. Krüger; 49,80 Mark | (10) |
| 11 | Atwood: Die Räuberbraut
S. Fischer; 48 Mark | (13) |
| 12 | Pirinçci: Francis – Felidae II
Goldmann; 38 Mark | (11) |
| 13 | Childress: Verrückt
in Alabama
Goldmann; 42 Mark | (14) |
| 14 | Fischer: Aimée & Jaguar
Kiepenheuer & Witsch;
39,80 Mark | (15) |
| 15 | Pilcher: Die
Muschelsucher
Wunderlich; 45 Mark | (12) |

ben. Romangestalten, erklärte er, seien für ihn „nichts als Marionetten mit Stimmen, um Ideen und die Parodie von Ideen zu äußern“; was er erstrebe, sei die „vollkommene Verschmelzung von Roman und Essay“.

1928 erschien sein Essay-Roman „Point Counter Point“ (deutscher Titel: „Kontrapunkt des Lebens“), ein Meisterwerk der Gesellschaftsanalyse, rand-



Literat Huxley (1960)
„Was für ein guter Mensch!“

voll mit Ideen über den kulturellen Wandel, das politische Klima, das erotische Fluidum, den allgemeinen Geisteszustand in England zwischen den Kriegen. Das Buch wurde ein internationaler Erfolg, und vier Jahre später, als sarkastischer Prophet der „Schönen neuen Welt“, stand Huxley auf dem Gipfel seines Ruhms.

Doch bald schon, knapp jenseits der 40, befand er sich auch in der Krise seines Lebens. Huxley, der Skeptiker mit dem Superhirn, machte sich auf die Suche nach tieferer Erkenntnis, nach „Ich-Transzendenz“ und visionärer Offenbarung. Nach dem Ideal des „ungebundenen“ Menschen strebte er, „losgelöst“ von „seinen körperlichen Empfindungen und Begierden“, „seinem Verlangen nach Macht und Besitz“, „seinem Zorn und Haß“, von „Reichtum, Ruhm und gesellschaftlicher Stellung“.

Und während sich Europas Himmel verdüsterte, Mussolini über Abessinien herfiel, in Spanien der Bürgerkrieg losbrach und Hitler im Reichstag tobte, träumte Huxley in seinen Büchern vom „Einssein der Menschheit“ und hielt auf Versammlungen Plädoyers für den Weltfrieden. 1937, begleitet von den Flüchen der linken Intelligenzija, reiste er mit Frau Maria und Sohn Matthew nach Amerika und kehrte nicht mehr zurück. Europa, soll er beim Abschied gesagt haben, sei „kein Ort für einen Pazifisten“.

So suchte denn dieser „kühle, leicht antiseptisch wirkende, aber humane und sanfte Mann“ (Virginia Woolf), beseelt von immer „schicker Religiosität“ (T. S. Eliot), in Kalifornien sein Heil auf den Wegen der Erleuchtung. Er versenkte sich in die Mystik des Ostens, fand gei-

SACHBÜCHER

1	N. E. Thing Enterprises: Das magische Auge Ars Edition; 29,80 Mark	(1)
2	Ogger: Das Kartell der Kassierer Droemer; 38 Mark	(2)
3	N. E. Thing Enterprises: Das magische Auge II Ars Edition; 29,80 Mark	(5)
4	Ogger: Nieten in Nadelstreifen Droemer; 38 Mark	(3)
5	Carnegie: Sorge dich nicht, lebe! Scherz; 44 Mark	(6)
6	Hartwig: Scientology – Ich klage an Pattloch; 34 Mark	(4)
7	Wickert: Und Gott schuf Paris Hoffmann und Campe; 42 Mark	(8)
8	Schmidt: Das Jahr der Entscheidung Rowohlt Berlin; 34 Mark	(7)
9	Kelder: Die Fünf „Tibeter“ Integral; 19 Mark	(9)
10	Durrani: Mein Herr und Gebieter Hoffmann und Campe; 44 Mark	(10)
11	Tipler: Die Physik der Unsterblichkeit Piper; 49,80 Mark	(14)
12	Zachert/Zachert: Wir treffen uns wieder in meinem Paradies Lübbe; 29,80 Mark	(11)
13	Filipović: Ich bin ein Mädchen aus Sarajevo Lübbe; 29,80 Mark	(13)
14	Sasson: Ich, Prinzessin Sultana, und meine Töchter C. Bertelsmann; 38 Mark	(12)
15	Wickert: Das Wetter Transit; 24 Mark	

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin Buchreport

stigen Zuspruch in den Meditationszirkeln der Ramakrischna-Jünger von Hollywood und lebte dann fünf Jahre lang auf seiner Ranch am Rand der Mojave-Wüste im Angesicht der Unendlichkeit.

Geläutert vom fröhlichen Zynismus seiner Jugend, blickte er nun auf die irrsinnige Menschheit und erzählte vom Fortschrittswahn der Technologen und dem Frevel hemmungslosen wissenschaftlichen Forschens. Aber getrost: Hinter dem Schleier der Maja, der Illusion von Raum und Zeit, offenbarte sich ihm der göttliche Urgrund allen Seins.

Über sein mystisches Tasten nach dem Göttlichen hat Huxley 1954 einen Bericht mit dem Titel „Die Pforten der Wahrnehmung“ vorgelegt, in dem er sein Experiment mit der psychedelischen Droge Meskalin beschrieb. Die Eloge auf die bewußtseinsweiternde Wirkung des im übrigen „völlig unschädlichen“ Stoffes, von den Blumenkindern der späten sechziger Jahre zum Evangelium erhoben, trug ihm noch einmal wilde Proteste ein. Für Thomas Mann etwa, der einst die Kunst des Kollegen als „eine feinste Blüte westeuropäischen Geistes“ bewundert hatte, zeugte sie einzig und allein von „gewissenlosem ästhetischem Selbstgenuß“.

Dennoch, unbeirrt, in der Aura des Weisen, schritt Huxley seiner irdischen Vollendung entgegen. „Was für ein guter Mensch! Ein Mensch, der im Frieden mit sich selber lebt“, schwärmte der englische Kritiker Cyril Connolly nach einem Interview mit dem Guru der Literatur.

Seine Maria starb, an ihre Stelle trat Laura, die italienische Violonistin und Psychotherapeutin. Nun war sie es, die den ewig Rastlosen begleitete auf seinen Reisen nach Lateinamerika und Indien, zu den Kongressen in Brüssel, Rom und Stockholm, in die überfüllten Universitäts-Auditorien, wo er mit fein modulierter Stimme seine Ideen vortrug – über Shakespeare, das bedrohliche Wachstum der Erdbevölkerung und die Heilswege Buddhas.

1961 zerstörte ein Buschfeuer das Haus der Huxleys in den Hügeln von Hollywood und raffte alle Habe hinweg, darunter Manuskripte, Tagebücher, Briefe und die 6000 Bände der Bibliothek. „Für mich“, sagte Huxley, „war es ein Zeichen, daß der grimmige Schnitter mich ins Auge faßte.“

Zweieinhalb Jahre danach, versehen mit einer Dosis von 100 Mikrogramm LSD, die Laura ihm seinem letzten Wunsch gemäß injiziert hatte, ging er im Alter von 69 Jahren ein ins Nirwana. Es war der 22. November 1963, derselbe Tag, an dem John F. Kennedy den Schüssen von Dallas zum Opfer fiel, und so kam es, daß die Welt die Nachricht vom Tod des Schriftstellers Aldous Huxley kaum zur Kenntnis nahm.

Laus in den Pelz

Die Geheimdokumente der „Akte Solschenizyn“, die jetzt veröffentlicht werden, führen ein hilfloses Politbüro vor.

Der Fall ist wohl einmalig, in der Geschichte der Literatur wie in der Geschichte staatlicher Herrschaft: Das oberste Entscheidungsorgan einer waffenstarrten Weltmacht war viele Jahre lang auf die Gedanken und Manuskripte eines Schriftstellers fixiert wie der Exorzist auf den Teufel. Aber dieser

freigegeben; zeitgleich wird sie im Herbst auf russisch und deutsch erscheinen**.

Auf einigen hundert Seiten sind Spitzelberichte und Auszüge aus Sitzungsprotokollen des Politbüros versammelt. Geheimdienstdossiers finden sich neben Weisungen an ausländische Sowjetbotschaften und Zusammenfassungen von Solschenizyn-Werken wie „Der erste Kreis der Hölle“ und „Archipel Gulag“: insgesamt 170 Dokumente aus dem Geheimarchiv des sowjetischen Politbüros.

Spektakuläre Offenbarungen gibt es nicht. Ihren Reiz verdankt die gedruckte Hinterlassenschaft eines versunkenen Regimes vielmehr einer Eigenschaft, die erst im geschichtlichen Rückblick angemessen zu würdigen ist: ihrem hochprozentigen realsatirischen Gehalt.

„Die provokatorische Verleihung des Nobelpreises an Solschenizyn“ löst 1970 im Geheimdienst und in den



Regimegegner Solschenizyn*: „Ich sitze der Regierung im Nacken“

Alexander Solschenizyn schaffte die Herren des Sowjetreichs. Sie wurden so wenig mit ihm fertig, daß ihr Scheitern eine gewisse Größe hat: die Größe unwilliger Komik.

Das bezeugt die Opferakte des Nobelpreisträgers, die genau 20 Jahre nach seiner Ausweisung ans Licht kommt. Im Zeichen der triumphalen Wiederkehr von Rußlands bärtigem Propheten hat Boris Jelzin die „Akte Solschenizyn“

höchsten Parteinstanzen hektische Aktivität aus.

Eine Einrichtung, deren Name schon wie eine satirische Erfindung klingt, die „Hauptverwaltung für die Wahrung von Staatsgeheimnissen in der Presse beim Ministerrat der UdSSR“, überschwemmt das sowjetische Zentralkomitee mit Hiobsbotschaften: positive Kommentare zur Preisverleihung nicht nur beim Klassenfeind, sondern auch in den Gazetten internationaler Bruderparteien. Vordem treue Vasallen, wie die österreichische KP, bewerten den unerhörten Vorgang „in objektivistischem Geist“.

Versteht sich, daß die emsige „Hauptverwaltung“ pflichtgemäß „alle

* In Moskau 1971 bei der Beerdigung seines Freundes Alexander Twardowskij.

** „Akte Solschenizyn 1965 – 1977. Geheime Dokumente des Politbüros der KPdSU und des KGB“. Erscheint im September in der Edition q Verlags-GmbH, Berlin und Moskau; circa 480 Seiten; 58 Mark.

vorstehend genannten Zeitungen bei der Kontrolle eingezogen“ hat – alles vergeblich, wie wir inzwischen wissen.

An grotesken Pointen herrscht kein Mangel. Der KGB-Vorsitzende und nachmalige Parteichef Andropow unterrichtet im Februar 1972 das Zentralkomitee über ein offensichtlich abgehörtes, dreistündiges Gespräch des Moskau-Besuchers Heinrich Böll mit Solschenizyn in der Wohnung von dessen damaliger Lebensgefährtin und heutiger Ehefrau. Entrüstet, ganz verfolgende Unschuld, referiert der oberste Spitzel des Imperiums die von einer zuverlässigen Sowjetwanze überlie-

„Dieses rowdyhafte Element ist immer noch frei“

ferte Klage Solschenizyns, er werde „ständig wie ein Schwerverbrecher verfolgt“.

Realsatirische Höhepunkte bieten vor allem die Mitschriften der Politbürositzungen. Am 30. März 1972 zelebriert der Vorsitzende Leonid Breschnew zunächst, über mehrere Protokollseiten hinweg, die bolschewistische Liturgie: „Wir wissen sehr gut, daß unser Volk der Partei ergeben, fleißig und ehrlich ist. Es ist von den Ideen Lenins und der Partei durchdrungen . . . Das internationale Ansehen unseres Landes wird von Jahr zu Jahr größer“ und so weiter.

Freilich, die „dunklen Machenschaften“ eines „Häufleins Abtrünniger“ zeugten von nachlassender „Wachsamkeit“ im „bolschewistischen Kampf“.

Keiner der Folgeredner versäumt es, bevor er seine eigenen Nullsätze zu Protokoll gibt, rituell die Nullsätze des weisen Führers zu rühmen, er hat „treffend festgestellt“ und „völlig richtig zum Ausdruck gebracht“.

Trübsinnig räsoniert der Genosse Solomenzew über die „schwerwiegende Ursache, die zu den heutigen Erscheinungen führte“: Der schwarze Mann ist der Breschnew-Vorgänger und Entstalinisierer Nikita Chruschtschow. Verhängnisvoll, da sind sich die vereinten Strategen sicher, war sein Ukas von 1962, die Gulag-Erzählung „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“ zu publizieren.

Was tun? Die Zeiten, in denen „Volksfeinde“ ohne Federlesens und in Millionen aus dem Weg geräumt wurden, stehen allen Anwesenden deutlich vor Augen. Aber so effizient diese Methode war, sie streute ein wenig zu breit. Den Massenterror wünscht sich denn doch keiner zurück.

Die Greisenblüte des Bolschewismus steckt in einer aussichtslosen Zwick-

mühle: „Wie uns Genosse Andropow informierte“, klagt Breschnew hilflos, „gibt es bei uns kein Gesetz, das politisches Geschwätz unter Strafe stellt.“

Zwei Wochen später, das KGB hat inzwischen durch „operative Maßnahmen“ die geplante Übergabe des Nobelpreises an Solschenizyn verhindert, teilt der Generalsekretär seinem Politbüro besorgt mit, Solschenizyn sei „sehr erbost“. Vor dessen Rache warnt auch ein Aktenvermerk des KGB, der ein abgehörtes Gespräch zwischen Solschenizyn und dem elfjährigen Sohn seiner Lebensgefährtin wiedergibt: „Die Regierung ist allmächtig, vor ihr kuscht die ganze Welt, doch ich sitze ihr im Nacken . . . Wenn du in ihre Hände (im KGB) fällst, dann mußt du dich dort würdig verhalten. Geh nicht vor ihnen in die Knie, bitte sie nicht um Nachsicht. Sage ihnen geradeheraus, daß sie sowieso verlieren und den kürzeren ziehen werden.“

Soviell Entschlossenheit bringt die Herrschenden in Zugzwang, zumal nun auch der „Archipel Gulag“ weltweit erscheint. Auf der Politbürositzung vom 7. Januar 1974 schimpft Breschnew, „dieses rowdyhafte Element Solschenizyn“ sei „immer noch auf freiem Fuß“. Dabei habe es sich „am Allerheiligsten, an Lenin“ vergangen.

Verhaften? Einsperren? Verbannen? Ausweisen? Wie wird der Westen reagieren, dem man sich gerade als Entspannungspartner andient? Andropow, der entschlossenste unter den Zauderern, plädiert für die Ausbürgerung Solschenizyns, „auch wenn zur Zeit die KSZE tagt“.

Schwer grübelt die betagte Runde, ob sich überhaupt ein kapitalistisches Land bereit finden werde, den Läste-

rer des „Allerheiligsten“ aufzunehmen. Da probiert Breschnew einen ingenösen Vorschlag aus: „Wenn wir ihn nun in ein sozialistisches Land ausweisen?“

Die betretene Reaktion seiner Kollegen verzeichnet das Protokoll zwar nicht, aber sie läßt sich leicht ausmalen. „Leonid Iljitsch“, gibt Andropow vorsichtig zu bedenken, „es wird sich wohl kaum ein sozialistisches Land finden, das ihn aufnimmt. Wer läßt sich schon gern eine Laus in den eigenen Pelz setzen.“

Podgorny hilft der trägen Phantasie seiner Kollegen mit internationalen Lösungsbeispielen auf: „In China werden Menschen offen hingerichtet; in Chile läßt das faschistische Regime Menschen erschießen und foltern. Wir aber haben es mit einem erbitterten Feind zu tun und unternehmen absolut nichts.“

Kossygin regt an, nach der allfälligen Aburteilung solle Solschenizyn seine Strafe im sibirischen Werchojansk verbüßen, „dorthin fährt keiner der ausländischen Korrespondenten, weil es allzu kalt ist“.

Mit dem Scharfsinn eines Partei- und Staatsführers faßt Breschnew schließlich die hochnotpeinliche Diskussion zusammen: „Das Vorgehen gegen Solschenizyn ist keine einfache, sondern eine komplizierte Frage.“

Seine gehorsamst akklamierte Schlußfolgerung aber, man müsse Solschenizyn in der Sowjetunion den Prozeß machen, hat nur wenige Wochen Bestand. Nach einer landesweit organisierten, von den Akten umfangreich dokumentierten Schmähkampagne wird der unbesiegbare Schriftsteller am 13. Februar 1974 in die Bundesrepublik abgeschoben.

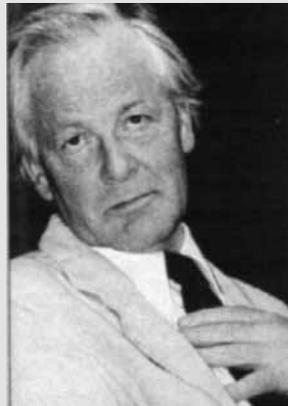


Solschenizyn-Gegner Kossygin, Breschnew (1979): „Komplizierte Frage“

Eklat

Wessis in Weimar

„Man muß der Menschheit überlegen sein durch Kraft, durch Höhe der Seele, durch Verachtung“: Also sprach Friedrich Nietzsche; und Hans Jürgen Syberberg, der Mann mit dem Hang zu Übermenschen und Filmen mit Überlänge, handelte. Im Rahmen des „Kunstfestes Weimar“, das den 150. Geburtstag des ehemaligen Einwohners Nietzsche feiert, hatte Syberberg in der lokalen „Reithalle“ zu einer „Installation“ samt Nietzsche-Lesung geladen. Die Premiere, teils als „Quatsch“, teils als „schlampige Séance“ rezensiert, ging gut über die Bühne, der zweite Abend jedoch daneben. Urplötzlich nämlich brach der Rezipient Hartmut Lange sein Wirken ab („Nietzsche würde mich verstehen“), das düpierte Publikum (40 Mark Eintritt) muckte auf, doch Syberberg war der Menschheit überlegen: „Hier gehören Sie nicht her“, beschied er die Gäste, „so wie Sie da sitzen, breitbeinig und halb nackt.“ Kraftvoll dann: „Was meinen Sie, was Nietzsche hier gemacht hätte?“ (Zuruf: „Peitsche ausgepackt“). Und von der Höhe der Seele herab: „Was wissen Sie von einer Peitsche? Gehen Sie doch in einen Klub und lassen Sie sich peitschen. Oder peitschen Sie sich selber. Dann wissen Sie, was eine Peitsche ist.“ Abschließend knappe Kommandos („Abhauen, raus, weg!“) und Befriedigung: „Jetzt wird es allmählich sauber hier.“ Wessis in Weimar.



Syberberg



Nietzsche



Bausch-Ballett „Nelken“

Tanztheater

Elogen auf Bausch

Das amerikanische Nachrichtenmagazin *Newsweek* feiert sie als „ungekrönte Kaiserin des modernen Tanztheaters“, die „das Zentrum der Ballettkunst von New York nach Europa verlagert hat“. Der Ballerino Nurejew hat sie angebetet, der Kino-Magier Fellini sah sie auf der Bühne und bot ihr spontan eine Filmrolle an: Umschwärmt, bisweilen auch umstritten leitet Pina Bausch seit 20 Jahren das Tanztheater Wuppertal. Vor Ort wur-

de das Jubiläum mit einem Festival begangen, bei dem Pina Bausch elf ihrer Choreographien präsentierte; und für die Freunde des Kult-Ereignisses ist ein luxuriöses neues Kultbuch mit 78 Aufnahmen des treuen Wuppertaler Truppen-Fotografen Detlef Erler erschienen („Pina Bausch“, Edition Stemmler, Zürich, 98 Mark). Erler will weder vollständig noch sachlich sein, vielmehr spiegeln seine Bilder den Schwung und Überschwang, den delirierenden Rätselglanz des Bausch-Universums; Heiner Müller, Lobredner im Buch, sieht es als „Theater der Freiheit“.

Kunst

Minotaurus bricht aus

„Verflechtung“ war sein Thema und auch sein Werk-Rezept: Bekannt wurde der französische Maler François Rouan, Jahrgang 1943, durch seine „Tressagen“ – aus Papier- und Leinwandstreifen buchstäblich zusammengewebte Rasterbilder. Mit zusätzlichen Schraffuren und Gegenstandspartikeln erzeugte er darauf eine neutrale Flimmerwirkung, die auch politisch gedeutet wird, als „möglichst herrschaftsfrei“. Doch dann drang er in „Tabuisierte Gärten“ ein – so heißt jetzt eine Rouan-Ausstellung in der Düsseldorfer Kunsthalle (2. Juli bis 21. August). Seit den achtziger Jahren, das zeigen eindrucksvolle Bildserien, drängen sich düster-dramatische Motive vor. Das Gesicht von Rouans 1982 gestorbener Frau erscheint, Körperfragmente und Barackenbauten zeichnen sich ab, und als Picasso-Zitat tritt der blinde Minotaurus auf – eine Verkörperung animalischer Triebe und labyrinthischer Wirrnis unter dem sarkastischen Titel „Triumph der Vernunft“. Die Gitterstruktur aus Leinwand, Papier und Wachs, an der Rouan noch immer webt, kann die Bestie jedoch nicht bändigen; eine eingefügte Trikolore ist nur schäbige Dekoration.



Rouans „Triumph der Vernunft“

Schallplatten

Kiloweise Klavierkunst

Groß und gewichtig wie der Künstler ist die Kollektion, die ihn würdigt: Philips Classics feiert den russischen Klavier-Veteranen Swjatoslaw Richter, 79, jetzt mit einem 27 Zentimeter dicken und 3,2 Kilo schweren Platten-Paket. Besonderer Reiz der auf 5000 Exemplare limitierten Edition mit 21 CDs: Sie enthält größtenteils Live-Mitschnitte des Virtuosen, der vor Publikum meist noch mehr beeindruckt als im sterilen Studio. Kostbarkeiten unter den von Richter selbst autorisierten und damit höchstrichterlich begutachteten Aufnahmen sind vor allem Bach-Suiten, Liszt-Etuden, die letzten drei Beethoven-Sonaten und Werke der Richter-Freunde Prokofjew und Schostakowitsch. Mit der Super-Schatulle können sich Richter-Freaks rund um die Uhr ihrem Idol hingeben: Die 21 Silberlinge laufen 23 Stunden, 12 Minuten und 27 Sekunden – der Rest ist für schweigendes Staunen.

Kino

Alles Wodka oder was

„Tatjana“.

Spielfilm von Aki Kaurismäki.

Finnland 1994.

Wer sich in der Welt nicht so auskennt, jedenfalls nicht nördlich des Finnischen Meerbusens, muß wissen, daß dort oben in den großen Flaschen, die wie Seltersflaschen aussehen, nicht Wasser ist, sondern Wodka. Man legt den Kopf zurück und

ger stand ein Täbchen Kaffee oder eine Flasche Wodka zu.

In diesem Sinn wäre zu sagen, daß der andere Held des neuen Films von Aki Kaurismäki nicht Naumann heißt, sondern sich Reimann nennt, Waldemar Reimann, aber Valto genannt und von Mato Valtonen dargestellt wird.

Valto ist der Kaffeetrinker. Er hat sogar in seinem Auto eine Kaffeemaschine, die über den Zigarettenanzünder beheizt wird, und dies ist – neben einem Plattenspieler für 45er Singles, allerdings ohne Kopfhörer – das denkbar erstaunlichste Extra, denn bei diesem Auto handelt es sich um eine echt sowjetische Wolga-Limousine. Vielleicht hat man den Sozialismus doch unterschätzt und sollte klugerweise auch den Kapitalismus nicht vor dem Abend loben.

Valto also, von Beruf Flickschneider, macht sich in dieser Limousine mit sei-



Kaurismäki-Film „Tatjana“*: Wolga mit Plattenspieler

setzt die Flasche so steil an, daß es gluckert, und dann lange nicht wieder ab.

Dafür zuständig ist nun zum zehntenmal in einem Aki-Kaurismäki-Film, immer rührend wie eine Trauerweide, der dürre, schnauzbärtige Matti Pellonpää. Und falls Kaurismäki, 37, tatsächlich, wie er angedroht hat, nie wieder einen Film dreht, wird man Wetten darüber abschließen, wie lange Pellonpää für die restlichen Flaschen braucht. Dem Gewinner winkt eine Kaffeemaschine.

Früher, als die Welt noch in Ordnung war, also sauber in Ost und West getrennt, haben Bundestagsabgeordnete auf Dienstreise gelegentlich miteinander gewettet, wem es als erstem gelingen würde, einen verabredeten Namen oder Nonsens-Satz in einer Rede vor dem Hohen Haus unterzubringen. Dem Sie-

nem Freund Reino alias Pellonpää zu einer Fahrt durch Finnland auf, und weil die Geschichte mit einer Reparatur beginnt, könnte nun das ultimative „road movie“ gelingen, in dem wirklich nichts passiert, nicht einmal eine Panne.

Doch die Welt ist bekanntlich nicht mehr in Ordnung, in Sachen Ost contra West, und so laufen den beiden arglosen Finnen zwei Frauen von „drüben“ über den Weg, die man nicht einfach stehen lassen kann: Die eine namens Klavdia behauptet, aus Alma-Ata zu kommen, sieht aber nicht sehr kasachisch aus, vielmehr wie Hella von Sinnen gegen den Wind (Kirsi Tykkyläinen), die andere, zartere namens Tatjana (Kati Outinen), radebrecht so tüchtig finnisch, daß sie wohl aus Estland sein muß.

Dem Dialog hilft das wenig, denn der finnische Mann ist, anders als Naumann zum Beispiel, wortkarg bis zum Geht-

* Matti Pellonpää, Kati Outinen, Kirsi Tykkyläinen, Mato Valtonen.

nichtmehr, und ganz besonders in Gesellschaft alleinreisender Damen.

Kaurismäkis endzeitlicher Schwarzweiß-Reisefilm, der nächste Woche in die deutschen Kinos kommt, ist so lakonisch und behutsam andeutend, daß er mit 65 Minuten Spieldauer auskommt. Als das Land zu Ende ist, überquert er den Finnischen Meerbusen auf einer gespenstisch leeren Fähre (falls Bundestagsabgeordnete an Bord sind, zeigt er sie nicht) und hebt irgendwo hinter Tallinn ab in ein Träumchen.

Er ist grausam komisch und doch weich von Trennungsschmerz, in Wodka, Polka und Tango den Tränen nah wie noch kein Kaurismäki-Film, auch wenn er nicht sein letzter bleibt: Er erzählt, wie eine Liebe entsteht zwischen Menschen, die in sich hineinschweigen wie Wackersteine, und bewahrt ihr Geheimnis – die Welt ist nun einmal nicht in Ordnung.

Film

Jenseits vom Dirndlsex

Deutschlands erfolgreichste Filmproduzentin präsentiert erste Episoden eines Mammutprojekts: 50 Regisseure suchen die Liebe.

Zwei Fremde, ein Mann und eine Frau, liegen sich in einer Badewanne gegenüber. Die Frau will die Wanne kaufen, aber nur, wenn sie im Sanitärgeschäft schon mal probebaden darf. Den Geschäftsführer hat sie überredet, sich dazuzulegen, „probeweise“. Probe für was, Probe für wen?

Da plötzlich steht sie auf. In Zeitlupe erhebt sich eine nackte Walküre, Wasserströme und Schauminseln gleiten über enorme Brüste und einen Po, der Hintern genannt werden muß.

Wie ein Cowboy steht sie da, mit einer schweißtreibend weiblichen Figur, breitbeinig, schamlos, triumphierend. Von ihr schwappt eine Sinnlichkeit über, daß Durchschnittsmännern die Luft wegbleibt und wahrscheinlich auch die Lust. Der Herr zu ihren Füßen kauert jedenfalls vor dieser Kreuzung aus Sünde und John Wayne, als erwarte er das Jüngste Gericht.

Die Filmproduzentin Regina Ziegler, 50, richtet ihre fast 1,80 Meter hinter dem Schreibtisch auf und läßt ihr gutturales Lachen los. Klar, diese Szene gefällt ihr, eine Frau, die etwas will und dafür aufs Ganze geht. Der Körper

dampft, doch den Kopf wird sie nicht verlieren. Macht und Erotik, Erotik der Macht.

Die schöne Cynda Williams, die das Vollbad-Weib so ironisch wie erotisch verkörpert, sieht der Produzentin Ziegler verdammt ähnlich, wenn sie alles daransetzt, mit List und Leidenschaft zu erreichen, was sie will. „Ich wollte immer was“, sagt Ziegler, „auch wenn ich nicht immer wußte, was.“

Derzeit weiß sie es. Filmgeschichte will sie machen, mit einem Mammutprojekt aus 50 erotischen Geschichten. International hat sie Regisseure angesteckt mit ihrer Lust auf Lust. Der Beitrag der Amerikanerin Susan Seidelman („The Dutch Master“) war in diesem Jahr für einen Oscar nominiert. „Es muß doch möglich sein“, sagt Regina Ziegler, „jenseits von Dirndlsex und Lederhose zu zeigen, was ich mir unter Erotik vorstelle.“

Muß es?

Sechs 30-Minuten-Streifen, in denen es nur um das eine geht, stellt das Ziegler-Team beim Münchner Filmfest vor, das am vergangenen Wochenende eröffnet wurde – darunter die Wannen-Nummer mit dem raunigen Titel „Wet“ (= naß) des amerikanischen Regisseurs Bob Rafelson („Wenn der Postmann zweimal klingelt“).

Doch die ersten Kapitel des Erotikons zeigen vor allem, wie schwierig es ist, Sexualität in Bilder zu bannen, die weder pornographisch noch langweilig sind.

Stoßdämpfer-Sex à la Porno-Queen Teresa Orłowski ist es wirklich nicht, was da entstanden ist. Schließlich steht die Berliner Film- und Fernsehmacherin ebenso für Hochkultur wie fürs Kinderprogramm. Sie hat mit Peter Stein, Luc Bondy, Hans Neuenfels Theaterinszenierungen verfilmt, mit Andrzej Wajda und Krzysztof Zanussi sperrige Kunststücke hergestellt. Durch Vorabendserien wie „Felix und zweimal Kuckuck“ spielt sie das Geld ein, um schwer verkäufliche Ware zu finanzieren.

Im Fall der Erotik-Enzyklopädie hat sich der WDR an den 500 000 Mark pro Folge beteiligt; das öffentlich-rechtliche Bildungsfernsehen will im nächsten Jahr

beweisen, daß es auch ganz schön sinnlich sein kann. Falls die Programmplaner allerdings auf hohe Einschaltquoten spekulieren, weil die Handlung in der Intimsphäre spielt, sollten sie darauf achten, daß auf den Konkurrenzkanälen nichts Erregenderes als das Sandmännchen läuft.

Denn so ästhetisch gefilmt die Kurzmärchen sind: Die Handlung ist schnell erzählt und bleibt auch die Antwort auf das Welträtsel schuldig, was denn nun erotisch sei. Muß Sex automatisch künstlich-steril oder kuschelig-verkitscht aussehen, sobald die Rein-Raus-



Erotikfilm-Produzentin Ziegler

Der Körper dampft, doch den Kopf wird sie nicht verlieren

Choreographie entfällt? Werden die wildesten Phantasien im Scheinwerferlicht zwangsläufig banal? Und kann es tatsächlich bereits als Inbegriff jener anderen Erotik gelten, wenn eine Frau wie eine Kathedrale naß in der Badewanne steht?

Mit derlei Zweifeln quält sich, wer etwa Susan Seidelmans Oscar-nominiertes Werk betrachtet. Im Schnelldurchlauf: Zahnarzthelferin mit hüftabwärts unbegabtem Freund verliebt sich in das Ölgemälde eines hübschen Jungen aus dem 17. Jahrhundert. Sie träumt sich in das Bild hinein – Woody Allens „Purple Rose of Cairo“ läßt grüßen –, beobachtet, selbst unsichtbar, den jungen Mann

im Badezuber. Raschelröcke, pralle Mieder, nur zu gern sinkt sie nieder, und der Freund in Wirklichkeit wartet auf die Braut vergebens.

Nett. Weichzeichner-Optik. Schöne Menschen, schöne Bilder, schöne Gutenachtgeschichte.

Sieben Jahre ist es her, daß Politikerinnen, Filmemacherinnen, Feministinnen auf die allzu puristische „PorNo“-Kampagne von Alice Schwarzer reagierten und „geile Bilder“, eine „weibliche Pornographie“ einforderten. Die Verlegerin Claudia Gehrke gibt erotische Bücher heraus, die Regisseurin Monika Treut produziert freche Filme, in denen es Frauen freizügig mit Männern wie mit Frauen treiben. Und Jane Campion hat in ihrem mehrfach Oscar-prämierten „Piano“ wunderbar vorgeführt, daß Sex von der Leinwand direkt auf die Hypophyse wirken kann, ohne platt, peinlich oder pornographisch zu sein.

Susan Seidelman, die schon mit Möchtegern-Sexqueen Madonna gedreht hat, („Susan . . . verzweifelt gesucht“), inszeniert, als hätte es Anais Nin, Emanuelle, Sharon Stone und den Knackpo von Kommissar Schimanski nie gegeben. Sexually absolut korrekt. Aber erotisch?

Noch ein Versuch: „Vroom, Vroom“. So klingt es, wenn kleine Männer Gas geben. Soll es auch, denn das findet Melvin van Peebles, der Pionier des schwarzen amerikanischen Kinos, offenbar erregend. Ein schwarzer Junge, von seiner Clique ausgeschlossen, hätte so gern ein Motorrad und ein Mädchen dazu. Es erscheint ihm eine gute Hexe, schenkt ihm eine Maschine mit wundersamen Eigenschaften. Digitale Animation sei Dank, wird aus dem



Erotikfilm „Wet“
Breitbeinig, schamlos, triumphierend



Erotikfilm „Mrs. Kirsch“
Maiskolben und Senfwürstchen

geilen Bock bei Hochgeschwindigkeit ein geiler Feger.

Auspuffrohre mutieren zu strammen Schenkeln, der Lenker kriegt Arme, der Scheinwerfer ein Gesicht. Beim dritten Ritt im Mondschein wirkt das technische Spielchen genauso animierend wie Beischlaf, die Dritte, eben wirkt. Auch auf dem Kraffrad. Vroom.

Der Engländer Ken Russell zeigt mit seiner „unersättlichen Mrs. Kirsch“ zunächst nur eines: Die Übung, einen tropfenden Maiskolben oder ein senfbestrichenes Würstchen mit lackroten Lippen zu kosen, wird kaum origineller, wenn man behauptet, sie zu karikieren. Und die Entjungferung einer Prinzessin im Tausend-und-eine-Nacht-Stil mag im Land des indischen Regisseurs Mani Kaul ans Unzeigbare grenzen; im Konzert mit den anderen Short stories aus dem Hause Ziegler beweist sie einmal mehr, daß Ästhetik und Unterleib irgendwie schlecht zusammenpassen.

Nein, das kann es noch nicht sein, was Frau Ziegler meint, wenn sie „meine Vorstellung von Erotik“ sagt. Schade drum – denn um zu erfahren, wieviel die Frau von Sinnlichkeit versteht, genügt es, ihr beim Arbeiten zuzusehen. Oder beim Essen.

Wie sie sich die Pasta-Angebote beim Italiener auf der Zunge zergehen läßt, die Augen schon beim Vortrag von Osobuco und Seezunge in Weißweinsauce schließt. Sie strotzt allen Schlankheitsgeboten mit barocker Selbstgewißheit: „Ich wuchere mit meinen Pfunden.“

Sie wuchert auch mit ihrer Kraft, mit Zu- und Abneigung und notfalls mit Millionen, die sie noch nicht hat, für einen neuen Film aber dringend braucht. Sie wuchert, weil sie gar nicht anders kann.

Vor 21 Jahren gab die Produktionsassistentin ihren festen Job beim SFB auf, weil ihr das Funkhaus zu eng wurde. Mit nichts, außer dem Mann, den sie liebte, Regisseur Wolf Gremm, hat sie sich in das Geschäft gestürzt, in dem Frauen gewöhnlich den Glamour verwalten, Männer die Budgets.

Zieglers Kapital: keine Scheu vorm Risiko und jede Menge Sinn für Inszenierungen, auch die der eigenen Person. Ihr Einsatz: Leidenschaft. Davon hat die geborene Quedlinburgerin reichlich. Wenn sie dann noch einen ihrer 150 Hüte aufsetzt, die Hände tanzen, daß die Armbänder klirren, und die braunen Augen ohne Punkt und Komma reden, fällt es selbst Kreditabteilungen schwer, ihr zu widerstehen.

Die Frau läuft zu Hochform auf, wenn andere rot sehen. Rot ist ihre Lieblingsfarbe. Ein Regisseur verlangt, eine Ausflugsinsel wochenends von Touristen zu säubern? Im zweiten Stock eines Hotels soll für eine Szene eine Reihe Palmen vor den Fenstern wachsen? Ein Bagger muß her, nicht irgendeiner, ein RH 120 C muß es sein, und zwar über Nacht?

Die Chefin ist schon unterwegs. Mit roten Pumps über die roten Teppiche ihres Berliner Büros, das rote Feuerzeug

Aus dem geilen Bock wird ein geiler Feger

entflammt immer noch eine Zigarette. No sports, aber der Hürdenlauf ist ihre Disziplin: „Unmöglich gibt es nicht.“

Was Regina Ziegler in zwei Jahrzehnten so zusammengefilmt hat – von der „Orestie“ bis zum „Sportarzt Conny Knipper“, von Harald Juhnke bis Ariane Mnouchkine, von den Spreepiraten bis zu den Troztkis –, trug ihr das Prädikat „Deutschlands fruchtbarste Produzentin“ (*Hollywood Reporter*) ein. Selbst Kritiker bescheinigen ihr „bravourösen Mut“ – Preiswürdiges zu machen, ebenso wie Bildermüll.

„Den Oscar krieg’ ich auch noch“, pflegt sie zu sagen. Nicht für die ersten sechs ihrer erotischen Geschichten. Doch da ist sie schon bei ihrem Grundsatz:

Nie habe sie „etwas gemacht, wofür ich mich nicht voll engagieren konnte“. Umgekehrt wird ein Ziegler-Prinzip daraus: Wenn sie sich für etwas entschieden hat, ob für Menschen oder Filme, gibt sie sich preis und gibt sich hin. Eine erotische Geschichte.

Kritiker

Heikle Post

Nach der Akte von „Reich Marcelli“ kommen immer mehr Geheimdienst-Details aus der Vergangenheit Reich-Ranickis ans Licht.

In den Jahren 1948 und 1949 war er Konsul der Republik Polen in London. So lapidar gab Marcel Reich-Ranicki noch 1991 – in einer immerhin zweiseitigen „Biographischen Notiz“ zu seinem Aufsatzband „Ohne Rabatt. Über Literatur aus der DDR“ – über jene Phase seines Lebens Auskunft, die seit Wochen fast sämtliche deutschen Feuilletons beschäftigt.

Wie auch immer die Debatte über den Geheimdienst-Hauptmann mit dem Decknamen „Lessing“ (es gab noch sechs weitere) ausgeht, gewiß ist: Über Reich-Ranickis Londoner Konsulatszeit werden künftige biographische Notizen ausführlicher berichten müssen.

Was der Herr der Bücher darüber bisher erzählt hat, vom ersten, peinlich falschen Fernseh-Dementi vor vier Wochen bis hin zum Bekenntnis-Interview (SPIEGEL 25/1994), läßt noch viele Fragen offen. Wie „harmlos“ (Reich-Ranicki) – so die wichtigste dieser Fragen – waren denn jene „Berichte“, die der Konsul und Geheimdienst-„Kapitan“ 1948/49 regelmäßig von London nach Warschau geschickt hat?

Die Konsulatspost befindet sich in den Archiven des Warschauer Außenministeriums

und ist Zeithistorikern zugänglich – im Unterschied zu den kassiberähnlichen Meldedokumenten im Depot des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes. Gelegentlich jedoch verweisen die harmlosen Berichte des Konsuls auf den weniger harmlosen Agentenstoff. So berichtet Marcelli Ranicki alias Reich am 12.

August 1948 (Aktendnummer R. 675/K/48 MR/EH) über die „hiesige „Polonia““ – also die zahlreichen Exil-Polen in England: „Die positiven Elemente sind in ihrer Mehrheit nach Polen zurückgekehrt, und die sich jetzt meldenden Petenten (Bittsteller, Anm. d. Red.) bilden ein Element, dessen Loya-



Ex-Spionagechef Wolf
„Mehrfache Ermittlungen“

den Russen ausgeliefert wurde.“ Sein eigener Brief aus dem Jahr 1949 scheint ihn zu widerlegen. Ganz offen ist da von der „Massen-Repatriierung“, also der Rückführung „aus Großbritannien schon seit Ende 1945“ die Rede. Der Konsul teilt mit, „daß sich gegenwärtig Leute zur Repatriierung melden, die

lität dem Staat gegenüber in sehr vielen Fällen weitgehende Vorbehalte hervorruft.“

Jene Exil-Polen, die in England „unter angenommenen Namen“ lebten, wollten auf diese Weise „häufig“ nur „ihre verbrecherische politische Tätigkeit verdecken“. Ob damit bloß ehemalige Mitglieder der nationalistischen Untergrundarmee AK – darunter waren etliche Antisemiten – gemeint sind oder auch undogmatische Sozialisten der PPS, ist ungeklärt.

Heikler ist ein Brief vom 21. Januar 1949. Er befaßt sich mit jenen Rückführaktionen von Exil-Polen in ihre Heimat, die für die Betroffenen zuweilen im Gefängnis endeten – Reich-Ranicki wollte noch kürzlich davon „nie etwas gehört“ (SPIEGEL 23/1994) haben und sagte im SPIEGEL-Interview: „Nach wie vor kenne ich keinen einzigen Fall, daß jemand zur Rückkehr nach Polen überredet und dann

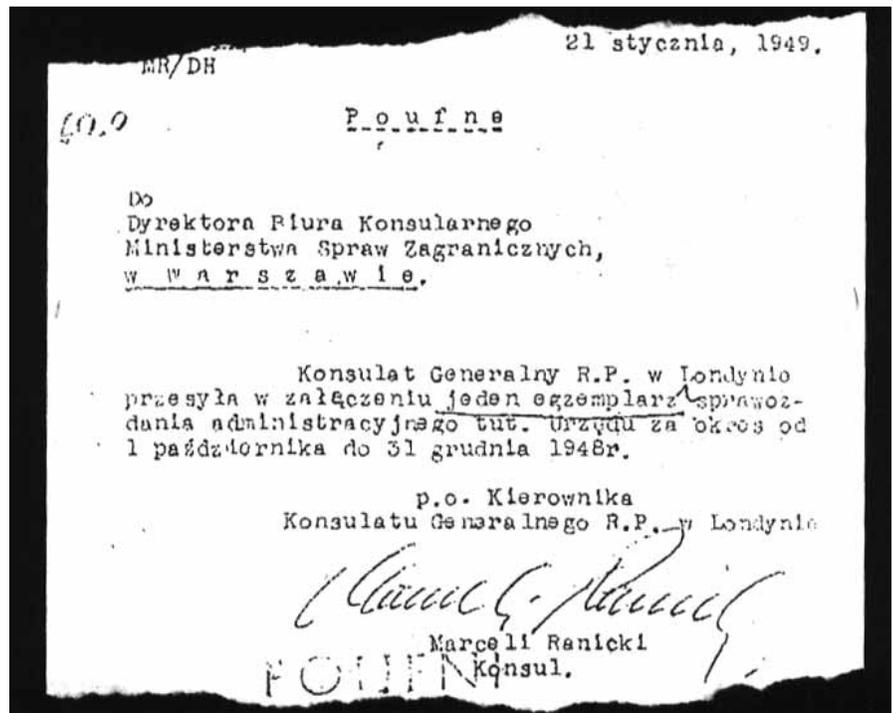
lange mit der Ausreise (aus England, Anm. d. Red.) geögert haben“.

Dabei führe, so heißt es weiter, „das Generalkonsulat – in Übereinstimmung mit der Direktive des Konsularbüros – zur Zeit genaue Untersuchungen eines jeden individuellen Falles durch, in enger Zusammenarbeit mit dem Militärattaché und in mehreren Fällen mit den Heimatbehörden“. Abschließend berichtet „MR“ über eine „Kartei von Emigrations-Aktivisten“, welche „die polnischen Behörden interessieren könnten“: sie umfasse zum 1. Januar 1949 „2100 Positionen“.

Wenn Reich-Ranicki heute sagt, von den Rückführaktionen, die wohl meist durch den Militärattaché betreut wurden, „nichts“ zu wissen, so hat er seinen damaligen Brief darüber entweder vergessen oder seinerzeit ungelesen unterzeichnet. Dritte Möglichkeit: Er will die Nähe zum bösen Attaché nicht wahrhaben. Auf den zitierten Januar-Brief angesprochen, erklärte er dem SPIEGEL vorige Woche: „Ich verstehe das nicht. Ich habe damit nichts zu tun gehabt.“

Wahrscheinlich hatte er wirklich kaum etwas damit zu tun. Aber ebenso wahrscheinlich hat er von den Rückführungen gewußt. Und das wäre dann mehr als „nichts“.

Als Reich-Ranicki zum Geheimdienst ging, wurde er, wie er im SPIEGEL-Interview sagte, „entsprechend vorbereitet“. Vorige Woche schob er, gegenüber dem SPIEGEL wie in der ZDF-Sendung „Aspekte“, nach: Bei dieser „Schulung“ sei das Kuriosum passiert, daß er gleich zu Beginn Schulungsleiter wurde. Die lehrreichen Fälle habe er



Reich-Ranicki-Brief von 1949 (Ausriß): „Kartei von Emigrations-Aktivisten“



Reich-Ranicki mit Ehefrau Teofila (1950)*
„Die Drohung in den Knochen“

mangels anderer Erfahrung „aus Romanen, etwa von Kisch“, genommen.

Über die Monate bei der Berliner Militärmission (1945/46) sagte Reich-Ranicki bisher, geheimdienstlich sei dort „buchstäblich nichts“ von ihm verlangt worden. Immerhin war die Institution nicht so zivil wie heutige Bahnhofsmissionen. Zeitzeugen kolportieren über diese polnische Militärmission die stehende Wendung: „Da gehen mehr Leute hinein als wieder herauskommen.“

Reich-Ranickis halberzige Mitarbeit an der wahrheitsgetreuen Rekonstruktion jener Jahre weckt Verdacht. Hat er sich am Ende nie wirklich vom polnischen Geheimdienst losgesagt und deshalb so lange geschwiegen?

Dies – zumindest – ist wohl auszuschießen. Vorige Woche fand die Berliner Gauck-Behörde Belege dafür, daß sich Reich-Ranicki 1958, als er in die Bundesrepublik kam, sehr entschieden vom Agentendasein verabschiedet hat.

Unter dem Aktenzeichen AP 5499/59 bat am 16. Oktober 1958 das polnische Innenministerium die Ost-Berliner Stasi um dringende Hilfe. Warschau wollte den Aufenthaltsort von „Marceli Reich-Ranicki, Journalist“ in Westdeutschland wissen. Spionage-Chef Markus Wolf kümmerte sich höchstselbst um die Sache, aber „trotz mehrfacher Ermittlungen inoffizieller Mitarbeiter im Presseamt und beim Verband der deutschen Presse blieb der Aufenthaltsort unbekannt“ – so telextete die Stasi-Zentrale Ende November nach Warschau.

* In Misdroy an der Ostsee.

Die Gauck-Behörde fand jetzt auch heraus, daß der Name Reich-Ranicki im Grenzführungssystem der Ostblock-Geheimdienste gespeichert war. Diese Ehre war Systemfeinden reserviert.

Offensichtlich galt der Literaturkritiker bei seinen Ex-Freunden vom Geheimdienst nicht als kleiner Fisch. Und daß sie ihn suchten, bestätigt: Er hatte sehr wohl Grund für seine Angst vor den damals ihm angedrohten „Konsequenzen“ eines Geheimnisverrats.

Das Schweigen nach 1989 und die Halbwahrheiten dieser Tage – sind auch sie damit erklärbar? Reich-Ranicki vorige Woche zum SPIEGEL: „Ja. Die Drohung steckte mir noch immer in den Knochen.“

Fernsehen

Klatsch as Klatsch can

Mit einer neuen WDR-Sendung ist die TV-Talkshow dort angekommen, wo sie hingehört: bei Hempels auf'm Sofa.

Talk, talk, talk, talk. Das klingt nach Hühnerhof, und ein wenig ist es auch so. Alles quasselt durcheinander, zum Beispiel so: „Also, ich würde ja gern abnehmen, aber es geht nicht. Wenn ich was zum Anziehen kaufen gehe, frage ich immer, haben Sie das auch in Elefantengröße?“ „Ist es denn wirklich so schlimm?“ „Ja, so schlimm ist es.“

Vier Damen, drei Themen und ein Moderator: „Klatschmohn“ heißt die jüngste Erfindung im Unterhaltungsprogramm des WDR-Fernsehens, zu sehen jeden Sonntagnachmittag um halb fünf im Dritten Programm. Beste Kaffee- und Kuchenzeit, die Sahne liefert der Sender. Geplant sind 13 Folgen.

Die Sendung erhebt keinerlei Anspruch. Sie informiert nicht, sie provoziert nicht. Sie will nur unterhalten. Die „Klatschmohn“-Belegschaft verhandelt Klatsch und Tratsch aus Königshäusern, Prominentenskandale und andere Dinge, die die Welt bewegen, wie etwa Frühjahrsdiäten oder Schwangerschaften. Die visuelle Nachbereitung jener Yellow-Press-Themen also, die zwar angeblich niemanden wirklich interessieren – und über die doch fast jeder genau Bescheid zu wissen glaubt.

Die Stars der Sendung sind ganz normale Haus- und Geschäftsfrauen: meinnungsfreudig und meist auch sachkundig, bunt und vor allem höchst Bühnenwirksam; und dabei mindestens so authentisch wie Fred Fußbroich. Sie sprechen – wie der Moderator – kein Hochdeutsch, sondern plappern unverfälschtes Fränkisch („Pawarroddi“), Hessisch, Rheinisch und Hanseatisch.

Zudem muß denen irgend jemand aufgetragen haben, alle Hemmungen abzugeben: Kein Drehbuch und keine Dramaturgie verderben den Spaß. Niemand, der sich subversiv, anarchistisch oder sonstwie schrill oder schräg wähnt, stört den Plauderstunden-Frieden. Und siehe da: Im Vergleich zu den Laien-Talkern wirken die Lausbubenfrechheit eines Harald Schmidt und Gottschalks Natürlichkeit wie mit Altöl geschmiert.

Die Frauen spielen nur sich selbst. Sie sind nicht unbedingt analytisch, aber amüsant. „Wenn man seinem Mann eine gute Ehefrau ist, bleibt er auch treu“, sagt



„Klatschmohn“-Gäste, Moderator Morgenstern: Palaver über Stephanie

Zigaretten

etwa voller Überzeugung Frau Jordan aus Erlangen. „Darf ich mal ganz doof fragen, liegt Erlangen hinterm Mond?“ reagiert eine aus der Runde – alles lacht, und weiter geht's. Man palavert über Royals wie über seinesgleichen: „Die Stephanie von Monaco wurde immer nur herumgeschubst, laß sie doch ruhig auf dem Tisch tanzen, ist doch ein ganz normaler Mensch.“ Bedauert wird auch „der arme Boris, der immer hinter einem so kleinen Bällchen herrennen muß“.

„Klatschmohn“ – eine Sendung „für den Bauch“ und nicht für den Kopf, lautet denn auch die Gebrauchsanweisung des WDR. Und tatsächlich ersetzt „Klatschmohn“ dem des Denkens überdrüssigen Bauchmenschen den Friseurbesuch.

Wenn es allzu chaotisch hergeht, und das passiert ziemlich oft, wird das vitale Quassel-Quartett von Ralph Morgenstern, dem leicht anämisch wirkenden Moderator, behutsam zurückgepfiffen: „Also, meine Damen, jetzt geht aber hier alles durcheinander.“ Dazu rudert der 1,90-Mann leicht hilflos, aber immer graziös mit den Armen. Auch Morgenstern, als Ex-Sissi-Darsteller und Schauspieler aus der Walter-Bockmayer-Crew in Köln weltberühmt, genießt das Spektakel. Klatsch habe für ihn etwas Befreiendes, sagt er.

Die Idee zum „Klatsch as Klatsch can“ hatten WDR-Redakteur Volker Nenzel und Andreas Lichter von der Kölner Produktionsfirma Pro GmbH, zu deren Eigentümern auch Alfred Biölek und Dirk Bach zählen. Angeblich entstand das „Klatschmohn“-Konzept während der Proben zu einer „Boulevard Bio“-Sendung im vergangenen Jahr: Angesichts einer Unmenge von nicht verwerteten Themenvorschlägen entschlossen sich Biölek und Bach zum Abfall-Recycling – und bastelten aus den „Bio“-Resten eine neue Plauderstunde. Zu der haben sich anfangs bis zu 50 000 Zuseher eingeschaltet, und jetzt sind es schon dreimal so viele.

„Klatschmohn“ kommt zur rechten Zeit. Denn das Unterhaltungsfernsehen hat seine Talk-Prominenz längst aufgebraucht. Was Lotti Huber, Joschka Fischer und Mutter Beimer zur Lage der Nation zu sagen haben, wissen wir. Und weil das keiner mehr hören will, gilt nun: Weg von Glitter und Glamour. Das Volk ist das Fernsehen. Wir sind das Fernsehen.

Die Kollegen von anderen Dritten Programmen stehen schon mit Plänen für Ähnliches auf der Matte. Und die Privatkonzurrenz bei RTL und Sat 1 darf sich ärgern, daß ihr dieser Griff in die unterste Schublade nicht selber eingefallen ist. Zwar amüsiert man sich auf niedrigstem Niveau – das allerdings königlich.

Fluppe der Erlösung

Ein US-Kulturforscher hat den höheren Wert der Zigaretten ergründet: Sie sind, sagt er, die Zauberstäbchen der Zivilisation.

Englands König machte lieber gleich ernst. „Ekelhaft zu schauen, widerlich im Geschmack, dem Hirne verderblich, für die Lunge Gift“ sei der neueste Zeitvertreib seiner Mitbürger, schrieb James I. anno 1604. Schon die Schwaden des Knasters, der kurz zuvor aus Amerika eingeschleppt worden war,



Rauchende Filmidole Bogart, Dietrich: „Mächtige Magie“

stanken dem bibelfrommen Monarchen „so übel wie die aus der Hölle selber“.

Vergeblicher Zorn – gegen das Teufelskraut, das heutige Gesundheitsminister nur noch mit einem dezenten „Rauchen gefährdet die Gesundheit“ zu bekämpfen wagen, blieben auch christliche Donnerworte machtlos. Gerade Künstler und Intellektuelle, sonst für Argumente empfänglich, ließen sich ihr Nervengift nicht mehr ausreden.

Lange haben Forscher gegrübelt, weshalb weder der Mief ungeleerter Aschenbecher noch das Horrorbild eines reinrassigen Lungenkrebses, ja nicht einmal der allmorgendliche Dauerhusten einem passionierten Zigarettenraucher seine Glimmstengel verleidet. Nun aber kommt Hilfe von ungeahnter Seite.

In seinem Buch „Cigarettes Are Sublime“ deckt der US-Romanist Richard Klein auf, daß das gedrehte Ding aus Tabak und Papier mehr ist als ein Lungenverpester für willensschwache Sucht-anfällige: Wer Zigaretten raucht, so der Cornell-Professor, vollzieht das letzte Ritual der Moderne*.

Anfangs wollte Klein, 53, sich schlicht das Rauchen abgewöhnen. Als er, wie so viele, immer wieder scheiterte, begann er sein eigenes Fachgebiet nach Leidensgenossen zu durchkämmen – und wurde fündig.

Schon George Sand, die phänomenal produktive Romanschriftstellerin, war bei Bekannten neben ihrem Zigarren- und Schnupftabakkonsum als „eine der wildesten Zigarettenraucherinnen aller Zeiten“ verschrien. Ähnliche Mengen verbrauchte auch Literat und Meisterdenker Jean-Paul Sartre: Zur Pfeife kamen mindestens 50 Filterlose pro Tag.

50mal vollzog der Existentialist damit eine „Zeremonie“, der sein Zeitgenos-



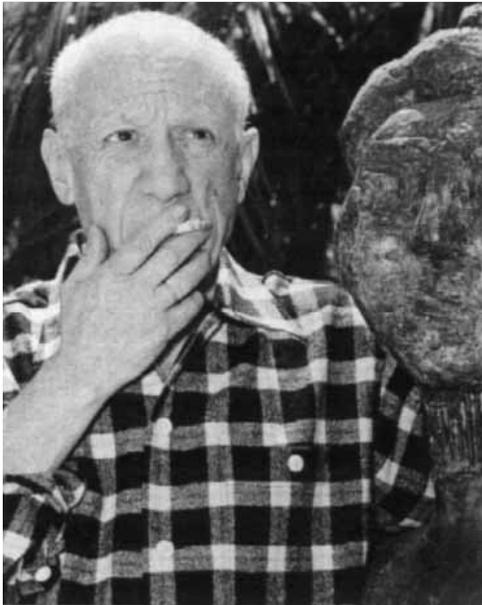
se, der ebenfalls den Stäbchen verfallene Jean Cocteau, „mächtige Magie“ bescheinigte: 50mal Packung öffnen, Feuerzeug oder Streichholz zünden und dann der erste Zug. Schon 1856 meinte ein Pariser Journalist: „Wer raucht, der betet.“

Selbstdreher ziehen demnach einem eiligen Ave Maria das große Glaubensbekenntnis vor: „Ist der Tabak erst einmal an seinem Ort und gleichmäßig verteilt, muß das Papierblatt elegant, rasch, in rhythmischer Harmonie, mit flinkem, sicherem Griff gerollt werden“, erläuterte der Essayist Théodore de Banville

* Richard Klein: „Cigarettes Are Sublime“. Duke University Press, Durham und London; 212 Seiten; 21,95 Dollar.



Zigaretzenschachtel (um 1900): „Aktiv Lust verschafft“



Zigarettenraucher Picasso, Sartre: „Mystische Freude“

1890 die „mystische Freude“ der liturgischen Handlung.

Brennt dann endlich die Lulle und läßt ihre dünnen Schwaden „wie Weihrauch“ (Klein) himmelwärts ziehen, kann der Raucher ein medizinisch suspektes, aber gerade darum lockendes Vergnügen genießen: Erst steigen Blutdruck und Puls kurz an, bald darauf sinken sie befreiend ab; die selbsterzeugte Spannung löst sich, die Gedanken wandern freier, ein kurzes Weilchen lang scheint das Nirwana des Geistes nahe – welch Labsal für die gehetzten Opfer der Zivilisationsangst.

„Sublim“ nennt Klein das flüchtige Pläsier des Zigarettenrauchers, jene Wonne des Moments, da der Schmerz nachläßt – und beruft sich auf die philo-

sophische Vorarbeit von Immanuel Kant höchstpersönlich. Als sublim, zu deutsch „erhabene“ Erfahrungen hatte der deutsche Denker, selber der Pfeife ergeben, jene „negativen“ Reize bezeichnet, in denen „das Gefühl der Unlust ... und eine zugleich dabei erweckte Lust“ sich mischen.

Gerade in Krisenzeiten boten die kleinen Zauberstäbchen, austauschbar und doch begehrt, noch stets seelischen Halt. Einen ersten Produktionsboom erlebte die Zigarette während des Revolutionsjahrs 1848, der Krimkrieg (1853 bis 1856) machte sie dann in ganz Europa populär, ohne eiserne Ration inhalierbarer Sorgenbrecher wäre kaum ein Landser im Schützengraben ausgekommen, und hernach, wenn alles in Trüm-

mern lag, milderte die Zigarettenwährung das wirtschaftliche Chaos.

Auf andere Art unentbehrlich waren seine Giftstengel dem Pariser Fotografen Brassai: Er nutzte Caporals, die deftigen französischen Filterlosen, als Arbeitshelfer – Nachtaufnahmen belichtete der Kamerakünstler nämlich gern eine Zigarettenpause lang. In besonders finsternen Neumondnächten wich er auf eine extra dicke Zweitmarke aus.

Frauen scheinen unter den Helden von Kleins kleiner Fluppenkunde eine Minderheit zu bilden. Erst nach und nach kommt zum Vorschein, daß gerade sie fürs Image der Zigarette eine Hauptrolle gespielt haben – als Exotinnen. Prototyp der morbiden Raucherin ist Carmen, Zigeunerin und Femme fatale aus einer spanischen Zigarettenfabrik.

Von Prosper Mérimée als Novellenfigur erfunden, von Bizet zur Opernheldin erkoren, prägte Carmen das Bild des emanzipierten Weibs, das sich – Schrecken aller Machos – „aktiv Lust verschafft, statt sie passiv zu empfangen“ (Klein). Kein Wunder, daß Hitler, ohnehin allem Tabak feind, kategorisch erklärte: „Deutsche Weiber rauchen nicht.“

Das letzte Abenteuer der Moderne, den Nikotingenuß, hätten die Männer sich eben gern allein gesichert: Eine Marlboro- oder Camel-Frau wäre da fehl am Platz. In „Casablanca“, der Hollywood-Elegie schlechthin, müssen Damen zusehen, wie die männlichen Darsteller eine nach der anderen paffen. Noch ehe Humphrey Bogart auf der Leinwand sein Gesicht zeigen darf, kommt seine Hand mit dem Nikotinröllchen ins Bild. Nicht zu vergessen die musikalische Ehre: In „As Time Goes By“, dem unsterblichen Casablanca-Song, glaubt Klein geradezu die heimliche Hymne aller Zigarettenraucher entdeckt zu haben. Das glimmende Stäbchen, das zwischen den Fingern zu Asche zerfällt, bringt rasches Glück und bleibt doch zugleich ein Symbol der Vergänglichkeit.

Gerade der letzten Zigarette haben Künstler darum manch Sublimes abgewonnen: in rührenden Filmszenen etwa, wo der Todeskandidat als letztes Zeichen der Humanität noch eine schmökern darf. Oder auch beim Abgewöhn-Ritual: Schon Mark Twain erwähnte gern, er habe das schon tausendmal geschafft. Der Schriftsteller Italo Svevo aus Triest erfand sogar, radikalste Form der Selbstanalyse, einen autobiographischen Helden, der unentwegt letzte Zigaretten raucht.

Fast scheint es, als glaube Richard Klein, mit der wirklich letzten Zigarette werde auch das Abendland untergehen. Auf ihn selbst allerdings sollten die Freunde der Zivilisation nicht mehr rechnen. Das Buch war eine Kur. Heute, so versichert Klein, ist er glücklicher Nichtraucher.

Medizin

Frütest für Zuckerkrankte

Der Angriff beginnt schon Jahre vor den ersten Symptomen: Aggressive Auto-Antikörper gegen das Enzym Glutaminsäure-Decarboxylase (GAD) spielen eine wichtige Rolle bei der Zerstörung der Insulin produzierenden Inselzellen in der Bauchspei-



SPIEGEL-Titel 44/1976

cheldrüse, die beim sogenannten Jugendlichen-Diabetes („Typ I“) die Betroffenen lebenslang von Insulininjektionen abhängig macht.

Mit einem simplen Nachweisverfahren, so berichtet ein finnisch-australisches Forscherteam jetzt in der Fachzeitschrift *The Lancet*, können die gefährlichen GAD-Antikörper im Blut schon bis zu zehn Jahre vor Ausbruch der Krankheit nachgewiesen werden. Bei 82 Prozent der untersuchten Diabetikerinnen fanden sich in alten Blutproben GAD-Antikörper. Die Frühdiagnose könnte künftig ein „therapeutisches Fenster“ von mehreren Jahren eröffnen, um den Niedergang der Insulinproduktion aufzuhalten.

Computer

Cyberkino für Stadtplaner

Ein computergesteuertes 3-D-Kino für Architekten und Stadtentwickler, das eine „virtuelle Begehung“ von im Rechner erzeugten Bebauungsplänen und Gebäudemodellen erlaubt, ist vergangene Woche in der US-Hauptstadt Washington vorgestellt worden. Das „Virtual Environ-



„Virtual Environment Theater“ auf der AEC Systems '94

ment Theater“ (VET) der Firma Worldesign, wurde anlässlich der weltgrößten Computerschau für Designer und Architekten AEC Systems '94 präsentiert. Die Betrachter brauchen für den virtuellen Ortstermin weder eine klobige Datenbrille noch mit dem Computer verkabelte Datenhandschuhe anzulegen, um einen räumlichen Eindruck von dem betreffenden Baumodell zu erhalten. Für plastische Wirklichkeitsnähe sorgen, weniger umständlich und erheblich preisgünstiger, herkömmliche Grafik-Personalcomputer, die mit drei leistungsstarken Videoprojektoren gekoppelt wurden, wie sie etwa in Kongresszentren verwendet wer-

den. Jeweils zehn Cyber-Touristen finden Platz in dem VET, das auf drei Projektionswänden die perspektivisch verschobenen Ansichten einer Computergrafik liefert.

Erdbeben

Schwingungen aus der Tiefe

Vor über 20 Jahren, nach einem Erdbeben, dessen Herd tief unter dem südamerikanischen Halb-Kontinent lag, errichteten Geophysiker ein weltweites Netz von Seismographen. Es sollte die Schwingungen solcher Tiefenbeben aufzeichnen. Die Wissenschaftler versprachen sich davon neue Erkenntnisse über die Vorgänge im Erdinnern. Doch erst am 8. Juni dieses Jahres zitterten die Nadeln: Von einem Herd, 600 Kilometer tief unter Bolivien, ging ein Beben aus, das mit der Stärke 8,2 den ganzen Kontinent erschütterte und noch im 9000 Kilometer entfernten Seattle registriert wurde. Dank der Tiefe des Herdes blieben die Schäden gering, es gab keine Toten. Der Nutzen für die Wissenschaft ist um so größer. Wie eine vom großen Schwengel getroffene Kirchenglocke, so die Forscher, wird der Planet noch mehrere Monate nachzittern, lange seismische Wellen werden dabei durch die gesamte Erde laufen. Solche Wellen veranlassen den Planeten zu Expansionen und Kontraktionen im 20-Minuten-Rhythmus, gerade als ob er langsam atmen würde. Diese Schwingungen lassen sich noch drei Monate nach einem Großbeben nachweisen.

Umwelt

Fruchtbare Biobauern

Die Abbauprodukte weiblicher Sexualhormone und Substanzen mit Östrogenwirkung, die mit der Nahrung und dem Trinkwasser in den menschlichen Organismus gelangen, sind die Hauptursache für den Rückgang der männlichen Fertilität. In den letzten 50 Jahren sank in den Industrienationen die durchschnittliche Ejakulationsmenge von 3,4 Milliliter auf 2,5 Milliliter, die Zahl der Spermien darin von 113 Millionen auf 66 Millionen. Daß dieser Rückgang auf Umwelteinflüsse zurückzuführen ist, wird in einer Studie bestätigt, die jetzt in der Medizinzeitschrift *The Lancet* veröffentlicht wurde. Bei einem Vergleich der Spermaproben von 16 dänischen Biobauern mit einer Vergleichsgruppe aus drei anderen Berufsgruppen (Drucker, Elektriker und Metallarbeiter)

zeigte sich, daß die auf den Einsatz von Pestiziden und Kunstdünger verzichtenden Landwirte im Durchschnitt doppelt so viele Spermien produzierten wie die Kontrollpersonen. Zudem war bei den Landwirten die seit dem letzten Geschlechtsverkehr vergangene Zeitperiode kürzer als bei den Kontrollgruppen – damit hätte die gemessene Spermienzahl im Vergleich zu den Kontrollgruppen eher niedriger und keinesfalls höher ausfallen dürfen.



Dänische Biobauernfamilie



Schutzzelt für hochinfektiöse Patienten*: Der chemische Verteidigungswall gegen die Mikroben bröckelt

Medizin

„DANN GNADE UNS GOTT“

Die Wissenschaft glaubte die Infektionskrankheiten für immer besiegt zu haben. Jetzt kehren die Mikroben zurück. Die Antibiotika verlieren ihre Wirksamkeit gegen Tuberkulose, Wund- und Lungenentzündungen. Ersatz ist nicht in Sicht. Wissenschaftler befürchten eine medizinische Katastrophe.

Es war nur ein kleiner Luftzug. Trotzdem reichte er aus, so ziemlich alles in der Medizin durcheinander zu wirbeln. Und das ausschließlich deshalb, weil er eine Pilzspore in den Schacht eines Speiseaufzugs blies.

So nämlich gelangte im Hochsommer 1928 eine Spore des Schimmelpilzes *Penicillium chrysogenum* aus dem Pilzlabor des Londoner St. Mary's Hospital ins Labor des Bakteriologen Alexander Fleming. Sie landete ausge-rechnet in einer Petrischale, in der Fleming vor seinem Urlaub eine Bakterienkultur angesetzt hatte.

Nur weil Fleming nach seiner Rückkehr einem Kollegen zeigen wollte, wieviel Arbeit stehengeblieben war, hob er das Schälchen hoch und hielt es ins Licht. „That's funny“, sagte er – und stand an der Schwelle zu einer Revolution der Medizin. Millionen Men-

schenleben wurden gerettet, Fleming erwarb sich Weltruhm und Nobelpreis.

Dem Londoner Forscher war aufgefallen, daß der Pilz in der Petrischale von einem Saum toter Bakterien umgeben war. Fleming hatte das Penicillin entdeckt, ein Gift, mit dem der Schimmelpilz seine bakteriellen Nahrungskonkurrenten aus dem Feld schlägt.

Den Ärzten war damit eine Waffe in die Hand gegeben, die – zumindest in den Industrienationen – die gefährlichsten Feinde des Menschen zur Kapitulation zwang. Per Spritze oder Pille war es plötzlich möglich, einen Gegner zu verschrecken, der jahrtausendlang mehr Menschen dahingerafft hatte als alle Kriege, Erdbeben, Stürme und die „Killerkrankheiten“ Krebs und Herzinfarkt zusammen.

Triumphierend verkündeten Doktoren und Gesundheitsbehörden: Cholera, Pest, Scharlach, Schwindsucht, Diphtherie und Lungenentzündung sind nicht länger zu fürchten.

Ein voreilig verkündeter Sieg, so warnen jetzt die Infektionsmediziner. Seit etwa sechs Jahren sehen sie den chemischen Verteidigungswall gegen die Mikroben bröckeln. Jederzeit, warnen sie, könne es schwere Einbrüche geben. Denn in Krankenhäusern, Pflegeheimen und Slums wachsen neue Bakterienstämme heran, die gelernt haben, die Antibiotika zu zerstören, auszuspucken oder sich gegen sie abzuschirmen.

„Wir stehen am Vorabend einer medizinischen Katastrophe“, erklärte der New Yorker Mikrobiologe Alexander Tomasz. Womöglich stünden Seuchen bevor, „verheerender als alles, was wir in der Vergangenheit erlebt haben“, sekundiert ihm der amerikanische Pathologe Jeffrey Fisher in seinem jetzt erschienenen Buch „The Plague-Makers“.

Es herrscht „biologischer Krieg“, so sieht es auch die Zeitschrift *Science*. Auf einem ihrer Titelbilder konnte sich der wissenschaftliche Leser eine Vorstellung davon machen, wie ernst das gemeint

* Im Hamburger Tropeninstitut.

ist: Ein Ausschnitt von Pieter Brueghels Gemälde „Triumph des Todes“ steht dort für die Vergangenheit. Ein Bild daneben gibt einen Ausblick auf die Zukunft: Vor einer trostlosen Kulisse aus Fabrikschlotten, Autobahnbrücken und Vorstadtslum übernimmt der Tod aufs neue die Herrschaft. Dazwischen, so darf der Leser vermuten, liegt eine Insel von 50 Jahren trügerischer Ruhe.

Übertriebene Panikmache von Mikrobiologen, die sich, seit Antibiotika gegen alles und jedes helfen, geringgeschätzt fühlen? Oder droht tatsächlich die Rückkehr der Seuchen?

Sicher ist: Einmal ist der Zufall dem Menschen zu Hilfe gekommen. Meist aber ist er ein Verbündeter der Mikroben. Denn sie haben das Gesetz der großen Zahl auf ihrer Seite. Binnen acht Stunden kann sich ein Keim versechszehnmillionenfachen. Und ein einziger kann ausreichen, einem Wundermittel seine Wunderkraft wieder zu nehmen.

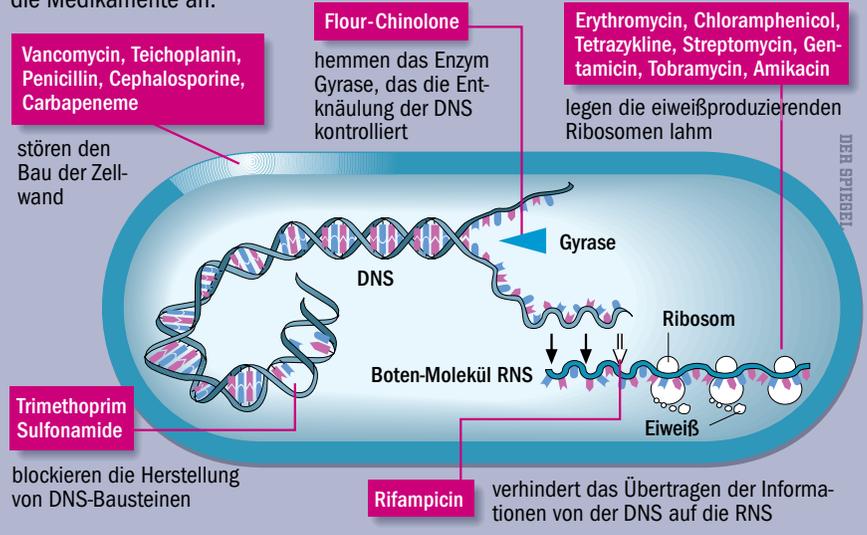
Es war nur eine einzige Mikrobe der Art *Neisseria gonorrhoeae* in der Vaginalflüssigkeit einer philippinischen Prostituierten, die im Jahre 1975 zufällig ein Gen für Beta-Laktamase aufschnappte: Die Tripper-Bakterie hatte damit einen molekularen Schutzschild gegen die tödliche Wirkung des Penicillins gewonnen.

Dem mutierten Bakterienstamm gelang es, sich in der Genitalflora amerikanischer GIs einzunisten. Dann begann der weltumspannende Siegeszug der Mutanten. Auf allen Kontinenten sind heute die Nachfahren dieses einen Stammes nachzuweisen. Vor allem in Afrika, wo die Ärzte aus Kostengründen oft mit dem Klassiker unter den Antibiotika, dem Penicillin, auskommen müssen, ist die Behandlung des Trippers praktisch nicht mehr möglich.

Zwar haben die Ärzte inzwischen ihr chemisches Arsenal gegen die Mikroben

Wirkungsweisen von Antibiotika bei Bakterien

Antibiotika töten Bakterien, indem sie ihren Stoffwechsel dort lähmen, wo er sich grundlegend von dem der Menschszellen unterscheidet. An fünf Punkten greifen die Medikamente an:



erweitert. Neben dem Penicillin verfügen sie mittlerweile über rund 400 weitere Antibiotika. Doch auch diese wirken nicht mehr zuverlässig:

1963 traten erstmals Lungenentzündungen auf, die nicht mit Tetracyclinen behandelbar waren. Wenig später wappneten sich die Erreger auch gegen Erythromycin und Lincomycin. Vier Jahre später meldeten Ärzte in Australien die erste Resistenz auch gegen Penicillin. Jetzt breiten sich die multiresistenten Stämme aus, erst in Ungarn und Südeuropa, neuerdings auch in England und den USA.

Vor allem in den USA nimmt die Tuberkulose wieder zu. In den Großstädten, besonders in New York, müssen Ärzte oft hilflos zusehen, wie ihre Patienten sterben: Die Tb-Erre-

ger (Tuberkeln) sind gegen alle Antibiotika immun.

In Krankenhäusern werden Methicillin-resistente Staphylokokken zu einer wachsenden Gefahr. Bei geschwächten Patienten können sie lebensbedrohliche Wund- oder Lungenentzündungen hervorrufen. Nur noch das nebenwirkungsreiche Reserve-Antibiotikum Vancomycin tötet die resistenten Erreger zuverlässig ab. Auch gegen dieses letzte chemische Aufgebot wissen sich die im Darm lebenden Enterokokken seit fünf Jahren zu wappnen.

Mehr noch als die vergleichsweise harmlosen Enterokokken selbst fürchten die Ärzte, sie könnten andere Bakterienarten lehren, sich gegen das Vancomycin zur Wehr zu setzen.

„Wenn auch die Staphylokokken resistent würden, dann gnade uns Gott“, sagt der Lübecker Mikrobiologe Sören Gatermann. Das hätte „den Rang einer biologischen Katastrophe“, bestätigt sein Münsteraner Kollege Georg Peters, Spezialist für Staphylokokken.

Der artübergreifende Genaustausch aber ist möglich. Denn Sex mit Artfremden ist unter Bakterien üblich. Die Partner verkoppeln dabei ihre Zellkörper durch einen Schlauch, durch den sie kleine Genpakete, sogenannte Plasmide, schleusen. Auf diesen sind viele der Resistenzgene verschlüsselt.

Schon vor zwei Jahren berichtete ein britischer Mikrobiologe, in seinem Labor hätten Enterokokken die Vancomycin-Resistenz auf Staphylokokken übertragen. Zwar vernichtete er sofort seine unheilvolle Zucht, doch seither ist sicher: Das Gefürchtete kann eintreten.

Fast wöchentlich bekommt Peters Bakterien aus deutschen Kliniken zuge-



Brueghel-Gemälde „Triumph des Todes“ (Ausschnitt): „Biologischer Krieg“

sandt. Immer wieder stellen ihm Ärzte die bange Frage: Ist dies der erste Staphylokokken-Stamm, der gegen alle Waffen der Heilkunst gefeit ist? Noch konnte Peters die Anfragen immer mit „Nein“ beantworten.

Das „noch“ ist zum Schlüsselwort bei allen Diskussionen um resistente Erreger geworden. Aus dem Mund vieler Mikrobiologen klingt es bedrohlich, die meisten Ärzte verwenden es mit einem beruhigenden Beiklang: Noch haben sie die Infektionen gut im Griff, noch könne von einer Krise keine Rede sein. Und speziell die Hausärzte haben es fast nie mit resistenten Erregern zu tun.

Paradoxerweise ist die Gefahr, sich mit gefährlichen Keimen zu infizieren, nirgendwo so hoch wie im Krankenhaus. Gerade dort, wo die meisten Antibiotika verwendet werden, sind die Rückzugswinkel der tückischsten Mi-



Tuberkulose-Untersuchung
Mikroben lernen schnell

kroben. Denn nur die robustesten Stämme überleben den chemischen Dauerstreß: Resistente Stämme, die auch dem aggressivsten Gift widerstehen, werden so regelrecht gezüchtet.

Zugleich finden sie in den Krankenhäusern besonders leicht Beute. Zwar konnten sich nur dank der Antibiotika Intensivmedizin, moderne Chirurgie und Krebstherapie entwickeln. Gleichzeitig mit der Entfaltung dieser Medizin-zweige aber wuchs auch die Zahl der Patienten, die ohne Antibiotika dem Angriff der Mikroben völlig wehrlos ausgeliefert wären: Brandverletzte und Krebspatienten während der Chemotherapie, Unfallopfer, Organempfänger und Aids-Kranke.

Bakterie	Hervorgerufene Infektion	Nicht mehr wirksame Antibiotika
Enterococcus faecalis	Wundinfektion, Blutvergiftung	Aminoglykoside, Cephalosporine, Erythromycin, Penicillin, Tetracycline, Vancomycin
Haemophilus influenzae	Hirnhautentzündung, Ohreninfektion, Lungenentzündung, Nasennebenhöhlenentzündung	Chloramphenicol, Penicillin, Tetracycline, Trimethoprim/Sulfamethoxazol
Mycobacterium tuberculosis	Tuberkulose	Aminoglykoside, Ethambutol, Isoniazid, Pyrazinamid, Rifampicin
Neisseria gonorrhoeae	Tripper	Penicillin, Spectinomycin, Tetracycline
Shigella dysenteriae	Durchfall	Ampicillin, Chloramphenicol, Tetracycline, Trimethoprim/Sulfamethoxazol
Staphylococcus aureus	Wundinfektion, Lungenentzündung, Blutvergiftung	alle außer Vancomycin
Streptococcus pneumoniae	Lungenentzündung, Hirnhautentzündung	Aminoglykoside, Cephalosporine, Chloramphenicol, Erythromycin, Penicillin, Tetracycline, Trimethoprim/Sulfamethoxazol

DER SPIEGEL

Zudem schuf die Medizin neue Portale, durch die Keime in den Körper gelangen und so seine Verteidigung unterwandern können: Bei künstlich beatmeten Patienten kolonisieren sie Lungen und Bronchien, über Katheter dringen sie ins Blut, künstliche Herzklappen bieten ihnen Halt bei der Ansiedlung.

Viele Erreger sind auf derlei Unterstützung durch die Ärzte angewiesen. Außerhalb der Klinik, ohne den Nährboden der siechen Patienten, können sie nicht überleben. Den vitaleren unter den Keimen jedoch könnte der Ausbruch aus den Kliniken gelingen.

Begünstigte in den siebziger Jahren vor allem die sexuelle Freizügigkeit die Ausbreitung neuartiger Mikroben, so eröffnen ihnen jetzt Drogenkonsum, Obdachlosigkeit, Armut und die Zuwanderung aus Osteuropa neue Infektionswege und Brutstätten.

Vor allem in den USA schlägt sich das neue soziale Elend in der Zahl der Tberkrankungen nieder. Als die US-Gesundheitspolitiker vor zehn Jahren den Plan faßten, die ehemals tödlichste aller Seuchen im ganzen Land auszurotten, hatten sie noch nicht bemerkt, daß die Zahl der Kranken erstmals wieder wuchs: Im Schlepptau der HI-Viren waren die Tuberkeln zurückgekehrt.

Kaum eine andere Infektionskrankheit ist so schwer in den Griff zu bekommen wie die Tuberkulose: Die Tuber-

keln verschanzten sich in einem harten, käsigem Panzer und lernen schnell, sich vor Antibiotika zu schützen. Nur auf eine Kombinationstherapie aus zwei oder drei verschiedenen Antibiotika sprachen die hartnäckigen Mikroben noch an. Doch selbst diese Gewalttherapie versagt inzwischen immer häufiger.

Die raffinierteste Waffe der Tuberkel ist ihre Langsamkeit. Sie teilen sich nur einmal am Tag, etwa 60mal seltener als andere Bakterien. Deshalb dauert eine Antibiotika-Therapie mindestens sechs Monate – fast unmöglich, einen Obdachlosen dazu zu bringen, daß er über so lange Zeit seine Medikamente regelmäßig nimmt. Wenn er aber seine Therapie abbricht, dann sind es gerade die widerstandsfähigsten Keime, die

sich wieder erholen und vermehren können: Die Straßen von New York wurden so zu Brutstätten von Resistenzen.

Derart bedrohlich ist die Situation in Deutschland noch nicht. Zwar registrieren die Kliniken der Großstädte inzwischen auch hier einen Anstieg der Schwindsucht, doch wird er durch die weiter sinkende Zahl von Erkrankungen auf dem Land kompensiert. Und noch wirken die Medikamente: Bisher ist den resistenten Stämmen der Sprung über den Atlantik nicht gelungen.

Wie lange sich die Invasion der tödlichen Keime wird aufhalten lassen, darüber gehen die Expertenmeinungen weit auseinander. Die penicillinresistenten Pneumokokken etwa machen bisher an der deutschen Grenze halt; warum sie das tun, ist den Forschern ein Rätsel. In Ungarn, Spanien und England haben sie sich drastisch vermehrt. In Deutschland wurden sie zwar vereinzelt von Spanienurlaubern eingeschleppt; zu einer Epidemie jedoch kam es nicht.

„Selbst die Zahl der multiresistenten Staphylokokken ist in Deutschland seit Jahren konstant“, versichert der Bonner Resistenz-Forscher Bernd Wiedemann. Die Warnungen vor dem bevorstehenden „post-antibakteriellen Zeitalter“ hält er für Panikmache. „Resistenzen“, sagt er, „sind so alt wie

die Antibiotika selbst.“ Entscheidend für ihre Eindämmung sei allein die strikte Einhaltung der Krankenhaushygiene.

Aufgeschreckt von den Verhältnissen in den USA, bekunden jedoch auch an deutschen Universitäten Forscher zunehmend Respekt vor dem Einfallsreichtum der Mikroben. Langfristig könne sie sich der Phantasie der Pharmakologen überlegen erweisen.

Denn Antibiotika müssen für Bakterien tödlich, für menschliche Zellen hingegen harmlos sein. Das setzt den Pharmazeutikern enge Grenzen: Alle rund 400 Antibiotika beruhen auf nur fünf Wirkmechanismen. Sie treffen die Bakterien dort, wo sich ihr Stoffwechsel grundlegend von dem des Menschen unterscheidet (siehe Grafik Seite 181).

Doch diese Blößen wissen die Bakterien inzwischen zu decken: Sie verfügen über Pumpen, mit denen sie die Antibiotika aus ihrem Zellinnern herauspumpen, oder sie entfernen die Poren, durch die sie in die Zelle hineingelangen. Mit Enzymen zerschneiden sie die antimikrobiellen Gifte. Oder sie mutieren ihre Proteine so lange, bis sie immun gegen die Wirkung des Gifts sind.

Immer schwieriger ist es, verwundbare Stellen der Bakterien auszumachen. Der Forschungsaufwand für die Entwicklung eines neuen Antibiotikums wächst. Viele Unternehmen haben sich deshalb aus der Antibiotikaforschung zurückgezogen. Andere haben begonnen, im Arsenal der Natur nach neuen Waffen gegen die Mikroben zu fahnden: In Schwämmen und Flechten, in der Haut von Fröschen und Haien suchen sie nach antibakteriell wirksamen Substanzen. Oder sie holen Rat bei chinesischen Weisen und indianischen Schamanen. Viele Forscher sind überzeugt, daß ein Umdenken nötig ist.

„Vielleicht müssen wir mehr darauf setzen, das Immunsystem des Menschen zu stärken“, sagt Klaus-Dieter Bremm, Mikrobiologe im Forschungszentrum von Bayer in Wuppertal. Von der Evolution sei dieses schließlich seit Jahrtausenden auf die Mikrobenabwehr spezialisiert. Jeder Mensch ist ständig von mehr Bakterien besiedelt, als je Menschen auf der Erde gelebt haben. Nur selten wird er damit nicht allein fertig. „Vielleicht genügt es“, so Bremm, „ihm dabei mit Medikamenten etwas unter die Arme zu greifen.“

Bluthaftes Verständnis

Johannes H. Schultz, Erfinder des „Autogenen Trainings“, diente den Nazis. Davon wollen seine Anhänger nichts wissen.

Ich bin ganz ruhig, sagt sich der Irrenarzt, Arme und Beine sind schwer und warm. Es atmet mich. Die Stirn ist angenehm kühl. Mit diesen „formelhaften Vorsatzbildungen“ gelang dem Psychiater Johannes Heinrich Schultz (1884 bis 1970) kurz vor dem Ersten Weltkrieg am eigenen Leib die „Resonanzdämpfung der Affektion“, eine „Selbstberuhigung der Persönlichkeit“, die „Konzentration der Selbstentspannung“.

1920 präsentierte er seine Psycho-Technik öffentlich den nervösen Berlinern; neuer Markenname: „Autogenes Training“ (AT). Seither hat AT die Welt umrundet. Sein Erfinder war, nach Sigmund Freud, der meistgelesene Seelenarzt deutscher Sprache. AT erweist sich, in einer Welt rasch wechselnder Psychomoden, als dauerhaft und wirksam: Gut für den Tag und gut für den Traum, preiswert, hilfreich gegen leichte und schwere Seelenstörungen, gelernt von Millionen Deutschen und alle Tage praktiziert von Hunderttausenden.

Autogenes Training ist fraglos eine bewährte Methode der Selbsthypnose, geeignet, „ohne Beeinflussung durch ei-

nen anderen den wohlthätigen, schlafähnlichen Ruhezustand zu erreichen“, wie Schultz versprochen hat. Der Nervenarzt erfreut sich bei Patienten und Medizinern großer Wertschätzung.

Die Verehrung wird eingedunkelt durch Schultz' Rolle während der NS-Zeit. AT-treue Therapeuten wehren sich auf klassische Weise: Das Thema wird – so auch jüngst wieder auf einem Magdeburger Psychologenkongreß – verdrängt, geleugnet, tabuisiert. Auf die Ikone Schultz soll kein Schatten fallen – und das, obwohl das zweifelhafte Wirken des AT-Erfinders in der NS-Zeit klar dokumentiert ist.

„Ich bin ein Psychopath“, pflegte der Nervenarzt noch als 80jähriger seine Zuhörer zu erschrecken, „aber nur Psychopathen haben die Welt bewegt.“ Obwohl selbst geplagt vom „Dämon Asthma in seinen neurotischen Tönungen“, hatte der kleinwüchsige Doktor die großen Zeiten freudig begrüßt und von „unserem erlösten neuen Deutschland“ geschwafelt (1937).

Hermann Göring, rauschgiftsüchtiger Reichsmarschall, und dessen Vetter Mathias Heinrich Göring, Leiter des „Deutschen Instituts für Psychologische Forschung und Psychotherapie“ und Schultz' Vorgesetzter seit 1936, waren seine Fixsterne. Eingekleidet in das blaue Tuch eines Sanitätsoffiziers der Deutschen Luftwaffe tönte er: „Der Krieg ist Sache des Mannes, und Männer aus unseren Jugendlichen zu machen, ist in unserer ‚nervösen‘ Zeit eine der schönsten Aufgaben.“

Kriegsmüden Soldaten hatte der Sohn eines Theologen schon im Ersten Weltkrieg eingeheizt, als Militärarzt in einem „Auffanglazarett“. Schultz entwickelte eine einfache Behandlung für „Kriegsneurotiker“, „frontscheue Psychopathen“ und „Zitterer“ – sie wurden einer „produktiven Tätigkeit“ zugeführt und in ihr gehalten. Dann ging es wieder ab an die Front.

Im Zweiten Weltkrieg mochte sich der Nervenarzt mit solchen Methoden nicht begnügen. Er riet zu Ausmerzungen der „unehrlichen, unechten, unzuverlässigen und verlogenen Typen“. Derartige „traurige Mißbildungen menschlichen Wesens“ – zum Beispiel „Zigeurnachkommen“ – konnten nach Schultz' Urteil „nur durch Schutzmaßnahmen für



Psychiater Schultz 1941 (Pfeil)*, um 1960: Schwule ins KZ geschickt

* Mit Institutsleiter Mathias Heinrich Göring.

sich und die Gemeinschaft unschädlich gemacht werden“.

Auch Schwachsinnigen und Epileptikern billigte der Arzt kein Lebensrecht zu. 1940 setzte er sich ausdrücklich für die „Vernichtung“ dieses „lebensunwerten Lebens“ ein. Er hoffte, „daß die Idiotenanstalten sich bald in diesem Sinne umgestalten und leeren werden“.

Die Reihen der psychoanalytisch tätigen Kollegen, oft jüdischen Glaubens, hatten sich nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 schnell gelichtet. Schultz betrieb die „Deutsche Seelenheilkunde“ und wollte sich nicht mehr daran erinnern lassen, daß er vor dem Tausendjährigen Reich in erster Ehe mit einer jüdischen Kollegin verheiratet war.

Jetzt schwor er auf den Führer, auf Blut, Boden und Rasse. Das Jahr 1941 „eröffnete“ Schultz das „bluthafte und ernste Verständnis dafür, worum es heute geht“ und warum „wir das neue

Homosexuelle mußten um ihr Leben koitieren

Deutschland und den Kampf um eine Neuordnung der Welt erleben“.

In dieser Welt war für Homosexuelle wenig oder kein Platz. Schultz hielt sie allesamt für „Perverse“. Diese ärztliche Diagnose deckte sich nahtlos mit den Intentionen der NS-Führung. Die sperrte Homosexuelle, gezeichnet durch einen „rosa Winkel“ auf der Häftlingskleidung, zu Tausenden als Fronarbeiter ohne alle Rechte in die KZ. Für viele Homosexuelle war das der Tod.

Ob ein schwuler Mann ins KZ kam oder als „heilbar“ eingestuft wurde, entschied Gutachter Schultz nach eigenem Gusto. Den „muttergeschädigten“ Homosexuellen hielt er für „erbkrank“. Den konnte die „Deutsche Seelenheilkunde“ nicht ändern, der kam in das KZ. Homosexuelle vom Typ „liebes Brüderchen“ – eine Kategorie, die von Schultz erfunden und mit ihm ausgestorben ist – galten als heilbar; „besonnenen Psychotherapeuten“ wie ihm sei es möglich, ein liebes Brüderchen zum überzeugten Heterosexuellen umzupolen.

Für die schwierige Differentialdiagnose – erbkrank und damit lebensunwert oder nur leicht neurotisch, also heilbar – hat Schultz ein perfides Ritual praktiziert: Der Kandidat wurde angehalten, vor Gutachter Schultz und seiner Kommission mit einer Prostituierten den Geschlechtsverkehr zu vollziehen. Wer in dieser Streß-Situation existentieller Bedrohung seine Mannes-

kraft öffentlich demonstrieren konnte, blieb vom KZ verschont.

Wie viele Männer Schultz auf Leben oder Tod koitieren ließ, ist unbekannt. Sein Institut, geschützt vom Reichsmarschall, arbeitete bis Anfang 1945 auf vollen Touren. „Der Erfinder des Autogenen Trainings“, urteilt Ulrich Schultz-Venrath, Nervenarzt an der Universität Witten/Herdecke, „war ein psychotherapeutischer Selektionsarzt.“

Schultz-Venrath (mit AT-Schultz nicht verwandt) ist einer der wenigen deutschen Psychiater, die Licht in das Dunkel der NS-Seelenheilkunde gebracht haben. Freunde unter den Fachkollegen macht man sich damit nicht. Regine Lockett, die über Psychotherapie im Nationalsozialismus promoviert und zahlreiche Zeitzeugen gesprochen hat, analysiert deren jetzige Situation so: „Diese Leute schämen sich, weil sie unbewußt NS-loyal waren.“

Die Festschrift zum 100. Geburtstag von Schultz gab Gerd Iversen, einst SS-Offizier und später Ärztepräsident in Schleswig-Holstein, heraus. Doch auch wer an die Medizinverbrechen der NS-Zeit keine eigenen Erinnerungen haben kann, müht sich um Bagatelisierung.

Als im Mai in Magdeburg Psychologen und Mediziner einen Kongreß veranstalteten, wusch der Mainzer Medizinsoziologe Gernot Huppmann den Euthanasiefreund und Rassehygieniker rein: Schultz müsse man „aus der Not der Zeit verstehen, über die wir uns nicht erheben sollten“; von Verbrechen war nicht die Rede.

Wer genauer wissen will, wie tief sich der ruhelose Nervenarzt mit der NS-Ideologie eingelassen hat, den ermuntert die *Ärztliche Praxis*, sich im „J. H. Schultz-Institut“ in Berlin umzusehen, wo alles ordentlich archiviert ist.

Dazu besteht bei den Schönschreibern der Psycho-Zunft aber offenbar wenig Neigung. Einige behaupten keß und wahrheitswidrig, Schultz' „rege Publikationstätigkeit“ sei während der NS-Zeit „unterbrochen worden“.

Ein besonderes Verdrängungskunststück bringt der „Leitende Psychologe“ Oskar Mittag, 43, aus Malente im Fachblatt *Report Psychologie* zustande.

Erst breitet Mittag etliche Schandtaten des wendigen Seelenheilkundlers aus, dann schließt er sich der „Bewertung“ an, Schultz habe „auf immer korrekte Weise die Förderung der Psychotherapie betrieben, ohne je eine strenge professionelle und apolitische Haltung zu verlassen“.

Bei dieser „Bewertung“ wird es nicht bleiben. Schon Psycho-Vater Freud hat seine Schüler zu tabuloser Wahrheitssuche ermahnt. Denn wisse: „Das Verdrängte kehrt unerledigt wieder.“



Aids-Patient: Eine Art Bürgerkrieg im Körperinneren?

Aids

Neigung zum Amoklauf

Zwei Züricher Forscher empfehlen eine verblüffende Aids-Therapie:

Sie wollen das Immunsystem der HIV-Infizierten schwächen.

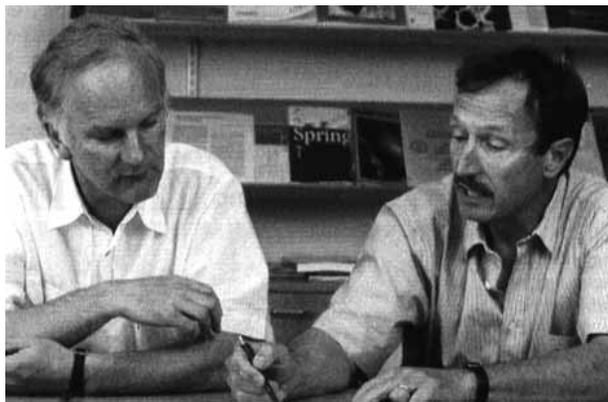
Wenn das Ende naht, werden die Kranken von einer Fülle unterschiedlicher Leiden heimgesucht. In ihrer Mundhöhle wuchert Schleimhautpilz, Krebsgeschwüre entstellen ihr Gesicht. Überall in ihrem Körper, im Gedärm wie in der Lunge, breiten sich Krankheitskeime aus, de-

stellt – doch wie kommt es bei HIV-Infizierten zum katastrophalen Kollaps der körpereigenen Abwehrkräfte?

Dieser bislang ungeklärten Frage haben zwei Züricher Wissenschaftler eine Studie gewidmet, die in der jüngsten Ausgabe der Fachzeitschrift *Immunology Today* erschienen ist. Die beiden Forscher Rolf Zinkernagel und Hans Hengartner vom Institut für experimentelle Immunologie an der Universität Zürich formulieren einen verblüffenden, aber wohlbegründeten Verdacht: Das Aids-Virus, so ihre Hypothese, ist allenfalls indirekt am Ruin des Immunsystems HIV-Infizierter schuld.

Zum Untergang der biologischen Schutzmacht führt, jedenfalls im Szenario des Züricher Forscher-Duos, eine Art Bürgerkrieg im Körperinneren: Eine bestimmte Art von Immunzellen („T8-Suppressorzellen“) führt dabei einen Vernichtungsfeldzug gegen jene Zellverwandten, in denen sich das Aids-Virus eingenistet hat. Die Attacke auf die HIV-Wirte, sogenannte T4-Helferzellen, bleibt nur wohlwärtig, solange sie nicht zum Amoklauf ausartet. Wird die Säuberungsaktion zum Gemetzel, so stürzt sie den gesamten Organismus ins Verderben.

Die auf den ersten Blick höchst verwirrenden Vorgänge lassen sich, laut Zinkernagel und Hengartner, mit Hilfe längst gesicherter Befunde der Virenforschung klären: Der Aids-Erreger – ein Retrovirus, das seine Geninformation ins Erbgut seiner Wirtszellen einbaut – ist wie viele andere Viren keineswegs darauf aus, seinen Gastgeber schleunigst zu ruinieren; die Vermehrung ist sein oberstes Ziel, wobei dem Organismus



Aids-Forscher Hengartner, Zinkernagel
Die HIV-Jäger an die Kette legen?

nen ihr Organismus keinerlei Widerstand mehr entgegenzusetzen vermag.

Sie starben, heißt es später, an Aids. Was sie, Jahre nach der Ansteckung, ums Leben bringt, bleibt dennoch ungewiß. Sicher ist nur, daß ihr Immunsystem am Ende die Arbeit gänzlich ein-

ren: Der Aids-Erreger – ein Retrovirus, das seine Geninformation ins Erbgut seiner Wirtszellen einbaut – ist wie viele andere Viren keineswegs darauf aus, seinen Gastgeber schleunigst zu ruinieren; die Vermehrung ist sein oberstes Ziel, wobei dem Organismus

zunächst kein spürbarer Schaden zugefügt wird.

In vielen Fällen, so lehrt die Infektionskunde, richten sich Viren und Immunabwehr auf eine langfristige und friedliche Koexistenz im Körper ein. Solange die Eindringlinge den Wirtsorganismus nur wenig belästigen, reagiert auch das Immunsystem maßvoll. Eine solche Machtbalance könnte auch im Fall des Aids-Virus bestehen.

Für diese (bei Fachleuten umstrittene) Annahme spricht, wie die beiden Forscher glauben, die in der Regel lange, meist völlig beschwerdefreie Inkubationszeit nach einer Aids-Infektion. Sie endet erst, wenn nach einem gewissen Anstieg der Virenkonzentration die hochspezialisierten HIV-Jäger des Immunsystems über die infizierten T4-Helferzellen herfallen.

Der Angriff reißt jenes Loch in die Abwehr, durch das viele andere „opportunistische“ Krankheitserreger eindringen können – sie lösen das schaurige „Aids-Vollbild“ aus, das zum Tode führt.

Noch ist unsicher, ob die teils auf Laborversuchen, teils auf Spekulationen beruhenden Hypothesen der beiden Wissenschaftler zutreffen. Stimmen sie, so wären die Folgen für die Aids-Therapie beträchtlich. Bislang sind die Experten vor allem auf der Suche nach Behandlungsmethoden, die das Immunsystem der HIV-Infizierten kräftigen sollen. Das aber könnte, wie Zinkernagel und Hengartner fürchten, gerade die verkehrte Therapieform sein.

Zumindest in jener Infektionsphase, in der die rabiat gewordenen HIV-Jäger zum Vernichtungsschlag gegen die T4-Helferzellen ausholen, könnte es sich nach Ansicht der Züricher Experten als hilfreich erweisen, das Immunsystem zu schwächen.

Bei HIV-infizierten Organempfängern, die zur Vermeidung von Abstoßungsreaktionen mit immununterdrückenden Medikamenten behandelt wurden, brach die Krankheit deutlich später aus, wie Vergleichsstudien ergaben. Mit einer wohl dosierten Gabe der Immunstopper, glauben die Forscher aus Zürich, ließe sich die Aids-Erkrankung womöglich noch länger hinausschieben.

Auch Zytostatika, Zellgifte, die das Wachstum von Krebstumoren bremsen, könnten nach Ansicht der beiden Virologen helfen, die zum Amoklauf neigenden HIV-Jäger an die Kette zu legen.

Das Virus läßt sich den HIV-Infizierten auf diese Weise zwar nicht austreiben. Auf längere Sicht jedoch, so hoffen Zinkernagel und Hengartner, müßte es gelingen, eine ausgefeilte Aidstherapie zu entwickeln, die sich gezielt gegen die HIV-Jäger im Immunsystem richtet – sie soll aus den sonst todgeweihten HIV-Opfern dauerhaft „gesunde Virusträger“ machen.

Brustimplantate

Teure Entwarnung

Silikonkissen sind offenbar frei von Nebenwirkungen. US-Anwälte halten sich dennoch bei den Herstellern schadlos.

Sam Pointer, leitender Richter am US-Distriktgericht in Birmingham (Alabama) will 4,3 Milliarden Dollar unter die Leute bringen. Auf der Suche nach Empfängern ließ der Rechtswahrer Ende April halbseitige Anzeigen in Zeitungen einrücken und TV-Spots ausstrahlen; Nachrichtenagenturen aus 21 Ländern wurden eingespannt.

Verteilt werden soll das Geld unter „allen Frauen“, die „jemals mit einem (Silikon-)Implantat“ ihre Brüste vergrößern oder rekonstruieren ließen und dabei gesundheitliche Schäden erlitten haben.

Bei schätzungsweise drei Millionen Frauen in aller Welt haben Ärzte solche Stützkissen implantiert, gefüllt mit einem Gel, das ursprünglich als Schmier- und Dichtungsmittel für die U. S. Navy entwickelt worden war.

In etwa der Hälfte der Fälle waren die Implantate dazu bestimmt, Krebspatientinnen nach einer Operation eine neue Brust zu modellieren („Wiederherstellungschirurgie“). Bei der anderen Hälfte ging es um Schönheit: Die weichen Polster verhalfen den Empfängerinnen – so den Schauspielerinnen Brigitte Nielsen oder Cher – zu einer größeren Oberweite, oder sie dienten dazu, die beiden Brüste in optisches Gleichgewicht zu bringen.

Fast drei Jahrzehnte boomte der Kunstkissenmarkt – bis Anfang der neunziger Jahre der Verdacht aufkam, die Prothesen könnten unvorhergesehene Nebenwirkungen haben. Auf diese

Vermutung hin ließ die US-Arzneimittelbehörde FDA im Januar 1992 den Vertrieb der Kunststoffkissen stoppen. Länder wie Australien, Kanada und Deutschland folgten dem Verdikt.

Nach der FDA-Entscheidung häuften sich erst recht Meldungen über angebliche Gesundheitsgefahren der Kissen. Amerikanische Silikon-Trägerinnen, so hieß es, klagten vermehrt über rheumatische Gelenkerkrankungen, über Muskelschmerzen und Erschöpfungszustände. Ein Zusammenhang mit dem Füllgel sei nicht auszuschließen.



Silikon-Trägerin Nielsen
Optisches Gleichgewicht

Wie stets, wenn Schadenersatzansprüche mit Aussicht auf Erfolg zu stellen sind, stürzten sich US-Anwälte auf die vermeintlichen Opfer und brachten eine Prozeßlawine ins Rollen. Die Hersteller der mehrwandigen Gel-Kissen, besorgt, sie könnten vom Strudel der Produkthaftung verschlungen werden, suchten den Schaden zu begrenzen.

Der vor Richter Pointer geführte Musterprozeß endete im Februar dieses Jahres mit einem Vergleich. Die Silikonfirmen richteten den mit über vier Milliarden Dollar gefüllten Gemeinschaftsfonds ein, aus dem die Schadenersatzforderungen silikongeschädigter Frauen beglichen werden sollen. Nun aber stellt sich



Silikon-Implantat: Der Bann kam zu früh

heraus, daß die US-Arzneimittelbehörde mit ihrem Gel-Bann offenbar weit übers Ziel hinausgeschossen ist – der gegen Silikon-Implantate erhobene Verdacht hält wissenschaftlicher Nachprüfung nicht stand.

Gleich drei wissenschaftliche Studien – die jüngste wurde vorletzte Woche im *New England Journal of Medicine* (NEJM) veröffentlicht – kommen zu dem Ergebnis, daß zwischen den Implantaten und den „nur mit subjektiven Einzelfallschilderungen belegten Erkrankungen“ (so NEJM-Chefredakteurin Marcia Angell in ihrem Begleitkommentar) kein Zusammenhang bestehe.

Für ihre jetzt in dem Fachblatt veröffentlichte Implantatstudie hatte Sherine Gabriel von der Mayo-Klinik in Rochester die medizinischen Datenbanken des

Subjektive Berichte wurden als Beweise mißdeutet

Landkreises Olmsted im Süden des US-Bundesstaates Minnesota durchforstet. In den Olmsted-Rechnern sind die medizinisch relevanten Angaben sämtlicher Bewohner des Landkreises seit Jahrzehnten erfaßt – so auch die von insgesamt 749 Frauen, denen im Zeitraum zwischen 1964 und 1991 ein Gel-Kissen implantiert worden war.

„Wir haben jedes medizinische Problem jeder einzelnen Implantatsträgerin durchleuchtet“, erläutert Sherine Gabriel. Ergebnis: Keine der festgestellten Allgemeinerkrankungen, wie etwa rheumatische Gelenkleiden oder Muskelschmerzen, war mit den Silikonkissen in Verbindung zu bringen.

Auch ein von den Klägern häufig vorgebrachter Zusammenhang zwischen den Gel-Polstern und der (oft tödlich verlaufenden) Autoimmunkrankheit Sklerodermie, bei der die Haut verhärtet, ist offenbar ausgeräumt. David Schottenberg von der University of Michigan hatte für seine Studie alle Sklerodermiefälle untersucht, die im letzten Jahrzehnt in Michigan aufgetreten waren.

Schottenbergs Fazit – „kein ursächlicher Zusammenhang“ – wird durch die Ergebnisse von Untersuchungen gestützt, die an fünf weiteren US-Universitäten durchgeführt wurden und demnächst veröffentlicht werden sollen.

Die wissenschaftlich abgesicherte Entwarnung rief bei den Beteiligten unterschiedliche Reaktionen hervor. Kleinlaut räumte die FDA ein, es gebe nun „erstmal ein solides Stück wissenschaftlicher Erkenntnis über das Risiko“ von Silikonkissen.

Auf offensichtliche Schwachstellen der amerikanischen Rechtsprechung

wies NEJM-Chefredakteurin Angell hin: „Die Anhäufung von subjektiven Fallschilderungen“, die vor Gericht „wieder und immer wieder“ vorgetragen wurden, seien von Richtern und Geschworenen „als hinlänglicher Beweis für einen Kausalitätszusammenhang“ mißdeutet worden. Kritik aber wurde vor allem auch an dem amerikanischen Schadensersatz-Unwesen laut.

Obwohl sich die wissenschaftliche Debatte nunmehr klar zugunsten der Brustimplantate wendet, wollen die Silikonkissen-Hersteller keinen neuen Rechtsstreit riskieren. „Wir werden uns“, erklärte letzte Woche Barbara Carmichael von der Herstellerfirma Dow Corning, „an die vereinbarten Entschädigungszahlungen halten.“ Alle Implantat-Empfängerinnen, die sich bis Dezember dieses Jahres melden, sollen Geld bekommen, wenn sie über einschlägige Gesundheitsschäden klagen.

Hauptnutznießer aber sind die US-Rechtsanwälte, die den Kampf mit den Herstellern aufgenommen hatten. Ralph Knowles, Mitglied einer jener 22 Kanzleien, die den milliardenschweren Vergleich ausgehandelt haben, äußerte sich herablassend über die wissenschaftlichen Befunde: „Die meisten epidemiologischen Studien haben sowieso eingebaute Fehler.“

Im übrigen haben Knowles und seine Kollegen allen Grund zur Zufriedenheit. Sie waren in dem Musterprozeß auf der Basis des Erfolgshonorars angetreten. So sind sie an dem Milliarden-Deal mit knapp einem Drittel beteiligt.

In Zahlen heißt das: Eine Milliarde Dollar wird Richter Pointer den 22 Rechtsexperten demnächst überweisen.

Tiere

Lästig wie Mücken

Heißluftballons verbreiten Angst und Schrecken: Wild- und Weidetiere kommen durch sie zu Schaden.

Der Terrierrüde Ingo blieb ohne Chance, als ihn der Zug überrollte. „Er war wie von Sinnen, er hörte auf kein Kommando mehr“, erzählt sein Herrchen Reinhold Hartmann. Während eines Sonntagsspaziergangs war Ingo auf die vielbefahrene Bahnstrecke Kassel-Marburg gerannt. Neben die Gleise, wo man den zerschmetterten Hund fand, legte Hartmann eine Abschiedsblume.

In Königsberg bei Wetzlar durchbrachen am Muttertag zwei Kühe den Weidezaun. Sie flohen in den nahe gelegenen Buchenwald. Erst nach einer Woche entdeckte ein Vogelwart die abgemagerten, orientierungslos umhertorkelnden Rindviecher. „Zwei Tage später wären sie verdurstet“, vermutet ihr Besitzer Karl-Heinz Bremer.

Auf einem Reiterfest im bayerischen Sennfeld gingen 15 Pferde gleichzeitig durch. Sie begruben einen Hund unter ihren Hufen und zertrampelten Spargelfelder. Der Schaden betrug 3000 Mark.



Heißluftballons: Ohne Vorwarnung hochhausgroß über den Köpfen der Vierbeiner

Angst und Schrecken waren in allen drei Fällen durch Heißluftballons verbreitet worden, die gerade zur Landung ansetzten oder im Tiefflug über die Baumkronen huschten. Ohne Vorwarnung tauchen sie hochhausgroß über den Köpfen der Vierbeiner auf – als seien fauchende, feuerspeiende Drachen aus der Urzeit wiederaufgestanden.

Denn anders als Gasballons (von denen es in Deutschland nur wenige gibt) gleiten die Heißluftballons mitnichten friedlich, still und leise über den Himmel: Die heiße Luft im 30 Meter hohen Nylon-sack, die für den Auftrieb sorgt, wird von einer Art Bunsenbrenner erzeugt; alle paar Minuten muß der Pilot den Gashebel betätigen. Die knatternde Flamme erreicht dabei, wie Messungen an der FH Aachen ergaben, Lärmwerte bis zu 108 Dezibel – das ist so laut wie ein Preßlufthammer.

Der Höllenkrach löst bei fast allen Vierbeinern einen heftigen Fluchtreflex aus. In Lebensgefahr können Reiter geraten, denen ihre Pferde durchgehen. Autofahrer müssen in Deckung gehen, wenn Hirsche und Rehe kopflos über Straßen galoppieren.

Beim Deutschen Freiballon-Sportverband bestreitet man das Unfallrisiko nicht. Neuere Heißluftballons hätten deshalb einen halb so lauten „Kuhbrenner“ mit verminderter Leistung an Bord, erklärt Verbandsfunktionär Ulrich Hohmann, „mit diesem Brenner kann man aber nur die momentane Höhe halten“. Im übrigen verbietet das Luftverkehrsgesetz den Ballonfahrern Tiefflüge und Zwischenlandungen.

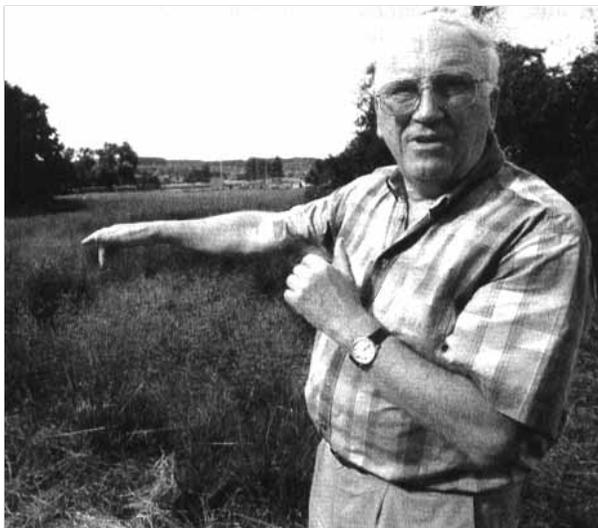
Doch Flüsterflammen und Paragrafen verhindern nicht, daß sich Piloten einen Jux daraus machen, Wild- und Weidetiere zu erschrecken. In Nordrhein-Westfalen mußte ein „Ballöner“ (Zunft-Jargon) ein Bußgeld zahlen, weil er mit seinem Fluggerät Jagd auf eine Schweineherde gemacht hatte; eine Sau starb bei der Hatz.

In der Lüneburger Heide erlitt im letzten Sommer eine wertvolle Zuchtstute eine Fehlgeburt, als ein Heißluftballon mitten auf der Pferdekoppel aufsetzte.

„Für Tierhalter und Landwirte entwickelt sich dieser Luftsport zunehmend zur Landplage“, sagt Wolfgang Krug, Leiter des Veterinärarnamtes in Marburg. „Die Heißluftballons sind lästig wie die Mücken im Mai – sobald es wärmer wird, steigen sie in Scharen empor.“



Ballonfahrer
Heftige Fluchtreflexe durch Höllenkrach



Hundebesitzer Hartmann
„Das Tier war von Sinnen, hörte auf kein Kommando“

Immer mehr Deutsche wollen in die Luft gehen. Im Jahre 1980 waren gerade 56 Heißluftballons angemeldet, inzwischen gibt es 20mal so viele. Vorletzte Woche hat das Braunschweiger Luftfahrtbundesamt feierlich den 1000. Ballon zugelassen. Ein Grund für den Zulauf: Viele Hobby-Ballonfahrer betreiben die Luftschiffahrt wie einen Beruf – ohne daß sie Aufsichts- und Finanzämter informieren. Beim schwarzen Geschäft mit den bunten Ballons kommen hübsche Summen zusammen. Jeder Passagier, den die Piloten mitnehmen, zahlt für eine Stunde Fahrt, einen Schluck Sekt nach der Landung und eine Urkunde bis zu 350 Mark.

Mit dem Ballon-Boom nehmen unweigerlich auch die Zwischenfälle zu. Die Versicherungen, zusammengeslossen im Deutschen Luftpool, regi-

strieren einen „deutlich ansteigenden Trend bei den Schadensfällen“, wie ihr Sprecher Wolfgang Heilmann erklärt.

Dabei werden viele Schäden, die auf das Konto von Freiballons gehen, überhaupt nicht bekannt. Landet ein Fluggerät auf einem Getreidefeld, einigt sich der Pilot meist an Ort und Stelle mit dem geschädigten Bauern. Gibt es keine Augenzeugen, macht sich mancher Ballonfahrer still davon.

Wie schwer die Beweisführung gegen Lufttrowdys sein kann, hat der Schweinfurter Rechtsanwalt Winfried Albert erfahren. Seit Jahren kam es auf seiner abgelegenen Schafs- und Pferdeweide immer wieder zu rätselhaften Ausbrüchen seiner Vierbeiner. „Etwa alle zwei Monate fanden wir durchgerissene Zäune, an denen Blut und Wolle klebte, und verletzte Tiere, die aufgeschreckt umherliefen“, berichtet Albert.

Zuerst richtete sich der Verdacht gegen einen unbekanntes Tierquäler; dagegen sprach, daß der Draht nicht durchgeschnitten worden war.

Wildernde Hunde oder Füchse schieden aus, „weil nicht ein einziges Tier Bißverletzungen aufwies“. Auch Tiefflieger, die täglich um 14 Uhr über die Wiese donnerten, kamen als Urheber nicht in Frage. An die Düsenjäger hatten sich die Schafe und Pferde gewöhnt. Albert: „Fast glaubten wir an ein Ufo vom Planeten Mars.“

Erst als an einem Augusttag das Holzweidetor zerbrochen war und die Pferde ein Schaf zu Tode getram-pelt hatten, rief ein Nachbar an. Er hatte

die Landung eines Heißluftballons direkt neben der Koppel beobachtet.

Nach Aussage des Zeugen wurde der Ballon des „Flugsportclubs Würzburg“ in Windeseile zusammengelegt und von einem wartenden Hilfsfahrzeug fortgeschafft, „ohne daß sich der Ballonfahrer um meine verletzten Tiere gekümmert hätte“ (Albert). Nur weil der Zeuge die Autonummer des Wagens notiert hatte, konnte der flüchtige Ballonier überführt werden – der erst einmal alles abstritt.

Einige Ballöner halten selbst Augenzeugenberichte noch nicht für beweiskräftig. Den Tod des Terrierrüden Ingo etwa kommentierte Horst Bonacker, Vorsitzender des „Ballonclubs Hessen 1984“, mit den Worten: „Ist ein Hund, der von seinem Herrchen wegläuft, gesund? Wie viele Stunden am Tag ist er vielleicht allein und ohne Auslauf?“

Fußball-WM

„ICH WILL VORNE STEHEN“

SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann über den umstrittenen Fußballprofi Matthias Sammer

Bei flüchtiger Betrachtung mag es scheinen, als werde der Mann allmählich in die Ecke gedrückt. Schritt für Schritt hat er sich zurückgezogen, gestikulierend rücken ihm zwei andere auf den Leib.

Braucht Matthias Sammer Hilfe?

Als wäre der nicht schon mit ganz anderen Drucksituationen fertig geworden. Die beiden Journalisten, die ihn zu bedrängen scheinen, stehen in Wahrheit längst in seinem Bann. Weit fährt der hagere Athlet seine Arme aus, wild fuchtelte er mit den Händen. Sein roter Schopf ruckt temperamentvoll, während er Erklärungen ausstößt, als könne er so das Tempo nachholen, das seinem letzten Spiel gefehlt hat.

Nein, in der Defensive ist der einzige Ostdeutsche in der Elf der Bundesrepublik bei der Fußball-WM gewiß nicht, obgleich er Fehler ohne Beschönigung einräumt. Mit einer Offenheit, die er – erlebte er sie bei anderen – wohl anerkennend „brutal“ nennen würde, bekennt er sich schuldig, beim dürftigen 1:1 gegen Spanien taktische Anweisungen des Trainers nicht befolgt zu haben.

Anfangs hat er seinen Hintermann Andreas Brehme gelegentlich im Stich gelassen, um in der Mitte Löcher zu stopfen, die ihm noch bedrohlicher erschienen. So fiel das Führungstor der Spanier.

Als einen Weltuntergang kann Matthias Sammer das freilich nicht sehen. Soll er deshalb so tun, als halte er sich nicht für einen guten Fußballspieler, der zu Recht in der Elf des Champions

steht? Herausfordernd brennen seine Blicke. Einen Fußballverrückten nennt er sich, „brutal ehrgeizig“. Spielen will er, spielen und gewinnen. „Und am Ende will ich ganz vorne stehen.“

Nur ist das vor dem dritten Vorrundenspiel der Deutschen – an diesem Montag in Dallas gegen Südkorea – nicht mehr ganz so sicher wie nach dem Eröffnungsspiel gegen Bolivien. Da hatte Berti Vogts den Dauerrenner aus Dresden gerade deshalb gelobt, weil er „taktisch unheimlich gut war“. Und er hatte hinzugefügt: „Der wird noch stärker.“

Den Medienrummel, der daraufhin Sammer umkreischte, schmeichelte dem Sachsen kaum. Er fand ihn „übertrieben“.

Schließlich weiß er genau, wie schnell einer weg sein kann vom Fenster. Da ist er Realist. Dazu muß er nicht mal „einen

Dreck“ spielen, wie er behauptet. Es reicht schon, besser, schneller und vor allem beliebter zu sein, als es – in den Augen von WM-Veteranen wie Andreas Brehme und Lothar Matthäus – einem Ossi zusteht.

Matthias Sammer weigert sich, das an die Presse getragene Gegrummel über seine taktische Unzuverlässigkeit so zu deuten. Ist es denn nicht egal, woher er kommt? Was hat seine Ossi-Vergangenheit mit seiner Leistung zu tun? „So ist eben Fußball“, winkt er ab, „das ist doch ganz normal.“

Ob es aber wirklich nur am Fußball liegt, daß auf der rasanten Erfolgslaufbahn des Matthias Sammer jedem Durchbruch prompt ein Einbruch zu folgen pflegt?

„Meine Rolle war immer von Mißverständnissen geprägt“, hat er über sein



Nationalspieler Sammer*

„Persönlichen Glanz zurückstellen“

Putsch abgewehrt

Als Thomas Berthold nach dem nervenden 1:1 der Deutschen im zweiten Vorrundenspiel gegen Spanien Trainer und Mitspieler öffentlich des Dilettantismus zieh, sah sich DFB-Chef Egidius Braun unbeirrt seinem Glauben ans Gute verpflichtet: Immerhin habe der Stuttgarter Abwehrrecke keinen beleidigt. Er hätte ja auch, so Braun, behaupten können, Berti Vogts habe „keinen blassen Schimmer“ oder sei gar „eine Pfeife“.

Daß jener Teil der Jungmillionäre, den Berthold selbst „die Mafia“ nennt, versucht hatte, den Bundestrainer zu ihrem Befehlsempfänger zu degradieren, hatte Braun nicht mitgekriegt.

Auch Vogts selbst wollte nur „eine positive Unruhe“ erkannt haben, seine Profis seien „Gott sei Dank mit ihrer eigenen Leistung unzufrieden“ gewesen. Als er ihnen alle taktischen Fehler beim temperamentlosen Fußball gegen die Spanier vorgeführt habe, hätten sie selbst Unzulänglichkei-

* Im WM-Eröffnungsspiel gegen Bolivien am 17. Juni.

enttäuschendes Gastspiel bei Inter Mailand gesagt, das nur sechs Monate dauerte.

In der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, beim VfB Stuttgart und auch bei Borussia Dortmund, dem Verein, der ihn im Januar 1993 für 8,5 Millionen Mark aus Italien ins Ruhrgebiet holte, war und ist es nicht anders. Auch wenn er selbst das nur ungern zur Kenntnis nimmt.

Nun gut, es sei halt, sagt Matthias Sammer, „ein Riesenschritt“ gewesen in den Westen, fast eine Überforderung für einen 22jährigen, der nicht „Mäh“ und nicht „Muh“ zu sagen ermutigt wurde – und dem, vom fünften Lebensjahr an bis zum voraussichtlichen Tode, der Verein, die Partei oder der Staat jedes Wort und jeden Schritt vorgeschrieben hätten.

Er hat es dennoch in nur vier Jahren zum Millionär gebracht. Für den Kölner *Express* ist Sammer „der Aufsteiger schlechthin“. Dieter Hoeneß vom VfB Stuttgart, sein erster West-Manager, erkennt in ihm sogleich „das Zeug zum Führungsspieler“.

So sieht Sammer das auch, da macht er sich nicht klein. Warum auch? Vize-Europameister ist er. Gegen Spanien hat er sein 49. Länderspiel bestritten, 23 davon für die DDR. Dreimal ist er Landesmeister gewesen, zweimal mit Dynamo Dresden im östlichen, einmal mit dem VfB Stuttgart im vereinten Deutschland. Nun

ten eingeräumt, und auf einmal sei „eine ganz nette Unterhaltung rausgekommen“.

Die offizielle Version klang arg harmlos und realitätsfern. Doch intern hatte Vogts mit einem Machtwort („Ich bin richtig laut geworden“) die aufmüpfigen Profis zur Räson gebracht; kleinlaut widerriefen sie ihre Kritik. Berthold: „Das war nicht so gemeint.“

Putschversuch abgewehrt. Vogts hatte die Gefahr der Allianz seiner Veteranen – neben Berthold droschen auch Lothar Matthäus, Andreas Brehme und Rudi Völler mehr oder weniger unverhohlen auf den Rest ein – zeitig erkannt. Die Polarisierung zwischen Alt und Jung hatte das Team zu lähmen begonnen, als deutlich geworden war, daß in der brütenden Hitze Chicagos Erfahrung nicht alles ist. Zu ungeniert wollten die alten Herren Jüngere für sich und ihre Interessen laufen lassen.

Matthäus betrachtet die WM in den USA als letzten Schritt zu einem auf allen Werbemärkten anerkannten Weltstar – da registrierte der Kapitän mit versteinert Miene, daß in den beiden ersten Spielen mit Matthias Sammer und Stefan Effenberg zwei Dauerläufer von Vogts als beste Spieler herausgestellt wurden. Dem bauernschlaunen



Bundestrainer Vogts, Kritiker Berthold: „Positive Unruhe“

ist er 26 Jahre alt und auf dem Weg zum Star.

„Star?“ Also, da muß man natürlich erst mal definieren, was man darunter versteht. Matthias Sammer schrickt sichtlich zusammen, als ihn das Wort trifft, Inbegriff westlicher Dekadenz und geheimer östlicher Träume. Er haßt

es, aber es fasziniert ihn auch. Von Kind auf erzogen im Geiste der Einordnung ins Kollektiv und in Abscheu gegen egoistische „Selbstdarstellungen“, wehrt er sich gegen den „Star“-Begriff: „Da würde ich von mir weggehen.“

Auf einmal ist er sehr wachsam. Keinen Blick mehr hat er für die geschwie-

Brehme dagegen ist alles recht, was seine natürliche Langsamkeit kaschieren hilft.

Für Völler geht es darum, zum Karriereende hin nicht plötzlich vom Publikumsliebbling direkt in die Zweitklassigkeit abzustürzen. Und Berthold fühlte sich schon immer einem Elitekodex mehr verpflichtet als der Mannschaft.

Auf der anderen Seite stehen Jürgen Klinsmann, Effenberg und Sammer. Mittelstürmer Klinsmann fürchtet, daß ihm auf dem Weg zum Publikumsliebbling dieser Titelkämpfe ob der vielen Rennerei buchstäblich die Luft ausgeht; Effenberg glaubt spätestens seit WM-Beginn, daß Anerkennung und Werbemillionen, die Matthäus zufallen, eigentlich ihm gebühren; Sammer sind intrigante Tricks so zuwider, daß er sie nicht einmal wahrnimmt.

Daß die Attacken der Altvorderen gerade auf Sammer zielten, wurde der Revolte zum Verhängnis. Denn keiner verkörpert inzwischen stärker die vögtsschen Mannschaftsideale als der ehemalige Dresdner.

Weil aber auch eine gescheiterte Revolution zuweilen eines ihrer Kinder frißt, hat es nun wohl Andreas Möller erwischt, zugleich Hofnarr der Mannschaftssenioren, Lieblingsschüler von

Berti Vogts und wohl der talentierteste Fußballer im deutschen Team.

Auf jede nur denkbare Weise hatten sie versucht, dem milchgesichtigen Möller ein stärkeres Rückgrat einzuziehen. Vogts probierte es immer wieder mit Einzelgesprächen; die „Mafia“ lud den Neu-Dortmunder im Bus als Gasthörer auf die letzte Bank, wo sich seit Volksschultagen bei Klassenfahrten stets die Meinungsführer versammeln; und als Matthäus laut über einen möglichen Abschied aus der Nationalelf nach der WM nachdachte, brachte er gar Möller als seinen Nachfolger für das Kapitänsamt ins Gespräch.

Was als psychologische Krücke gedacht war, nahm nur einer wirklich ernst – Möller selbst. Lauthals verkündete er, für „größere Aufgaben“ bereit zu sein, kam in der Praxis aber nie über die Rolle des Chefchens hinaus, das ängstlich Zweikämpfe meidet und nur aus sicherer Deckung schießt.

So kann „Turbo-Andy“, wie er sich gern nennen läßt, selbst der Häme kaum noch entkommen. Für einen wie Möller, lästert Vogts, habe er stets „ein Stück Papier mit“, um die Taktik, die der Mächtigen-Kapitän so schwer begreift, aufzumalen.



Dresdner Fußballprofi Sammer*: „Sei ein harter Hund“

gelte Golf-Landschaft vor dem Mannschaftshotel. Er führt das Wort wie auf dem Fußballplatz den Ball: schnell und gut abgedeckt. Wenig Chancen für gegnerische Fragesteller dazwischenzufahren.

Doch drehen sich seine Sätze ein wenig hektisch im Kreise, so, als wüßte er nicht mehr genau, wo die Linie verläuft, der er gern treu bleiben möchte. Weiß er denn, wie er in vier Jahren denkt? So intensiv beginnt Sammer plötzlich von Bescheidenheit, Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu reden, daß Zweifel nicht ausbleiben können, ob er sich nicht schon heute auf dem Weg sieht zu

„Ohne die Mannschaft bin ich doch nichts“

einem neuen Sammer, halb gegen seinen Willen.

„Für mich ist es ganz wichtig bei dieser Weltmeisterschaft, persönlichen Glanz zurückzustellen“, versichert er wieder und wieder. So hat er auch schon im Februar 1993 bei seinem Einstand in Dortmund geredet. Erst kommt die Arbeit für die Mannschaft, dann der Hakentrick fürs Fernsehen. „Denn ohne die Mannschaft bin ich doch nichts.“

Deutliche Worte, kein falscher Zungenschlag. Schweiß und Leistung beglaubigen seine Arbeit auf dem Platz. Verzicht und viel protestantische Schin-

derei legitimieren die Privilegien des gehobenen Lebens. Er braucht das auch zur Selbstrechtfertigung: „Würde ich weniger verdienen, ginge es noch lange nicht dem Fan oder dem Arbeitslosen hier besser.“ Von Starallüren keine Spur.

Und doch ist es gerade diese demonstrative Bescheidenheit, die den Kern der Mißverständnisse und Verunsicherungen ausmacht, die seinen geradlinigen Erfolgskurs immer wieder verwickelt. Denn wenn will dazu passen, wie herausfordernd der Dresdner oft verbal auftrumpft.

Ob gegenüber Trainern, Schiedsrichtern, Vereinsbossen, Mitspielern oder Journalisten – Matthias Sammer eckt an. Merkt er denn nicht, daß er immer wieder mit Höchsttempo gegen die Wand fährt? „Solange ich jedesmal lebend rauskomme, ist es gut“, grinst er.

Dem Bundestrainer verlickert er ziemlich drastisch, für wie borniert er dessen Einschätzung früherer DDR-Spieler halte, sich selbst eingeschlossen. Ihm schwellt der Hals, läßt er nach dem Bolivien-Spiel wissen, wenn er sehe, wie sich „einige Mitspieler an die Zweikämpfe heranschleichen“. Pampig fährt er klugscheißerischen Journalisten über den Mund, oft ungeduldig, manchmal witzig und selbstironisch: „Meine zweieinhalbjährige Tochter hat mich wieder überragend gesehen gegen Spanien, nur ihr natürlich nicht.“

Immer will Sammer, wenn er sich anlegt, „was bewirken, Emotionen wecken, in den Köpfen was anstoßen“.

Vor allem in der Mannschaft. „Wenn ich mit einer provozierenden Bemerkung

erreiche, daß es beim Training mit fünf Prozent mehr Aggressivität zur Sache geht – dann ist das doch in Ordnung, oder?“ Da meldet sich der künftige Trainer an. Oder erst einmal der neue Mannschaftskapitän?

So darf freilich nur reden, Sammer weiß es, wer Leistung bringt. Nichts ist ihm daher wichtiger als körperliche Fitneß. Der Rest kommt von selbst, glaubt er.

Wer aber Anerkennung durch Leistung gewonnen hat und so redet wie Sammer, der ist im westlichen Profiverständnis mindestens „eine Führungspersönlichkeit“, wenn nicht gar ein Star. Und der hat sich auch so zu verhalten – ein bißchen schrill, fordernd, egomanisch, wie Lothar Matthäus eben.

Warum nicht wie Guido Buchwald? Arbeitet der denn nicht auch so mannschaftsdienlich wie er und ist doch ein Wessi? Sammer fragt das halb-

herzig. Er kennt ja die Antwort: Nie hat der „brave Guido“ so forsch versucht, die Richtung im Team anzugeben – wie es Sammer tut in Stuttgart erst, dann in Dortmund und nun auch in Amerika?

Als Einzelgänger sieht sich Sammer ohnehin. Das war er schon im Osten, ein unbequemer zudem, trotz SED-Parteibuch. Im Westen drängt ihn seine scheinbare Widersprüchlichkeit noch mehr in die Isolation, anfangs wenigstens, wenn er sich noch nicht durch konstante Leistungen und persönliche Verlässlichkeit ausgewiesen hat. „Man muß sich alles im Leben erarbeiten“, sagt er, „durch Leistung und Auftreten.“

Dazu braucht er Zeit. Denn das Problem, das Sammers Schwierigkeiten produziert, ist in erster Linie eines der Kommunikation. Seine Sprache, seine Haltung, sein Selbstverständnis wurzeln in einem anderen Lebenskontext als dem, in dem seine Mitspieler und Gesprächspartner denken und verstehen.

Was er als Hilfe meint, empfinden Wessis leicht als Kritik. Seine Offenheit suggeriert ihnen einen frechen Individualismus, zu dem Sammer gar nicht fähig und willens ist. Er wiederum erkennt selten als unerwachsene Hilflosigkeit, was sich bei westlichen „Stars“ als Arroganz tarnt. Die kulturelle Kluft, die Deutschland spaltet, läßt sich in der Fußball-Nationalmannschaft spielend überwinden, redend nicht.

Tatsächlich lebt Matthias Sammer die Synthese zwischen seinem Ost-Erbe und seiner West-Erfahrung überzeugender, als er sie sprachlich bewältigt. Wo er im Denken und Reden noch beim Entwe-

* Nach dem Gewinn der Meisterschaft mit Dynamo Dresden am 26. Mai 1990.

der-Oder verharnt, balanciert er im Alltag die Gegensätze nebeneinander aus.

Sammer riskiert und bleibt auf dem Boden. Er gibt Familie und Verlässlichkeit im Osten auf, schafft sich aber sofort eine familiäre Anbindung im Westen: Ruhe im Reihenhause, Wäsche gewaschen, Frühstück auf dem Tisch.

Seine schwäbische Frau Karin, sein aus dem sächsischen Bischofswerda stammender Schwiegervater und dessen Bruder, der Jugendtrainer war beim VfB Stuttgart, bilden für den ausgewanderten Sachsen eine westliche Gegenstation zu Dresden.

Doch sein Vater, Klaus Sammer, Ex-Nationalspieler der DDR wie er selbst, bleibt für ihn auch im Profiland eine fachliche und menschliche Autorität. „Sei ein harter Hund“, hatte er dem Sohn eingebremst. Jetzt ist er es, aber nicht nur.

Biographie und Talent, das explosive Temperament der Rothaarigen und die mörderische Trainingsschule des Staatssozialismus beginnen sich vielverspre-

Schon im Osten war Sammer ein unbequemer Einzelgänger

chend zu verbinden mit westlichen Profierfahrungen. Bereits jetzt ist Sammer eine Spielerpersönlichkeit, an der gemessen Kinderstars wie Andreas Möller und Thomas Häbeler geradezu niedlich wirken.

Schon zieht Franz Beckenbauer den Matthias, den er für einen „Riesenfußballer“ hält, auf einer Party beiseite. Schon legt der vertraulich den Arm um die Schulter Uwe Seelers.

Kapitän Matthäus ist gewarnt. Er weiß wohl, daß da einer aus den eigenen Reihen nachwächst, der ihm fußballerisch ähnelt und jene Zukunft verkörpert, die für ihn selbst mit dieser WM zu Ende geht.

Dennoch redet er – nach einigen Tagen stimmungsmachenden Schweigens – inzwischen wieder huldvoll mit seinem Konkurrenten. Zwar nicht beim Essen oder auf dem Trainingsplatz von Mensch zu Mensch, sondern am Telefon, von Zimmer zu Zimmer. Ein Weltstar wie Lothar muß auf Abstand achten.

Vermarktung

Fete des Fortschritts

Ein Sieg des Marketings: Amerika hat die Weltmeisterschaft adoptiert. Doch was wird aus Soccer nach dem Finale?

Anne Woodwarth dichtet, als ziehe ihr Sohn in den Krieg. „Das Feld, wo auch immer es sei“, schreibt die rüstige Dame aus Detroit, „erwartet dich, den Kämpfer, unseren Sohn.“

Mama, sagt Alexi Lalas, 24, Verteidiger der amerikanischen Nationalmannschaft, „ist verrückt geworden“. Aber sei dies nicht ganz Amerika passiert?

Im Lincoln-Tunnel, der Manhattan mit New Jersey verbindet, hupen New Yorker Taxifahrer im Takt, als irische Fußballfans aus Begeisterung den Verkehr lahmlegen.

In Orlando im Bundesstaat Florida drucken Zeitungen Kochrezepte aus Marokko, und sie testen belgische Biere, um die singenden Fremden verstehen zu helfen.

Im kalifornischen Mission Viejo, wo Inter Niguel und Persepolis das Spitzenspiel der regionalen Saddleback Valley League austragen, winden sich die Stürmer vor Schmerzen am Boden. Seit sie Alexi Lalas zusahen, wie er die Angreifer

fer Kolumbiens stoppte, sagt der iranische Einwanderer Peiman Havivian, „treten unsere Verteidiger um sich“.

Die Vereinigten Staaten haben die Weltmeisterschaft adoptiert. Nachdem sich die US-Mannschaft als eines der ersten Teams für das Achtelfinale qualifizierte, scheint mit jedem Spiel die Begeisterung für Profifußball fester verankert zu werden: Die Stadien sind voll, und die Einschaltquoten steigen.

Der Fußball-Weltverband Fifa meldet mit dem gleichen Enthusiasmus Besucher- und Umsatzrekorde wie die Apotheke auf der Chicagoer Michigan Avenue „den besten Donnerstag in der Firmengeschichte“, weil fußkranke deutsche Fußballfans unter anderem die Pflastervorräte aufkauften.

Solche Geschäftsdaten sind es, die das Musterland des Kapitalismus zu einer flüchtigen Bekanntschaft mit Soccer ermutigen. Profifußball gilt in modern America als letzter Schrei, weil er Geld bringt. Ob Fußball jemals zu einem Bestandteil der amerikanischen Kultur wird, ist dennoch zweifelhaft. Noch existiert jener Unterschied zwischen dem wahren Leid, das etwa südamerikanische Anhänger durch den Fußball erleben, und der puren Lust der Amerikaner auf Unterhaltung, die der Schriftsteller Jochen Schimmang beklagt: Die Welt wolle Opern und keine Seifenoper, in Amerika erlebe sie Jubel und Trauer „im religiösen Exil“.

Den Trend zum Soccer bestimmen vor allem die Werbestrategen. So wie in Deutschland Sportartikelhersteller den US-Basketball zum Sport der neunziger Jahre erklärten, rufen nun Amerikaner die ureuropäische Disziplin zum Kult



US-Profis Lalas, Meola: Persönlichkeit beim Friseur besorgt



Amerikanische Soccer-Fans: „Multikulti-Ferien für alle“

aus. Denn über den Fußball lassen sich festgefugte Gewohnheiten erschüttern.

Getränke- oder Kreditkartenfirmen, die von der Konkurrenz abgehängt schienen, weil diese sich an Basketball oder Baseball gekoppelt hatte, sehen auf einmal die Möglichkeit, nationale Traditionen für überholt zu erklären: „Willkommen in 1994“, Fußball ist modern, ein „event, größer als Football, Basketball und Baseball zusammen“, und Fußballer trinken und zahlen anders.

So wird die Weltmeisterschaft als neuartig gepriesen und schon in den PR-Kreislauf eingereicht, als wäre sie eine Variante des Rap. Fernsehsender schneiden Tore und Fouls im Zeitraffer zusammen, um wie im Musikvideo die Wirklichkeit zu überbieten.

Jede gelbe Karte ist ein Ereignis, und nach Ereignissen ist das Land süchtig. Kaum haben Houston Rockets und New York Knicks in den Endspielen weniger Punkte als die Vorjahresfinalisten Chicago und Phoenix erzielt, verteufeln die Trendschnüffler die Basketballsaison als die langweiligste aller Zeiten. Gibt es nichts Neues? Fußball ist hip, jedes Spiel eine Fete des Fortschritts. Und die Stadien sind die Klubs, in die man in diesem Sommer geht.

Die Weltmeisterschaft wurde zum gesellschaftlichen Happening, als der Talkmaster David Letterman, eine Art Meldestelle aller Trends, sein persönliches „Soccer-Fieber“ outete und das *Wall Street Journal* Sepp Herbergers Erkenntnisse vereinnahmte: „The ball – it is round.“

Seitdem muß jeder moderne Amerikaner zumindest ein Match gesehen haben. Bill Clinton war schon da, fürchtet sich jemand? *USA Today* („Ein Monat Irrsinn“) liefert das Basiswissen für den Small talk im Büro: „Halten Sie Brasi-

lien für einen Favoriten und Nigeria für einen Außenseitertip.“

Die meisten Zuschauer, glaubt US-Profi Claudio Reyna, 20, hätten von der Existenz Nigerias nie gehört, und natürlich wollten sie nicht die Afrikaner sehen, sondern ein Stück vom globalen Spektakel. Von 3,6 Millionen Eintrittskarten sind 3,5 Millionen verkauft. Die US-Bürger erstehen – wie beim Baseball – ihre Tickets für Wochentage, nicht für eine ausgesuchte Partie: Es geht um den World Cup und nicht um Matthäus oder Maradona.

Den Spielern gefällt die Neugierde, die auf das Kuriosum zielt. Keiner werde mehr ausgepiffen, hat US-Nationalspieler Tom Dooley, 33, beobachtet. Spektakuläre Hackentricks oder Pässe

„Sie ziehen nur Geld aus dem Turnier und klopfen Sprüche“

über 40 Meter ernten zwar kaum Beifall, „aber dafür jubeln die Zuschauer, wenn wir einen Einwurf bekommen, weil sie da verstehen, daß etwas passiert“.

Als gingen sie zum erstmalig ins Theater, klatschen die Fußballneulinge dann, wenn der Nachbar klatscht. Football-Anhängern, denen zuwenig passiert, wird der deutsche „Feldmarschall“ Matthäus empfohlen, dessen Mannen richtig „schmutzig“ agierten.

Vom ersten Spiel an riefen Zeitungen und Gouverneure landesweit zur Grobherzigkeit auf, Häme und Unverständnis stehen seither auf dem Index. „Fiese Amerikaner sollen ruhig sein“, fordert der *San Francisco Chronicle*, denn Toleranz gegen Freunde des Fußballs ist politisch korrekt.

Daß irische Fans im Giants Stadium Schlachtgesänge anstimmen, obwohl Liza Minnelli einen Song vortragen möchte, verstehen Kommentatoren zwar als unverschämt, doch Frechheit ist schick.

Amerikaner, die daran gewöhnt seien, in zehn Tagen sechs europäische Länder zu bereisen, sagt Verteidiger Lalas, erleben in diesem Jahr die ganze Welt im Stadion: „Das sind großartige Multikulti-Ferien für alle.“ Und ein Berti Vogts, der die New York Yankees wie „Junkies“ ausspricht, ist eine Attraktion wie ein neuer Wal in „Seaworld“.

Wer einmal auffällt wie Sportreporter Andres Cantor, 31, mutiert in wenigen Tagen zum Star der Subkultur. Dabei sitzt der gebürtige Argentinier nur vor einem kleinen Monitor in Miami und kommentiert für einen Hispano-Sender alle 52 Spiele. Doch 19 Sekunden lang, stoppen US-Medien, kann Cantor „Gol“ schreien. „Für mich ist Fußball Erotik“, sagt Cantor, „für amerikanische Zuschauer ist es Zeitgeist.“

Trends übernehmen die USA nicht, Trends werden in Amerika geboren. Daß der Weltverband Fifa mit der Vergabe der Titelkämpfe gleichsam den Kontinent missionieren wollte, belächeln die Herren vom Organisationskomitee längst. „Haben wir nicht die beste Weltmeisterschaft aller Zeiten, ohne Hooligans, mit vielen Toren?“ fragt Lester Wintz.

Der Senior Vice President der World Cup USA 1994 Inc. sitzt in seinem Office im 44. Stock der Turnierzentrale in Beverly Hills – hoch über Los Angeles, aber ohne Fenster. Wintz zupft an den Hosenträgern, verschränkt die Hände, die ein Meisterschaftsring des Basketballteams L.A. Lakers ziert, und berichtet von Gewinnen in Höhe von 30 Millionen Dollar. Amerika haucht, so sieht er die Lage, dem weltweit kränkelnden Fußball neues Leben ein.

Längst hat auch die Fifa erkannt, daß mit dem American Way of Sports die Verkaufbarkeit steigt. Damit die Show nicht durch Kritik beschädigt wird, führt die Interviews nach dem Spiel ein Fifa-Mann: „Wie war das Wetter, Herr Vogts?“ „Heiß.“

So soll auch die Major League Soccer ab April 1995 nicht mehr den alten Fußball bieten, sondern als eine Art Labor für weitere Reformen dienen. Größere Tore und die Abschaffung der Abseitsregel seien im Test, sagt Harley Frankel, Vizepräsident der Liga: „Was bei uns klappt, könnte die Fifa kopieren.“

„Alles Blödsinn“, meint US-Stürmer Cobi Jones, 24. Von der Profiligena stehe bislang nicht mehr fest als sieben

Städte, die mitmachen wollen. Die Funktionäre des Soccer, erzählen Spieler, „ziehen nur Geld aus dem Turnier und klopfen Sprüche“.

Prompt taucht Organisationschef Alan Rothenburg, 55, von Untergebenen wegen seines Führungsstils „Rothenweiler“ genannt, nach dem Erfolg über Kolumbien erstmals im Kreis der Mannschaft auf, eilt von Kamera zu Kamera und küßt die in Stars and Stripes gehüllten Sieger.

Von „Geschichte“, „Liebe“ und „Leidenschaft“ spricht Rothenburg, „einem großen Tag für unsere Sache“. Meint der Rechtsanwalt, der schon mal durch seine Kanzlei Rechnungen an sein Organisationskomitee geschickt haben soll, etwas anderes als die eigene Karriere?

Jones und seine Kollegen hoffen auf Angebote aus Europa, dafür spielen sie bei dieser Weltmeisterschaft. Zugleich trainieren sie im World Cup Center in Mission Viejo wie eine Gruppe Pfadfinder, die von den eigenen Streichen mitgerissen wird.

Für drei Ecken gibt es einen Freistoß, und der wird, als wäre es ein Samstagnachmittagskick mit anschließender Grillparty, von der Mittellinie aufs leere Tor geschossen, ohne daß der Ball aufkicken darf. Jeder scheint jeden zu mögen, alle umarmen sich, und weil ernsthaft doch keiner mit Siegen gerechnet hatte, summt Lalas, in der Freizeit Gitarrist, selig ein Lied.

Die Jugendlichkeit ist Programm. Um neben den etablierten US-Sportarten ins Fernsehen zu kommen, haben sich alle Spieler Spitznamen zugelegt und den Anschein von Persönlichkeit beim Friseur besorgt. Torwart Tony Meola etwa trägt seinen Pferdeschwanz wie der Schauspieler Steven Seagal und macht aus der Mode Fußball einen Markt: Fußballvideo und -zeitung, beides von Meola produziert, verkaufen sich „great“.

So hat die Weltmeisterschaft, bei der erstmals die Spieler des Gastgeberlandes als Exoten betrachtet werden, eine neue Form von Wegwerfstars geschaffen. Die Spieler wissen, daß Rastaschopf und Gamsbart nur für vier Wochen Ruhm reichen. Auch Lalas glaubt, daß das Feld, auf dem er für seine Mutter, Amerika und vor allem für sich selbst kämpfen soll, nach der Weltmeisterschaft nicht mehr in den Staaten liegt. Fast täglich fragt er in die Runde der Fußballexperten aus Europa: „Hat jemand einen Job für mich?“

Italien

Forza Brooklyn

SPIEGEL-Reporter Matthias Matussek über Fußballfieber in New York

Keiner hört den Schlußpfiff. Alle liegen sich in den Armen. Das Café „Sorento“ hebt ab mit einem Aufschrei, mit dem man Göttern dankt, als die Schlacht gegen Norwegen gewonnen ist. „Forza Italia“. Draußen, auf der 18. Avenue in Brooklyn-Bensonhurst, krachen Feuerwerkskörper, und ein rotweiß-grüner Autokonvoi setzt sich in Bewegung, bestückt mit stolzen Patrioten.

Mit Patrioten, die es seit ungefähr einer halben Stunde sind. Seit der 69. Minute dieses Dramas von zehn Azzurri gegen die Männer aus dem Norden. Seit Baggio, der Jüngere, das Siegestor köpfte. Davor? Nun ja . . .

Nach der verfummelten Schlappe gegen Irland hatte man sich hier, in Brooklyn-Bensonhurst, vorsichtig auf eine zweite nationale Identität zurückbesonnen. Auf die amerikanische. Wer identifiziert sich schon gern mit Verlierern? Das ist nicht opportunistisch, das ist der dialektische Nationalismus der Diaspora.

Für die 840 000 Italiener New Yorks ist jener Teil des Herzmuskels, der auf nationale Rauschzustände antwortet, in den letzten Wochen ganz besonderen Dehnungen ausgesetzt gewesen. Im Fordham-Viertel der Bronx genauso wie in Manhattans Little Italy. Doch ganz besonders in Brooklyn-Bensonhurst.

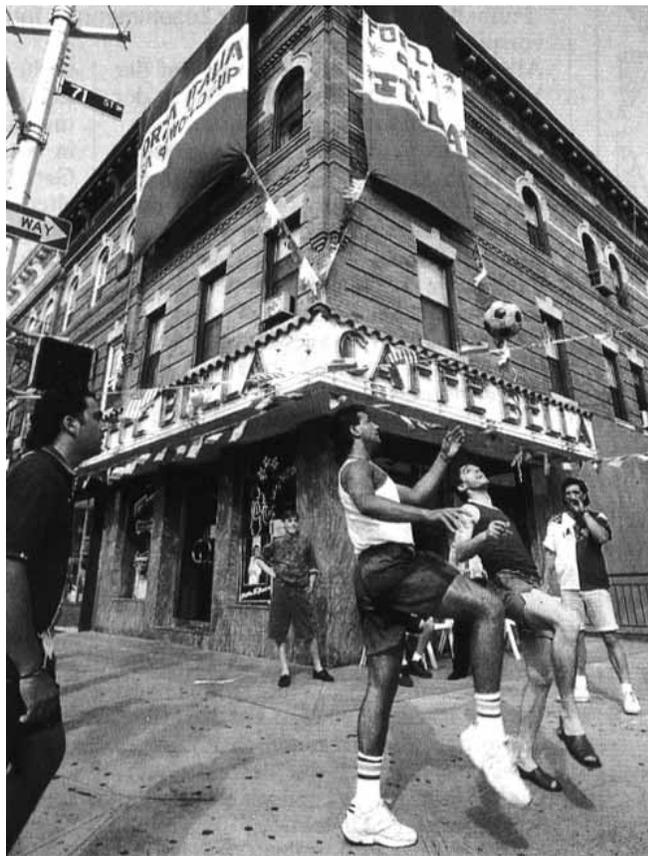
Hier braucht man Siege, denn die Gegend ist längst nicht mehr, was sie mal war. Italienische Siege. Vor den sizilianischen Heimatkubs tauchen schwarze Teenager mit Ghettoblastern auf und Koreaner mit Angeberautos. „Der Zusammenhalt fehlt“, sagt einer der Alten im Café „Bella“. Ein anderer pflichtet ihm bei. Seit der Gambino-Clan, jene berühmte Mafia-Familie, die Kontrolle verloren habe, „geht hier alles drunter und drüber“.

Hoch über der 18. Avenue zwischen dem Café „Bella“ und dem Fanbüro des AC Milan heißt der Rentner John di Santo zusammen mit drei anderen ein Transparent. „Wer es sich leisten kann, zieht weg“, meint er bitter. Auf dem Transparent steht „Forza Italia“. Das sieht mehr nach Trotz als nach Jubel aus.

Ein Erfolg bei der WM – das würde das amerikanische Italien noch einmal zusammenschweißen. Ein paar Häuser weiter stehen Jugendliche mit Goldkettchen um einen schwarzlackierten Stingray herum. Di Santo schüttelt den Kopf. „Die Jugend“, meint er, „hat keine Werte mehr.“

Er gibt der Schnur einen verbissenen Ruck. „Aber woher soll es auch kommen“, stößt er zwischen den Zähnen hervor. Auch das eigene Nationalteam ist nicht mehr, was es mal war. Die positiven Vorbilder fehlen. „Typen wie Baggio. Tritt zum Buddhismus über. Trägt einen Pferdeschwanz. Was ist das für eine Welt?“

Bei einem WM-Empfang des italienischen Konsulats durfte di Santo zwei Legenden des alten Schlages die Hände drücken: Giacinto Facchetti und Luigi Riva, die



Fan-Café „Bella“: Dialektischer Nationalismus der Diaspora

beim „Spiel des Jahrhunderts“ 1970 in Mexiko Deutschland im Halbfinale schlugen. Härte und Teamgeist. Das war's. Aber heute?

Die Heiligenstatuen in Gennaros Skulpturen-Laden schauen traurig durchs Schaufenster auf die Straße, und sie sehen aus, als ob sie di Santos verzweifelter Monolog zunicken wollten. „Die Spieler heutzutage“, klagt er, „kümmern sich doch nur noch um ihre Frisur.“

Die Fußball-WM – für di Santo ist das mehr als Sport. Es ist ein religiöses Fest, eine Art Kommunion mit dem Land, das er und seine Familienangehörigen verlassen haben, um ein besseres Leben zu suchen. Fußball sei „ein Spiegel der nationalen Seele“.

Während di Santos Nationalismus aus einer unkomplizierten nostalgischen Bindung besteht, kompliziert sich die Lage ein paar Straßenzüge weiter im „Brooklyn Italians Soccer Club“. Ein japanisches Fernsehteam ist eingefallen, um sich von amerikanischen Italienern Fußball-Patriotismus vorspielen zu lassen.

Allerdings schauen die Männer auf der Videowand ein Basketball-Spiel der Knicks an und reagieren gereizt.

Die New York Knickerbockers haben das Finale erreicht. Nach dem Meistertitel der New York Rangers im Eishockey bereitet sich die Stadt auf eine neue Konfetti-Parade vor. Und solange das italienische Fußball-Team nicht spielt, sind die Männer hier New Yorker, und zwar stolze. Für Ausgewanderte ist Patriotismus immer auch eine Sache der Tagesordnung.

Fußball ist ein Spiegel der nationalen Seele

Zu ihren Köpfen schimmert die Batterie von Pokalen, die der Klub seit seiner Gründung 1949 gesammelt hat. Einer der imposantesten Pötte, eine Trophäe von 1987, ist von der Gambino-Familie gestiftet worden. Ein amerikanischer Verein? Aber klar. Da hängt das Sternbanner. Die Klubsprache ist jedoch italienisch, der sizilianische Dialekt.

Die Japaner wollen Fußballbilder auf der Mattscheibe. Am besten die Squadra

Azzurra. Ob man nicht eine Kassette mit einem alten Spiel einlegen könne? Die Minen der Klubmitglieder verschließen sich zu gelangweilten Bummelstreik-Gesichtern. „Wenn ihr es schafft, das Ding anzuschließen“, meint einer, „bitte.“

Die New York Knicks führen. Die Männer feuern sie an. Hinter der TV-Wand fummeln fünf japanische Fernsehleute ergebnislos an dem Videorekorder herum. Der entscheidende Stecker

fehlt. Schließlich geben sie es auf. „Muß ein chinesisches Gerät sein“, sagt einer.

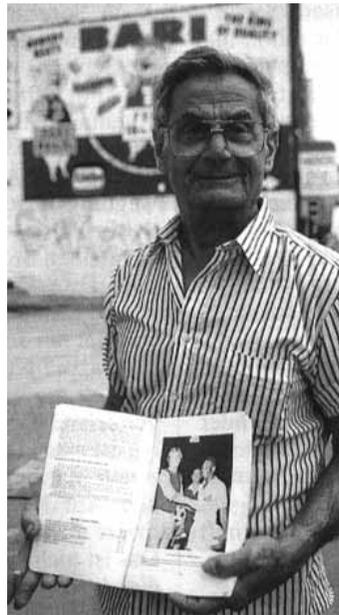
Doch schließlich fügen sich die Klubmitglieder und stellen sich zum Gruppenbild und stimmen Schlachtgesänge an. Die Japaner sind glücklich. Im Fernsehen zu Hause wird keiner den simulierten Nationalstolz vom echten unterscheiden können. Das Verrückte ist: Auch die Männer im Klub können es nicht.

Da ist Sal Rapaglia. Er ist Amerikaner. Er liebt das Land. Er hat die Chance, die es ihm gegeben hat, zu nutzen verstanden. Er besitzt Mietshäuser, und er glaubt an die demokratische

Verfassung. Gleichzeitig nennt er sich einen „Faschisten“. Viele im Klub tun das mit der allergrößten Lässigkeit – in einer Mischung aus postpolitischem Gerede und nostalgischer Verklärung alter Größe, wie sie besonders unter Emigranten blüht.

„Schon mein Vater war ein großer Faschist“, sagt Sal. „Damals, unter Mussolini.“ Die neue italienische Regierung sei das Beste, was der alten Heimat seit jenen Tagen passiert sei. Nun werde aufgeräumt mit der Korruption. Nun gebe es wieder Werte. Und vielleicht auch ein Stück alter Größe. Ein Grund zur Rückkehr in die alte Heimat ist das natürlich nicht. Die Männer im Klub, allesamt mittlerweile Amerikaner, sie wärmen sich aus der Ferne, aus sicherer Distanz an der Idee italienischer Größe.

Ein Sieg bei der WM, darin stimmen sie überein, sei für die Berlusconi-Regierung so wichtig wie „damals für Mussolini“. Berlusconi, der gleichzeitig Präsident des AC Milan ist, sei so etwas wie das politische Rückgrat der Mannschaft. „Wenn die Spieler versagen, ist das auch ein Versagen der Regierung.“



Fußball-Anhänger di Santo*
„Der Zusammenhalt fehlt“

* Mit einem Foto, das ihn als Schiedsrichter mit dem brasilianischen Fußballidol Pelé zeigt.

Der Präsident und Sal und viele andere Mitglieder des Klubs haben sich frühzeitig Tickets für das Auftaktspiel besorgt, über gute Beziehungen, in letzter Minute für Hunderte von Dollars auf dem schwarzen Markt ergattert. Für den großen Rest in Bensonhurst müssen Fernseher in Cafés wie dem „Bella“ die Arena ersetzen.

Schon vor dem Anpfiff des Spiels gegen Irland ist Italien Weltmeister. Die Männer brüllen Schlachtgesänge, geben

Sie spielen für ein imaginäres Italien, das immer gewinnt

sich Martinis aus, klopfen sich auf die Schultern und lieben die alte Heimat mit jeder Faser ihres Herzens. Bis zur zwölften Minute. Als der Ire Ray Houghton den Ball zum spielentscheidenden 1:0 über die Linie schießt, ist es für einen Moment totenstill.

In diesem Moment werden, nur für einen Sekundenbruchteil, Loyalitäten aufgegeben, Treueschwüre gebrochen, Herzen zerstört, Glaubensbekenntnisse revidiert. Der Nimbus der Unverwundbarkeit, der die Männer von Bensonhurst vier Wochen lang durchs Leben tragen sollte, ist dahin. Welch ein Glück in diesem Moment, daß es noch eine andere Identität als die italienische gibt.

Und diese andere Identität, die des toughen New Yorkers, sorgt fürs see-lische Krisenmanagement. Weitere Drinks werden geordert, Kurzanalysen durch den Raum gefeuert. Ein Fehler des Torwarts! Das neue System! Coach

Sacchi an den Galgen! Baggio, der Versager!

Ihr Italien ist es nicht, das dort verliert. Ihr Traum-Italien, die in der Diaspora verklärte Insel, das Land der Glückseligen, das sie schon vor Jahrzehnten verlassen haben – das wird nie verlieren!

Bitteres Gelächter begleitet von nun an die italienischen Fehlpässe, die ver stolperten Dribblings, die versprungenen Schüsse. Sal Corvo, der Stenz mit Goldkettchen, brüllt: „Warum bin ich nicht aufgestellt worden?“ Und nach dem Spiel machen sie es besser, auf der 18. Avenue in Bensonhurst. Sie köpfen sich den Ball zu, fintieren, schlagen einen Traumpaß nach dem anderen. Sie spielen für ein imaginäres Italien, eines, das immer gewinnt.

Das reale Italien ist abgemeldet. Fünf Tage lang. Bis zur 69. Minute des Spiels gegen Norwegen. Und dann ist ab sofort alles wieder anders. Plötzlich passen die Mützen einer Werbefirma, auf denen die drei ersten Zeilen der Nationalhymne eingestickt sind, wie angegossen. Die Männer finden Baggio, den anderen, „favoloso“ und „great“, alles durcheinander, und vor allem wüten sie gegen den deutschen Schiedsrichter, der die Partie immer noch nicht abpfeifen will.

Bis in die späte Nacht hinein wird der Sieg der italienischen über die norwegische Nation gefeiert. Und vor dem Café hängt das Transparent, das di Santo dort hochgezogen hat, im Schein der Straßenlaternen. „Forza Italia“. Vorwärts in eine glorreiche Zukunft! Für Italien, doch mehr noch für Brooklyn-Bensonhurst.



WM-Transparent in Brooklyn: „Wer es sich leisten kann, zieht weg“



Newton-Foto „Smoking Nude“

Helmut Newton, 73, Fotokünstler, hat schon wieder mit einem seiner Porträts Frauen gegen sich aufgebracht. Für die Bahn-Ausstellung „Züge, Züge“ in Esslingen, Göppingen und Stuttgart sollte ein Newton-Werk im Drei-Meter-Format im Stuttgarter Hauptbahnhof werben. Das Newton-Bild (Titel: „Smoking Nude“) zeigt eine kniende Nackte mit hochgerecktem Hinterteil, aus dem Mund der Schönen quillt Rauch wie bei einer Dampflok. Frauenorganisationen protestierten: „sexistisch“, und Esslingens Frauenbeauftragte Beate Lattendorf („absolut sexistisch“) erkannte in dem Newton-Werk eine Erniedrigung der Frau zum maschinellen Objekt. Die Deutsche Bahn AG verzichtete auf das Großformat. Jetzt wird das Newton-Foto verschämt als marginaler Ausstellungsbeitrag von höchstens Postergröße gezeigt.

Laura Cox, 6, begabtes englisches Schulkind, gewann den diesjährigen Wettbewerb um die schönste Vatertagskarte und gab zu tiefschürfenden familiensoziologischen Analysen Anlaß. An-

ders als in Deutschland, wo am Vatertag hauptsächlich gesoffen wird, feiert England Father's Day am 19. Juni wie Mutter- oder Valentinstag mit Kartengrüßen und kleinen Aufmerksamkeiten. Auf Lauras Sieger-Bild steht Mr. Cox, angetan mit purpurfarbenem Mantel und gelber Krone, auf einer gelben Burg, darüber prangt die Zeile: „Dad, Du bist der König meines Schlosses.“ Nun rätselt der *Sunday Telegraph*: „Was ist aus dem Familienpatriarchen geworden, dem Vermittler moralischer Werte?“ und gibt sich selbst die Antwort: „Eine Spaßfigur, ein Dad the Lad.“



Laura Cox, Vatertagskarten-Entwurf (I.)

Jürgen Trittin, 39, ehemaliger grüner Minister in Niedersachsen, bleibt auch als einfacher Abgeordneter seiner Rolle als böser Bube im hannoverschen Landtag treu – selbst wenn er gar nicht anwesend ist. Während der Jungfernrede des CDU-Oppositionsführers Christian Wulff am vergangenen Freitag mußte Trittin kurzfristig den Plenarsaal verlassen, um zu telefonieren. Bevor er ging, forderte er seine Fraktionskollegin Heidi Lippmann-Kasten auf: „Setz du dich mal auf meinen Platz und pöbel für mich weiter.“

Mario Lavorato, 37, mafiaverdächtiger Pizzabäcker aus Stuttgart, avanciert zum Werbeträger. Der Italo-Wirt, gegen den die Staatsanwaltschaft seit längerem ermittelt, war einer breiteren Öffentlichkeit durch seine Kneipenfreundschaft mit dem örtlichen CDU-Landtagsfraktionsvorsitzenden Günther Oettinger bekannt geworden. Seine etwas doppelbödige Popularität nutzte der Gastronom jetzt als Stargast bei einer PR-Show des Blumen Großhändlers „Mondiflora“: „Mafia-Chefkoch Signor Mario Lavorato, bekannt durch Rundfunk und Fernsehen“, präsentierte laut Einladungszettel „Kulinari-sche Genüsse mit Musik, Show und Unterhaltung“. Verkauft wurden nebenbei auch allerlei Blüten zu „ma-

fia-starken Sonderpreisen“, etwa ein Margariten-Busch zu 8,45 Mark, mit dem Hinweis „Schutzgelder sind bereits im Preis enthalten“. Mondiflora-Chef Jürgen Meile will den Padrone, der knapp 3000 Leute in die Hallen lockte, trotz Auftretens vereinzelter Proteste dennoch wieder engagieren: „Das hat uns einen Zulauf gebracht wie noch nie.“

Bernhard Vogel, 61, christdemokratischer Ministerpräsident des Bundeslandes Thüringen, blockiert den Aufschwung Ost. Auf dem Bonner Sommerfest der Thüringer Landesvertretung am Mittwoch vergangener Woche machte der Landesvater seinen Rundgang zu etlichen Handwerks- und Fremdenverkehrsständen, auch die Eisenacher Opel-Vertretung



Elektroauto „Hotzenblitz“

wurde gewürdigt. Lediglich um den ausgestellten Prototyp des Elektromobils „Hotzenblitz“, das im thüringischen Suhl demnächst in Serie gehen soll, machte der Ministerpräsident einen Bogen: Seit acht Monaten warten die „Hotzenblitzer“ vergebens auf eine informell zugesagte Landesbürgerschaft. „Nach einer Proberunde mit ihm wäre die Bürgerschaft wohl endlich übergekommen“, beklagte sich der Chefdesigner des Zukunftsaautos, Thomas Schmitz, „und wir hätten endlich Arbeitsplätze schaffen können.“ Die Hotzenblitz-Präsentation war im Programm als große Attraktion angekündigt.

„Schwarz wie die Sünde“



Simpson

Matt Mahurin, 37, amerikanischer Künstler, zog sich mit einem manipulierten Foto den Vorwurf des Rassismus zu. Für das Titelbild des amerikanischen Nachrichtenmagazins Time in der vergangenen Woche benutzte Mahurin, wie der Konkurrent Newsweek, das offizielle Polizeifoto von Orenthal J. Simpson („O.J.“), der des Mordes an seiner Ex-Frau und deren vermutlichem Geliebten beschuldigt wird. Dagegen verwahrte sich der Vorsitzende der schwarzen Bürgerrechtsorganisation NAACP, Benjamin Chavis: Auf dem Time-Titel sei das Football-Idol O.J., das sich am Freitag vorvergänger Woche mit der Polizei eine dramatische Verfolgungsjagd bei laufenden Fernsehkameras durch Los Angeles lieferte, „wie ein Tier dargestellt“, das Bild ziele direkt auf das „Vorurteil vom gefährlichen und gewaltbereiten Afro-Amerikaner“. Der Time-Illustrator hatte das Simpson-Foto mit Hilfe des Computers zu einem düster-schattenhaften Konterfei verwischt, weil es in der Zwischenzeit bereits vielfach veröffentlicht worden war. Das Titelbild sei klar als „Illustration“ erkennbar, wehrte eine Time-Sprecherin ab, „den Künstler als Rassisten zu klassifizieren“ daher „eine Beleidigung“. Doch Russell Adams, dem Leiter des Instituts für Afro-Amerikanische Studien an der Howard Universität in Washington, sagt das Bild nur: „Schlimmer Finger, schlimmer Finger. Das ist O. J., schwarz wie die Sünde.“ Newsweek-Redakteure freuen sich: „Wir doktern nicht“, sagt einer von ihnen, „an Fotos herum. Wir sind ein Nachrichtenmagazin.“

Joschka Fischer, 46, Umweltminister in Hessen, versagte als Mitgliedswerber für seine Partei Bündnis 90/Grüne. Bei der Vorstellung eines neuen Buches von SPD-Vordenker Peter Glotz und dem früheren schleswig-holsteinischen Wirtschaftsminister Uwe Thomas („Das dritte Wirtschaftswunder“) am vergangenen Montag in Bonn hatte der eher konservative Unternehmensberater Roland Berger für das Jahr 2000 einen Benzinpreis von fünf Mark pro Liter prognostiziert. Fischer, dessen Partei schon lange die Umwelt durch radikale Verteuerung der Energiepreise schützen will, grapschte sofort nach seiner Aktentasche und rief unter Gelächter der Versammlung: „Ich greife nach der Beitrittserklärung.“ Berger blieb parteilos.

Hans-Ulrich Klose, 57, SPD-Fraktionsvorsitzender, erhielt ein Präsent für eine selbstverschuldete Niederlage im Bundestag. Ende Mai waren 47 SPD-Abgeordnete nicht zur Schlußabstimmung über den Abtreibungs-



Klose

paragraphen 218 erschienen; der Regierungsentwurf pasierte mit vier Stimmen Mehrheit. Auf dem Wahlparteitag in Halle überreichte eine Delegierte dem Fraktionsführer fünf alte Wecker: „Damit ihr wach seid, wenn es im Parlament wieder mal um die Frauen geht.“ Klose nahm zerknirscht an und verschickt jetzt die restlichen vier Uhren mit einem Empfehlungsschreiben an weitere „Schlafmützen“ (Klose) in der Fraktion.

Gestorben

Christopher Clarkson, 92. „Kunstflug ist Absturz unter Kontrolle“ lautet ein alter Fliegerspruch – und manchem Nichtflieger, der jedes Luftloch für sein nahes Ende hält, wird schon bei den Begriffen der Luftakrobatik unwohl: Trudeln, Looping, Rollen. Für Christopher Clarkson dagegen, einen der wohl begabtesten Kunstflieger überhaupt, wa-



ren die verrückten Figuren am Himmel Passion und Beruf zugleich. Als Ausbilder der berühmten englischen „Central Flying School“ hatte der Brite in den zwanziger Jahren durch aufsehenerregende Vorführungen weltweiten Ruhm erlangt, den er bald als begehrter Testpilot versilbern konnte. Im Zweiten Weltkrieg zuerst Cheftestpilot der Royal Air Force, wurde er später britischer Luftfahrt-Attaché in den USA und schließlich Präsident des Flugzeugherstellers „British Aircraft“. Und auch wenn er als solcher bemüht war, Fluggeräte zu bauen, die ohne Trudeln von A nach B kommen – über Luftlöcher und Turbulenzen freute er sich immer noch. Christopher Clarkson starb am vorvergangenen Sonntag in Old Lyme im US-Bundesstaat Connecticut.

Dorothea Unruh, 77. Tierliebe war für sie mehr als das gute Futter für den Wellensittich im Käfig oder die beruhigende Wegenspende in der Fußgängerzone: Für Dorothea Unruh bedeutete das Mitgefühl für Tiere, wirkliche Hilfe zu leisten. So wurde die Schwimmeisterin aus Hamburg, die nach ihrer Pensionierung 1978 auf die Nordseeinsel Sylt gezogen war, um dort ihren Lebensabend zu verbringen, zu einer der bekanntesten deutschen Tierschützerinnen. Mit großem Einsatz baute sie eine Station für kranke und verlassene Tiere, vor allem Vögel und Robben. Und wenn ihr auch manches, durch Übereifer und Naivität, nicht professionell und artgerecht geriet und sie dafür Schelte von hauptberuflichen Tierschützern einstekken mußte – die „Vogelmutter von Sylt“ hatte mehr für die bedrohte Natur getan als etliche, die über die lebenskluge, sympathische Frau die akademischen



Nasen rümpften. Dorothea Unruh starb in Westerland auf Sylt.

Ehrungen

Paul Christian Lauterbur, 65, **André Weil**, 88, sowie **Akira Kurosawa**, 84, sind die diesjährigen Preisträger des mit insgesamt mehr als 2,2 Millionen Mark dotierten Kyoto-Preises, der das japanische Pendant zum Nobelpreis und neben diesem die höchstdotierte Auszeichnung ist. Er wird in den Bereichen Technologie, Grundlagenforschung und Künste vergeben. Der amerikanische Chemiker Lauterbur bekommt die Ehrung für seine Verdienste um die Kernspintomographie, der französische Mathematiker Weil für seine Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der reinen Mathematik und der japanische Filmemacher Kurosawa für sein Gesamtwerk, insbesondere für seinen Film „Rashomon“, den er bereits 1950 gedreht hat und der zu den epochemachenden Werken der Filmgeschichte gehört. Vergeben wird der begehrte Preis von der Inamori Foundation, der Stiftung eines japanischen Unternehmers. Die Preisverleihung findet im November in Kyoto im Beisein der kaiserlichen Familie statt.

Urteil

Totila Schott, 53, ehemaliger Lafontaine-Leibwächter und langjähriger Freund des Ministerpräsidenten, ist am vergangenen Donnerstag vom Amtsgericht Saarbrücken wegen „vorsätzlichen Verstoßes gegen das Waffengesetz“ zu einer Geldstrafe in Höhe von 3000 Mark verurteilt worden. Schott hatte mit einem Revolver, mit dem er ursprünglich Lafontaine beschützen sollte, Anfang 1993 privat in einen Streit in einem Saarbrücker Lokal eingegriffen. Angeblich wollte er einem Attackierten zu Hilfe kommen. Schott, der zur Tatzeit keinen Waffenschein mehr hatte, ist laut Urteil zum Führen einer Schußwaffe „charakterlich ungeeignet“. Die Sicherheitsbehörden des Landes handelten sich im Verfahren den schweren Vorwurf ein, sie hätten dem ehemaligen Lafontaine-Gefährten fahrlässig einen Ersatzwaffenschein zugeschanzt: Schott traf bei einem Probeschießen (50 Schuß) nicht ein einziges Mal, außerdem legte er nicht einmal eine Sachkundeprüfung ab, die üblicherweise zwingend erforderlich ist. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.



MONTAG

20.15 – 20.59 Uhr ARD

Wege in die Wildnis

Kein Bericht aus dem Trainingslager der deutschen Fußballnationalmannschaft, die versucht, ihre langweilige Spielweise abzulegen. Martin Schießler zeigt vielmehr die Wunderwelt der Gletscher vom Mount McKinley, dem höchsten Berg Alaskas, bis hinab zum Süden des Kontinents, zu den Eiswüsten Patagoniens.

20.15 – 21.00 Uhr ZDF

Ein verrücktes Paar

Auch das keine Ankündigung einer neuen Doppelspitze im deutschen Angriff, sondern der Wiederholung von einigen meist trüben Sketchen mit Harald Juhnke und Grit Boettcher.

20.40 – 21.55 Uhr Arte

Leningrad Cowboys Go America

„Geht nach Amerika“, sagt genervt ein Plattenproduzent zu der Band mit den schweren Fellmänteln und den nervigen Songs, „da schlucken sie jeden Mist.“ Und prompt bricht die Gruppe aus der finnischen Tundra ins gelobte Land der Popmusik auf. Die „Leningrad Cowboys“ reisen komplett. Selbst den Bassisten nehmen sie mit. Der ist zwar gerade, vom Delirium tremens gefällt, erfroren, aber im Sarg wird er den Flug schon schaffen. An Bord des



Szenenfoto aus „Leningrad Cowboys“

Fliegers lernt die Gruppe englische Sätze, die sie bald fehlerlos auszusprechen vermag, deren Inhalt davon aber auch nicht plausibler wird: „Man wird immer ermordet, wenn man nach New York geht.“ Finnlands derzeit bedeutendster Regisseur Aki Kaurismäki begleitet dann die unbegabte Truppe in diesem Kultfilm (Finnland/Schweden 1989) auf ihrem Trip von New York nach Mexiko. Die Bilder von den Fahrten durch amerikanische Vorstädte und von den Kneipen an den Straßen sehen aus, als hätte ein Hobbyfilmer ein Road movie produziert. Die *Frankfurter Allgemeine* monierte, solche Trash-Kunst, einst erträglich als Protest gegen die geölte Perfektion des Hollywood-Kinos, provoziere nicht mehr.

21.05 – 21.45 Uhr ARD

Report

Aus München: Agentenhandel im Kalten Krieg – vermißte israelische Soldaten im Austausch gegen KGB-Spione / Abzocker im Kurbetrieb – Millionenschäden durch falsche Abrechnungen? / Reibach mit Gotteslästerung – Blasphemie als neue Kultur-Disziplin.

21.45 – 1.15 Uhr ZDF

Fußball-WM

Deutschland–Südkorea. Im Anschluß daran: Bolivien–Spanien.

DIENSTAG

18.15 – 1.30 Uhr ARD

Fußball-WM

Kicken im Viererpack: Italien–Mexiko / Irland–Norwegen: Beide Spiele beginnen um 18.35 Uhr, die ARD entscheidet kurzfristig, welche Begegnung live übertragen wird. Das gleiche gilt für die Partien Brasilien–Schweden / Rußland–Kamerun (Anstoß jeweils 22.05 Uhr).

22.10 – 0.40 Uhr RTL 2

Danton

Der polnische Regisseur Andrzej Wajda zeigt in diesem grandiosen Film (Frankreich/Polen 1982) die beiden feindlichen Brüder der französischen Revolution, den sanguinischen Danton (Gérard Depardieu) und den beherrschten Robespierre (Wojciech Pszoniak). Das Kinodrama konzentriert sich auf die dunkelsten Stunden des historischen Ereignisses, auf den Machtkampf unter den führenden Köpfen, auf den exemplarischen Disput um den rechten Weg zur Durchsetzung des revolutionären Ziels. Von Umsturz und Aufbruch, von der Befreiung der Massen aus dem Joch absolutistischer Unterdrückung ist wenig zu spüren. Die Farben sind vorwiegend Blau und Grau; im kalten Licht hockt die mit einem schwarzen Tuch verhüllte Guillotine drohend auf dem Platz.

23.00 – 0.22 Uhr West III

Ein kurzer Film über das Töten

Krzysztof Kieslowskis Film (Polen 1988) schildert das Töten zweimal: Erst bringt ein jugendlicher Mörder einen Taxifahrer um, dann wird der Täter gehenkt. Beide Vorgänge werden minuziös, mit scheinbar leidenschaftsloser Akribie vorgeführt – und beim Zuschauer entsteht die entsetzliche Gewißheit, daß sich das staatlich verordnete Töten genauso brutal ausnimmt wie die schreckliche Tat des pickligen Jünglings.



Szenenfoto

0.15 – 2.15 Uhr Sat 1

Der Strafverteidiger

Sie lottern beide in fremden Betten: Der reiche Frauenarzt Harrison (Robert Colbert) hat eine Mätresse, seine Frau Wilma wohnt lieber einem Reitlehrer bei. Und weil so etwas im US-Kino selten gutgeht, liegt die treulose Wilma eines Nachts erstochen in ihrem Boudoir. Für die Geschworenen ist der Fall klar: Gattenmord. Doch in der Berufung serviert ein gerissener Anwalt (Barry Newman) eine andere Tatversion und erreicht einen Freispruch. Dem kanadischen Regisseur Sidney J. Furie gelang ein ironisches Mörderspiel (USA 1968), bei dem man nicht weiß, wer nun wirklich der Täter gewesen ist.

MITTWOCH

20.15 – 21.44 Uhr ARD

Das Fremde

Der Dokumentarfilm von Detlef Gumm und Hans-Georg Ullrich beginnt eindrucksvoll: Jean-Jérôme Chico-Kaleu Muyemba, Schwarzafrikaner und promovierter Wirtschaftswissenschaftler, bei seiner Arbeit als „Ausländer zum Anfasen“ in einer Schulklasse im deutschen Osten. Wenn der schwergewichtige Mann, der Angst hat, mit der S-Bahn zu fahren, zu afrikanischen

MEDIEN

Hosenbund: Jeanshersteller Mustang macht einen aufsehenerregenden Deal mit Viva TV: Voraussichtlich vom 10. Juli an wollen die im schwäbischen Künzelsau beheimateten Bekleidungswerke einmal pro Woche eine einstündige Sendung auf dem Musikkanal finanzieren – ein im deutschen Modewesen bislang einzigartiges Projekt, das der Firma zu mehr Glamour verhelfen soll. Denn nach wie vor haftet Mustang-Jeans, obwohl Designer-Star Wolfgang Joop für



„Mustang“-Anzeige

das Werk in Lizenz entwirft, der Ruch des Provinziellen an. Um sich „als Teil der Jugendkultur zu präsentieren“, gibt das Familienunternehmen schon seit dem letzten Jahr ein hauseigenes Musikmagazin namens Jam (Auflage: 350 000) heraus. Die Sendung auf dem deutschen Dudel-Channel läßt sich Mustang einige Millionen kosten; dafür darf die Firma eine Reihe von Werbespots pro Sendung dazwischenschieben – keine Rede also davon, daß Mustang „mit einem eigenen Fernseh-Magazin auf Sendung gehen will“, wie die Frankfurter Allgemeine letzte Woche munkelte: Das Medienrecht steht dagegen.

Rhythmen durch die Klasse tanzt, vermitteln die Bilder dem Zuschauer eine Mischung aus Scheu und anrührendem guten Willen, die Vorurteile gegen Fremde abzubauen. Die Ärztterunde in einem Cottbusser Krankenhaus bietet Szenen der Verklemmtheit: „Ich glaube, ich kenne keinen Witz, schon gar keinen abfälligen über Ausländer“, behauptet der Chef, und der Oberarzt bittet den schwarzen Kollegen („So, wie Sie es auch sonst verstehen, sich verständlich auszudrücken“) zu bestätigen, daß es Ausländerfeindlichkeit im Cottbusser Krankenhaus nicht gebe. Aber Gumm und Ullrich beschränken sich nicht nur darauf, die Eindrücke von Ausländern über das Leben vor und nach der Wende zu schildern. Der Film zeigt auch Makler auf Grundstücksjagd und Junker bei ihren Anstrengungen, die verfallenen Güter von einst zu übernehmen und wiederherzustellen. Auch sie kommen sich oft fremd vor. Problematisch ist an der Dokumentation, unter dem wolkgigen Titel „Das Fremde“, das selbstgewählte Los von Maklern und Junkern und das erzwungene Leiden von Ausländern als Facetten desselben Themas zu behandeln.

DONNERSTAG

19.25 – 20.15 Uhr ZDF

Unsere Hagenbecks

... sind leider wieder aus den Gehegen ausgebrochen und tummeln sich (zwoölf neue Folgen) mit ihren Geschichten auf dem Schirm. Hagenbecks Tierquark.

21.10 – 22.50 Uhr Arte

Palermo vergessen

Bloß wie, wenn dieser Politthriller (Italien/Frankreich 1989, Regie: Francesco Rosi) ständig wiederholt wird? Die Geschichte vom Kandidaten um das Bürgermeisteramt von New York (James Belushi), der es auf Hochzeitsreise in Palermo mit der Mafia zu tun bekommt, wirkt in Maßen pittoresk, vor allem aber moralisierend und lahm.

21.15 – 22.45 Uhr Hessen III

Perlen zum Glück

Alles glänzt und scheint und schimmert; die Dekors sind kostbar, die Kostüme edel, und selbst die Dialoge wurden lange poliert. „Desire“ (so der Originaltitel) ist eine gnadenlos oberflächliche „Sophisticated Comedy“ – und wer unter der Oberfläche nach Tiefsinn sucht, könnte genausogut auf dem Grund eines Sees nach dem Wesen der Spiegelungen auf der Wasseroberfläche suchen. Gary Cooper und Mar-



„Perlen zum Glück“-Darstellerin Dietrich

lene Dietrich spielen die Hauptrollen, Ernst Lubitsch leitete die Produktion, und Frank Borzage, der zu Unrecht vergessen ist, inszenierte diesen Film (USA 1936) für die Paramount, das einst eleganteste unter Hollywoods großen Filmstudios.

22.15 – 23.00 Uhr ZDF

Staatsterror aus Teheran

Reportage von Hubert Seipel über die Mullahs und ihre Killer.

23.00 – 0.40 Uhr ZDF

Marco Terzi gibt nicht auf

Michele Placido, bekannt als Darsteller des heldischen Kommissars aus „Allein gegen die Mafia“, geht hier wieder für das Gute in die Schlacht. In Marco Risis 1988 entstandenem, preisgekröntem Film spielt der Star einen Lehrer, der mit unkonventionellen Mitteln das Mißtrauen

überwindet, das ihm die Jugendlichen einer berüchtigten sizilianischen Strafanstalt entgegenbringen.

FREITAG

0.00 – 0.00 Uhr

Muß(e)ball

Herrlich: 0 Live-Übertragungen von der WM.

20.15 – 21.44 Uhr ARD

Lange Beine, lange Finger

Doch nicht? Keine Angst: Die langen Beine gehören

nicht Icke (Häßler), sondern Senta Berger – und das regelwidrige Handspiel begeht ein Baron, den Martin Held in dieser deutschen Gaunerkomödie (1966, Regie: Alfred Vohrer) spielt.

20.15 – 21.00 Uhr Südwest III

Ludwig Erhard, der Wirtschaftswundermann

Dokumentation von Raimund Kusserow. Beginn einer Reihe von zehn Reportagen über deutsche Wirtschaftspioniere, die der SDR, die Deutsche Welle, das Haus der Geschichte und das *Manager Magazin* produziert haben.

20.15 – 21.15 Uhr RTL

Die Heimatmelodie – Sommerfestival '94

„Die kloane Tür zum Paradies“, singt Patrick Lindner. Hilfe, wo ist die nächste Klo-tür zum Häusl?



Stewart

23.50 – 1.20 Uhr ARD

Meuterei am Schlangenfluß

Die Western von Anthony Mann zeigen nach Ansicht der Münchner Essayistin Frieda Grafe, daß das amerikanische Gemeinwesen auf einem Verbrechen beruhe – dem an der Natur. Dieser US-Film von 1951 erzählt von einem Räuber (James Stewart), der im Kampf gegen Natur, Indianer und Goldfieber ein braver Mensch werden will.

SAMSTAG

20.15 – 22.15 Uhr Pro 7

Mama, ich und wir zwei

Als sich Cop Danny (John Candy) in die schüchternen Theresa (Ally Sheedy) verliebt, wehrt sich seine despotische Mama (Maureen O'Hara) vehement gegen die Hochzeitspläne ihres fast 40jährigen Muttersöhnchens. Vordergründig, schrieb die *Süddeutsche Zeitung*, setze der Film (USA 1990, Regie: „Kevin“-Regisseur Chris Columbus) volles Vertrauen in die bewährten Hollywood-Muster. „Doch die angedeuteten Probleme werden heimtückisch mit sarkastischen Zeichen kommentiert, bevor sie in Wohlgefallen aufgelöst werden. Ebenso doppelbödig wird die triste Metropole Chicago mit Hilfe des argentinischen Kameramannes Julio Macat in eine

märchenhafte Zuckerbäcker-Landschaft verwandelt.“

21.00 – 22.20 Uhr Südwest III

Alles Paletti

Wo Leo Stoll (Rolf Becker), Chef der Wirtschaftsdetektei „Prokura“, und seine Mannen (Wolf-Dietrich Berg, Friedrich-Karl Praetorius) ihre Dienstleistungen erbringen, herrscht die klimatisierte Kühle einer durchgestylten Bürolandschaft. Den Drehbuchautoren Fred Breinersdorfer, Norbert Ehry und Friedhelm Werremeier, unterstützt von Regisseuren wie Nico Hofmann, ging es in dieser achteiligen Serie darum, die zynische Wahrheit zu zeigen, daß die Herstellung von Gerechtigkeit in der Wirtschaft wenig zählt. So stößt sich das Greenhorn der Truppe mit seinem Ermittlungseifer die Hörner ab – die Mandanten wollen oft Geheimnisse für sich behalten.

22.10 – 0.20 Uhr RTL 2

Im Auftrag des Drachen

Clint Eastwood als Alleskönner hinter und vor der Kamera: Er spielt unter der eigenen Regie eine Rolle mit den Attributen der Männlichkeit: Als Kunsthistoriker beweist er Hirn, als Agentenkiller Mut, als Bergsteiger in der Eiger-Nordwand Kraft und am Weibe Potenz. Die *Süddeutsche Zeitung* bemängelte die hergeholt Handlung. Doch die gebirgigen Spezialeffekte dieses James-



„Goldfinger“-Gegenspieler Connery mit Shirley Eaton

Bond-Abklatsches (USA 1974) mit George Kennedy, Jack Cassidy und Heidi Brühl sind wahrhaft schwindelerregend.

22.15 – 23.45 Uhr ZDF

Wiegenlied des Grauens

Guten Abend, gute Nacht, jetzt wird noch einer umgebracht. Mit diesem Schocker (USA 1982) von Untoten, die den Familienfrieden stören, eröffnet das ZDF die als Bethupferl gedachte „Psycho-Nacht“.

SONNTAG

19.15 – 20.15 Uhr Sat 1

Terra Magica

Die Tierfilme dieser Serie, viele davon wie der heutige aus englischer Produktion, gehören zum Spannendsten und Besten, was man im Fernsehen aus diesem Genre vorgesetzt bekommt. Vorbei sind die Zeiten, als die Filmer Tiere zu vermenschlichen suchten oder falsches Mitleid erweckten. In moderneren Dokumentationen kommen die Erkenntnisse Darwins in voller Wucht zur Geltung: Anpassung bestimmt die Evolution. Das Tierleben ist gottverdammte Hart. Heute geht es um die verschiedenen Formen der Nachwuchsbetreuung.

20.15 – 21.59 Uhr ARD

Goldfinger

Immer wieder gern gesehen, wie James Bond (Sean

Connery) dem Erzschorlen (Gert Fröbe) auf die gierigen Griffel haut.

20.15 – 22.05 Uhr RTL 2

Unternehmen Pferdeschwanz

„Marine-Schmarrn“ schimpfte die Münchner *Abendzeitung* über Edward Montagnes Film (USA 1964).

DIENSTAG

23.10 – 23.40 Uhr Sat 1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Werner Gierke, Ex-SED-Vermögensverwalter im Westen, packt über den Verbleib der verschwundenen Partei-Millionen aus.

MITTWOCH

22.00 – 22.45 Uhr Vox

SPIEGEL TV THEMA

Sportler besiegen ihren Krebs. Gäste: Rudi Altig, Radidol; Jimmy Hartwig, Ex-Fußballer; Klaus Haetzel, Triathlonsportler, und Sportmediziner Josef Keul.

FREITAG

22.00 – 22.30 Uhr Vox

SPIEGEL TV INTERVIEW

Sandra Maischberger begleitete Campino und seine Punkband „Die Toten Hosen“ auf ihrer Deutschlandtournee.

SAMSTAG

22.00 – 23.50 Uhr Vox

SPIEGEL TV SPECIAL

SPIEGEL TV SPECIAL ging mit gestreßten Managern in die Berge, beobachtete Minensucher in Kambodscha und Opalsucher in Australien.

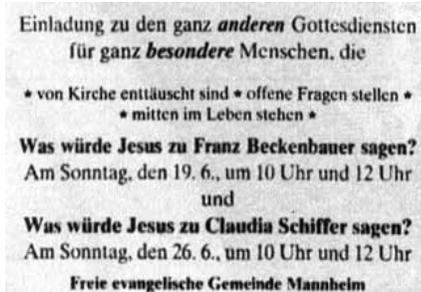
SONNTAG

21.50 – 22.30 Uhr RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Retortenbabys für Lesben / Mord-Drama auf hoher See / Sadistische Folter mit Hakenkreuz – ein Opfer trifft seine Peiniger.

Aus der *ADAC Motorwelt*: „Der Text eines Musikstücks wird nämlich von der linken Gehirnhälfte aufgenommen, die Melodie von der rechten. Und mit der dritten Hälfte fährt man dann Auto – das kann nicht klappen.“



Aus dem *Mannheimer Morgen*

Aus dem Magazin *Focus*: „Unfruchtbarkeit: Eizellen von 8 Wochen alten Rattenembryonen wurden in unfruchtbare Tiere verpflanzt. Das Experiment soll nun mit unfruchtbaren Frauen wiederholt werden.“

Aus dem *Celler Kurier*: „Gerade im Kinder- und Jugendbereich seien niedrige Preise wichtig, erläutert Roon. Daher habe man die Preise geringfügig erhöhen müssen.“



Aus dem Deckblatt des Falkplans „Süddeutschland“

Krebskranke können neue Hoffnung schöpfen

GÖTTINGEN (bz). Krebs wird bald alle anderen Krankheiten in den Schatten stellen. Davon ist der Göttinger Krebsforscher Professor Wolfgang Hiddemann, Leiter der Abteilung Hämatologie und Onkologie an der Uniklinik, überzeugt. Durch die steigende Lebenserwartung vieler Bürger nimmt Krebs als häufigste Todesursache immer mehr zu.

Aus dem Allgemeinen Anzeiger für Südniedersachsen und West-Thüringen *Blick*

Aus der Wochenendbeilage der *Stuttgarter Zeitung*: „Viele Absolventen suchen sich eine Nische. Sozialpädagogen machen eine Kneipe, Biologen werden Gärtner, Akademikerinnen schwanger.“

Zitate

Die Frankfurter Allgemeine zum SPIEGEL-Titel DER FALL MANNESMANN – SELBST-BEDIENUNG IN DER CHEFETAGE in Nr. 24/1994 und zum Artikel AFFÄREN – DIE PRIVATGESCHÄFTE DES MANNESMANN-CHEFS IN DEN USA in Nr. 25/1994:

Wenn diese Vorwürfe zutreffen, wird seine (Mannesmann-Chef Werner Dieter) Wahl in den Aufsichtsrat nicht mehr in Frage kommen. Die Gesellschaft wird dann zudem nicht umhinkommen, weitere rechtliche Schritte gegen Dieter prüfen zu lassen. So kurz vor der Hauptversammlung hat die Zuspitzung der Lage durch zwei Artikel im Magazin DER SPIEGEL den Aufsichtsrat und vor allem dessen Vorsitzenden Friedrich Wilhelm Christians (Deutsche Bank) in Verlegenheit gebracht . . . Der „Fall Dieter“ führt unabhängig von seinem Ausgang dazu, daß die Frage des Interessenkonflikts bei privaten wirtschaftlichen Betätigungen von Vorstandsmitgliedern grundsätzlich neu gestellt werden muß. Die, verglichen etwa mit amerikanischen Usancen, eher nonchalante Weise, mit der damit hiezulande umgegangen wird, birgt offenbar doch Risiken nicht nur materieller Art, sondern auch für die vielbeschworene Unternehmenskultur. Wenn jetzt auch von Managern in führenden Positionen zu hören ist, es sei naiv, anzunehmen, daß sich Interessenkonflikte in einer Konstellation wie bei Mannesmann überhaupt vermeiden lassen, dann ist mehr kritisches Bewußtsein, als bisher üblich war, wohl angebracht.

Das Wirtschaftsmagazin *Capital* zum selben Thema:

Lean-Management und knallharte Sanierung verlangen zur Zeit viele Opfer von Mitarbeitern und Führungskräften. Gleichzeitig lesen sie in Abständen von wenigen Wochen, mit welcher Raffgier Topmanager sich selbst bedienen. Jüngstes Beispiel ist Mannesmann-Chef Werner Dieter . . . Es ist das Verdienst der Kollegen vom SPIEGEL, daß sie nicht nur die Art seiner Privatgeschäfte mit dem ihm anvertrauten Konzern aufgedeckt haben – die mögen ja vom Aufsichtsrat genehmigt worden sein. Aufgedeckt haben sie auch, daß Dieter seine Beteiligung an diesen Geschäften mit geradezu konspirativer Professionalität getarnt hat. Er wollte nicht, daß seine private Nebentätigkeit öffentlich bekannt wird. Warum wohl? Weil er ein schlechtes Gewissen hatte und wußte, was anständige Geschäftsleute und viele Mannesleute, die einige tausend Stellen abbauen mußten, über diese Art von Investment denken.